97-84194-1

Zimmermann, Joachim

Das Verfassungsprojekt des Grossherzogs...

Heidelberg

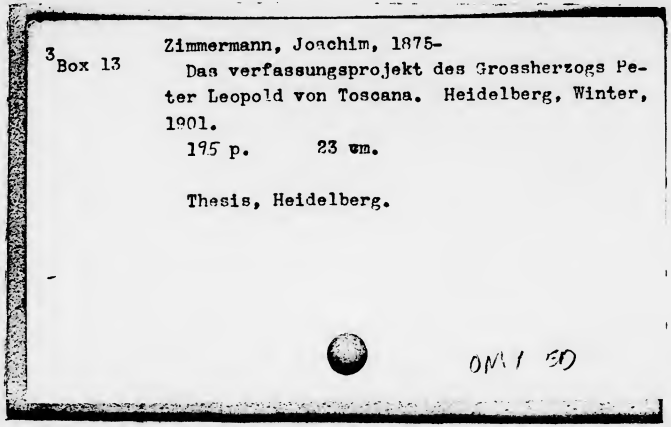
1901

97-84194-1
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD



3 Box 13

Zimmermann, Joachim, 1875-
Das verfassungsprojekt des Grossherzogs Peter Leopold von Toscana. Heidelberg, Winter, 1901.
195 p. 23 cm.

Thesis, Heidelberg.

ONI 50

RESTRICTIONS ON USE: *Reproductions may not be made without permission from Columbia University Libraries.*

TECHNICAL MICROFORM DATA

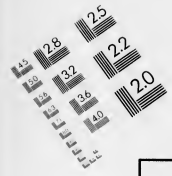
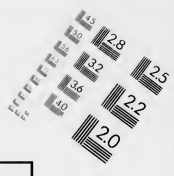
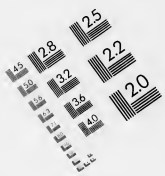
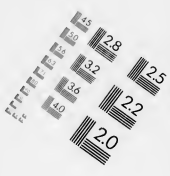
FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 10:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 9-22-97 INITIALS: AP

TRACKING # : 27445

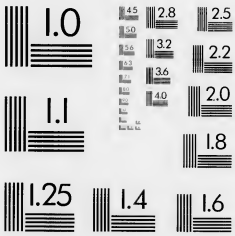
FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

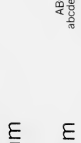
PM-MGP
METRIC GENERAL PURPOSE TARGET
PHOTOGRAPHIC

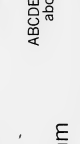





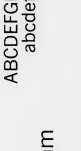
150 mm

100 mm









1.0 mm

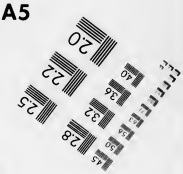
1.5 mm

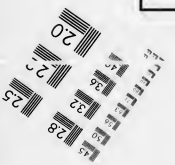
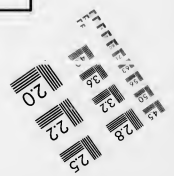
2.0 mm

2.5 mm

A5

A4



PRECISION℠ RESOLUTION TARGETS

A&P International
2715 Upper Afton Road, St. Paul, MN 55119-4760
612/738-9329 FAX 612/738-1496

342.45?

Das

Verfassungsprojekt

des

Großherzogs

Peter Leopold von Toscana

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde

der hohen philosophischen Fakultät

der Großherzoglich Badischen Ruprecht-Karls-Universität

zu Heidelberg

vorgelegt von

Joachim Zimmermann

Heidelberg 1901

Carl Winter's Universitätsbuchhandlung

Das
Verfassungsprojekt
des
Großherzogs
Peter Leopold von Toscana

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der hohen philosophischen Fakultät
der Großherzoglich Badischen Ruprecht-Karls-Universität
zu Heidelberg
vorgelegt von

Joachim Zimmermann

Heidelberg 1901
Carl Winter's Universitätsbuchhandlung

Alle Rechte, besonders das Recht der Übersetzung in fremde Sprachen, werden vorbehalten.

Dem Andenken meines Vaters.

Vita.

Ich, Joachim Zimmermann, evangelischer Konfession, wurde am 10. Dezember 1875 als Sohn des Kaufmanns Hermann Zimmermann zu Berlin geboren. Ich besuchte dort das Falkrealgymnasium bis zur Untertertia und kam darauf nach Stettin an die Friedrich-Wilhelms-Schule (Realgymnasium). Nachdem ich im Herbst 1895 das Abiturientenexamen bestanden hatte, ging ich auf die Universität zu Berlin, um Geschichte zu studieren. Im Frühjahr 1896 machte ich das Ergänzungsexamen auf dem Gymnasium in Greifswald, begab mich darauf nach Heidelberg und blieb dort bis zum Ende des Sommersemesters 1897. Nach einem Aufenthalt von zwei Semestern in Leipzig kehrte ich nach Heidelberg zurück, wo ich mich im Mai 1900 exmatrikulieren ließ. Ich hörte während meiner Studienzeit Vorlesungen bei Heinrich von Treitschke, Ernst Curtius, E. Schmidt, Dessoir, Erdmannsdörffer, D. Schäfer, K. Fischer, Thode, K. Neumann, Hensel, Heyck, Marcks, Lamprecht, Seeliger und Schmarsow. Allen diesen Herren Professoren spreche ich meinen herzlichsten Dank aus für die Förderung, die mir durch ihre Bemühungen zu Teil geworden ist.

Vorliegende Schrift ist auf Anregung des Herrn Geh. Hofrat Professor Erdmannsdörffer entstanden. Ich sage meinem hochverehrten Lehrer hierfür wie für den Anteil, den er am Fortgang meiner Arbeit genommen hat, meinen herzlichsten Dank. — Ein längerer Aufenthalt in Florenz ermöglichte es mir, das reichhaltige Material, das das Florentiner Staatsarchiv über den behandelten Gegenstand bewahrt, zu benutzen. Den Herren des Archivs sowie Herrn Dr. Robert Davidsohn zu Florenz spreche ich für ihr liebenswürdiges Entgegenkommen, durch das sie mir meine Arbeit erleichtert haben, den aufrichtigsten Dank aus.

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung 1
I. Toscana unter den Medici 3
II. Die Reformthätigkeit Großherzog Leopolds 13
III. Das Verfassungsprojekt 29
1. Gianni 29
2. Die Geschichte des Verfassungsprojektes vom 9. Mai 1779 bis 8. September 1782 32
3. Das Verfassungsprojekt vom 8. September 1782 58
4. Das Verfassungsprojekt in den späteren Regierungsjahren des Großherzogs 71
5. Über die Entstehung der Verfassungsgedanken 78
Anhang 91
1. Memoria del Sen. Gianni del 9 Maggio 1779 93
2. Osservazioni di S. A. R. sopra la memoria del Sen. Gianni 103
3. Nuovo Disteso di S. A. R. del mese di Maggio 1780 che contiene tutto il piano e sistema per la formazione delli stati . . 107
4. Editto diviso in tre parti cioè proemio, la costituzione e le ordinazioni, per la formazione delli stati in Toscana rimessa dal Senatore Gianni li 8 Settembre 1782 125
5. Punti diversi sugli stati 177
6. Idea sopra il progetto della creazione dei stati 182

Einleitung.

Eine der eigentümlichsten Erscheinungen unter den Fürsten des aufgeklärten Despotismus in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ist der Großherzog Peter Leopold von Toscana, der nachmalige Kaiser Leopold II.

Die reformatorische Thätigkeit, die er während einer 25jährigen Regierung (1765—1790) in seinem Großherzogtum entfaltete, verschaffte ihm in den Kreisen der Aufklärung den Ruf eines Musterregenten. Daß er sich aber mit Plänen getragen hatte, die weit über den Standpunkt des aufgeklärten Absolutismus hinausgingen: Toscana in eine konstitutionelle Monarchie zu verwandeln, blieb noch lange Zeit nach seinem Tode verborgen.

Erst im Jahre 1825 wurde diese Absicht bekannt durch die Publikation der Memoria sulla costituzione di governo immaginata dal Granduca P. Leopold[1]), welche einer der vertrauten Räte des Großherzogs, Fr. M. Gianni, im Jahre 1805 geschrieben hatte. Dies Memoire ließ jedoch die Frage offen, welchen Anteil Großherzog Leopold an der Form des Projektes gehabt, ob er wirklich an eine so große Umwälzung gedacht habe, ja ob nicht das ganze Memoire blos „eine geistreiche Erfindung" Giannis sei.[2]) Ein Zweifel, der auch nicht völlig gehoben wurde, als 1852 ein Auszug des Verfassungsentwurfes mit der Aufschrift Sbozzo

[1]) Im 2. Band von De Potters, Vie de Scipion de Ricci, Bruxelles 1825. Wieder abgedruckt wurde das Memoire im 1. Bande der Scritti di Pubblica Economiá del Senatore Francesco Maria Gianni, Firenze 1848.

[2]) S. Botta, Storia d'Italia 1834. T. XV p. 106. Ferner A. v. Reumont: Geschichte Toscanas. II. 235. — Sorel: L'Europe et la Révolution Française. I. 118. Auch Capponi ist dieser Ansicht. S. unten S. 2, Anm.

presentato il di 26 novembre 1781 veröffentlicht wurde.[1]) Gino Capponi, der Verfertiger des Auszuges, gab an, daß er ihn aus einem Manuskripte Giannis gemacht habe.

Das florentinische Staatsarchiv bewahrt in einem Aktenfaszikel des Archivio di gabinetto del granduca P. Leopoldo die Schriften, die im Großherzoglichen Kabinet über den Verfassungsplan ausgearbeitet worden sind. Mit wenigen Ausnahmen sind sie von Schreibern geschrieben. Unter ihnen findet sich auch der Entwurf Giannis vom 26. November 1781. — Das Ergebnis, das wir aus den Akten gewinnen, ist, daß dieser Entwurf nur eine Phase in der Entwicklung des Verfassungsplanes darstellt, vor allem aber, daß der ganze Plan durchaus ein Gedanke des Großherzogs und die konkrete Form desselben zum weitaus größten Teil sein Werk war. —

Was wir aus dem Archivio di gabinetto erfahren, wird in manchen Punkten ergänzt durch einige Briefe Giannis, die sich unter den Schriften des Archivio-Gianni-Mannucci gia Leonetti finden.[2])

Ehe wir auf das Projekt und seine Geschichte eingehen, müssen wir jedoch einen Blick auf die Reformen Leopolds werfen, soweit es nötig ist, um zu erkennen, daß ihr Gipfelpunkt die Verfassung werden sollte. Dazu ist es wiederum unerläßlich, in kurzer Übersicht die Verhältnisse Toscanas zu charakterisieren, wie sie sich unter dem Mediceischen Prinzipat herausgebildet hatten.

Die Regentschaft, die unter Leopolds Vater, Franz (1737 bis 1765) in Toscana die Regierung leitete, hatte hieran freilich schon mancherlei geändert. Inwieweit sie den Reformen Leopolds den Weg ebnete, werden wir im Zusammenhang mit diesen betrachten.

[1]) Im 5. Band der Storia civile della Toscana di Antonio Zobi. Firenze 1852; Appendice S. 63. Der Name Capponis ist hier nicht genannt. — 1877 wurde der Auszug noch einmal gedruckt in den Scritti editi e inediti di Gino Capponi per cura di Marco Tabarrini. Vol. II. S. 407.

[2]) Arch. Gianni-Mannucci già Leonetti befindet sich auch im Florentiner Staats-Archiv. — Siehe den Aufsatz hierüber von Francesco Dini: Archivio Storico Italiano. Ser. 5. XI. 1893. S. 349 ff. — Dini erwähnt auch die auf den Verfassungsplan bezüglichen Akten des Arch. di gabinetto. S. 364 ff.

I. Toscana unter den Medici.

Das Großherzogtum Toscana bestand aus zwei getrennten Teilen, die ihre politische Einheit eigentlich nur in der Person des Fürsten fanden: dem florentinischen[1]) und dem sienesischen Gebiet.

Über beide Teile herrschte der Großherzog rechtlich keineswegs als absoluter Fürst. Im florentinischen Gebiet war noch immer in ihren Hauptpunkten unverändert die Verfassung von 1532 in Gültigkeit. Durch sie war Alessandro Medici als erblicher Herzog von Florenz anerkannt worden. Zusammen mit einem alle drei Monate wechselnden Rat von vier Mitgliedern war er an die Stelle der alten Signorie getreten. Der Rat der Vier wurde aus dem Senat der 48, dieser wieder aus dem Rat der 200 gewählt. Aus dem Rat der 200 und dem Senat der 48 zog man die Beamten der verschiedenen Magistrate durch das Los.[2])

Auch in dem sienesischen Staat[3]) bestanden für den Großherzog verfassungsmäßige Beschränkungen, die nach dem Untergange der Republik im Jahre 1560 stipuliert worden waren. Die hauptsächlichsten republikanischen Behörden hatten hier ihre Befugnis behalten.[4])

[1]) In dem florentinischen Gebiet unterschied man wiederum den contado, d. h. die Stadt Florenz mit ihrem Weichbild, von dem distretto, worunter das Gebiet, das die Republik Florenz unter ihre Herrschaft gebracht hatte, verstanden wird.

[2]) Zobi, Storia civile della Toscana. I. S. 88 ff. — Reumont, Geschichte Toscanas. I. 44.

[3]) Das sienesische Gebiet hatte auch den Namen lo Stato di Siena bewahrt. Selbst Pisa mit dem zur ehemaligen Republik gehörenden Gebiet hieß bisweilen lo Stato di Pisa.

[4]) Reumont I, 232.

Innerhalb dieser beiden Hauptteile des Großherzogtums waren aber auch noch die einzelnen Gemeinden in vieler Beziehung dem Rechte nach unabhängig. Die Republik hatte den großen Städten, die sie sich unterworfen oder die sich ihr angeschlossen hatten, ihre Lokalstatuten mit mehr oder weniger politischer Selbständigkeit gelassen.[1]) — Und auch auf dem Lande, wo schon von alters her die kleinen Städte, Gemeinden und einzelnen Häuser zu Bünden (leghe) mit gemeinsamen Beamten zusammengetreten waren, hatten diese Bünde bei ihrem Eintritt in das florentinische Gemeinwesen ihre besonderen Statuten behalten. Bei Streitigkeiten untereinander hatten sie jedoch Berufung an das florentinische Statut oder auch an das römische Recht einzulegen.[2])

Diese weitläufige und verzwickte Verwaltung hatten die Medici von der Republik übernommen und in den Hauptpunkten unverändert gelassen. Aber während die Formen dieselben blieben, war ihr Inhalt ein durchaus anderer geworden. — Cosimo I. ist es gewesen, der diesem buntscheckigen Staatsgebilde eine thatsächliche Einheit gegeben hat.

Die Autonomie der untergebenen Gemeinden war freilich schon zur Zeit der Republik mehr Schein als Wirklichkeit. Sie waren in der That abhängig von den florentinischen, ihnen vorgesetzten Behörden, durch die sie die freie Bestimmung über die Verwendung ihres Einkommens verloren hatten.[3])

Die Justizbeamten aber wurden nach altem Privileg von den florentiner Bürgern gestellt, aus deren Mitte sie durch das Los

[1]) Reumont II. 89.

[2]) Reumont I. 99.

[3]) Governo della Toscana sotto il regno di S. M. il Re Leopoldo II, Fr. 1790. S. 66. — Unter diesem Titel hat Großherzog Leopold, als er Toscana verließ, einen Rechenschaftsbericht über seine Regierung von Fr. M. Gianni ausarbeiten und publizieren lassen. — A. F. W. Crome: Die Staatsverwaltung von Toscana unter der Regierung S. K. M. Leopold II. Leipzig 1795—97, hat den Rechenschaftsbericht übersetzt und mit vielfachen Anmerkungen und einem Auszug aus den Gesetzen des Großherzogs versehen. Es waren vor allem die zwei Behörden der Capitani di Parte Guelfa und der Ufiziali de Fiumi, wozu die im Jahre 1559 von Cosimo I. geschaffene Nove Conservatori del Dominio fiorentino traten. S. auch Zobi II, 322.

gezogen wurden. Seit der Verfassung von 1532 ergänzten sie sich auf diese Weise aus dem Rat der 200.[1])

Cosimo I. brauchte bloß die Behörden der Hauptstadt von sich abhängig zu machen, so hielt er damit die Herrschaft über den ganzen Staat in seiner Hand. —

Der oberste florentinische Kriminalgerichtshof waren die Otto di Guardia e Balia. Cosimo setzte zu ihrem Präsidenten den von ihm geschaffenen Fiskalauditor ein und stattete diesen mit so umfassenden Vollmachten aus, daß die „Signori Otto“ bald nur eine beratende Stimme behielten. Er gab ihm ferner das Recht, den Sitzungen aller Behörden in der Stadt beizuwohnen und hatte sich damit den Einfluß auf deren Verhandlungen gesichert.[2]) Die Kriminalgerichtsbarkeit in den Provinzen aber zentralisierte er dadurch, daß er die sie betreffenden Lokalstatuten durch das florentinische Statut oder das römische Recht ersetzte.[3])

Die Zivilgerichtsbarkeit, deren oberster Gerichtshof die Rota nebst den Procuratori di Palazzo waren, beherrschte Cosimo ebenfalls durch die Einsetzung des Kammerauditors, der das Recht hatte, die Beschlüsse der andern Tribunale aufzuheben.[4]) Später wurde der Kammerauditor in die Consulta verwandelt, deren Befugnisse sich allmählich soweit ausdehnten, daß sie legislative Gewalt erhielt.[5]) In der Zivilgerichtsbarkeit blieben freilich die zahllosen Lokalstatuten bestehen, hatten aber durch die Möglichkeit der Berufung an das florentinische Statut doch erheblich an Bedeutung verloren.

Im sienesischen Gebiet bestand insofern eine Abweichung, als hier auch für die Kriminalgerichtsbarkeit die Lokalstatuten in Kraft blieben.[6]) Aber in dem ganzen Staate von Siena konnte in Wirklichkeit nichts geschehen ohne Zustimmung des Statthalters, der bei der Verfassungsänderung 1560 eingesetzt worden war und der seine Befehle unmittelbar vom Großherzog empfing. Durch den Statthalter wurde der Anteil, den die Bürgerschaft Sienas an der Regierungsgewalt gemäß der Verfassung hatte, auf die

[1]) Crome I. 10. — [2]) Zobi I. 92. — [3]) Reum. I. 108.

[4]) Zobi I. 94.

[5]) Reum. I. 399. — Fr. Forti, Istituzioni civili, libri due. Bd. I. 500.

[6]) Zobi I. 107.

Ernennung untergeordneter Beamter und die Teilnahme an der Zivilgerichtsbarkeit beschränkt.[1])

Und ebenso war es Cosimo in dem florentinischen Gebiete gelungen, die Beschränkungen der Verfassung von 1532 zu umgehen. Er hatte sich einen gänzlich von ihm abhängigen geheimen Rat, die Pratica Segreta, geschaffen, die die Oberaufsicht über alle wichtigeren Staatsangelegenheiten führte und deren Beschlüsse bei Zustimmung des Souveräns Gesetzeskraft hatten.[2]) In seiner späteren Regierungszeit verlor auch die Pratica Segreta ihre Bedeutung und Cosimo herrschte in Toscana als unumschränkter Fürst. „Deine Ratschläge," sagte er, „sind Befehle!"[3])

Diese Stellung zu erreichen und zu bewahren gelang ihm nicht zum wenigsten durch eine sichere finanzielle Unterlage. Das Einkommen des Staates bestand in der Grundsteuer, den Zöllen und Abgaben.[4]) Bei der Ausbildung dieses Finanzsystems strebte Cosimo vor allem danach, das Einkommen des Staates so hoch wie möglich zu schrauben, ohne zu bedenken, ob der Wohlstand des Volkes dadurch Einbuße erlitt.[5]) So führte er viele neue Abgaben ein, besteuerte die notwendigsten Lebensmittel, namentlich durch die Mahl- und Schlachtsteuer.[6]) Seine Hauptfinanzquelle waren jedoch die Zölle. Eine zahllose Menge von Zollsperren hinderten den Verkehr: Siena war von Florenz, die einzelnen Provinzen von einander, die Städte vom Lande abgetrennt.[7]) Die Ausfuhr des Getreides war streng verboten, denn der Großherzog hielt den ganzen Getreidehandel in seiner Hand.[8]) — Daneben errichtete er viele Monopole; vor allem das Salzmonopol, wobei jede Familie gezwungen war, jährlich ein bestimmtes, im Verhältnis zu ihrem Vermögen stehendes Quantum zu kaufen.[9])

Eine Trennung von Kron- und Staatsgut gab es nicht. Franz I. (1574—1587) betrieb mit Staatskapital Bankgeschäfte.[10]) Ja im Jahre 1721 erklärte Cosimo III. alle liegenden Gründe, die dem Staate gehörten, für sein Privateigentum.[11])

Und dennoch gab es einige Institutionen, die der Ausübung der Regierungsgewalt nicht unerhebliche Hemmnisse bereiteten.

[1]) Reum. I. 232; Zobi I. 98. — [2]) Reum. I. 105. — [3]) Reum. I. 249. [4]) Reum. I. 113. — [5]) Reum. I. 116. — [6]) Reum. I. 114. [7]) Reum. I. 290. — [8]) Reum. I. 119. — [9]) Zobi I. 112. Reum. I. 117 ff. [10]) Reum. I. 310. — [11]) Zobi I. 113.

Weder Cosimo und noch viel weniger seine schwächeren Nachfolger vermochten es, sie zu unterdrücken, ja, herrschenden Zeittendenzen oder auch persönlichen Interessen folgend, vermehrten sie dieselben oder duldeten, daß sie ihre Befugnisse ausdehnten.

Hierzu gehörend, jedoch von geringer Bedeutung, ist die Zunftgerichtsbarkeit,[1]) deren politische Macht fast ganz verloren war. Die Zünfte genossen noch das Vorrecht, aus ihrer Mitte den Rat der 200, den Senat der 48, und damit die Ämter zu besetzen.[2])

Viel einschneidender war das Lehnswesen und die geistliche Gerichtsbarkeit.

Es gab in Toscana noch einen Rest von Reichslehen und gegen 50 toscanische Landslehen, die z. T. von Cosimo geschaffen, vornehmlich aber im 17. Jahrhundert entstanden waren. — Die Lehnsherren, unter denen einige auswärtige Familien waren, hatten eigene Zivil- und Kriminalgerichtsbarkeit und nahmen das Recht in Anspruch, flüchtigen Verbrechern Schutz zu gewähren.[3]) Es ist klar, wie sehr dadurch, abgesehen von zahlreichen anderen Störungen, die Ausübung der staatlichen Justiz gehindert wurde. Noch im Jahre 1762 ereignete es sich, daß zwei Vasallenfamilien einen kleinen Krieg mit einander führten.[4])

Die geistliche Gerichtsbarkeit, sowohl die Inquisition wie die bischöflichen Kurien standen zur Zeit der Republik unter der Aufsicht der 14 Defensoren der Freiheit.[5]) Da der Einfluß dieser Behörde während der Pontifikate Leos X. und Clemens' VII. erloschen war, so setzte Cosimo I. das Tribunal der Giurisdizione ein (1546), ohne dessen Exequatur die Dekrete der geistlichen Behörden nicht ausgeführt werden durften.[6]) Später wurde dieses Tribunal in die Segreteria del Regio Diritto umgewandelt.[7]) — Aber Cosimo schon zeigte sich der Kirche und besonders der Inquisition gegenüber oft sehr nachgiebig. So ließ er die Einsetzung

[1]) Sie wurde ausgeübt durch das Tribunal der Mercanzia, das aus sechs fremden Richtern und ebensoviel aus den großen Zünften gewählten Beisitzern bestand, und durch die Gerichte der sieben großen Innungen. Reum. II. 145.

[2]) Reum. II. 145.

[3]) Reum. I. 292, 620. II. 35. — Zobi I. Doc. S. 54 giebt eine nicht vollständige Liste von 47 toscanischen Lehen.

[4]) Reum. II. 37. — [5]) Zobi I. 144. Reum. I. 130. — [6]) Zobi I. 129, 131.

[7]) Scaduto, Stato e Chiesa sotto Leopoldo I. Firenze 1885. S. 119.

eines Nuntius für Toscana zu (1560).[1]) Viel willfähriger noch waren die späteren Großherzöge gegenüber den Ansprüchen der Kirche; unbekümmert um die Giurisdizione übten die geistlichen Behörden ihre Gerichtsbarkeit aus. Den fanatisch kirchlich gesinnten Cosmo III. gelang es sogar, zur Aufhebung der Giurisdizione zu bewegen (1688). Nach fünf Jahren sah er sich jedoch genötigt, sie wieder einzusetzen.[2])

Die Inquisition nahm die Aufsicht über die Bücherzensur und Sittenpolizei in Anspruch.[3]) Bei dem Prozesse Galileis waren alle Bemühungen des Großherzogs Ferdinand II., den Urteilsspruch zu verhindern oder seine Härte zu mildern, vergeblich.[4])

Auch die Befugnisse der bischöflichen Kurien hatten sich allmählich immer mehr ausgedehnt; sie sprachen Recht über die Streitigkeiten von Laien mit Geistlichen, über Eheangelegenheiten und über gemeine Verbrechen der Kleriker.[5]) Konflikte mit dem Staate waren nicht zu vermeiden, besonders da die geistlichen Behörden das Recht genossen, Privilegien zu erteilen, die Erlaubnis zum Waffentragen zu vergeben, die Ausübung der Polizei vor allem aber durch das Asylrecht, das für Klöster und Kirchen bestand, oft behindert wurde.[6])

Der Staat hatte es nicht durchgesetzt, seine Macht über alle Schichten der Bevölkerung gleichmäßig auszudehnen. Daher stand über der Masse des Volkes, das im wesentlichen die Lasten des Staates zu tragen hatte, eine große Anzahl Privilegierter.

So war die Ausübung der verschiedenen Berufsarten an Privilegien geknüpft.

Der Staat hatte den Zünften, die politisch nichts mehr bedeuteten, die Autonomie in der Gewerbethätigkeit unangetastet gelassen.[7])

Ein eigentlicher Adel war erst unter den mediceischen Fürsten entstanden.[8]) Er genoß mannigfaltige Vorrechte; schon dadurch, daß er den größten Teil des Grundbesitzes in seiner Hand hielt, und zwar meistens als fideikommissarisches Eigentum.[9]) Eine große Anzahl von Fideikommissen war im 16. Jahrhundert durch die Kommenden der Ritter des Stephansordens gebildet worden.[10]) —

[1]) Zobi I. 133. Scaduto. 82. — [2]) Zobi I. 134 ff. — [3]) Reum. I. 516.
[4]) Reum. I. 553. — [5]) Zobi I. 136. — [6]) Reum. I. 514.
[7]) Reum. II. 145. — [8]) Reum. II. 38. — [9]) Reum. I. 507.
[10]) Reum. I. 292.

Das Verhältnis, in welchem der Bauer zu seinem Grundherrn stand, beruhte in den meisten Teilen Toscanas auf dem System der Mezzeria oder Halbwinnerschaft. Er war noch zu zahlreichen Frohnden gezwungen, mußte unter anderm Gräben und Straßen in Stand halten und den siebenten Teil der Grundsteuer bezahlen. Streng verboten war ihm in benachbarten Ländern zu arbeiten, wodurch er sich in armen Gegenden in früheren Zeiten einen Nebenverdienst zu gewinnen pflegte. Auch das Eigentumsrecht unterlag vielen Beschränkungen. Der Gemeinde mußte er auf ihren Befehl Wagen und Zugpferde zur Verfügung stellen. Die Weinlese durfte nicht begonnen werden, bevor es die Lokalbehörde erlaubt hatte.[1]) Das Jagdrecht auf fremdem Boden wurde immer mehr erweitert.[2])

Gegenüber den schweren Lasten, die auf dem Bauer und dem kleinen Eigentümer lagen, genoß der sehr beträchtliche Grundbesitz der Kirche völlige Steuerfreiheit.[3]) Das Einkommen des Klerus, dessen Vermögen zum größten Teil im Grundeigentum lag, belief sich im Jahre 1737 auf 1 120 827 Scudi, wobei verschiedene Einkünfte noch nicht einmal mitberechnet sind. —

Die Zahl der Kleriker war unverhältnismäßig groß. Im Jahre 1745 waren unter einer Bevölkerung von 882 277 Personen 27 486 geistlichen Standes.[4]) Das war für den Staat um so drückender, da sie, abgesehen von der Mahl- und Salzsteuer[5]), von allen Abgaben befreit waren.[6])

So hat der absolute Staat seinen Unterthanen Rechtsgleichheit nicht zu bieten vermocht. Durch das Zusammenwirken aber seiner Tendenzen mit den großen Veränderungen der Weltgeschichte war Toscana von seiner glänzenden Höhe herabgesunken und die neue Dynastie fand eine völlig verarmte Bevölkerung vor.

Der Handel, die alte Quelle des florentinischen Reichtums, war nahezu vernichtet. Durch die Veränderung der Seewege hatte besonders der Verkehr mit der Levante gelitten, der dann durch die Kämpfe der Ritter des Stephansordens (1562 gegründet) ganz unterdrückt wurde.[7]) — Der abendländische Handel hielt sich etwas länger, aber durch die Freiheitskämpfe in den Niederlanden und die Religionskriege in Frankreich erlitten in seinen Hauptplätzen

[1]) Zobi II. 179. Reum. I. 120. — [2]) Reum. I. 505. — [3]) Reum. I. 381.
[4]) Zobi I. 171. Reum. II. 51. — [5]) Scaduto. 125. — [6]) Scaduto. 84.
[7]) Zobi I. 124. Reum. I. 115, 351.

Brügge und Lyon die florentinischen Häuser großen Schaden. Sie wurden ganz vernichtet durch Sully, der die Einfuhr der Seidenstoffe verbot. Der Handel mit Deutschland bedeutete im 17. Jahrhundert wenig. Auf einen kurzen Aufschwung des Handels mit Portugal folgte nach dessen Unterwerfung durch Spanien (1581) schnell ein völliger Verfall, der eine große Zahl von Fallissements zur Folge hatte, welche Großherzog Franz I. durch ein hartes Gesetz gegen Bankrottierer verhindern zu können glaubte. — Von dieser Zeit an hat der Handel einen dauernden Aufschwung nicht mehr genommen.[1] —

Der Verfall der Gewerbethätigkeit mußte mit dem des Handels gleichen Schritt halten. Zuerst trat er bei der Wolltuchfabrikation ein, da die Länder, welche die Wolle produzierten, allmählich anfingen, auch die Tuche anzufertigen: ein Prozeß, der schon im 15. Jahrhundert begann.[2] Im 17. Jahrhundert lag sie tief darnieder. Die Seidenfabrikation hatte sich in dieser Zeit wieder gehoben, namentlich infolge der großen Maulbeerbaumpflanzungen, die von den Großherzögen Franz I. und Ferdinand I. angelegt worden waren. Sie fand damals in England ein Absatzgebiet, das sie jedoch im Jahre 1663 infolge der toscanischen Zollgesetzgebung verlor.[3] So hatte auch dieser Industriezweig nichts mehr von seiner Bedeutung, wenngleich er von allen noch die meisten Arbeiter beschäftigte.[4]

Wie sehr an dem Niedergange des Handels und der Industrie das mediceische Regierungssystem schuld war, das zeigt die Stadt, an der allein es eine Ausnahme machte: Livorno. Cosimo I. und sein Sohn Ferdinand hatten es aus einem armseligen Fischerdorfe erst zur Stadt gemacht und mit mannigfachen Vergünstigungen ausgestattet. Freiheit des Handels und Gewerbes und freie Religionsübung für alle Nationen zogen viele Ausländer heran.[5] Schon nach drei Jahrzehnten seines Bestehens war der Mauerkreis zu klein für die Zahl der Bewohner.[6] Alles was Toscana noch an Großhandel hatte, konzentrierte sich in Livorno, das namentlich mit England in Beziehung stand.[7]

[1] Reum. I. 355 ff. — [2] Zobi I. 120. — [3] Reum. I. 503.
[4] Reum. II. 147. — [5] Reum. I. 371. — [6] Reum. I. 511.
[7] Reum. I. 356.

An der Sorge für diese Stadt ließen es auch die späteren Großherzöge nicht fehlen. Im Jahre 1691 wurde durch eine Konsularkonvention die Neutralität des Hafens in Kriegszeit stipuliert.[1] Als im Jahre 1756 der Graf Carli durch Toscana reiste, bemerkte er, daß in Livorno große Thätigkeit und Reichtum herrsche, je weiter man aber in das Innere des Landes vordränge, desto mehr Armut und Unthätigkeit zunähme.[2]

Im Gegensatz zu Livorno erlebte Pisa, auf das dieselben Vergünstigungen ausgedehnt waren, keinen Aufschwung mehr. Seine Lage im Maremmengebiet, entfernt vom Meere, ohne Hafen, war zu ungünstig; denn die Stelle des alten Pisaner Hafens hatte Livorno inne und die Blüte seines Handels erstickte die Pisas.[3]

Der Verfall des Handels und der Industrie zog den des Ackerbaus nach sich, da infolgedessen die großen Kapitalien aus den unergiebigen Handelsgeschäften herausgezogen und in Grund und Boden angelegt wurden. Dadurch verringerte sich die Zahl der Landbesitzer immer mehr und die großen fideikommissarischen Latifundien nebst den Ländereien der Lehnsherrn und der toten Hand machten nicht nur einen großen Teil des Grundeigentums unbeweglich, sondern setzten auch den Verbesserungen der Agrarverhältnisse, um die sich die Großherzöge vielfach bemühten, hartnäckigen Widerstand entgegen.[4]

Diese Verhältnisse waren ganz besonders nachteilig für die ohnehin schon der höchsten Sorgfalt bedürftigen Gebiete des Chianathales und vor allem der sienesischen Maremmen. — Schon immer hatten die Maremmen unter der Ungunst des Klimas und der Bodenverhältnisse gelitten. Ihr tiefstes Unglück aber rührt von dem mit höchster Grausamkeit geführten Kriege her, durch den Siena seine Freiheit verlor.[5] Zu Anfang des 17. Jahrhunderts war der Ackerbau hier so wenig lohnend, daß die Regierung durch Zwang die Arbeiter zum Bestellen der Felder anzuhalten suchte.[6] —

So boten gegen Ende der mediceischen Zeit die Maremmen ein überaus trauriges Bild dar. Die fruchtbaren Felder waren so ver-

[1] Reum. I. 511. — [2] Reum. II. 43. — [3] Reum. I. 375, 511.
[4] Capponi: Cinque letture di Economia toscana. Fir. 1845. S. 37. — Reum. I. 381. II. 32. — Zobi I. 128.
[5] Reum. I. 367. — [6] Reum. I. 505.

wüteten, daß die Herden keine Weide fanden, die Weinberge verlassen, die Ölberge so verwildert, daß niemand ihre Frucht mehr sammelte, die Wohnungen und ganze Schlösser zerstört wie nach einem feindlichen Einfall oder einer furchtbaren Seuche.[1]) Als die Jahre 1763 und 1764 wieder außerordentlich schlechte Ernten gebracht hatten, wurde der junge Großherzog Peter Leopold mit dem Bericht aus der Maremma empfangen, die Gesundheitspolizei sei so vernachlässigt, daß in einigen Kirchen die Gräber unbedeckt seien, daß die fieberkranken Arbeiter bei der Ernte aus Mangel an Hilfe stürben und unbeerdigt auf den öffentlichen Wegen liegen blieben.[2]) —

[1]) Nach der Schilderung, die S. Bandini in seinem 1737 geschriebenen Discorso Economico giebt. Zobi I. 127.

[2]) Zobi II. 21.

II. Die Reformthätigkeit Großherzog Leopolds.

Am 3. September 1765 war der 18jährige Großherzog in Florenz eingezogen. Es ist begreiflich, daß er den dringenden Wunsch hegte, dem Elend, das auf seinen Unterthanen lastete, entgegenzutreten, und daß er seine Sorge zunächst auf den Teil des Landes richtete, welcher der Hilfe am bedürftigsten war: auf die sienesischen Maremmen. Schon am 10. November desselben Jahres erschien ein Edikt, welches das Gebiet der ehemaligen Republik Siena in zwei Provinzen teilte: In die obere (provincia superiore) mit Siena als Hauptstadt und in die untere Provinz (provincia inferiore), die das Maremmengebiet umfaßte und Grosseto zur Hauptstadt hatte. Die Verwaltung der letzteren wurde dem Großherzog selbst unmittelbar unterstellt.[1]) Dies Gesetz, das im folgenden März durch die Einteilung der untern Provinz in acht Gerichtsbezirke vervollständigt ward,[2]) eröffnete die Reformthätigkeit Großherzog Peter Leopolds, welche sich auf fast alle Gebiete des Staatslebens erstrecken und in den meisten eine Umwälzung von Grund aus schaffen sollte. Als später das ganze Großherzogtum in Bezug auf Verwaltung und Rechtspflege eine neue Einteilung erhielt, wollte die Einrichtung des Maremmengebiets sich in den neuen Organismus nicht einfügen. Insofern ist dieses erste Edikt sogleich charakteristisch für die Art der Gesetzgebung Leopolds. Tastend, wie experimentierend, um die Reaktion zu erproben, ging er mit Einzelbestimmungen vor, bisweilen, ehe ein einheitlicher Plan für die Gesamtheit vorhanden war. Daher erklären sich die vielen

[1]) Zobi II. 23. — [2]) Crome III. 96.

Gesetze, die die schon einmal getroffenen Bestimmungen wiederholen, verschärfen, manchmal allerdings auch widerrufen. So könnte der Eindruck erweckt werden, als entbehre die Gesetzgebung Leopolds der Konsequenz. Aber bei einem Überblick über die gesamte Reformthätigkeit sind sichere Ziele doch nicht zu verkennen.

Leopold sah, daß eine bessere materielle Lage seines Landes nur dadurch erreicht werden könnte, daß seine Bewohner Bewegungsfreiheit auf allen Gebieten des Lebens erhielten und vor allem von den Fesseln, welche die zahlreichen noch herrschenden mittelalterlichen Institutionen um sie legten, befreit würden. Um das zu erreichen, mußte er einmal den Widerspruch beseitigen, der zwischen der formell zu Recht bestehenden Gewalt vieler solcher Institutionen und ihrer faktischen Bedeutungslosigkeit lag, und dann der Autorität des Staates diejenigen unterwerfen, die thatsächlich eine von ihm unabhängige Macht ausübten. Hiermit schritt Leopold fort zur vollkommenen Ausbildung des absoluten Fürstentums. Aber dadurch, daß er alle Gewalt in seiner Hand zentralisierte, konnte er einen einheitlichen Staat mit gleichberechtigten Bürgern schaffen. Und das war eine notwendige Vorbedingung, wenn er den Staatsangehörigen Freiheit in der Ausübung ihrer verschiedenartigen Berufe gewähren wollte.

Diese Ziele sind in den vornehmsten Gesetzen Leopolds zu erkennen, welche sich daher wohl unter den folgenden beiden Gesichtspunkten betrachten lassen: Bildung eines Einheitsstaates durch Zentralisation und Befreiung des Volkes von der Bevormundung des Staates.

Im Jahre 1741 hatte die Regentschaft die Staatseinkünfte verpachtet. Eine der ersten Thaten des jungen Großherzogs war die Kündigung dieser Finanzpacht (August 1767).[1] Im Jahre 1770 wurde dann die Verwaltung des ganzen Landes neu geregelt durch die Bildung des Consiglio di Stato, der aus den Chefs der vier Sekretariate, dem der auswärtigen, der inneren, der Kriegs- und der Finanzangelegenheiten bestand, an deren Spitze ein Präsident ohne besonderes Departement gestellt wurde. Alle Monate trat der Consiglio di Stato nebst dem ersten Auditor der Consulta vor dem Großherzog zusammen und erstattete ihm Bericht über die

[1]) Reum. II. 26, 86.

laufenden Angelegenheiten. Gleichzeitig verkündete der Großherzog, daß er selbst sowie auch die Minister jede Woche eine Audienz halten würden, zu der alle Unterthanen Zutritt haben sollten.[1])

Langsam und vorsichtig begann der Großherzog im selben Jahre mit der Vernichtung der Gerechtsame der verschiedenen Gerichtshöfe. Zuerst wurden die beiden Tribunale, die die Zunftgerichtsbarkeit ausgeübt hatten, abgeschafft und an ihre Stelle eine Handels- und Gewerbekammer gesetzt, der aber nur die Aufsicht zustand über Gegenstände, die sich auf Handel und Gewerbe bezogen. Die Rechtsprechung in erster Instanz erhielt ein Auditor dieser Kammer, von dem aus Appellation an die allgemeinen Gerichte gestattet war. Elf Jahre später trat an die Stelle der Kammer ein Provveditor zur Leitung der ökonomischen Angelegenheiten und schließlich wurde auch der und damit diese ganze Institution endgiltig aufgehoben.[2])

Der Gewalt der Lehnsherren über ihre Vasallen hatte schon die Regentschaft mit dem Gesetz vom Jahre 1749 Abbruch gethan. Danach durften die Lehnsherrn die Gerichtsbarkeit nicht mehr selbst ausüben, sondern mußten sie Vikaren, die aus der Zahl der königlichen Richter gewählt waren, übertragen und waren gezwungen, der Regierung Rechenschaft abzulegen. Bei Kriminalfällen konnten sie kein unwiderrufliches Urteil fällen und in der Zivilgerichtsbarkeit war Berufung an die gewöhnlichen Gerichte erlaubt. Das Recht, Verbrechern Asyl zu gewähren, wurde ihnen genommen. Den Lehnsherren war verboten, sich in Finanz- und Steuerangelegenheiten des Staates und der Gemeinden einzumischen; hingegen sollten sie verpflichtet sein, mit ihrem Grundbesitz zu den Lasten der Gemeindeauflagen beizutragen.

Diese Bestimmungen bezogen sich aber nur auf die Landeslehen; die Rechte der toscanischen Reichslehnsträger wagte man nicht zu schmälern, obgleich der Großherzog von Toscana zugleich Kaiser von Deutschland war.[3])

Leopold setzte die Feudalgesetzgebung der Regentschaft fort. Er sah sich genötigt, noch einmal an die Ausführung des Gesetzes

[1]) Zobi II. 34.

[2]) Die Camera di Commercio, Arti e Manifatture wurde am 29. Mai 1781 aufgehoben. Zobi II. 90. Die völlige Abschaffung erfolgte am 4. August 1782. Crome III. 314.

[3]) Zobi I. 285.

von 1749 zu erinnern[1]) und unterstellte die Lehnsherren der Gerichtsbarkeit der königlichen Tribunale,[2]) welchen er auch bei einem Urteil, das die Lehnsherren über ihre Vasallen gefällt hatten und wogegen der davon Betroffene nur das Geringste einzuwenden hatte, die Entscheidung zugestand.[3]) Die königlichen Behörden waren auch befugt, ohne weiteres in den Lehnsdistrikten jedwede Gerichtshandlung ausführen zu lassen. — Die Kirchenlehen wurden der königlichen Gerichtsbarkeit völlig unterworfen.[4])

Die Lehen gänzlich zu vertilgen, ist aber auch dem Großherzog Leopold nicht gelungen. Einige derselben brachte er durch Kauf an sich oder erreichte durch Verträge, daß sich die Lehnsherrn der königlichen Jurisdiktion unterwarfen. Die Reichslehnsträger hingegen fuhren fort, sich der Autorität des Landesherrn zu widersetzen, und bei einem Streit, den der Großherzog mit dem Grafen Bardi von Vernio hatte, entschied der Reichshofrat, dem die Sache übertragen war, zu Ungunsten des Landesherrn.[5])

Von viel größerem Nachteil für die Autorität des Staates als die Gerichtsbarkeit der Zünfte und der immerhin nicht zahlreichen Lehen war die Selbständigkeit der geistlichen Behörden und ihr Eingreifen in die Rechtspflege. Der Kampf gegen die Kirche, das Streben, sie dem Staate zu unterjochen, erstreckt sich beinahe über die ganze Regierungszeit Peter Leopolds und ist vielleicht von allen den Umwälzungen, die er in seinem Lande hervorgerufen hat, die bedeutsamste, wenngleich er auch hier seine Pläne nicht vollkommen verwirklicht hat.

Auf diesem Gebiet war ihm ebenfalls die Regentschaft vorangegangen. Sie hatte durch das im Jahre 1738 erlassene Gesetz, wodurch das Recht, Waffen zu tragen, beschränkt wurde, das Inquisitionsgericht zu den lebhaftesten Protesten gebracht,[6]) die in offenen Kampf ausbrachen, als fünf Jahre später dem Sant'Uffizio die Bücherzensur genommen und, soweit sie sich auf geistliche Dinge bezog, den bischöflichen Kurien, alles Weltliche aber der staatlichen Zensur übertragen wurde.[7]) Da die Inquisition in ihrem Widerstande nicht nachließ, hob die Regierung schließlich ihre Gerichtsbarkeit ganz auf.[1]) Aber durch kluge Nachgiebigkeit, veranlaßt durch den Papst Benedikt XIV., erlangte man, daß das Inquisitionstribunal im Jahre 1755 wiederhergestellt ward, und zwar nach venetianischem Muster mit drei Laienassistenten und so, daß die entscheidende Stimme bei dem Souverän lag, die Regierung die Kanzler und Exekutoren ernannte und die Inquisition die gewöhnlichen Gefängnisse benutzen mußte.[2])

Aber die Inquisitoren ließen nicht nach in ihren „Gesetzwidrigkeiten (irregolarità) und gewaltthätigen Übergriffen (prepotenze)". Und so war das Sant'Uffizio das erste der drei geistlichen Tribunale, das Leopold aufhob (5. Juli 1782). Höchst charakteristisch ist es, wie in dem Edikt die Abschaffung motiviert wird. Es sei eine von der Souveränität untrennbare Pflicht, die Religion in ihrer Reinheit zu bewahren und ihre Diener in den Grenzen zu halten, die ihnen nach dem Beispiel der ersten Jahrhunderte der Kirche vorgeschrieben seien, wo man die Abtrünnigen nicht durch Strafe, sondern „durch Milde und Liebe" zum Glauben zurückzuführen suchte. Wenn dann nach zwölf Jahrhunderten die Kirche es für ersprießlich hielt, die Gerichtsbarkeit in Glaubenssachen den Bischöfen zu entziehen und dafür Tribunale „von einer den Sitten nicht mehr gemäßen Härte" zu schaffen, so war sie dazu gezwungen „durch ganz außergewöhnliche Gründe und das Elend der Zeiten". Da diese Gründe jetzt aber aufgehört haben, so sind die Tribunale des Sant'Uffizio unnötig geworden und deshalb „schaffen wir ab und annullieren in unsern glücklichen Staaten aus der Fülle Unserer höchsten und absoluten Macht das Tribunal der Inquisition". Der Episkopat erhielt durch dieses Edikt „die usurpierte Entscheidung über Glaubenssachen" zurück.[3])

Schon viele Jahre vor der Abschaffung des Sant'Uffizio hatte Leopold begonnen, die Hand auch an die andern kirchlichen Institutionen zu legen. 1769 hob er das Asylrecht via facti auf, indem er eines Nachts an sämtlichen Orten, die dieses Recht genossen, die dorthin geflüchteten Delinquenten festnehmen ließ. Von der vollendeten Thatsache ließ er durch seinen Gesandten in

[1]) Mit dem Edikt vom 19. November 1779. Crome III. 242.
[2]) Edikt vom 24. Februar 1786. Crome III. 391.
[3]) Edikt vom 7. September 1787. Crome III. 394.
[4]) Zobi II. 464. Reum. II. 124.
[5]) Zobi II. 464 ff. — [6]) Zobi I. 181. — [7]) Zobi I. 241 ff.

[1]) Zobi I. 247.
[2]) Zobi I. 332 ff. — Reum. II. 59. — Scaduto. 247.
[3]) Zobi II. 305. Das Edikt ist im Anhang abgedruckt. S. 124 ff.

Rom den Papst in Kenntnis setzen.[1]) Bald danach wurden die Klostergefängnisse unter die Aufsicht der staatlichen Behörden gestellt.[2])

Die Regentschaft hatte im Jahre 1750 dem Kaiser Franz vorgeschlagen, ein Gesetz zu erlassen, das die Ausführung geistlicher und päpstlicher Erlasse vom landesherrlichen Exequatur abhängig machen sollte; Franz war aber nicht darauf eingegangen.[3])

Leopold beschäftigte sich seit 1775 ernsthaft mit dem Gedanken, die Gerichtsbarkeit der bischöflichen Kurien und der Nuntiatur aufzuheben oder wenigstens zu beschränken.[4]) Der erste Schritt geschah im Januar 1778, wo vom Regio Diritto vier Zirkulare an die Bischöfe gesandt wurden, welche bestimmten, daß die bischöflichen Kurien die Ausübung ihrer Kriminaljustiz den großherzoglichen, weltlichen Tribunalen übertragen sollten, „damit die Kriminalgerichtsbarkeit für alle Unterthanen, sowohl für Laien wie für Geistliche, auf gleiche Weise verwaltet werde".[5]) Zensuren, die weltliche Strafen androhten, wurden ohne das königliche Exequatur für ungiltig erklärt.[6])

Vollendet wurde die Reform dann im Jahre 1784, wo die „Jurisdiktion in völlig weltlichen Angelegenheiten", „welche, den Bischöfen zu übertragen, für das öffentliche Wohl, wie man in einer Zeit allgemeiner Unwissenheit geglaubt hat, ersprießlich sei", den bischöflichen Kurien genommen wurde. Sie behielten die Entscheidung über Kriminalfälle geistlichen Charakters, über einige Zivilrechtsfragen der Geistlichen untereinander und über die sakramentalen Eheangelegenheiten, durften aber nur kanonische Strafen verhängen. Peinliche Vergehen der Kleriker fielen auch vor das Forum des weltlichen Gerichts.[7]) Die Regierung wahrte sich Einfluß auf die so beschränkten Kurien dadurch, daß sie die Giltigkeit der Wahl der Generalvikare der Diözesen, die den Vorsitz in den Kurien führten, von ihrer Bestätigung abhängig machte.[8])

Von den drei geistlichen Tribunalen war nur noch die Nuntiaturgerichtsbarkeit übrig. Leopold hatte einst seine kirchlichen Reformen

[1]) Zobi II. 86.
[2]) Am 2. Juni 1770. Zobi II. 87. — Crome III. S. 100 ff. giebt einen Auszug dieses Gesetzes.
[3]) Zobi 83 ff. — [4]) Zobi II. 207. — [5]) Scaduto. 235.
[6]) Scaduto und Zobi II. 222. — [7]) Zobi II. 365 ff.
[8]) Durch das Edikt vom 12. Februar 1785.

damit begonnen, für die Ausführung aller auswärtigen Edikte das königliche Exequatur erforderlich zu machen. Im Jahre 1788 wurde nun die Nuntiaturgerichtsbarkeit ebenfalls beseitigt. Der Nuntius sollte nur den Charakter eines Gesandten des römischen Hofes und nicht mehr Rechte als jeder andere Gesandte haben.[1])

Alle diese Schmälerungen der geistlichen Gewalt wurden in Rom begreiflicherweise sehr unangenehm empfunden. Leopolds Gedanken indes waren noch weiter gegangen. Er persönlich hegte Feindschaft gegen den Papst, den er nur für einen primus inter pares hielt[2]) und von dem er die Überzeugung hatte, daß er von Haß gegen sein ganzes Haus erfüllt sei.[3]) Mit Freuden begrüßte er die Emser Punktation und riet seinem Bruder Joseph, die Gelegenheit zu benutzen, „für immer in Deutschland das interessierte und despotische Joch des römischen Hofes abzuschütteln", und die Bischöfe und Kirchenfürsten Deutschlands zu einem Nationalkonzil zu versammeln, wo ihre „ursprünglichen Rechte, die Rom ihnen usurpiert hat", wiederhergestellt werden sollten.[4]) Und ebenso wollte er in seinem Lande die Kirche völlig vom Zusammenhange mit Rom lösen und einen nationalen toscanischen Episkopat begründen. Dahin zielt die Bestimmung, daß keine päpstlichen Dispense nachgesucht werden durften ohne besondere Erlaubnis des Regio Diritto[5]); das Konkordat, das er mit Rom abschloß und worin der Papst auf die Pensionen, die auf toscanischen Benefizien lagen, verzichtete[6]); das Verbot, Spolien nach Rom zu senden[7]) und der Versuch, den regulären Klerus unmittelbar unter die Subordination der Bischöfe zu stellen.[8]) Im Jahre 1778 wurde erwogen, ob die Bischöfe nicht neben dem Eid, den sie dem Papst

[1]) Zobi II. 450.
[2]) Arneth: Joseph II. und Leopold von Toscana. Ihr Briefwechsel. Band II. 73.
[3]) A. Wolf: Leopold II. und Marie Christine. Ihr Briefwechsel. S. 26.
[4]) Arneth: Joseph II. und Leopold. Bd. II. 48. Brief v. 5. Dez. 1786.
[5]) Zirkular vom 10. Oktober 1777. Zobi II. 85.
[6]) Vom 6. Oktober 1775. Ausgenommen waren jedoch die Diözesen Pisa und Arezzo. Zobi II. 185.
[7]) Edikt vom 15. Juni 1782. Zobi II. 321.
[8]) Dekrete vom 10. Juli 1782 und 26. September 1784. Zobi II. 369. Und vom 2. Oktober 1788. Zobi II. 459.

leisteten, einen andern nach Art des französischen Klerus den Souveränen leisten sollten.[1])

Seit 1785 sehen wir, wie der Gedanke der Berufung eines Nationalkonzils Gestaltung gewinnt.[2]) Auf den Vorschlag des Bischofs von Pistoja, Scipione de' Ricci, wollte man jedoch vorher die Bischöfe zur Abhaltung von Diözesansynoden veranlassen.[3]) So erging im August dieses Jahres ein Zirkular, das die Bischöfe aufforderte, alle zwei Jahre die Geistlichen und vor allem die Pfarrer zu versammeln, um mit ihnen alles, was ihre Diözese anginge, zu beraten. Im Januar des folgenden Jahres sandte ihnen die Regierung ein Schreiben, das 57 der hauptsächlichsten zu beratenden Punkte enthielt, und forderte die Bischöfe auf, ihre Meinung darüber zu sagen. Als einer der wichtigsten Gegenstände war hier bezeichnet, „der Autorität der Bischöfe ihre ursprünglichen Rechte wiederzugewinnen, die ihnen der römische Hof widerrechtlich usurpiert hatte". — Diese „57 Punti Ecclesiastici" wurden durch den Druck veröffentlicht und erregten, nicht bloß in Toscana, gewaltiges Aufsehen.[4]) Die Antwort der toscanischen Bischöfe aber war, ausgenommen die von Ricci und zwei andern, ablehnend.[5]) Ricci erließ am 31. Juli das Berufungsschreiben zur Synode nach Pistoja,[6]) die am 18. September eröffnet und nach sieben Sitzungen unter allgemeiner Zufriedenheit der Teilnehmenden geschlossen ward. Unter den verschiedenen Dekreten der Versammlung waren gegen den päpstlichen Stuhl besonders gerichtet die Annahme der vier gallikanischen Artikel und die Lehre, daß die Bischöfe ihre Autorität unmittelbar von Gott hätten.[7])

Großherzog Leopold ergriff jetzt nach dem günstigen Verlaufe der Pistojeser Synode sofort den Gedanken eines Nationalkonzils

[1]) Zobi II. 233. — [2]) Zobi II. 396 ff. — [3]) Zobi II. 398.

[4]) Zobi II. 400. Die „Punti Ecclesiastici compilati da S. A. R. . ." sind nebst einem einleitenden Brief des Ministers Alberti im Anhang, S. 141 ff., abgedruckt.

[5]) Zobi II. S. 402.

[6]) In dem Berufungsschreiben nannte sich Ricci nur vescovo „per la misericordia di Dio", anstatt wie üblich „Dei et apostolicae sedis gratia episcopus". Scaduto, Stato e chiesa sotto Leopoldo I. S. 209.

[7]) Zobi II. 405 ff.

wieder, um, wie er an Ricci schreiben ließ, dem „Widerspruch gegen das in Pistoja Geschehene die Spitze abzubrechen".[1])

Ricci aber glaubte die Zeit für ein Nationalkonzil noch nicht gekommen; vorher müßten noch mehr Diözesansynoden stattgefunden und die schon eingeführten Reformen sich konsolidiert haben. Als auch der Senator Gianni vor den Folgen, die ein Nationalkonzil haben könne, warnte, entschloß sich der Großherzog, die Bischöfe vorher zu einer Versammlung privaten Charakters zu berufen, um die Artikel festzusetzen und zu erörtern, die nachher vor das offizielle Konzil gebracht werden sollten.[2])

Auf der Versammlung, die am 23. April 1788 im Palazzo Pitti ihre erste Sitzung hielt, zeigte sich, wie recht Ricci und Gianni gehabt hatten: die Beschlüsse der Synode von Pistoja wurden verworfen; fast alle Bischöfe waren den von der Regierung vorgeschlagenen Reformen abgeneigt. Während die Versammlung tagte, brach am 18. Mai plötzlich in dem zur Diözese von Pistoja gehörenden Prato ein Aufruhr aus, weil das Gerücht entstanden war, daß der Bischof aus dem Dome die Reliquie des Gürtels der Madonna entfernen wollte. Leopold glaubte, daß die Quelle des Aufruhrs bei den Bischöfen in Florenz zu suchen sei, ja er argwöhnte, daß man den Plan gehabt, in ganz Toscana einen Aufstand zu organisieren, was nur durch das verfrühte Losbrechen in Prato verhindert worden sei.[3]) — So gab er am 1. Juni den Befehl zur Auflösung der Versammlung. Am 5. fand die letzte Sitzung statt. Mit bittern Worten verabschiedete der Großherzog die Bischöfe und sprach seinen Unwillen aus, „seine guten Absichten von den Geistlichen selbst immer wieder übel gedeutet zu sehen, welche infolge des Geistes der Parteiung und Gehässigkeit es nicht selten liebten, das Publikum gegen die Pläne der Regierung zu stimmen".[4]) — Bei dem Befehl zur Auflösung der Versammlung hatte Leopold den Bischöfen noch sagen lassen, sie sollten sich im Oktober zum Nationalkonzil konstituieren. Er muß seine Ansicht hierüber geändert haben und ist auf diesen Gedanken nicht mehr zurückgekommen.[5])

[1]) Reum. II. 180. — [2]) Zobi II. 412 ff. — Scaduto. 202.

[3]) De Potter; Vie de Scipion de Ricci. II. Edition. Bruxelles 1826. Bd. II. S. 202.

[4]) Scaduto. 214. — [6]) Zobi II. 413 ff.

So war der Plan einer Loslösung von Rom und einer selbständigen nationalen Kirche an dem Widerstande des toscanischen Episkopats und an der Abneigung des vom Klerus geleiteten unmündigen Volkes gegen die Neuerungen des Großherzogs gescheitert. Eins aber hatte Leopold erreicht: die Institutionen, die, unabhängig von der Regierung, Einfluß auf die Gerichtsbarkeit ausgeübt hatten, unter die Autorität des Staates zu zwingen. Und das war nötig, damit die Reform, der er das gesamte Justizwesen unterzog, zu voller Wirksamkeit gelangen konnte. Der Grundsatz, der ihn bei der Umgestaltung der Gerichtsverfassung leitete, war, wie er selbst in seinem Rechenschaftsbericht sagen läßt, „daß alle Privilegien, Freiheiten und ausschließende Rechte in Justizsachen nicht nur dem allgemeinen Wohl des Staats überhaupt zuwider sind, sondern den privilegierten Personen selbst zum Nachteil gereichen . . .". Dieser Grundsatz „überzeugte Seine Majestät vollkommen von der Notwendigkeit, alle Bürger auch in Toscana in Justizsachen ohne Unterschied gleichzustellen".[1])

Der erste Schritt zur Reform der Justizverwaltung war, wie wir sahen, die neue Einteilung der sienesischen Maremmen gewesen. — Das planmäßige Vorgehen beginnt im Jahre 1771, wo Leopold eine Giunta bildete, die einen Entwurf für die Neugestaltung der Gerichtsverfassung fertigen sollte. Noch bevor die Kommission ihre Aufgaben vollendet hatte, hob die Regierung die Privilegien von Florenz und Siena, die Richter durch das Los zu wählen, auf, schrieb Prüfungen in der Rechtswissenschaft für sie vor und nahm ihre Ernennung selbst in die Hand. — Am 30. September 1772 wurde der Plan der Giunta, das Land in Vikariate für die Kriminaljustiz, in Podesterien für die Ziviljustiz einzuteilen, im florentinischen Gebiete zur Ausführung gebracht, am 2. Januar 1774 in der oberen Provinz von Siena[2]), und 1777 wurde auch die untere Provinz in das allgemeine System eingegliedert.[3]) Die Abschaffung der zahlreichen Gerichtshöfe mit ihren vielfach unbestimmten Rechten erfolgte dann vornehmlich durch die Edikte vom 26. und 27. Mai 1777. Die Otto di Guardia e Balia wurde aufgehoben und an ihre Stelle trat ein Obertribunal der Justiz (Supremo

[1]) Governo della Toscana. S. 7. Crome I. 19 hat das „anche" vor „in Toscana" nicht übersetzt.

[2]) Zobi II. 110 ff. — [3]) Zobi II. 206.

Tribunale di Giustizia). Präsident dieses Tribunals blieb vorläufig noch der Fiskalauditor, der die Polizei unter sich hatte. Auch dessen Amt verschwand nach einigen Jahren und gleichzeitig wurde durch Einsetzung der Presidenza del Buon Governo als höchste Polizeibehörde eine Scheidung der richterlichen von der polizeilichen Gewalt vorgenommen.[1]) — Das Obertribunal vereinigte aber zahlreiche Ämter in sich, die teils gleichzeitig mit seiner Entstehung, teils im Laufe der folgenden Jahre annulliert wurden.[2]) So verschwand, um nur die von allgemeinster Bedeutung anzuführen, die Rota nebst den Procuratori di Palazzo[3]) und der Rat der Zweihundert.[4]) Auch die Prattica Secreta wurde, nachdem sie erst einigen Modifikationen unterzogen war, endlich ganz abgeschafft.[5]) Die Aufhebung der Consulta wurde in ihrer Wirkung vernichtet durch die einige Monate später erfolgte Einsetzung eines Consultore Legale, der nichts anderes sei, wie Gianni dem Großherzog sagte, „als das Aggregat dessen, was die Consulta in der Form eines Kollegiums war".[6]) Gleichzeitig mit dem Supremo Tribunale di Giustizia war ein Avvocato Regio geschaffen, der die Fiskalangelegenheiten, Regalien und Patrimonien zu behandeln und die Lehnsgerichtsbarkeit zu beaufsichtigen hatte.[7])

So hatte der Großherzog es erreicht, seinem Lande eine einheitliche Einteilung für die Justizverwaltung zu geben, die Mannigfaltigkeit der Tribunale zu beseitigen und in wenige mit bestimmten Befugnissen zu verwandeln; sein Plan, ein allgemeines Gesetzbuch für Toscana zu schaffen, gelang nur zur Hälfte. Seit dem Anfang der achtziger Jahre war man an der Ausarbeitung eines neuen Zivilgesetzbuches beschäftigt[8]), 1787 wurde eine Kommission damit betraut, die aber noch nicht zum Abschluß gelangt war, als Leopold Toscana verließ.[9]) Besser glückte es mit dem Kriminalkodex, der am 30. November 1786 als Gesetz promulgiert wurde und durch den

[1]) Zobi II. 196 ff. und 379 ff.

[2]) Bei Zobi II. 196 sind die einzelnen Tribunale, die in dem Supremo Tr. aufgingen, verzeichnet.

[3]) Zobi II. 205. — [4]) Crome III. 323. — [5]) Zobi II. 206. — Crome III. 359.

[6]) Zobi II. 447 ff. — [7]) Zobi II. 204.

[8]) Crome erzählt I. 108, daß Leopold im Jahre 1790 zu ihm persönlich gesagt habe, seit mehr als neun Jahren werde in Toscana an einem neuen Zivilgesetzbuch gearbeitet.

[9]) Zobi II. 439.

neb t vielen anderen Milderungen im Strafverfahren die Tortur und die Todesstrafe abgeschafft wurden. Er erlangte eine europäische Berühmtheit.[1])

Das Streben nach Bildung eines Einheitsstaates durch Zentralisation der Gewalt, insbesondere der richterlichen, in der Hand des Souveräns zieht sich durch alle diese Reformen hindurch. Doch schon bei ihnen läßt sich erkennen, daß diese Stärkung der fürstlichen Macht dazu dienen sollte, den Staatsangehörigen Freiheit der Person, des Eigentums und Gewerbes zu ermöglichen. Daß darin das letzte Ziel lag, erhellt noch mehr aus den jetzt zu betrachtenden Reformen.

An die Aufhebung der Zunftgerichtsbarkeit knüpfte sich die allmähliche Befreiung von dem gewerblichen Zwang, den die Zünfte ausgeübt hatten. Die Abgaben, welche die Handwerker den Zünften zahlen mußten, wurden abgeschafft.[2]) Ebenso Monopole und Privilegien, die die Städte gegenüber dem Lande genossen, wie z. B. Florenz und Pisa das der Seidentuchfabrikation.[3]) Jeder Stadt- und Landbewohner wurde zur Ausübung eines beliebigen Gewerbes befugt.[4]) Im Zusammenhang mit der (nachher zu betrachtenden) Gemeindereform wurde die Landbevölkerung auch von den Frohnden, wie Deich-, Straßen- und Grabenbauten befreit. Bevormundungen, wie die erwähnte, die Weinlese erst, wenn es die Ortsbehörde erlaubt, halten zu dürfen, hörten auf.[5])

Um das Grundeigentum, das namentlich durch den großen Besitz der toten Hand und der vielen fideikommissarischen Stiftungen lahmgelegt war, dem freien Gebrauche wieder zu gewinnen, hatte die Regentschaft bereits einschneidende Maßnahmen getroffen. Sie verbot im Jahre 1751, Güter, die den Wert von 100 Zecchinen überschritten, ohne besondere Erlaubnis des Landesherrn der toten Hand zu schenken oder testamentarisch zu vermachen. Das Verbot betraf ohne Unterschied den Besitz der Geistlichkeit wie den der wohlthätigen Stiftungen.[6])

Leopold nahm bei den Modifikationen, denen er dieses Gesetz im Jahre 1769 unterzog, die Wohlthätigkeitsanstalten von den Bestimmungen aus, indem er Vermächtnisse an sie bis zum Werte

[1]) Über die Kriminal-Gesetzgebung s. Zobi II. 431 ff. u. Reum. II. 104 ff.
[2]) Crome III. 61. — [3]) Reum. II. 146. — [4]) Zobi II. 91 ff.
[5]) Zobi II. 184. — Reum. II. 130. — [6]) Zobi I. 310 ff.

von 500 Scudi gestattete, wenn der betreffende Geber keine Verwandten bis zum dritten Grade hatte. In diesem Falle durfte die Schenkung den zwanzigsten Teil der Hinterlassenschaft nicht übersteigen. Bestand das Vermächtnis in Grundeigentum, so mußte es binnen Jahresfrist in Erbpacht an Laien vergeben werden. — Die Erbschaftsrechte und die Besitzfähigkeit des regulären Klerus wurden beschränkt, den Weltgeistlichen untersagt, als Fiduziarerben, Testamentsvollstrecker und -Verwalter zu fungieren. Bei dem Grundeigentum der weltlichen toten Hand wurde dessen allmähliche Vergebung in Erbpacht vorgeschrieben, bei dem der geistlichen zwar nicht befohlen, aber begünstigt. — Den Erbpächtern ward erlaubt, ihren emphyteutischen Besitz zu verkaufen oder zu vererben und durch Ablösung des Grundzinses in freies Eigentum zu verwandeln.[1])

Auch der Vermehrung des fideikommissarischen Besitzes war die Regentschaft entgegengetreten. Sie hatte (1747) die Bildung der Fideikommisse auf den Adel, die Dauer derselben auf vier Generationen beschränkt, die Neubildung fideikommissarischen Grundeigentums aber ganz untersagt.[2]) Leopold schritt weiter zur völligen Vernichtung der bestehenden. Anfangend (1782) mit der Auflösung der teilbaren[3]), verordnete er im Jahre 1789, daß alle Fideikommisse nach dem Tode der zunächst berufenen Söhne aus schon geschlossenen Ehen der gegenwärtigen Besitzer vollkommen freies Eigentum sein sollten, erklärte fideikommissarische Bestimmungen noch nicht eröffneter Testamente für ungiltig und verbot sie für die Zukunft.[4])

Zur Hebung des Ackerbaues, des „Ursprungs und Fundaments aller Klassen der Bevölkerung“[5]) diente die Befreiung des Grundeigentums; dazu sollte auch vor allem die Handelsgesetzgebung Leopolds dienen. Bei der Hungersnot, die im Sommer 1766 in Toscana herrschte, hatte er bis zum Juli des folgenden Jahres dem ausländischen Getreide freie Einfuhr und dem inländischen

[1]) Zobi II. 72 ff. — Reum. II. 122 ff. Beim geistlichen Besitz war jedoch die Zustimmung beider Teile zur Ablösung erforderlich.
[2]) Zobi I. 261 ff. — Reum. II. 32.
[3]) Die Auflösung wurde am 14. März 1782 befohlen. Zobi II. 462 ff. — Reum. II. 123.
[4]) Ebendort.
[5]) Wie es in dem Gesetz vom 24. August 1775 heißt. Zobi II. 59.

ungehinderte Zirkulation im Lande gewährt.[1]) Trotz der großen Opposition, die sich gegen diese Neuerung, besonders bei den subalternen Beamten erhob, fuhr die Regierung langsam, aber konsequent fort in der Ausbildung der Freiheit des Getreidehandels. Durch das Gesetz vom 18. September 1767 wurden alle Beschränkungen in Bezug auf das Brotbacken und die Zölle, die den Verkehr des Getreides im Innern des Landes behinderten, aufgehoben. Die Ausfuhr aus den sienesischen Maremmen wurde von allen Zöllen befreit. Dasselbe geschah in den anderen Gebieten des Großherzogtums, wo jedoch, sobald der Sack Getreide den Preis von 14 Lire erreichte, jede Ausfuhr verboten ward. Auch die Einfuhr ausländischen Getreides war zollfrei, aber nur, wenn der Sack inländischen Getreides nicht weniger als 15 Lire kostete.[2]) Am 25. Februar 1771 wurde die Einfuhr fremden Getreides völlig freigegeben und am 24. August 1775 schließlich der ganze Getreidehandel von allen Beschränkungen befreit.[3])

Der Großherzog hat sein Ziel, für alle Produkte den Freihandel einzuführen, nicht ganz erreicht. Die Ausfuhr einheimischer Manufakturgegenstände war zollfrei, die Einfuhr fremder aber und die Ausfuhr der Rohprodukte unterlag verschiedenen wechselnden Bestimmungen.[4])

Außerordentlich erleichtert wurde der Handelsverkehr durch den im Jahre 1781 eingeführten allgemeinen Zolltarif, wodurch alle Teile Toscanas zu einem einheitlichen Zollgebiet vereinigt und die zahllosen Abgaben für Ein- und Ausfuhr auf eine einzige reduziert wurden. — Die vier größten Städte, Florenz, Siena, Pisa und Pistoja, behielten indes ihre Thorzölle.[5])

Die beiden Gesichtspunkte, die sich durch die Reformthätigkeit Großherzog Leopolds hindurchziehen: Einheitlichkeit des Staates und Befreiung seiner Bürger zur Selbständigkeit, treten vereinigt und mit besonderer Klarheit bei der neuen Gemeindeverfassung hervor, die Leopold in dem Zeitraume von 1769 bis 1783 in allen Gebieten seines Großherzogtums durchführte.[6]) — Er begann

[1]) Zobi II. 38. — [2]) Ein Auszug des Gesetzes bei Crome III. 50.
[3]) Zobi II. 57 ff. — [4]) Reum. II. 147.
[5]) Crome I. 203, III. 294. — Zobi II. 273. Nicht in das Zollgebiet einbegriffen waren die Insel Elba, Lunigiana, Barga und Pietrasanta.
[6]) Bei der Besprechung der Gemeindereform ist vor allem benutzt: Crome III. S. XXVIII ff., Zobi II. 168 ff. und Reum. II. 90 ff.

mit der Auflösung der verschiedenen florentiner Behörden (vergleiche S. 4), die thatsächlich bisher die Gewalt in Gemeindeangelegenheiten ausgeübt hatten, und setzte an ihre Stelle eine Gemeindekammer, bestehend aus einem Präsidenten (Soprassindaco) und drei Auditoren, welche die ökonomischen Geschäfte der Gemeinden zu führen hatte. Das war aber nur ein Übergangsstadium. Im Jahre 1772 wurde in den beiden Städten Volterra und Arezzo als ersten die neue Gemeindeverfassung eingeführt, die die Verwaltung der ökonomischen Angelegenheiten in die Hand der Gemeinden selbst legte, während der Kammer nur noch die Oberaufsicht zustehen sollte.

Die Verwaltung wird danach in jeder Gemeinde durch zwei repräsentative Körperschaften ausgeführt: durch den Magistrat (Magistrato del Gonfaloniere e dei Priori) und den Generalrat (Consiglio Generale). Wahlberechtigt sind die Grundbesitzer der betreffenden Gemeinden und zwar für den Magistrat nur diejenigen, die zu einer der sechs Klassen, die im Kataster verzeichnet sind, gehören; für den Generalrat aber jeder Besitzer eines, auch des kleinsten Stück Landes in der Gemeinde. Auch die Güter der Unmündigen und Witwen, der frommen Stiftungen, des Fiskus und des Großherzogs geben ihren Besitzern das Recht, gewählt zu werden. Nur müssen sich diese durch irgend ein Mitglied der Gemeinde vertreten lassen. Jünger als 30 Jahre darf kein Repräsentant sein. Die Mitgliederzahl der beiden Körperschaften richtet sich nach der Größe der Gemeinde; in Florenz z. B. setzt sich der Magistrat aus einem Gonfaloniere und 11 Prioren, der Generalrat aus 32 Repräsentanten zusammen.[1]) Die Wahl wird nach altem Brauche der florentinischen Republik durch das Los vollzogen. Die Namen der Wahlberechtigten werden in einen Beutel geworfen; wessen Name herausgezogen wird, der ist gewählt, ohne daß es der Bestätigung des Landesherrn bedürfte. Die Wahl gilt nur für ein Jahr. Zwischen der Wiederwahl eines Mitgliedes des Magistrats muß ein Jahr, zwischen der eines Mitgliedes des Generalrats müssen drei Jahre liegen. Will ein Gewählter sein Amt nicht annehmen, so muß er eine Geldstrafe zahlen, die sich zwischen 35 und 100 Lire bewegt. Derjenige, dessen Name zuerst aus dem Beutel gezogen wird, ist Gonfaloniere. Er hat den Vorsitz in beiden Kollegien

[1]) Crome II. 263.

und beruft die außerordentlichen Sitzungen, während die ordentlichen von dem Magistrat bestimmt werden. Der Gonfaloniere und zwei Drittel der Mitglieder machen die Versammlung stimmfähig. Auf das Fehlen bei einer Sitzung stehen zwei Lire Strafe. Über die Giltigkeit der Beschlüsse entscheidet eine Majorität von zwei Drittel der Anwesenden.

Die Befugnisse des Magistrats erstrecken sich auf die Verteilung der Steuern, die Aufstellung des Etats, die Verwaltung des Gemeindeeigentums und der frommen Stiftungen. Die Steuern werden allein von den Grundbesitzern getragen und zwar werden die zahlreichen, das Grundeigentum belastenden Abgaben in eine einzige, die sogenannte Tassa di Redenzione zusammengezogen. Ein vorher festgesetzter Teil des Ertrags dieser Steuer wird an den Staat abgegeben, der übrige ist für die Gemeindeausgaben bestimmt. Sind außerordentliche Ausgaben erforderlich, so muß in Florenz ein Auditor der Gemeindekammer, in den Provinzen der Richter an den Sitzungen des Magistrats teilnehmen, mit dem Recht, ein suspensives Veto einzulegen.[1])

Dem Gemeinderat steht die Ernennung und Besoldung der Beamten zu, die Besorgung der Gemeindebauten, wie der Straßen, Kanäle und ähnlicher lokaler Angelegenheiten.

Die Verwaltung der Gemeinden ist vollkommen unabhängig, nur bei der Veräußerung von Grundeigentum der Gemeinde muß vorher die Kammer in Florenz ihre Einwilligung geben. Der Kammer müssen auch am Schluß jedes Jahres die Gemeinden ihre Rechnungen vorlegen.

An den Sitzungen der Gemeindevertreter nimmt der von der Regierung ernannte Gemeindekanzler teil, der ein geprüfter Rechtsgelehrter sein muß. Er dient als Protokollführer und hat über die Aufrechterhaltung der Statuten zu wachen; in die Verhandlung darf er sich nicht einmischen.

Dies sind die wesentlichsten Punkte der neuen Gemeindeverfassung, die im Jahre 1744 im florentinischen Gebiet eingeführt wurde (mit Ausnahme der Hauptstadt), 1776 im pisanischen, 1777 in der oberen Provinz von Siena, 1782 in Florenz und schließlich 1783 in den sienesischen Maremmen. — Die vielen Sonderstatuten der Municipien waren verschwunden. —

[1]) L. Galeotti: Della riforma municipale. Firenze 1847. S. 23.

III. Das Verfassungsprojekt.

Einheitliches Recht, einheitliche Verwaltung und soziale Freiheit der Staatsbürger in allen Gebieten des Landes suchte Leopold durch seine Reformen zu erreichen. — Vorzüglich deutlich trat uns dieses Streben bei der Gemeindeverfassung entgegen. Mit ihr aber ging er schon einen Schritt weiter: er gewährte den Unterthanen eine gewisse politische Freiheit. Nur ein weiterer Schritt auf der gleichen Bahn war die Verleihung einer Staatsverfassung, die jeden Bürger zur Teilnahme an der Verwaltung und der Gesetzgebung des ganzen Landes herbeirief. Denn die notwendige Voraussetzung einer solchen Verfassung war die vorherige Übung der Selbstverwaltung in den Gemeinden, wodurch das Personal für die künftige Gesamtvertretung des Volkes geschaffen werden sollte.

Wir können die Geschichte der Verfassung vom Jahre 1779 an verfolgen. Ehe wir aber darauf eingehen, müssen wir einen Blick auf den Mann werfen, den der Großherzog mit der Redaktion seines Planes betraute und der nicht ohne Einfluß auf dessen Entwicklung geblieben ist.

Gianni.

Francesco Maria Gianni[1]), der Sohn einer alten florentinischen Adelsfamilie, war im Jahre 1728 geboren. 1753 wurde er Direktor der Dogana in Pisa, ein Amt, in welchem er Gelegenheit fand, sich mit den Finanz- und Handelsverhältnissen Toscanas ver-

[1]) Ponsi hat im I. Bande der Scritti di Pubblica Economia del Sen. Fr. M. Gianni einige Nachrichten über Gianni gegeben, die er aus dem Confessioni politiche-christiane: Archivio Gianni-M.-gia L. Miscell. Filza 20, No. 433 und aus einem Nekrolog der Gazetta di Firenze: Miscell. F. 9, 148 geschöpft hat. Auch Fr. Dini hat das Leben Giannis kurz besprochen: Archivio Storico Italiano. S. 5. XI. 1893. S. 343 ff.

trat zu machen. Nachdem er 1759 Provveditor der Seidenzunft geworden war und bald darauf den Senatorrang erhalten hatte, ernannte ihn Großherzog Leopold kurz nach seinem Regierungsantritt zum Majordomus des königlichen Hauses und übertrug ihm die Oberaufsicht über das Rechnungswesen. Gianni wurde einer der eifrigsten Förderer der Reformthätigkeit Leopolds; er hatte hervorragenden Anteil an der Handelsgesetzgebung, der Gemeinde- und Finanzreform. Ein Departement erhielt er zwar nicht, wurde aber 1789 Staatsrat und, als Leopold Toscana verließ, Mitglied der Regentschaft. Infolge der Reaktion, die darauf gegen das Leopoldinische System hereinbrach, hatte er die heftigsten Verfolgungen zu erleiden. Nach wechselvollen Schicksalen unter den verschiedenen Regierungen, die in Toscana sich einander ablösten, trat er im Jahre 1800 aus dem Staatsdienst und zog sich nach Genua zurück, wo er im Alter von 93 Jahren starb.

Im Laufe seines langen Lebens hat er eine gewaltige Anzahl von Schriften verfaßt, die zum größten Teil unediert sind. Sie bewegen sich meist auf dem Gebiete der Finanzen und der Nationalökonomie. Für uns sind von Wichtigkeit, um seine Stellung zum Verfassungsprojekte Leopolds zu erleuchten, einige Gedanken, die er über den Staat und seine Entstehung geäußert hat.

Er preist das 18. Jahrhundert, „dessen erleuchtete Geister die Finsternis einer unheilvollen Unwissenheit vertrieben haben", in welcher die Völker von den Despoten vergangener Jahrhunderte absichtlich gehalten wurden.[1] Aber er ist nicht für die Projektisten, „die schrieben, um eine Welt nach ihrem Geschmack zu schildern".[2] „Keine Regierungsform ist an sich gut oder schlecht, „der Mißbrauch, ... und nicht die Systeme, bewirkt das Unheil des Staates".

Die Existenz der Regierungen will er nicht aus „dem angeblichen Gesellschaftsvertrag" abgeleitet wissen, „weil sich keine Spuren finden, aus denen man schließen könne, daß er an irgend einem Orte einmal vorhanden gewesen sei". Auch durch einen Vertrag mit dem Souverän kann man die Entstehung der Staaten nicht erklären, denn dann gäbe es „eine neue Art von Anarchie, wo

[1] Arch. Gianni-M. Miscell. F. 20, No. 441. Fragment einer Meditazione sul despotismo.

[2] Miscell. F. 9, 133.

ein Teil immer im Kampfe mit dem andern liegt und wo die Individuen sich demjenigen anschließen, der ihnen der stärkere erscheint, oder immer nach der Partei umschlagen, welche sie mehr oder besser besticht mit Geld oder mit Befriedigung ihres Ehrgeizes". Er meint vielmehr, daß die Not zur Gründung der Gesellschaft geführt habe.

Durch die Schriften Giannis zieht sich überall die Klage über Intriguen und Willkür der Minister hindurch. Er sieht das Grundübel aller Staaten darin und hält für das einzige Mittel dagegen, dem Publikum freie Meinungsäußerung zu gestatten. „Es ist durchaus ein fast allgemeiner Irrtum, daß man denjenigen für frech und aufrührerisch hält, der Worte des Tadels oder der Klage über Regierungshandlungen ausspricht, und dies ist einer der wesentlichsten Punkte, mit dem sich die Souveräne täuschen."[1] Die Konsequenz aber, das Volk an der Regierung teilnehmen zu lassen, zieht Gianni nicht. Ähnliche Erwägungen wurden — wie sich zeigen wird — für den Großherzog eines der vornehmsten Motive, aus denen der Gedanke, seinem Lande eine Verfassung zu geben, entsprang.

Gianni war von der höchsten Bewunderung für den Großherzog erfüllt, die nach dessen Tode immer mehr stieg. Er kann nicht genug „il cuore imcomparabile dell'ottimo massimo Pietro Leopoldo" preisen, „der so oft vom Throne herabstieg und den Platz des Philosophen einnahm," und der „an Intelligenz und Scharfsinn seinen Ministern immer überlegen war".[2] Im Jahre 1805 entschloß sich Gianni, weil er „nichts anderes zum Gedächtnis dieses seltenen Fürsten" hatte thun können, ein Memoire über den Verfassungsplan zu schreiben.[3] Denn „jetzt sind die Regierungsverfassungen in der Mode" und „ich habe gedacht, daß es nicht ungeeignet sei, eine Idee von jenem Werke zu geben, dem ähnliches andere Souveräne nicht geplant haben".[4]

[1] Miscell. F. 41, No. 527, wo sich ein Aufsatz mit verschiedenen politischen Betrachtungen, „Pensieri" überschrieben, findet.

[2] Miscell. F. 20, 433.

[3] Brief Giannis vom 27. Oktober 1805. Scritti del Sen. Gianni. T. II. p. 385.

[4] Brief Giannis vom 10. Juni 1805. Lettere inedite d'illustri Italiani, pubbl. da Saverio Scorlari. Pisa 1870. S. 15.

Die Geschichte des Verfassungsprojektes vom 9. Mai 1779 bis 8. September 1782.

Das erste Dokument, das uns Zeugnis giebt von der Verhandlung über die Verfassung, ist das Memoire Giannis vom 9. Mai 1779 über die „Errichtung einer das Volk vertretenden Körperschaft in Toscana".[1])

Der Verfasser macht hierin, infolge eines mündlichen Auftrags des Großherzogs, in großen Umrissen gehaltene Vorschläge über die Zusammensetzung, Ordnung und Befugnisse dieser Körperschaft. Sie soll — so hat Gianni den Großherzog verstanden — als „Organ dienen, um die Bedürfnisse des Staates und seiner verschiedenen Teile kennen zu lernen und zu hören, was ihm schade oder nütze". Damit die Gesetzgebung, „gereift durch die Beratung und die Einsicht einer den Staat vertretenden Körperschaft, die allein interessiert ist, eine gute und geeignete zu haben, nicht mehr die Kunst betriebsamer Projektisten oder kenntnisarmer Leute sei".

Gianni empfiehlt zu diesem Zwecke, den Staat in neun Provinzen einzuteilen, die je einen Vertreter haben sollen. Ihre Wahl könnte durch den Generalrat jeder in der betreffenden Provinz liegenden Gemeinde vollzogen werden. Als Mittelglieder zwischen den Generalräten der Gemeinden und der Repräsentation des ganzen Staates sollten Provinzialversammlungen eingerichtet werden. Dringend warnt er davor, die Vertreter des Adels und des Klerus von denen der übrigen Stände zu trennen. Denn das sei das einzig Gute an der gegenwärtigen Gesetzgebung, daß sie danach strebe, auch nicht das geringste Gefühl irgend einer neuen Spaltung zwischen den Unterthanen aufkommen zu lassen. — Auf die Weigerung eines Gewählten, das „höchst ehrenvolle bürgerliche Amt" anzunehmen, möchte Gianni eine „nicht leichte" Geldstrafe gesetzt sehen. Länger als drei Jahre aber dürfte keiner darin verweilen. Für eine schwierige Frage hält er es, ob die Repräsentanten den „Provinzen unentgeltlich oder mit Gehalt dienen" sollten.

Die Befugnisse der Volksvertretung sind nicht klar umschrieben. Sie sollen sich erstrecken auf die Gesetzgebung für den ganzen Staat und die einzelnen Provinzen, nicht aber auf Privat- und Gemeindeangelegenheiten. — Ein Gesetzesantrag, der sich auf eine Provinz

[1]) S. Beilage 1.

bezieht, wird erst in der betreffenden Provinzialversammlung beraten. Erlangt er dort die Mehrheit von zwei Drittel der Stimmen, so wird er als Auftrag ihrem Vertreter übergeben, der ihn in der Hauptversammlung vorzuschlagen hat. Wenn in der Versammlung alle Stimmen einig sind über einen Vorschlag, hält der Verfasser es für geeignet, daß der Großherzog ihn ohne weiteres bestätigt. Jedes Gesetz, das vom Ministerium ausgeht, soll die Versammlung prüfen und ihre Ansicht darüber aussprechen. Bei dem Widerwillen gegen ministerielle Willkür, der bei Gianni überall hervortritt, verlangt er, daß die Minister selbst von der Besprechung ihres Antrags völlig ausgeschlossen werden. — Der Verkehr des Thrones mit den Repräsentanten soll direkt durch einen „einzigen Kanal" stattfinden.

Die Hauptversammlung soll in Florenz tagen und zwar zweimal jährlich je einen Monat. Die Provinzialversammlungen in der Hauptstadt ihrer Provinz ebenfalls zweimal, aber nur acht Tage lang.

Alle Sitzungen müssen öffentlich sein. Das scheint, meint Gianni, auf den ersten Blick leicht zu sein. Aber bei näherem Zusehen wird man es unerläßlich finden, um das Volk zum Besuch der Sitzungen zu bewegen, daß sie in festlicher Weise begangen und von einigem „apparato di spettacolo decoroso" begleitet werden.

Schon aus dieser Besorgnis vor der Teilnahmlosigkeit des Volkes geht hervor, daß Gianni nicht viel Vertrauen zu dem Erfolg des Planes hegt. Und in der That, so sehr er den „wunderbaren Gedanken" preist, „dies Projekt, das kein Souverän jemals sich vorgestellt haben wird und das viele verabscheut und verfolgt hätten", so sehr er sich geehrt fühlt, die Memoires darüber schreiben zu dürfen, so sehr, gesteht er doch, „schmerzt es mich, den unglücklichen Ausgang eines Werkes voraussehen zu müssen, welches die tiefe Intelligenz und den besten Willen Ew. Königlichen Hoheit zeigt und welchem die Lobpreisungen der weisen Politiker und der erleuchtetsten Philosophen ewigen Beifall zollen würden". Hieran anknüpfend, entwirft Gianni in einer ziemlich ausführlichen historisch-politischen Betrachtung ein sehr wenig hoffnungsreiches Bild von der Unreife des toscanischen Volkes in politischen Dingen. Der Geist der Nation sei völlig vernichtet, nachdem sie aus einer korrumpierten Republik kommend ungefähr zwei Jahrhunderte lang

von einem verderbten Prinzipat und mehrere Jahrzehnte von einer Ministerregierung niedergedrückt worden sei.

Der Toscaner und besonders der Florentiner habe verlernt, an den Staat zu denken. „Er fühlt kein Interesse, wo er nicht den unmittelbaren Gewinn oder den augenblicklichen Verlust der eigenen Börse erwägen kann." Eifer für das Vaterland und das allgemeine Wohl sind „leere Namen ohne Inhalt" für ihn. „Er ist unglücklich und verzehrt sich unter der Last des eigenen Unheils, ohne sich zu beklagen, wenn er viele Gefährten seines Elends sieht." Er sei schwatzhaft, erfindungsreich und schnellfertig, aber ohne jede Ausdauer. Feigheit, Bosheit und Neid vollenden die Charakteristik. Und die Schuld, daß ein von Natur mildes, thätiges und geistreiches Volk so heruntergekommen ist, mißt Gianni vor allem andern den politischen Verhältnissen unter den früheren Regierungen bei. —

Zu diesen Vorschlägen Giannis hat der Großherzog Anmerkungen gemacht, indem er über jeden Paragraphen seine Billigung oder Mißbilligung aussprach und hinzufügte, was er geändert wünschte.[1]) Hierdurch erst gewinnt das Projekt eine etwas festere Gestalt. Die schwarzsichtigen Betrachtungen über den Zustand des toscanischen Volkes fertigt Leopold mit der kurzen Bemerkung ab: „Das sind nichts als akademische Diskurse". Aber der Fürst läßt sich durch die Bedenken seines Ratgebers nicht allein in der Fortführung seines Planes nicht beirren, er geht noch weiter als dieser und will den Unterthanen größere Rechte dem Souverän gegenüber gewahrt wissen. Gianni hatte von vornherein angenommen, daß der Staat von Siena der neuen Verfassung nicht teilhaftig werden sollte.[2]) Leopold, der in seinen Anmerkungen einen Entwurf für die Einteilung des Staates in Provinzen giebt, bezieht dabei die obere und die untere sienesische Provinz mit hinein. Gianni hatte vorgeschlagen, für die Giltigkeit der Wahl der Repräsentanten die königliche Bestätigung zur Bedingung zu machen, oder aber eine gewisse Anzahl von Personen durch die Regierung ernennen zu lassen, aus der die Provinzen ihre Vertreter zu wählen hätten.[3]) Leopold lehnt diesen Vorschlag durchaus ab: Die Wahl der Deputierten soll frei sein; die Regierung könne sich höchstens vorbehalten, wenn ungeeignete Personen gewählt würden, diese unter

[1]) S. Beilage 2. — [2]) S. Beilage 1, § 4. — [3]) Ebendort. § 10, 11 u. 12.

Angabe der Gründe auszuschließen. Jede Gemeinde kann sich einen Vertreter für die Provinzialversammlung wählen, der nur ein gewisses Einkommen haben muß. Die Abgeordneten der einzelnen Gemeinden wählen dann einen oder auch zwei Vertreter ihrer Provinz; diese müssen ein etwas höheres Einkommen haben, so daß Personen ganz niedrigen Standes ausgeschlossen bleiben, ohne daß sich jedoch die Wählbarkeit auf den Adel allein beschränkt. Ganz und gar einverstanden ist Leopold damit, daß keine andere Klasse als die der Besitzer anerkannt wird. Jedes Jahr müssen die Abgeordneten von ihren Wählern aufs neue bestätigt werden. Ist das dreimal hintereinander geschehen, so kann eine Wiederwahl erst nach einer Pause von sechs Jahren stattfinden.

Diäten sollen nicht festgesetzt werden, aber die Gemeinden und Provinzen können ihren Repräsentanten am Ende des Jahres so viel vergüten, wie sie deren Verdiensten für entsprechend halten, ohne daß sich die Regierung irgendwie in diese Angelegenheit einmischt. Sobald der Deputierte einer Provinz gewählt ist, hat er sich persönlich zu der Provinzialversammlung zu begeben und dort von den Abgeordneten der Gemeinden seine Instruktionen in Empfang zu nehmen. Der Verkehr zwischen dem Großherzog und der Volksvertretung soll nicht durch eine besondere Mittelsperson, wie Gianni vorgeschlagen hatte, vollzogen werden, sondern teils unmittelbar schriftlich, teils durch ein Mitglied der Versammlung.

Die Beschränkungen, die Gianni dem Antragsrecht der Deputierten hatte auferlegen wollen (vergl. S. 32), wurden vom Großherzog beseitigt. Die „Stände", wie sie Leopold häufig nennt, sollen vorschlagen dürfen, was sich auf den ganzen Staat, die einzelnen Provinzen und auf irgend eine Gemeinde bezieht. Und er bestimmt, ihre Rechte schärfer umschreibend, daß jedes Edikt vor seiner Veröffentlichung, und bevor es Gesetzeskraft erhält, von den Abgeordneten gebilligt werden muß. Das Verlangen Giannis, den Ministern eine Meinungsäußerung über ihre eigenen Vorschläge nicht zu gestatten, verwirft der Großherzog; ebenso die Verpflichtung, daß ein von der Versammlung einstimmig angenommener Antrag absolut von der Regierung bestätigt werden muß.

Die Dauer von acht Tagen, die Gianni für die Provinzialversammlungen gefordert hatte, ist dem Großherzog zu kurz, er bestimmt 14 Tage, damit die Abgeordneten, wenn nötig, vor der

Entscheidung ihre Gemeinde noch einmal um Rat fragen könnten. Den Vorschlag Giannis, eine Art Kanzlei für die Besorgung der Akten einzurichten [1]), billigt Leopold und bestimmt, daß deren Beamte von der Versammlung selbst ernannt werden.

Nachdem Gianni die Anmerkungen des Großherzogs gelesen hatte, entwarf er acht Tage später ein neues Memoire, das einige Einzufügungen zu dem ersten enthielt. [2]) Auch über diesen Entwurf schrieb Leopold seine Zustimmungen und Einwände nieder. [3]) Er erklärt sich damit einverstanden, daß die Repräsentanten nicht jünger als 30 Jahre sein dürften [4]), und daß im Gegensatz zu den bei der Gemeindeordnung waltenden Vorschriften vom Staate abwesende Personen ebenso wie Frauen von der Wahl ausgeschlossen würden. [5]) Nach Giannis Vorschlag sollten moralische Personen sich durch eine geeignete Persönlichkeit bei der Wahl vertreten lassen, den religiösen Körperschaften aber erlaubt sein, eines ihrer Mitglieder abzuordnen. Letzteres weist Leopold kurzerhand zurück: „Die Regularen werden einen Weltlichen substituieren müssen". [6])

Auch jetzt tritt wieder bei einigen Punkten hervor, daß der Großherzog die Volksvertretung auf breiterer Grundlage gegründet und unabhängiger von der Regierung wissen will als Gianni. Leopold hatte den Gedanken angeregt, daß kein in königlichem Solde stehender Beamter zum Repräsentanten gewählt werden könne. Gianni wollte hiervon nur die militärischen Beamten ausnehmen, aber Leopold schließt auch diese in das Verbot mit ein. [7]) Gianni

[1]) S. Beilage 1, § 36.

[2]) Filza XXII. 167, No. 4. „Memoria del Senator Gianni del 16. Maggio 1779." Es ist überschrieben: „Ricordi addizionali alle memorie de' G. Maggio 1779 per l'erezione della rappresentanza pubblica, e avvertenze generali preparatorie alla esecuzione del nuovo piano civico relativo alla rappresentanza sudetta". Die „avvertenze preparatorie" bilden einen besonderen Teil.

[3]) Filza XXII. 167, No. 5. „Osservazioni di S. A. R. alle Memoria del 16. Maggio 1779."

[4]) XXII. 167, No. 5, § 4. — [5]) Ebendort. § 6.

[6]) Ebendort. § 5. I regolari dovranno sostituire un secolare.

[7]) Ricordi addizionali § 1 schreibt Gianni: „Che di tutti li impiegati in qualunque posto, con stipendio al servizio regio, veruno possa mai essere eletto per rappresentante, e questo articolo è uno di quelli eccitati da V. A. R., ma per eccetuazione, si potrebbero amettere i militari della truppa civica".

schlug vor, das Einkommen, das ein Repräsentant haben müsse, auf ungefähr 1000 Scudi festzusetzen, eine Summe, die in ärmeren Gegenden verringert werden sollte, so daß sie dort nur relativ bedeutend wäre. Leopold verlangt für die Deputierten der Provinzen bloß ein Einkommen von 500 Sc., und für die der Gemeinden ein geringeres, das sich nach deren Verhältnissen richten müsse. [1])

Den Gedanken des Großherzogs, daß die Vertreter der Provinzen sich sofort nach ihrer Wahl persönlich zur Provinzialversammlung begeben sollten, hält Gianni für vorzüglich, fürchtet aber für den Ausgang dieses Unternehmens, weil das Los oft solche Personen treffen könne, die ihr väterliches Haus nur verlassen, um auf die Villa zu gehen und die dann eine schöne Rechnung für die Unkosten des Wagens und der Osterie machen werden. [2])

So zeigt sich, daß Gianni seine Zweifel an dem Gelingen des Planes nicht überwunden hat. Noch mehr tritt das in dem zweiten Teil des neuen Memoires hervor, das einige Maßregeln enthält, welche der Einführung der Verfassung vorausgehen sollten. Sie waren zum Teil vom Großherzog schon für nötig erachtet worden [3]) und wurden von ihm, wie Gianni sie jetzt vorschlug, gutgeheißen. Danach sollte vorher die neue Gemeindeverfassung in Florenz eingeführt werden, und die Leichtigkeit, dies Projekt in ein Reglement zu fassen, meint Gianni, „wird vielleicht nicht der Genugthuung, die man von seiner Ausführung erwartet, entsprechen". [4]) Ferner sollte in verschiedenen Gegenden eine Bürgertruppe eingeführt werden. [5]) Die Angelegenheiten der Gemeinden sollten von jetzt an nicht mehr von den Sekretariaten geleitet werden, sondern von einer dafür besonders einzusetzenden Person, die dem neuen System geneigt sei und jeden Schritt, der dessen Einführung nachteilig wäre, verhindern müßte. [6]) Die Sekretariate dürften

[1]) F. XXII. 167, No. 4 u. 5, § 3.

[2]) No. 4, § 7: „Ma temo che saranno spesso persone di quelle che non escono dalla casa paterna, altro che per andare in villa, e fanno bene i conti per la spesa della vettura, e della osteria sicche della bonna riuscita ne temo assai".

[3]) In den Anmerkungen zum ersten Memoire Giannis. S. Beilage 2, § 61.

[4]) F. XXII. 167, No. 4. Avvertenze preparatorie § 1: „Che (il progetto) mostrera come la facilità di disegnarla in un regolamento non corrisponderà forsi alla soddisfazione che se ne aspetta dalla esecuzione".

[5]) Ebendort. § 4. — [6]) § 2.

nicht unmittelbar mit den Gemeindekanzlern verkehren, sondern nur durch den Sopraſyndikus.[1]) Und schließlich müßten einige Verordnungen, welche die den Gemeinden gewährten Rechte wieder geschmälert hätten, reformiert werden; und „das, was sich in so wenigen sagen läßt, erfordert", wie Gianni glaubt, „ernste Prüfung und eine nicht kurze Thätigkeit".[2]) Aber, so schließt Gianni seine Betrachtungen, „von so mannigfacher Qualität sind die Dinge, die aus Mangel an angemessenen oder vollständigen Informationen gegen die Absichten des Planes der neuen bürgerlichen Form beschlossen werden könnten, daß es nicht möglich ist, auf Einzelheiten einzugehen", und deshalb sollte man aus den wöchentlichen Protokollen zu ersehen suchen, welche Maßregeln getroffen werden müßten.[3])

So war das Resultat, das diese ersten Verhandlungen im März 1779 ergeben hatten, noch recht dürftig und für den Großherzog wenig ermutigend. Es beschränkte sich im wesentlichen auf nicht fest umschriebene Bestimmungen über das aktive und passive Wahlrecht, über die Organisation der Volksvertretung und über Maßregeln, die ihrer Einsetzung notwendig vorausgehen müßten. Nur eben angedeutet war die Frage nach den Befugnissen der Volksvertretung, nach ihrem Anteil an der Gesetzgebung und ihrem Verhältnis zu dem Souverän.

In dieser unfertigen Gestalt blieb die Angelegenheit bis zum Anfang des folgenden Jahres liegen. Am 5. Januar entwarf Giannni ein neues Memoire, das aus einem Vorwort und 58 Artikeln bestand.[4])

[1]) Ebendort. § 5.

[2]) § 3. — Leopold schreibt in den Anmerkungen: „Questi ordini posteriori vanno esaminati."

[3]) § 6. — Angefügt an dies Memoire ist noch eine „Nota delle comunità che potrebbero respettivamenta concorrere a costituire i deputati loro provinciali per l'elezione dei rappresentanti delle provincie alla assemblea capitale". — Es sind 12 Provinzen; der Staat von Siena ist nicht mit gerechnet, diesmal aber „poiche è noto che fu diviso in due provincie, e parimente sono note le comunità che in esse respettivamente sono comprese". Die Aufzählung sollte eben weiter noch keinen Zweck haben, als um zu sehen, welche Gemeinden in Betracht kommen könnten, und die Einteilung „non può servire di norma ..... per regolare una divisione di curie e parimente per stabilire capi di governo provinciale".

[4]) F. XXII. 167, No. 6. Es ist nur noch der Umschlag mit der Aufschrift: „Memoria del Senator Gianni del 1780" vorhanden. Daß das

Der Großherzog unterzog es wieder einer scharfen Kritik.[1]) Sehr häufig ist ihm die Ausdrucksweise Giannis zu unklar, ja selbst Mangel an Dezenz und an Würde der Sprache rügt er.[2]) Giannis Entwurf selbst ist uns nicht erhalten. Aus den Anmerkungen Leopolds aber ergiebt sich mit großer Wahrscheinlichkeit, daß auch in diesem Memoire im wesentlichen dieselben Fragen wie in den beiden vorhergehenden behandelt und nur näher präzisiert werden.[3]) Noch einmal betont der Großherzog mit großer Deutlichkeit, daß keine militärischen Beamten, welcher Art auch immer, wählbar seien.[4]) Er ist einverstanden damit, daß die Deputierten von der Personalexekution für Zivilschulden befreit würden.[5]) Von Wichtigkeit ist die neue Bestimmung, daß die Stände die Absetzung jedes Beamten verlangen können, jedoch — wie Leopold für unumgänglich hält — niemals, ohne die Gründe für ihre Forderung anzugeben.[6]) Auch von einem königlichen Luogotenente ist schon die Rede.[7])

Memoire vom 5. Januar ist, geht aus einer Beilage zu Giannis Entwurf vom 26. November 1781 hervor, die mehrere Formulare enthält, unter denen Allegato alla Memoria del di 5. Gennoja 1780 steht. — Es ist indessen kaum anzunehmen, daß der Großherzog die Formulare schon 1780 zu sehen bekommen hat. Denn er erwähnt in seinen Anmerkungen nichts davon, thut es hingegen in denen zum Entwurf von 1781. Auch macht Gianni in einem besonderen Schreiben, das er zusammen mit dem Entwurf vom 26. November 1781 einreichte, den Großherzog auf diese Formulare erst aufmerksam.

[1]) F. XXII. 167, No. 7. „Osservazioni di S. A. R. alla memoria del Sen. Gianni del 1780.

[2]) No. 7, § 1. „ . . . va detto piu chiaro e con maggior decenza; zu § 29, „E detto con poca dignità e molto oscuro" und andere.

[3]) Ich schließe das daraus, daß, wo der Großherzog in seinen Anmerkungen etwas hinzufügt, es sich nur um schon erwogene oder ähnliche Fragen handelt; es ist nicht anzunehmen, daß Gianni in den Paragraphen, zu denen Leopold nichts zu bemerken hat, wesentlich neue Fragen aufgeworfen hat.

[4]) No. 7, § 17. „Direttamente, ne indirettamente militari, ne pensionati questo va aggiunto — escluderei anche i stipendiati delle comuniatà e truppe civiche."

[5]) No. 7, § 19.

[6]) No. 7, § 9: „Sta bene che i dep., e stati possono chiedere la remozione di qualche impiegato, purche ne discono motivi, ma mai senza questo sareble troppo pericoloso".

[7]) No. 7, § 43.

Ein wirklicher Fortschritt in der Ausgestaltung des Planes tritt aber erst durch den Großherzog selber ein, und zwar durch seine beiden Schriften vom Mai 1780.[1] Durch sie wurde eine bestimmte Ordnung für die Wahlen eingesetzt und diejenigen Zweige der Staatsverwaltung aufgestellt, in denen nichts ohne Billigung der Stände ausgeführt werden sollte.

In der kleineren, offenbar zuerst verfaßten Schrift beschäftigt sich Leopold hauptsächlich mit der Wahl der Deputierten und dem Geschäftsgang auf den Versammlungen. Die Bestimmung, die er in den Anmerkungen zur ersten Schrift Giannis für geeignet gehalten hatte, daß die Regierung die Wahl eines ihr ungelegenen Repräsentanten nicht anzuerkennen brauche, läßt er jetzt fort. Auch die Verfügung, daß ein Deputierter nur drei Jahre hintereinander sein Amt ausüben dürfe, findet sich von hier an nicht mehr. Am Schluß giebt der Großherzog eine Einteilung des Großherzogtums in 20 Provinzen mit ihren Gemeinden.

Die andere Schrift aber, in der sich einige Abweichungen

[1]) S. Beilage 3. Daß die Punti per l. St. vor den Punti ed osservazioni entworfen sind, schließe ich einmal daraus, daß sie in mehreren Punkten nicht so bestimmt gefaßt sind wie die P. e. o. So ist die Aufzählung der Befugnisse der Stände in den Punti p. l. st. ganz kurz, während sie in den Punti ed o. mit aller Genauigkeit gegeben ist. — In ersteren heißt es „una o due volte l'anno" sollen sich die Generalstände „verso il mese di Giugno" versammeln. In letzteren aber ist genau bestimmt, „Ogn'anno nell'antivigilia di S. Giovanni, tutti i deputati delle stati provinciali si troveranno a Firenzo". Ferner sind einige Bestimmungen, die sich in den P. per l. st. noch mit den ersten Entwürfen in Übereinstimmung finden, in den P. e. o. so gefaßt, wie sie in die späteren Entwürfe übergingen. Unklar ist man sich in den P. p. l. st. noch, ob jede Provinz 1 oder 2 deputati haben soll. In der andern Schrift und später hat jede Provinz nur einen Deputierten. In den P. p. l. st. soll der Präsident der Generalversammlung abwechselnd von den Städten Florenz, Pisa, Livorno und Siena gewählt werden. In den P. e. o. nimmt die Stelle des Präsidenten ein vom Großherzog ernannter Luogotenente ein. Freilich tritt der Luogotenente auch schon in den Anmerkungen Leopolds zu den nicht vorhandenen Entwürfen Giannis vom Jahre 1780 auf. Daraus könnte man also vielleicht schließen, daß die P. p. l. st. vor dieser Schrift Giannis geschrieben sind. Endlich soll in den P. p. l. st. der Vertreter der Provinz nach Stimmenmehrheit gewählt werden, in der andern Schrift muß er eine Majorität von zwei Drittel Stimmen haben, wie in den spiteren Entwürfen.

von der ersten finden, enthält „den ganzen Plan und das System für die Bildung der Stände". Leopold geht hier von der theoretischen Erwägung aus, daß in jedem Staate ein Grundgesetz bestehen müsse, wodurch die Grenzen der Autorität, die dem Souverän vom Volke bewilligt worden ist, bestimmt würden. „Man müßte" — so beginnt die Schrift — „ein Edikt entwerfen, das in klaren und angemessenen Ausdrücken dem Publikum sage, daß gerechterweise kein Staat, Land noch Regierung bestehen könne, ohne daß das Publikum und die Gesamtheit, welche das größte Interesse daran hat, ein Grundgesetz habe, welches die Grenzen, die gegenseitigen Zugeständnisse und die Autorität in sich fasse, die von den Bewohnern dem Souveräu und Haupt der Regierung bewilligt worden ist, nicht nur um die gute Ordnung aufrecht zu erhalten, sondern auch um Sicherheit, Ruhe und Eigentum und Besitz allen Individuen der Gesellschaft zu vergewissern. Seine K. H. habe nun bemerkt, daß es in Toscana ein solches Grundgesetz, welches die wesentlichste Basis der Verfassung einer jeden Regierung bildet, infolge der unglücklichen Zeiten und der Unruhen, unter denen Regierung und Souveränität in Toscana eingesetzt worden sind, und infolge der willkürlichen und gewaltthätigen Grundsätze des Hauses Medici nicht gäbe. Und Sie habe bedacht, daß jede Regierung ohne ein solches Grundgesetz, das mit Übereinstimmung der Stände, welche die Gesamtheit des Landes bilden, abgefaßt sein sollte, despotisch, gewaltsam und ungerecht ist, und daß sie nicht bestehen kann, da sie sich zu wesentlich von dem Zwecke, zu dem sie eingesetzt worden ist, entfernt und alle Individuen der Gesellschaft ihrer natürlichen und geheiligten Rechte beraubt, auf die weder ihre Vorfahren noch sie haben verzichten können, selbst wenn sie es gewollt hätten. Auf Grund all dieser Betrachtungen hatte S. K. H. seit den ersten Zeiten Ihrer Regierung daran gedacht, ein solches Grundgesetz einzuführen. Aber da Sie jede Vorstellung davon im Lande erloschen und die Gemeinden sogar daran gewöhnt fand, wie Unmündige und Sklaven behandelt zu werden unter der Regierung des Magistrats der Neun, so hat Sie vor allem die Wege zu diesem Unternehmen vorbereiten müssen."

Hierauf folgt eine kurze Aufzählung der Reformen, die der Einführung der Konstitution vorgearbeitet haben und die in der neuen Gemeindeverfassung ihren Gipfelpunkt finden. „Der gute

Ausgang all dieser Unternehmungen läßt mit Recht S. K. H. hoffen, daß nunmehr die Zeit gekommen sei, den Mitgliedern des Großherzogtums ihre Freiheit und natürliche Autorität wiederzugeben" durch Erlassung eines solchen Grundgesetzes, das „unveränderlich die Grenzen feststellen soll zwischen den Rechten und der Autorität der Fürsten und der Regierung und denen der Stände Toscanas".

Mit großer Ausführlichkeit werden nun die einzelnen Gebiete der Verwaltung aufgeführt, in denen nichts geschehen soll „ohne die freie und volle Zustimmung der Besitzer des Großherzogtums, die, um Verwirrung zu verhindern, sich von den Deputierten der General-, Provinzial- und Gemeindestände vertreten lassen müssen".

Die Gemeinden werden gemäß den Bestimmungen der Gemeindeverfassung durch den Generalrat vertreten. Durch ihn soll nun auch, und zwar nach Stimmenmehrheit, der Abgeordnete für die Provinzialversammlung gewählt werden. — Jede Provinzialversammlung sendet einen Deputierten auf die Generalversammlung nach Florenz als Vertreter der Provinz. Er ist hierzu gewählt, wenn sich zwei Drittel der Stimmen für ihn erklären. Mitglied der Provinzialversammlung braucht er nicht zu sein.

Die Grenzen für die Wählbarkeit steckt Leopold in dieser Schrift noch weiter als früher. Alle Abgeordneten brauchen nur Besitzer zu sein, ohne daß eine bestimmte Größe des Besitzes oder des Einkommens zur Annahme des Amtes erforderlich wäre. Sie können jedes Standes sein, auch Geistliche, bloß nicht, wie schon oft betont, staatliche Beamte.

Die Bestimmungen über Zeit und Ort der Versammlungen, über Geschäftsgang und Zeremonien sind in ihren wesentlichen Punkten alle in die spätern Entwürfe übernommen, wie denn überhaupt diese Schrift des Großherzogs dem Inhalt nach als Grundlage und in der Anlage als Norm für alle folgenden Schriften Giannis über diesen Gegenstand diente.

Indessen abermals verging ein langer Zeitraum, bis die Beschäftigung mit dem Verfassungsplane wieder aufgenommen wurde.

Erst am 26. November des folgenden Jahres 1781 verfaßte Gianni eine neue Schrift, nachdem ihm der Großherzog wenige

Tage zuvor mündlich den Auftrag dazu gegeben hatte. [1]) Diese Schrift, die Gianni, „belehrt und mehr ermutigt" durch die Ab-

[1]) Filza XXII. 167, 9: Minute, Proposizioni del Senator Gianni, e varj allegati del 26. November 1781 in conseguenza dell'allegato di S. A. R. di No. 9. Was No. 9 bedeutet, ist nicht klar. Der Aufsatz selbst trägt die Überschrift: Sbozzo presentato a S. A. R. ai di 26. November 1781.

Die allegati beziehen sich auf die Beilage der Formulare. Gianni überreichte das Memoire mit folgendem Briefe:

Altezza Reale:

Ho obbedito alla commissione ingiuntami vocalmente, et ho l'onore di presentare a V. A. R. quel poco, che ho saputo immaginare nel corso di brevi giorni, per accumulare un abbozzo dell'atto da pubblicarsi come fondazione della nuova forma di governo, relativa alli corpi di reppresentanza pubblica, e dell'universale dello stato.

Troverà forse V. A. R. che in qualche cosa non sostanziale, mi sono partito dal piano generale, che ebbi l'onore di presentarle sotto di 9. maggio 1779 e dalli ricordi addizionali del 16. del medesimo mese, ma da un disegno in forma di punti generali ad un disteso, che concluda il dargli esecuzione, è raro che non si trovi e non vi abbisogni qualche differenza.

Adesso che mi sono trovato ulteriormente istruito, e piu incorregiato dalli *punti ed osservazioni*, e dalle profonde massime, che è piaciuto à V. A. R. di cumunicarmi con i di lei laboriosi scritti, che ho l'onore di ritornare annessi, mi è „riescito di impinguare un disteso, il quale contiene le idee ed i sentimenti, che per quanto ho saputo concepire formavano la sostanza e le espressioni delli scritti predetti".

Confesso con dispiacere, che tutta la mia ingenua consolazione per un pensiere veramente degno dell'animo e della mente di V. A. R. viene amareggiata dalla persuasione di non poterne sperare una felice riescita.

Io non vedo il paese punto disposto à ricevere la forma di governo immaginata, ed a proffitarne in favore dello scopo massimo cui essa tende.

Da piu di due secoli, e con atti troppo frequenti, la Toscana è stata divisa da una costante diffidenza fra il trono, ed il popolo sotto i passati governi, e troppo spesso poi intervenendo nel corpo ministeriale gli errori, e le passioni, fu trascurata quella consiliazione dell'amore pubblico, e quella fiducia reciproca, sulla quale poteva adesso assicurarsi ogni speranza.

Se io repeto questi miei sentimenti espressi nell' 1779 spero che V. A. R. saprà perdonarlo allo zelo, che me li fà concepire, se non le piacerà di accogliergli . . . . .

Di Casa, 26. 9. 1781.

Außerdem befindet sich eine Beilage bei diesem Entwurf: Ricordi per V. A. R. sullo sbozzo per lo stabilimento della reppresentanza di Stato, wo Gianni einzelne zweifelhafte Punkte erörtert.

handlungen Leopolds, dessen Gedanken entsprechend verfaßt zu haben hofft, ist der erste Entwurf für das Gesetz, durch welches die neue Verfassung eingeführt werden sollte.

Die Trennung zwischen den Rechten der Stände und denen des Souveräns ist hier noch schärfer durchgeführt, als es Leopold gethan hatte, da auch die Gegenstände, die der Autorität des Souveräns allein vorbehalten bleiben, einzeln aufgezählt werden. Die wichtigste Abweichung aber von dem Aufsatze des Großherzogs ist die Beschränkung des passiven Wahlrechts auf solche Personen, die fähig sind, im Gemeindemagistrat zu sitzen. Da diese Bestimmung fortan bestehen bleibt, ohne daß eine schriftliche Bemerkung Leopolds darüber vorliegt, so müssen wir wohl annehmen, daß Gianni diese Veränderung nach einer Besprechung mit dem Großherzog vollzogen hat. Daß die Erörterung der Verfassungsfrage sich nicht auf den schriftlichen Verkehr beschränkte, haben wir schon öfter gesehen.

Bisher war, wenigstens soviel wir sehen können, die Verhandlung über die Verfassung allein zwischen Leopold und Gianni geführt worden. Jetzt wurde, auf Befehl des Großherzogs, der neue Entwurf von 1781 mehreren seiner Räte zur Begutachtung vorgelegt.

Als erste sprachen im März 1782 der Auditor Vernaccini und Cosimo Amidei ihre Meinung aus.[1]) Sie bewundern die in der Verfassung enthaltenen Grundsätze „als einen Zug außerordentlicher väterlicher Huld S. K. H." und finden, daß auch die Abfassung Giannis keiner Verbesserung noch Veränderung bedürfe. Anknüpfend an die Bestimmung der Konstitution, daß der Souverän in die Zivilgerichtsbarkeit nicht eingreifen dürfe, halten sie es für geeignet, vor der Verfassung ein besonderes Gesetz zu erlassen, wodurch die Befugnisse der Consulta, welche die Begnadigungsgesuche

[1]) F. XXII. 167, 11. Parere ed osservazioni del Soprassindaco Mormorai, Auditor Vernaccini, e Dottor Cosimo Amidei sopra il progetto e foglj della formazione delli stati del mese di Marzo 1782. Unterschrieben ist das Gutachten: Di casa 9. Marzo 1782, und zwar nur von Vernaccini und Amidei, nicht aber von Mormorai. Mormorai beschäftigte sich später mit dem Projekt. Das Gutachten beginnt „Abbiamo esaminato a forma dei veneratissimi comandi d. S. A. R. . . .". Ebenso sagen die andern Räte, daß sie auf Befehl des Großherzogs den Plan geprüft hätten.

zu erledigen hatte, den gewöhnlichen Tribunalen übertragen würden. Ebenso, meinen sie, müßte für die Verleihung von Fideikommissen Vorsorge getroffen werden. Entweder müßte sich der Souverän die Bewilligung derselben vorbehalten oder es müßte ebenfalls durch ein besonderes Gesetz die Aufhebung der Erstgeburtsrechte und Fideikommisse ausgesprochen werden. Die Verfasser legten ihrem Gutachten einen diesen Vorschlägen entsprechenden Gesetzentwurf bei.

Mit viel größerer Bedenklichkeit sah der Sekretär Francesco Seratti, der im April desselben Jahres sein Gutachten abgab, das Projekt an.[1]) Er vermutet, daß der Anteil, den die Nation an der Gesetzgebung erhalten sollte, sich auf Vorschlag und Bewilligung „allgemeiner Veränderungen" beschränken werde; von höchster Gefahr aber würde es sein, wenn man mit ihr die Souveränität in der Regierungsthätigkeit teilen wollte in der Entscheidung über grundsätzliche Fragen und über schon bestehende Gesetze und Verordnungen. Denn bei Beantragung oder Zustimmung allgemeiner Verordnungen sei „einige Wahrscheinlichkeit" vorhanden, daß die Repräsentanten sich nicht von ihren Privatinteressen leiten ließen, bei der Behandlung einzelner Fälle aber sei das nicht zu erwarten. Was Seratti unter den „allgemeinen Verordnungen", die der Teilnahme des Volkes vorbehalten bleiben sollten, versteht, ist freilich nicht recht ersichtlich. Jedenfalls folgert er aus seinem Prinzip, daß die Stände sich nicht, wie es ihnen der Entwurf zugesteht, um die Ernennung der Minister bekümmern, noch eine Belohnung für sie verlangen oder mißbilligen dürften, vor allem aber nicht die Entfernung eines königlichen Beamten fordern könnten. Eingehend führt er aus, welche Schäden solche Zugeständnisse nach sich ziehen würden; wie gerade ein Minister, der seine Pflicht thue, sich Feinde mache und wie die Beamten in den Provinzen, fern vom Fürsten, furchtsam und parteiisch werden müßten. Die Justizbeamten aber in den Provinzen hätten schon so viele Vorgesetzte, daß, wenn sie nun auch noch den Deputierten Rede stehen sollten, sie gar nicht mehr wüßten, an wen sie sich zu halten hätten.

Seinem Prinzip gemäß hält Seratti es freilich für ganz nützlich, daß den Ständen jährlich Bericht erstattet wird über die

[1]) F. XXII. 167, 12. Osservazioni del Segretario Seratti sopra il progetto e foglj relativi alla formazione delli stati del mese d'Aprile 1782.

Staatseinnahmen und Ausgaben, will ihnen aber nicht erlauben, die Rechnungen der königlichen Finanzverwaltung zu prüfen.

Überhaupt zweifelt er, daß man 20 Personen finden wird, die imstande sind, Verwaltungsgeschäfte zu beurteilen, wie es die Beamten können, die ihnen ihr ganzes Leben gewidmet haben.

Zu dem Artikel, der das Verbot neue Lehen zu schaffen enthält, empfiehlt Seratti hinzuzufügen, daß die schon bestehenden bei ihrem Heimfall aufgehoben werden sollten. Er hält es aber für richtiger, anstatt die Aufrechterhaltung der einzelnen Gesetze zur Staatsverfassung zu machen, die Verfassung auf „die allgemeinen nützlichen Grundsätze, durch welche man sich bei diesen Gesetzen leiten ließ", zu gründen. Denn die Gesetze erforderten häufig allerlei Modifikationen, und die müsse man vornehmen können, ohne die allgemeine Verfassung zu verändern.

Wie wenig Seratti aber in die Gedanken des Projektes eingedrungen ist, zeigt sich darin ganz besonders, daß er fordert, der Souverän solle sich nicht die Hände binden, Gutes zu thun. Denn „das Gesetz kann nicht alles voraussehen. Zu den größten und nützlichsten Pflichten des Souveräns gehört es, in den einzelnen Fällen die Gesetze zu ergänzen".

Angesichts solcher Auffassung ist es nichts als eine Höflichkeit gegen den Großherzog, wenn Seratti den Gedanken der Verfassung für großartig und nützlich und seine Ausführung für möglich erklärt.

Zusammen mit der Schrift Serattis ist ein Gutachten erhalten, dessen Verfasser nicht genannt ist.[1]) Er preist die Idee, eine Fundamentalkonstitution einzusetzen und sie der Hut der Nation selbst anzuvertrauen als „die größte Handlung eines wohlthätigen Souveräns". Auch das System, nach dem man sie einzuführen beabsichtigt, erscheint ihm im allgemeinen als das den Verhältnissen des Staates entsprechendste. Aber einige Veränderungen dürften doch nützlich sein. Ebenso wie Seratti zweifelt er, daß man außerhalb der Beamtenkreise 20 geeignete Personen finden könne, was namentlich in den kleineren Städten kaum zu erwarten sei. Er schlägt deshalb vor, die Wahl auf 10 oder 12 Hauptstädte und ebensoviel Deputierte zu beschränken, oder aber die 20 Deputierten von 10 oder 12 Städten wählen zu lassen, indem jede im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungszahl und Bedeutung einen oder mehrere Abgeordnete wählen solle. Außerdem aber müsse den Beamten das passive Wahlrecht gewährt werden.

[1]) Ebenfalls in F. XXII. 167, 12; zusammengeheftet mit Serattis Gutachten.

Daß auf die Weigerung, das Deputiertenamt anzunehmen, eine Geldstrafe gelegt war, sagt der Verfasser, sei der neuen Einrichtung nicht günstig, zumal da den Gemeindedeputierten selbst, die den Vertreter der Provinz zu wählen hatten, dessen Strafgelder zufließen sollten. Besser sei es vielleicht, an Stelle der Geldstrafe zeitweiligen Verlust der Ehrenämter in der Gemeinde zu setzen.

Der Verfasser zweifelt, ob es nötig sei, die Stände in jedem Jahre tagen zu lassen. Denn einmal müsse man die Kosten berücksichtigen, die sich auf 4—5000 Sc. belaufen würden; ferner seien in Toscana nicht genügend Angelegenheiten allgemeinen Interesses vorhanden, um die Volksvertretung jährlich zu beschäftigen, und außerdem würden sie in um so höherem Ansehen, je seltener sie stattfänden, stehen. Es sei hinreichend, sie alle drei oder fünf Jahre zu berufen. Der Souverän aber müsse die Freiheit haben, in der Zeit zwischen zwei Sessionen ein Gesetz, das er für notwendig hielte, zu erlassen; den Ständen könnte dann vorbehalten bleiben, es nachher anzuerkennen oder Änderungen und Modifikationen desselben vorzuschlagen.

Ebenfalls im April gab der Rat Schmiedweiler, ein Deutscher von Geburt, sein Gutachten ab.[1]) Auch er lobt den Gedanken, daß ein absoluter Monarch durch die Errichtung der Stände die Unterthanen dem Throne zu nähern sucht, als „groß und wohlthätig". Ausführlich ergeht sich Schmiedweiler über die leitenden Grundsätze des Projektes und betont die Notwendigkeit, daß beim Souverän allein die Sanktion der Gesetze und die Ausübung der Exekutivgewalt in ihrer ganzen Ausdehnung ruhe.

An den einzelnen Punkten der Verfassung hat er aber vielerlei auszusetzen. Die Bestimmung, daß ein Thronfolger erst, wenn er die Verfassung beschworen hat, als Souverän anerkannt wird, erklärt er als unausführbar, denn es entstände ein Intervall voll der größten Verwirrung, wo niemand berechtigt sei, die souveräne Autorität auszuüben. Zu dem Verbot, das politische System ohne

[1]) F. XXII. 167, 13: Osservazioni del consigliére di Schmiedweiler, sopra il progetto e foglj relativi della formazioni delli stati del mese di Aprile 1782.

Zustimmung der Stände zu verändern, bemerkt er, dasselbe scheine ihm im gegenwärtigen Jahrhundert vielmehr von den Beziehungen des regierenden Hauses zu den anderen Mächten als von denen der toscanischen Nation zu den anderen Nationen abzuhängen.

Daß eine Verordnung über die Aufhebung der noch bestehenden Lehen hinzugefügt würde, hält auch Schmiedweiler für sehr nützlich und auch er erklärt es für äußerst nachteilig, den Repräsentanten das Recht zu gewähren, jedwede Erklärung und Information von der königlichen Finanzverwaltung verlangen zu können. Ebenso will er den Repräsentanten nicht zugestanden wissen, daß sie die Entfernung der Beamten fordern dürfen.

Hinsichtlich der Formation der Stände findet Schmiedweiler es ungerecht, daß nur die besitzenden Klassen vertreten sein sollen, obgleich er schon an deren Fähigkeit für die Behandlung öffentlicher Geschäfte starken Zweifel hegt.

Im Grunde steht auch Schmiedweiler den Ideen des Großherzogs völlig fern. So verlangt er, der Souverän solle jederzeit in die Rechtsprechung eingreifen können. Denn man dürfe die Unterthanen nicht des Rechtes berauben, „zu ihrem Souverän, dem gemeinsamen Vater und Vormund, ihre Zuflucht zu nehmen". Und der Souverän allein kann die so häufig nötigen Modifikationen an den Gesetzen vornehmen, denn „ihm sind immer die allgemeinen und besonderen Interessen seiner Unterthanen gegenwärtig ..... und er sieht mit klarem Blick, wenn es nötig ist, von den gewöhnlichen Regeln abzuweichen, um nicht die Unterthanen der Vorteile eines milden Gesetzes zu berauben".

Ähnlich wie Seratti schließt auch Schmiedweiler seine Bemerkungen mit der Beteuerung, daß dieser „heikele und große Stoff zu hoch für seine geringen Kenntnisse" sei.

So konnten die Ansichten seiner Räte den Großherzog in seinem Plane nicht bestärken. Seratti und Schmiedweiler stehen noch ganz auf dem bureaukratischen Standpunkt der absoluten Monarchie; derselbe Geist spricht auch aus dem Gutachten des ungenannten Verfassers; nur Vernaccini und Amidei harmonieren mit dem Gedanken der großen Reform.

Aber einige der Vorschläge und Einwände wurden in der Folge doch berücksichtigt.

Noch in demselben April verfaßte Gianni einen neuen Entwurf.[1]) In ihm ist, wie Seratti und Schmiedweiler es angeregt hatten, hinzugefügt, daß Lehen bei ihrem Heimfall nicht wieder vergeben werden dürften. Und die Bestimmung, gegen welche sie Einspruch erhoben hatten, daß die Repräsentanten die Absetzung der Beamten fordern könnten, ist fortgelassen.[2])

Der Großherzog selber hatte aber auch schon im März 1782 über Giannis Entwurf vom November 1781 seine Bemerkungen niedergeschrieben.[3]) Sachlich ist in ihnen wenig Neues gebracht; sie enthalten nicht so bestimmte Forderungen wie die früheren und sind mehr in der Form des Vorschlages einiger Veränderungen gefaßt. Fortwährend aber dringt er auf klareren und angemesseneren Ausdruck und fordert bisweilen eine ganz andere Fassung der einzelnen Artikel. Gianni kam diesem Verlangen nach und veränderte in dem Entwurf vom April 1782 den Stil in mannigfacher Weise, an einigen Stellen auch die Disposition. Ebenso fügte er auf Leopolds Forderung hinzu, was dieser auch in seinem Aufsatz vom Mai 1780 schon beansprucht hatte, daß der Souverän Tribunale, Gesetze und Steuern vermindern oder vereinfachen könne, ohne der Zustimmung der Stände zu bedürfen. Aber nicht alle Forderungen, die der Großherzog aufstellte, erfüllte Gianni. So läßt er den Ständen das Recht, bei der Belohnung der Minister mitzusprechen[4]), was Leopold als „zu gefährlich" nicht gewähren

[1]) F. XXII. 167, 14/15: Nuova minuta del Senator Gianni del mese di Aprile 1782, che contiene tutta la minuta d'editto per la formazione dégli stati in conseguenza della quale S. A. R. ha mutato il prœmio e vi ha fatto le sue osservazioni nel maggio 1780, le quali si trovano qui in margine della sudetta minuta d'editto. — Maggio 1780 ist ein Schreibfehler; es muß 1782 heißen. Und zwar erhielt Gianni die Anmerkungen über diesen Entwurf am 20. Mai 1782. In seinem Brief an den Großherzog (vom 8. September 1782 [siehe unten Beilage 4]) heißt es „nelle minute consegnatemi il di 20 maggio 1782.

[2]) Im ersten Entwurf war den Repräsentanten zugestanden „... potranno domandare la remozione di qualunque impiegato nelli tribunali di giustizia o nelli uffizi di amministrazione regia, che non conducesse il suo impiego con soddisfazione di qualche communità, o di una provincia, o finalmente dell'assemblea generale ..." F. XXII. 167, No. 9, § 108.

[3]) F. XXII. 167, 10. Osservazioni di S. A. R. del primo marzo 1782 sopra le proposizioni, e memorie del Sen. Gianni del 1781.

[4]) Vergl. Beilage 4, Entwurf vom September 1782, § 59.

wollte. Auch Seratti hatte diese Bestimmung beanstandet. Ebenfalls schon 1780 hatte Leopold die Wahl der Präsidenten auf den Provinzialversammlungen den Deputierten überlassen. Trotzdem er in den Anmerkungen denselben Vorschlag macht, läßt Gianni den Paragraphen bestehen, durch den der Gonfaloniere der Provinzialhauptstadt zum Präsidenten bestimmt wird.

Andrerseits finden sich in dem neuen Entwurf einige Veränderungen, die nicht durch die Anmerkungen des Großherzogs veranlaßt sind: die Einteilung des Landes in Provinzen ist ausgeführt, so wie sie Leopold 1780 angegeben hatte und wovon nur die Reihenfolge abweicht. Auch sind noch einige Gemeinden hinzugenommen. Ferner sind die Verordnungen für Livorno und Portoferrajo, die untere Provinz von Siena und Massa marittima hinzugefügt.[1]) Ebenso die Bestimmung über die Strafe eines Repräsentanten für das Fehlen bei der Sitzung.[2])

Über diesen Entwurf vom April 1782 wurde wieder die Meinung einiger Räte eingeholt. Am 5. Juli sprach sich der Soprasyndikus Mormorai in einem Briefe an Gianni darüber aus.[3]) Mormorai ist buchstäblich sprachlos. Er bemüht sich, die Einleitung, die der eigentlichen Konstitution vorangeht, stilistisch noch zu verbessern, aber „ich bekenne, daß bei dieser Gelegenheit unsere Sprache mir arm erschienen ist und unzulänglich, die Gedanken des unvergleichlichen Autors auszudrücken", und „es müßte ein besonderes Wörterbuch verfaßt werden, um die Sprache eines so großen Herzens zu reden, die niemals geführt und von keinem gehört worden ist, nicht einmal aus Scherz in einem Roman". Die Nummerierung der einzelnen Punkte ließ er in der Einleitung fort, weil er dadurch ihre „Würde zu verletzen fürchtete". Sachliche Einwände gegen die Bestimmungen bringt er nicht vor; er hält es nur für unnötig, die verschiedenen Reformen und Gesetze zu zitieren, da sie ja ohnehin schon bekannt seien. Ebenso möchte er die den Gemeinden gewährten Freiheiten und Vergünstigungen, die in eine einzige Verordnung zusammenzuziehen er für unmöglich erklärt, fortgelassen wissen.

[1]) Vergl. Beilage 4, §§ 136, 137, 138, 139 und 140.
[2]) Ebendort, §§ 141, 142, 143 und 144.
[3]) S. Beilage 4.

Im August setzte dann der Cavaliere Paribeni, Professor des kanonischen Rechts in Pisa, ein Gutachten über den Verfassungsplan auf.[1]) Auf dessen eigentlichen Inhalt geht er aber fast gar nicht ein, sondern begnügt sich im wesentlichen mit der theoretischen Erörterung des Projektes. Er erklärt den Gedanken, die Rechte des Souveräns und der Unterthanen klar zu begrenzen, für gerecht und wohl erwogen und glaubt, daß eine ähnliche Verfassung wohl bei der ersten Gründung aller Staaten, sei es ausdrücklich, sei es stillschweigend, vermittelt habe. So wahrscheinlich es sei, daß in einigen Ländern dieses Grundgesetz durch Bosheit, Unwissenheit oder Nachlässigkeit abgeschafft oder entstellt ist, so zeuge das Projekt, es in Toscana wiederherzustellen, von einem tugendhaften und erleuchteten Charakter. Warum aber sollten nicht einige Völker so viel Vertrauen zu einer oder zu mehreren Personen gehabt haben, sich freiwillig ihrer unumschränkten Autorität zu unterwerfen? Warum sollte man diese als illegitim bezeichnen und mit dem „verhaßten Namen Despotismus verrufen (infanarsi), so lange nicht außerordentlicher Mißbrauch mit ihr getrieben wäre?" Selbst solcher Mißbrauch aber löse die Unterthanen nicht von ihren Verpflichtungen, so lange er nicht unerträglich geworden ist, und sogar in diesem Falle fordert das Christentum völlige geduldige Unterwerfung.

Deshalb dürfte doch nicht bei einer Verletzung der Verpflichtung durch den Souverän das Versprechen der Unterthanen für ungiltig erklärt werden; ebenso sollte man nicht so scharf aussprechen, daß den Unterthanen ihre „ursprüngliche Freiheit" wiederhergestellt würde. — Glücklich genug könnten die Völker sein, deren Souverän die Grenzen seiner Macht kennt und sie einzuhalten gewillt ist, ohne daß es darum einer besonderen Erklärung bedürfe. Daher solle man die Befugnisse der Repräsentanten nicht als ein „ihnen durchaus eigentümliches Recht" gewähren, „sondern als eine spontane Konzession, die sie auszuüben hätten, unter der Leitung des Souveräns". Namentlich da durch die Teilung mancherlei Konflikte entstehen könnten; so wenn den Fürsten einerseits der Oberbefehl über das Heer vorbehalten bliebe, andrerseits nicht ohne

[1]) F. XXII. 167, 16: Parere del Cav. Paribeni dell'agosto 1782 sopra il progetto della formazione dei stati, ed in speciè su i foglj di No. 1 e 8. — Auch hier ist nicht ersichtlich, worauf sich No. 1 e 8 bezieht.

Zustimmung der Stände Krieg erklärt und Bündnisse geschlossen werden dürften. Alle diese Übelstände verschwänden indessen, wenn die Verordnungen, wie man ja auch wohl aus dem Edikt schließen müsse, nur durch den Souverän Gesetzeskraft erhielten.

Die einzelnen Bestimmungen erklärt Paribeni zum Schluß für höchst vortrefflich. Nur daß die Regierung den Repräsentanten die Rechnungen zur Prüfung vorzulegen verpflichtet sein soll, hält er ebenso wie Seratti und Schmiedweiler für unwürdig des Souveräns.

Wir sehen, auch Paribeni kann sich von dem Gedanken des Absolutismus nicht befreien. Auf die fernere Gestaltung der Verfassung übten seine Bedenken keinen Einfluß.

Von Mormorais Veränderung der Einleitung wurde nur der Vorschlag, die Nummerierung fortzulassen, angenommen. Seine Furcht, nicht die rechten Worte zu finden, rechtfertigte Gianni, der an Mormorais Sprache die rechte Würde vermißte und der fand, daß er „zu viel einfache Worte" gebraucht habe.[1])

Aber vor Mormorai und Paribeni hatte schon Leopold selbst Anmerkungen gemacht, in denen er wieder zahlreiche Änderungen und neue Bestimmungen[2]) aufwarf. Infolge dieser Anmerkungen erhielt die dritte und letzte Fassung des Projektes, die Gianni im September desselben Jahres einreichte, wieder mehrere Zusätze. So wurde hinzugefügt, daß der Souverän keine neuen Schulden kreieren könne (§ 39 1/4), und daß auf den Versammlungen des Generalrats einer Gemeinde, auf denen man die Angelegenheiten der Vertretung in der Provinz behandelte, die Richter nicht zugegen sein dürften (§ 68 1/4). Ferner die Bestimmungen über die Vertagung der Behandlung einer schwierigen Frage, über welche die Repräsentanten erst die Provinzialversammlungen und die Gemeinden um Rat zu fragen wünschen (§§ 125 1/2, 4/5, 5/6). — Neu ist die genauere Ausführung des Weges, auf dem die Regierung vermittelst des Luogotenente ihre Entscheidungen der Volksvertretung mitteilt (§ 132 1/2). Und auch die Verfügungen über den außerordentlichen Zusammentritt der Versammlungen sind auf Leopolds Forderung hinzugesetzt (§§ 134 1/2, 3/4, 5/6).

[1]) Brief Giannis vom 8. September 1782, mit dem er seinen letzten Entwurf dem Großherzog überreichte (s. Beilage 4).

[2]) S. Beilage 4.

Fortgelassen sind in diesem Entwurf die Bestimmungen über die Befreiung der Deputierten von der Personalexekution für Schulden und über die Aufhebung der Todesstrafe.[1]) Beide sollten in besonderen von der Konstitution getrennten Gesetzen veröffentlicht werden.[2])

Aber durchaus nicht immer zeigte sich Gianni dem Wunsche des Großherzogs willfährig. An mehreren Stellen bewies er ihm, daß seine Anmerkung unnötig sei, da, was er verlange, schon in andern Artikeln ausgesprochen wäre. Wenn z. B. der Großherzog fordert, es solle erwähnt werden, wieviel Stimmen der Gemeindedeputierte für seine Wahl brauche, so erwiedert Gianni, das sei dadurch schon geschehen, daß man sich auf die Bestimmungen der Gemeindeverfassung bezogen habe, wo ja alle Beschlüsse durch eine Mehrheit von zwei Drittel Stimmen entschieden würden.[3])

Indessen nicht nur bei solchen, doch nur formellen Fragen, sondern auch gegenüber vielen sachlichen Veränderungen, die Leopold wünschte, beharrte Gianni auf seiner eigenen Meinung. In bisweilen ausführlicher und für seine Stellung zu dem ganzen Projekte sehr charakteristischer Weise legte er dann dem Großherzog die Gründe dar, weshalb er seinen Anmerkungen nicht entsprochen habe, ja er sagte ihm wohl, daß seine Forderung dem Geiste der neuen Verfassung geradezu entgegengesetzt sei.

Aus solcher Rücksicht ließ er die Bestimmungen, daß der Souverän die Urkunden, Gesetze und Steuern verändern dürfe, die er im zweiten Entwurfe auf Leopolds Anmerkung hin angefügt hatte, jetzt wieder fort.[4]) Gerade hierbei müsse man die Stimme des Volkes hören, das Sicherheit und Gerechtigkeit von den Tribunalen und Gesetzen verlangt, deren Anzahl sich nach diesem Gesichtspunkte zu richten hat, nicht aber nach dem einer möglichst großen Gelderspamis. Einer wirklich nützlichen Steuerverringerung wird sich das Volk nie widersetzen, aber häufig kann dadurch das Gleichgewicht der öffentlichen Lasten verschoben werden und so die Vergünstigung eines Teiles des Landes zum Nachteil des andern ausschlagen.

[1]) Sie sind in §§ 72 und 28 der vorhergehenden Entwürfe enthalten. F. XXII. 167, No. 9 und No. 14/15.

[2]) Brief Giannis (s. Beilage 4).

[3]) Prospetto di Osservazioni, § 100 (vergl. Beilage 4).

[4]) Prospetto di confronto, §§ 25 und 36.

Auch die Befugnis, die Truppen zu vermindern, läßt Gianni dem Souverän nicht; einmal, weil er es für „einen zu geringen Gegenstand, um einen Artikel der Fundamentalverfassung daraus zu machen", hält; dann aber auch, um einer Entblößung des Landes von allem militärischen Schutze vorzubeugen.[1])

Den Vorschlag, der in dem unbezeichneten Gutachten ausgesprochen war, auf die Weigerung, das Deputiertenamt anzunehmen, an Stelle einer Geldstrafe den Verlust der Gemeindeehrenämter zu setzen, hatte der Großherzog in seinen letzten Anmerkungen aufgenommen. Gianni hält diese Maßregel für unangebracht, verändert jedoch ihr gemäß die Verordnungen für die Repräsentanten der Provinzen, läßt aber bei den Gemeindedeputierten die Geldstrafe bestehen, da sie durch das Los gewählt werden, die Gefahr, daß ihre Wähler eine Geldspekulation treiben könnten, also nicht in Betracht kommt.[2])

Auch nur zur Hälfte erfüllt Gianni die abermals ausgesprochene Forderung Leopolds, die Mitglieder der truppa civica von der Wählbarkeit auszuschließen. Er beschränkt die Ausschließung auf die im festen Sold stehenden Beamten derselben, da er fürchtet, die Zahl der mit passivem Wahlrecht ausgestatteten möchte sonst zu gering werden.[3])

Die noch übrigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Großherzog und Gianni beziehen sich meist auf den Verkehr der Regierung mit den Deputierten. Leopold wollte, daß der Souverän verpflichtet sein sollte, alle Vorstellungen und Bitten, die ihm die Deputierten mündlich oder schriftlich vortragen würden, anzuhören. Gianni spricht diesen Artikel nicht aus, aus Besorgnis, man könnte dadurch veranlaßt werden, von dem ordnungsmäßigen Wege abzuweichen, Bitten und dergleichen in den Sitzungen der vertretenden Körperschaften vorzulegen.[4])

Ausführlich und treffend legt Gianni dem Großherzog dar, wohin es führen würde, wenn, wie dieser es für notwendig gehalten, die Deputierten, sobald sie gegen einen Antrag stimmten, die Motive der Ablehnung schriftlich angeben müßten. Gianni zieht die Konsequenz, daß sie es dann auch bei der Annahme eines

[1]) Prospetto di confronto, § 49.
[2]) Prospetto di Osservazioni, §§ 69 und 97 1/2. — [3]) Ebendort, § 70.
[4]) Prospetto di confronto, § 39 1/4.

Antrages thun müßten. Das würde erfordern, daß die Deputierten alle fähig wären, in Schriftstücken öffentliche Angelegenheiten zu behandeln, was in mehreren Provinzen wohl nicht der Fall sei. Nähme man indessen an, daß sich überall dazu befähigte Personen fänden, so wären die Versammlungen ganz überflüssig. Man könnte die Repräsentanten beauftragen, „ruhig zu Hause an ihrem Studiertisch zu bleiben und Schriften aufzusetzen". Die Folge wird dann eine beständige „Schlacht auf Papieren" sein, die zu einer solchen Masse anschwellen werden, daß der Großherzog sie nicht mehr lesen kann. Daher ist er auf Auszüge seiner Minister angewiesen, die dadurch die Regierung wieder ganz unter ihren Einfluß bekommen, was gerade durch die Verfassung verhindert werden sollte. Wer aber das Land gut kennt, der fürchtet, keinen andern Erfolg zu sehen als „ein allgemeines Stillschweigen, das den Mut, den Eifer und die Aufrichtigkeit eines jeden einschläfert, wodurch sogleich das ganze große Werk der Konstitution vernichtet wird".[1])

Als nicht minder dem Geiste der Verfassung widersprechend bekämpft Gianni den Vorschlag des Großherzogs, daß bei der Beratung der von der Regierung eingegangenen Anträge das Publikum zu den Sitzungen keinen Zutritt haben sollte. An solchen Anträgen habe jedermann im Staate ebensoviel Interesse wie an denen, die von den Gemeinden, den Provinzen oder der Versammlung eingebracht würden. Wenn sich die Regierung die Diskussion ihrer Anträge unter Ausschluß der Öffentlichkeit als Prärogative vorbehielte, so würde darin ein jeder „einen Rest jenes alten Stiles sehen, der gerade mit der Konstitution abgeschafft werden soll". Aber abgesehen davon, daß kein Geheimnis bleiben wird, was zu Ohren von mindestens 22 Personen kommt, so kann den Grundsätzen der Verfassung gemäß eine Regierung mit guten Absichten niemals besser beraten sein, als wenn jedes Individuum die Freiheit hat, mit Leichtigkeit seine Ansicht den Repräsentanten zur Erwägung zu übermitteln. Diese ausgezeichnete Eigenschaft der Verfassung wird man dann verlieren und einem jeden die Gelegenheit geben, über diese Einrichtung, die „ganz auf Glauben und gegenseitiges Vertrauen gegründet ist", zu urteilen, daß man aus Prahlerei ein Grundgesetz geschaffen habe, „voll von schönem

[1]) Prospetto di Osservazioni, § 124.

Schein, der seinem Inhalt nicht entspricht". Ferner wird, je mehr man die Stimmen des Publikums einschränkt, ein um so größerer Raum für „Ehrgeiz und Kabale der Minister" bleiben. Und das ist die schlimmste Gefahr für die Verfassung. Denn die Minister, die für den Dienst des Souveräns und der Unterthanen bestimmt sind, werden in der That beide beherrschen. „Und dieses Übel läßt kein anderes Heilmittel zu als die unmittelbare, leichte und öffentliche Mitteilung der Angelegenheiten, Meinungen, Gedanken und Beschlüsse zwischen den Unterthanen und dem Throne."[1])

Und noch bei einer andern Gelegenheit zeigt sich Gianni kühner gesinnt als Leopold. Er hatte 1781 in dem ersten Entwurfe den Repräsentanten völlige Redefreiheit gegeben und geschrieben, es solle nicht als persönliche Beleidigung aufgefaßt werden, wenn bei der Beratung die „Opponenten sich in Worten, Sätzen oder Kritiken ausdrückten, die man nicht als offiziös anzusehen gewöhnt sei". Leopold hatte darauf verfügt, daß sich die Redner jedes persönlichen Angriffes und jeder Beleidigung enthalten müßten. Mit großem Eifer setzt ihm Gianni jetzt auseinander, wie sehr gerade Toscana der Redefreiheit bedürfe, wo man sich an eine „beständige schmachvolle Vorsicht gegen die eigene Sprache und den eigenen Verstand gewöhnt habe", die „unter dem Scheine der Zweideutigkeit oder der Achtung" zu einem lügenhaften Stil entartet ist. Und das ist ein großes Unglück für den Souverän, der oft betrogen und mißleitet wird von dem Ministerium, das keine Kritik zu fürchten hat von einem Volke, „welches so heruntergekommen ist zu glauben, es sei ein Verbrechen, sich über das Übel, das es erduldet, zu beklagen". Hiergegen ließe sich einwenden, daß sich niemand für den Dienst des Souveräns finden wird, wenn er der öffentlichen Kritik bloßgestellt sei. Aber solche Minister, die das fürchten, zu verlieren, würde das größte Glück für die Souveräne sein. Die Repräsentanten selbst werden, wenn sie keine Furcht zu hegen brauchen, wegen Wortbeleidigungen in Strafe zu fallen, rücksichtslos ihre wahre Meinung sagen und sich in ihrem Widerspruch nicht durch kunstvolle Reden blenden lassen. Nur so wird der Souverän die wahre Gesinnung und die Grundsätze seiner Unterthanen kennen lernen, „weil die Heuchelei nicht mehr genügen

[1]) Prospetto di Osservazioni, § 124.

wird, eine affektierte Weisheit und kluge Mäßigung zu maskieren". Beleidigungen, die sich Privatpersonen einander zufügen, sind keine sozialen Übel, und wo es sich um das ganze Volk handelt, wird „sogar der Ruf eines Individuums zu einem Nichts", den man unbedenklich dem Wohle des Ganzen opfern muß. Ein Gesetz, das den „Enthusiasmus für den Staat" unterdrückt, ist verderblich. Wer öffentliche Interessen vertritt, ist nicht mehr „jenes geringe für sich lebende Subjekt, das der Privatgesellschaft angehört". Deshalb kann er weder persönlich beleidigen, noch beleidigt werden. Und man soll doch bedenken, daß in diesem Lande, wo man keine andern Vergehen kennt als solche, die Privatpersonen betreffen, „die heiligen Pflichten gegen das Publikum und die majestätischen Rechte dessen, der das Vertrauen erhält, es zu repräsentieren, ganz unbekannte Gedanken sind und der gebräuchlichen Sprache ermangeln und der Ausdrücke ihren Sinn mitzuteilen". Und wenn es die Schuld der Regierungen vergangener Zeiten ist, daß Herz und Verstand der Unterthanen so schlaff geworden sind, so sollte doch gerade die Verfassung dieser Krankheit des Volkes abhelfen, das keine Mittel hat, sich aus eigener Kraft zu heilen. In seinem gegenwärtigen Zustande ist Toscana nicht empfänglich für die neue Konstitution und deshalb muß der Geist, der sie tragen soll, im Publikum wieder erweckt werden. Und die ersten Wege dazu kann allein die Redefreiheit eröffnen.[1])

Diesen Grundsätzen gemäß faßte Gianni den betreffenden Artikel ab (s. unten).

So sehen wir, daß Gianni nicht bloß die Gedanken des Großherzogs schriftlich ausführte, sondern seine eigene Meinung ihm gegenüber energisch vertrat und daß sein Einfluß auf die Ausgestaltung im einzelnen, nachdem Leopold 1780 die leitenden Ideen und die hauptsächlichen Verordnungen der Verfassung festgesetzt hatte, nicht unbedeutend war. Ja bisweilen forderte der Großherzog in seinen Anmerkungen zu den letzten Entwürfen nur die Ausführung irgend einer Materie und überließ Gianni die Art und Weise derselben. Obgleich das meist nur bei unbedeutenden Fragen geschah, so ging doch z. B. auch die Bestimmung, daß nicht Stimmenmehrheit, sondern eine Majorität von zwei Drittel Stimmen

[1]) Prospetto di Osservazioni, § 128.

entschieden sollte, von Gianni aus. Freilich ist dabei zu berücksichtigen, daß vieles infolge einer mündlichen Aussprache beschlossen sein mag.

So haben wir die Entwicklung, die das Projekt des Großherzogs im Laufe von ungefähr 3 1/2 Jahren durchmachte, kennen gelernt und haben gesehen, welchen Einfluß dabei die Ansichten Giannis und der andern Räte hatten. Nach allen diesen Erwägungen überreichte Gianni am 8. September 1782 dem Großherzog den dritten und letzten Entwurf. Wieder hat er mannigfache stilistische Veränderungen und Erweiterungen im Ausdruck erfahren, stimmt aber, abgesehen von den eben betrachteten Punkten und einigen unbedeutenden Abweichungen, mit den beiden früheren Plänen überein, dem vom 26. November 1781 und dem vom April 1782.

Das Verfassungsprojekt vom 8. September 1782.

[1]) Das ganze Verfassungsgesetz zerfällt in drei Teile. In dem ersten, dem Præmio, wird die Notwendigkeit dargelegt, daß in jedem Staate ein Grundgesetz bestehen müsse. Der zweite Teil, die eigentliche Costituzione, enthält eben dieses Grundgesetz, welches die Rechte des Souveräns und des Volkes bestimmt, und in dem dritten, den Ordinazioni, wird die Art angegeben, in der das Volk seine Rechte auszuüben hat.

In dem Præmio wird dem Volke verkündet, daß der Souverän von Anfang an es als seine erste Pflicht erkannt und alle Gedanken und Sorgen darauf gerichtet habe, seinen geliebten Unterthanen eine Regierung angedeihen zu lassen, die ihnen ein „möglichst großes irdisches Glück in der ehrenhaften Ausübung einer bürgerlichen Freiheit" sichere. Aber „mit Entsetzen sahen Wir, daß infolge der unglücklichen Zeiten und der Wirrnisse, unter denen der Thron von der erloschenen Familie der Medici errichtet wurde, eine Regierung entstanden war ohne jedes Grundgesetz, gänzlich willkürlich und ungerecht, weil auf Gewalt gegründet und nicht auf die Zustimmung der Völker, welche allein ihre Einsetzung legitimieren können". Dieser Regierung entsprechend war das System der Finanzen und die Verwaltung gewaltsam und drückend und zielte

[1]) S. Beilage 4.

darauf hin, „die Provinzen arm zu machen, die Geschäfte mit Geheimnis zu umhüllen und, was schlimmer ist, in den Menschen zu schwächen und auszulöschen jeden Sinn für Freiheit und für Liebe zum eigenen Vaterlande". Denn kein Staat kann „glücklich bestehen, noch gerecht regiert werden ohne ein solches uranfängliches Grundgesetz, welches dem Souverän die höchste Exekutivgewalt und der Nation die Rechte, auf die sie, selbst wenn sie will, nicht verzichten kann, vorbehält". Die Rechte der Nation sind, vorzuschlagen, was dem Publikum Nutzen, und zurückzuweisen, was ihm Schaden bringen würde.

Diesen Grundsätzen zufolge war es die beständige Sorge des Souveräns, die Toscaner ganz allmählich an das neue System zu gewöhnen, das sie, „so viele Jahre lang an das Joch einer schmachvollen Gesetzgebung gewöhnt", nicht als eine Wohlthat empfunden hätten.

Zu diesem Zwecke hat man sich bemüht, Handel und Industrie von ihren Fesseln zu lösen und in den Unterthanen „die Idee des Staatsinteresses und des allgemeinen Wohls wieder zu erwecken". Deswegen sind die Stabilimenti di Abbondanza e di Grascia abgeschafft, die nicht allein dem Volke nichts nützten, sondern dem Ackerbau selbst, „der die vornehmste Quelle des Staatsreichtums ist", zum Schaden gereichten. Die Pacht der Regalien, Monopole und zahlreiche Taxen sind aus diesem Grunde aufgehoben. Soviel wie möglich hat man sich bemüht, die Ungleichheit in der Verwaltung und in den herrschenden Gesetzen in den verschiedenen Teilen des Landes zu beseitigen. Die Zölle im Innern des Landes sind reformiert und die Ausfuhr der Waren aus demselben ist erleichtert worden. Mit den neuen Verordnungen für die Gemeinden aber hat man den Bürgern selbst die Verwaltung ihrer Angelegenheiten anvertraut, hat sie von Auflagen und persönlichen Diensten befreit und ihnen nur dafür eine „diskrete unveränderliche Tassa di Redenzione" festgesetzt.

Nach diesen und ähnlichen Maßregeln, die alle aus denselben Prinzipien hervorgegangen sind, „in dem menschlichen Herzen Gefühl für ehrenhafte bürgerliche Freiheit" und Eifer für das öffentliche Wohl anzuregen, „wollen Wir hoffen, daß endlich die von Uns so sehr ersehnte Zeit gekommen ist, an die Ausführung des geplanten Systems zu gehen und wollen mit voller Erkenntnis der Bedeutung

eines solchen Entschlusses" eine Fundamentalkonstitution schaffen, die „sowohl von Uns wie von Unseren Nachfolgern bewahrt werden soll". Den Unterthanen wird ihre „natürliche Freiheit wiedergegeben, ungeachtet alles dessen, was direkt oder indirekt dagegen angeführt werden könnte", mag es durch noch so feierliche Versprechen stipuliert worden sein. „Denn Wir verzichten auf jedes Recht, durch solche Mittel erworben, und erklären, daß weder Unsere jetzt lebenden Unterthanen noch ihre Vorfahren jener legitimen Fähigkeiten beraubt werden, noch sich selbst berauben konnten, mit denen schon von der Natur ausgestattet sie geboren wurden in der politischen Gesellschaft oder dem Staate, der ihr Vaterland ward."

Damit die Unterthanen, ihre natürlichen Rechte ausübend, an der Gesetzgebung teilnehmen können, soll das gesamte Großherzogtum in verschiedene Provinzen geteilt und von einer Körperschaft frei gewählter Personen repräsentiert werden, „so daß die Stimme des Publikums und der Wille des Souveräns in Übereinstimmung die nützlichsten Beschlüsse fassen, um eine heilsame und gerechte Regierung zu bilden, ohne daß die eine gültig sein kann im Widerspruch zum andern, sondern sich beide in den Grenzen halten, die von der folgenden Konstitution vorgeschrieben werden". —

Wir sehen, es sind dieselben Gedanken, die Leopold 1780 ausgesprochen hatte.

Die erste Bestimmung der Konstitution ist, daß die Thronfolgeordnung in keiner Weise geändert werden darf, und daß jeder Thronfolger, bevor er als Souverän anerkannt wird, in Gegenwart der Volksvertretung die Verfassung beschwören muß (§§ 14, 15).

Dann werden die Gebiete der Verwaltung aufgeführt (§§ 18 bis 39), in denen der Souverän nichts unternehmen darf „ohne Zustimmung des Staates, d. h. der Repräsentanten des Publikums" (§ 17). Hat er aber zu irgend einer Verordnung in diesen Materien die Genehmigung von der Volksvertretung erlangt, „dann wird sie ihre volle und gesetzliche Giltigkeit haben im Charakter des allgemeinen Willens" (§ 40), „denn der Souverän empfängt den gerechtesten Titel seiner Legitimität von den Wohlthaten, die er an den ihm anvertrauten Staaten übt, und von der begründeten Zufriedenheit der Unterthanen, die das Recht auf eine gute Regierung haben". Und deshalb muß, wie noch einmal betont wird, die

Autorität des Souveräns in den wichtigsten Gebieten, die das Hab und Gut und die Freiheit der Individuen betreffen, beschränkt werden (§ 16).

Daher muß der Großherzog das Gebiet des toscanischen Staates unverändert lassen, darf es auch in keiner Weise belasten, weder mit einer Hypothek noch unter dem Titel einer Mitgift oder Apanage für die Prinzen des königlichen Hauses.

Er kann keinen Krieg erklären, noch irgend welches Bündnis schließen, sondern muß den gegenwärtigen Zustand der Neutralität Toscanas bewahren. Die Zahl und Organisation der Armee, auch der Bürgertruppe und der Festungen darf nicht verändert werden. Das Anwerben fremder Heere, selbst auf eigene Kosten des Souveräns, ist verboten.

Die neuen Reglements für die Gemeinden sind zu bewahren, „besonders insoweit sie den Gemeinden selbst die freie Verwaltung ihrer ökonomischen Angelegenheiten überlassen".

Auch die Privilegien der sienesischen Maremmen und der Stadt und des Hafens von Livorno dürfen in keinem Punkte verändert werden.

Die Methode und Form der Justiz, die Anzahl der Tribunale und Beamten soll in dem gegenwärtigen Zustande erhalten bleiben.

Der Souverän darf in keiner Weise in die Ziviljustiz eingreifen, „da Wir erkennen, daß die Gnade, die Wir in dieser Materie an einer Partei üben, der andern immer drückend und verdrießlich sein würde". Ebenso sollen die Kriminalprozesse allein nach den vorgeschriebenen Gesetzen geführt werden (§§ 26 und 27).

Gleichzeitig mit der Verfassung soll ein Edikt veröffentlicht werden, welches die Einkünfte des Staates, unter dem Titel Conto regio, von den Einkünften, die für den Großherzog persönlich bestimmt sind, Conto della Corona, trennt. Über die Verwaltung des Conto regio ist der Großherzog verpflichtet, der Volksvertretung Rechenschaft abzulegen, von den Kroneinkünften aber nur, wenn es notwendig zur Erfüllung seines Amtes gewesen war, Gelder des Conto regio zu Hilfe zu nehmen (§§ 30, $30^1/_2$, $30^3/_4$).

Die Rechenschaftsablegung geschieht jährlich durch die Veröffentlichung eines Verzeichnisses, das die Verwaltung der Staatsfinanzen genau darlegt. Der Souverän ist außerdem verpflichtet, den Repräsentanten jede Erklärung, die sie verlangen, zu geben. Stets muß gesondert über den Conto regio und den Conto della

Corona berichtet werden (§§ 32 und 33). Die persönlichen Einkünfte dürfen unter keinem Vorwand vergrößert, noch die Ausgaben auf die Rechnung der Staatsfinanzen abgewälzt werden. Der sehr hohe Bestand der Pensionen, die von der Staatskasse bezahlt werden, kann nicht vermehrt werden. Die erledigten Pensionen werden nicht wieder vergeben (§ 31). Der Souverän hat nicht das Recht, Staatsschulden zu kreieren, noch den Staatskörper irgendwie durch Autorisierung von Kreditbriefen, Errichtung von Leihbanken und dergleichen zu belasten (§ 39½). Weder das königliche noch das Kronpatrimonium darf vermindert werden ohne eine entsprechende Anlage in sicherem Grundbesitz; ausgenommen sind hiervon diejenigen liegenden Güter, die nicht für den Dienst des Hofes bestimmt sind und die, womit man schon angefangen hatte, vergeben werden, um die Zahl der freien Bauernfamilien zu vermehren (§ 35).

Neue Lehen dürfen nicht errichtet und erledigte nicht wieder vergeben werden (§ 29).

Das System der Auflagen ist unverändert zu bewahren; sie dürfen nicht vermehrt und neue nicht geschaffen werden unter keinem Titel, „auch nicht als außerordentliche und für ein einziges Mal oder für irgend ein besonders dringendes Bedürfnis"; namentlich nicht zur Deckung schon vollzogener Ausgaben. Daher kann die Erhebung der Steuern niemals in Pacht gegeben werden, weder an eine einzelne Person noch an Gesellschaften, abgesehen immer von den Reglements für die Gemeinden. Unzulässig ist die Einsetzung von Monopolen auf irgend einen erdenklichen oder neuen Handelszweig, auch nicht zum Besten des Staatsschatzes, „da als erster Grundsatz die volle Handelsfreiheit mit jedem erlaubten Gewerbe unverletzlich bewahrt werden muß". Ebenso darf man die Freiheit des Handels und die Ausfuhr von Feldfrüchten in keiner Weise beschränken (§§ 36—39).

Gegenüber allen diesen Gebieten, in denen Fürst und Volk zusammenwirken, ist der Souverän in den folgenden befugt, allein zu handeln und zu entscheiden, ohne sich der Prüfung oder Zustimmung eines andern unterziehen zu müssen.

Er hat den Oberbefehl über die Armee und ernennt die Offiziere. Ebenso steht ihm die Ernennung der Richter und sämtlicher Beamten, abgesehen immer von den Angestellten in den Gemeinden, zu (§§ 41—46).

Das Begnadigungsrecht für peinliche Vergehen, „das die schönste Prärogative der Souveränität ist, bleibt immer dem freien Willen des Großherzogs vorbehalten" (§ 47).

Er entscheidet in allem, was in das Gebiet des Regio Diritto fällt, dessen Vorrechte er gegen die Prätensionen geistlicher wie weltlicher Mächte zu verteidigen hat, ernennt alle Erzbischöfe und Bischöfe des Staates und vergiebt die Benefizien des königlichen Patronates. Ihm untersteht die Verwaltung der Universitäten und wissenschaftlichen Akademien.

Er verleiht den Adel und kann auch das Bürgerrecht, ohne sich an die für dessen Erlangung geltenden Gesetze zu halten, von sich aus gewähren (§ 48).

Der Großherzog genießt alle Rechte des Großmeisters des Ordens von S. Ansano und hat damit die Verwaltung und Jurisdiktion in dessen Patrimonium (§ 49).

Nachdem hiermit die Gegenstände, welche Gesetzeskraft durch Übereinstimmung von Fürst und Volk erhalten, von denen getrennt sind, die der Souverän allein zu entscheiden hat, folgt die Bestimmung, wie weit sich die Befugnisse der vertretenden Körperschaften in diesen beiden Gebieten erstrecken sollen. Die Repräsentanten sollen sich als „legitime Ratgeber des Souveräns" betrachten, und deshalb ist ihre vornehmste Pflicht, neue Gesetze und Reformen an den herrschenden dem Souverän vorzuschlagen (§§ 55 und 56). In den Gebieten, die diesem vorbehalten sind, haben sie zwar kein Stimmrecht, können aber und müssen Schäden, die sie gewahren, darlegen und um ihre Abänderung bitten (§ 54). Gesetze, die der Souverän ihnen vorzulegen verpflichtet ist, haben sie zu beraten und sich über ihre Annahme, Verwerfung, Einschränkung oder Erweiterung zu entscheiden (§ 58). Sie haben das Beantragungs- und Bewilligungsrecht zu Pensionen und Belohnungen für Leute, die sich im Staatsdienst ausgezeichnet haben (§ 59).

Ferner untersteht ihnen die Prüfung des Staatsschatzes und der gesamten ökonomischen Verwaltung, worin sie ebenfalls Reformen beantragen können.

Auch die Verwaltung der Justiz müssen sie beaufsichtigen und Störungen des Handels vorzubeugen suchen (§§ 60 und 61).

Als ein wesentlicher Zweck der Repräsentation wird bezeichnet, „den Souverän mit dem festesten Mute aufzuklären, wenn in den

betreffenden Fällen etwas versucht worden oder geschehen wäre gegen das öffentliche Interesse oder gegen die Sicherheit und Ruhe des Volkes; denn die Bewährung eines solchen Eifers ist das Zeugnis der liebevollsten Huldigung, welche die Unterthanen der Souveränität leisten können, so daß man diesem wichtigen Ziele keine private Leidenschaft entgegensetzen solle, noch jenes furchtsame ungelegene Schweigen, das den höchsten Willen beleidigt, indem es vorgiebt ihn zu achten" (§ 62).

Und so soll, wenn es das Wohl des Staates erfordern würde, kein für die Ausübung der Regierung einflußreicher Gegenstand von den Grenzen der Rechte der Repräsentanten ausgeschlossen sein (§ 63).

Nach der Darlegung der politischen Rechte der Unterthanen in der Costituzione wird in den Ordinazioni vorgeschrieben, auf welchem Wege das Volk vermittelst der Repräsentation diese Rechte auszuüben hat. Drei Arten von repräsentierenden Körperschaften soll es geben: die Generalräte der Gemeinden, die Provinzialversammlungen und die Generalversammlung. Die Generalräte bestanden schon (vergl. oben). Zum Zwecke der Bildung der beiden letzteren wird das ganze Gebiet Toscanas in 18 Provinzen geteilt (§ 65), wozu als ein von den Provinzen getrennter Bezirk mit abweichenden Rechten Livorno nebst Portoferrajo tritt. Die Anzahl der Gemeinden, welche die einzelnen Provinzen bilden, ist verschieden groß und richtet sich nach den geographischen Verhältnissen.

Auf einer Provinzialversammlung sind alle zu der betreffenden Provinz gehörenden Gemeinden durch je einen Delegierten vertreten. Jede der 18 Provinzialversammlungen sendet dann einen Vertreter zur Generalversammlung.

Zu diesem Zwecke tritt alljährlich in jeder Gemeinde der Generalrat zusammen zu einer Sitzung, auf der die Richter kein Stimmrecht haben. Mindestens acht Tage vorher muß Zeit, Stunde und Ort der Sitzung bekannt gemacht werden; denn jedermann soll Zutritt zu ihr haben, und deshalb muß sie in einem weiten, für ein großes Publikum geeigneten Raum, den der Gonfaloniere zu bestimmen hat, stattfinden.

Zuerst wird der „Orator", der die Gemeinde auf der Provinzialversammlung zu vertreten hat, gewählt. Wählbar ist jeder, Weltliche wie Geistliche, der fähig ist, im Magistrat der Prioren zu sitzen, also zu den sechs ersten Klassen der Grundbesitzer gehört.

Die Wahl geschieht durch das Los. Aus der Wahlurne, welche die Namen aller Wahlfähigen enthält, werden vier Zettel gezogen, über die der Generalrat eine Stichwahl vornimmt, die so oft wiederholt wird, bis einer als Gewählter übrig bleibt.

Ausgeschlossen sind von dem passiven Wahlrecht die königlichen Beamten und alle Personen, die in irgend einer Weise im Solde der Regierung stehen. Weigert sich ein Gewählter, das Amt des Orators anzunehmen, so muß er 100 Lire Strafe zahlen. Um jedoch jede Verzögerung zu vermeiden, wird gleichzeitig mit dem Orator ein Ersatzmann für ihn gewählt. — Der Orator braucht in dem Jahre seines Amtes ein Gemeindeamt nicht anzunehmen. Bevor der Generalrat den Orator wählt, bestimmt er für ihn eine bescheidene Summe zur Deckung der Kosten auf der Reise und des Aufenthaltsortes in der Provinzialhauptstadt und zum Entgelt für seine Mühen. Dies Honorar wird dem Orator aber erst nach Vollführung seiner Aufgabe überreicht und darf nachher weder auf seine Forderung noch freiwillig vom Generalrat vergrößert werden.

Nach der Wahl werden auf dem Generalrat die Anträge beraten, die der Orator auf der Provinzialversammlung vertreten soll. Sie können alle Gegenstände umfassen, die in der Costituzione als zu den Rechten des Volkes gehörend bezeichnet sind. Erklären sich zwei Drittel der Stimmen für die Annahme eines Antrages, so wird er schriftlich dem Orator als Kommission übergeben.

Außer den Mitgliedern des Generalrates sind aber auch die andern Angehörigen der Gemeinde, wes Standes auch immer, berechtigt, Anträge in Form von Petitionen zu stellen. Solche Petitionen müssen schriftlich eingereicht im Generalrat verlesen und beraten werden. Erlangen sie eine Mehrheit von zwei Drittel des Generalrats, so werden sie ebenfalls als Kommissionen dem Orator übergeben.

Alle Anträge können sowohl auf den ganzen Staat wie auf die Provinz und die Gemeinde gerichtet sein (§§ 68—77).

Im Juni jedes Jahres treten die Oratoren, versehen mit einem Beglaubigungsschreiben, das von dem Kanzler und dem Gonfaloniere ihrer Gemeinde unterzeichnet sein muß, in der Hauptstadt ihrer Provinz zusammen. Der zeitweilige Gonfaloniere der Hauptstadt ist Präsident der Versammlung. Er hat als solcher keine Stimme. Ist er gleichzeitig zum Orator seiner Gemeinde gewählt, so muß er auf das Amt des Präsidenten verzichten, das

sein Stellvertreter im Magistrat der Prioren dann übernimmt. Der Präsident hat zu bestimmen, wo die Versammlung tagen soll und kann sich dazu der Gemeindegebäude wie des Justizpalastes oder einer Kirche bedienen. Die Sitzungen sind vollkommen öffentlich, deshalb wird im Namen des Präsidenten genau Zeit und Ort angegeben und dem Publikum mitgeteilt, daß es das Recht habe, daran teilzunehmen. Auch über das, was auf der Versammlung behandelt wird, muß das Publikum vorher informiert werden. Der Präsident hat die Pflicht, die Ordnung aufrecht zu halten; die Kommandanten der Truppen sowie die Richter sind angewiesen, auf sein Verlangen ihm ihre militärischen und Polizeikräfte zur Verfügung zu stellen. Jährlich ernennt der Präsident einen Kanzler, der die Akten der Versammlung zu besorgen hat. Er kann sich hierzu des Gemeindekanzlers der Hauptstadt oder irgend eines andern Notars bedienen. Nur darf es kein Richter oder ein anderer Justizbeamter sein.

Der Präsident empfängt die Oratoren bei ihrer Ankunft in der Provinzialhauptstadt und erkennt sie als solche auf Grund ihrer Beglaubigungsschreiben an. Er teilt ihnen alles Nötige mit und giebt an, wann und wo die Versammlung stattfinden soll. Bevor die Session beginnt, zieht der Präsident mit sämtlichen Oratoren in schwarzem Magistratsgewande in feierlicher Prozession zur Hauptkirche des Ortes, wo von den höchsten kirchlichen Würdenträgern die Messe zelebriert wird. Dann begeben sie sich zu dem Orte, der für die Versammlung bestimmt ist. Die Oratoren sitzen und tragen ihre Aufträge nach der Reihenfolge vor, nach der die einzelnen Gemeinden in den Ordinazioni aufgezählt sind. (Vergl. Beilage 4.) Doch soll damit keinerlei Rangunterschied bezeichnet werden, „denn die Gemeinden sind alle in gleicher Weise, ohne den geringsten Unterschied, dem Souverän lieb und dem Staate teuer".

Auf das Fehlen bei einer Sitzung steht die Strafe von 10 Scudi, die dem Kanzler der Versammlung zufließen. Denn er hat die Pflicht, den betreffenden Orator zu vertreten und dessen Kommissionen vorzulesen. Das Recht, an seiner Stelle zu stimmen, hat er aber nicht (§ 142).

Die erste Handlung, welche die Oratoren vornehmen, ist die Wahl eines Repräsentanten der Provinz. Zu diesem Zwecke nennt

jeder Orator einen Kandidaten, über die der Reihe nach abgestimmt wird. Jeder, für den sich zwei Drittel Stimmen erklären, kommt in die Stichwahl, die so oft erneuert wird, bis einer übrig bleibt. Wählbar ist jeder Angehörige der betreffenden Provinz, der fähig ist, im Magistrat der Prioren in irgend einer Gemeinde zu sitzen. Doch dürfen die Oratoren Personen, die nicht in der Hauptstadt wohnen, nur nennen, wenn sie deren Einwilligung, das Amt anzunehmen, vorher erhalten haben. Beamte der Regierung sind auch hier wieder ausgeschlossen.

Ist die Wahl vollzogen, so teilt es der Kanzler der Versammlung sofort dem Gewählten mit und fordert ihn auf, sich binnen acht Tagen zu erklären, ob er die Wahl annehmen könne, und sich bei der Provinzialversammlung zur Ausübung seines Amtes einzufinden. Ist der angegebene Termin verstrichen, so wird ein anderer gewählt. Das Amt muß persönlich ausgeübt und darf nicht ausgeschlagen werden ohne triftige Gründe, die der Betreffende vor dem höchsten Gerichtshofe des Ortes, in dem er wohnhaft ist oder sich augenblicklich befindet, darzulegen hat. Dasselbe muß er thun, wenn er nach Annahme des Amtes verhindert wird, es zu erfüllen. Übt jemand, ohne durch den Spruch des Richters davon befreit zu sein, sein Amt thatsächlich nicht aus oder vernachlässigt er seine Pflichten durch Fehlen bei der Provinzial- oder Generalversammlung, so verliert er alle Ehren, die er genießt: Adel und Bürgerrecht, Ehrenämter in den Gemeinden, wie die Privilegien des Doktorgrades und des Notars; „denn Wohlthaten, Auszeichnungen und Ehrenrechte des Vaterlandes darf nicht genießen, wer schlecht oder niedrig gesinnt sich weigert, für dasselbe zu dienen". Die Repräsentanten erhalten von der königlichen Finanzverwaltung eine Entschädigung, die sich nach der Entfernung ihrer Provinz von der Hauptstadt richtet.[1]) Übersteigen die Kosten die einmal festgesetzte Summe, so muß die Gemeinde der betreffenden Provinzialhauptstadt sie tragen.

Nachdem die Wahl der Repräsentanten vollzogen ist, beginnen die Oratoren ihre Kommissionen zu verlesen, deren Inhalt sie vorher untereinander sich haben mitteilen können. Nach der Ver-

[1]) Die höchste Summe, 40 F., bekommt daher der Repräsentant von Pontremoli; der von Florenz hingegen erhält gar keine Entschädigung. — S. Beilage 4, Formule.

lesung jeder Kommission richtet der Präsident an alle Anwesenden, die etwas gegen den Vorschlag einzuwenden wünschen, die Aufforderung, sich bei ihm zu melden, weist ihnen die Plätze an und bestimmt die Reihenfolge, in der sie reden sollen. Jeder, der opponieren will, muß angehört werden, bevor man zur Abstimmung schreitet. Die Oratoren haben die Pflicht, die Kommissionen ihrer Gemeinde mit aller Kraft zu verteidigen. Ist die Besprechung beendet, so wird abgestimmt. Über die Annahme entscheidet wie immer eine Mehrheit von zwei Drittel der Stimmen.

Die Oratoren können auch, außer den Aufträgen ihrer Gemeinde, selbständig Anträge vorbringen, die in der gleichen Weise beraten werden.

Ist die Lesung und die Abstimmung der Kommissionen beendet, dann beginnt die Verlesung der Petitionen. Jeder Angehörige der Provinz ist berechtigt, an die Versammlung Petitionen, die sich auf die Provinz oder den ganzen Staat beziehen, zu richten. Er muß sie vorher schriftlich in der Kanzlei eingereicht haben und sie dann nach Anweisung des Präsidenten in der Versammlung vorlesen.

Gegen Kommissionen oder Petitionen, die einmal angenommen worden sind, darf in derselben Session kein Einwand mehr erhoben werden. Sie werden dem Repräsentanten als „Kommissionen oder Instruktionen", denen gemäß er auf der Generalversammlung stimmen muß, überreicht. Abgelehnte Anträge werden registriert und in der Kanzlei aufbewahrt.

Ist die für die Versammlung vorgeschriebene Zeit[1]) abgelaufen, so wird der Repräsentant mit den Kommissionen und einem vom Präsidenten und dem Kanzler unterzeichneten Beglaubigungsschreiben ausgerüstet.

Am 22. Juni jedes Jahres versammeln sich die Vertreter der 18 Provinzen in Florenz. Auch der Generalrat von Livorno, auf dem die Gemeinde von Portoferrajo durch einen Orator vertreten ist, sendet einen Repräsentanten zu dieser Generalversammlung. Das Amt des Präsidenten übt ein vom Großherzog ernannter Luogotenente aus, der nicht aus der Zahl der Repräsentanten gewählt sein darf; sein Stellvertreter ist der Gonfaloniere von Florenz.

[1]) Die Dauer der Session, die man festsetzen wollte, ist in unserm Entwurf nicht angegeben.

Der Luogotenente ist nicht stimmberechtigt, er empfängt die Repräsentanten in Florenz, beglaubigt sie auf Grund ihrer Legitimationen und überreicht ihnen die gedruckten Bestimmungen über die Eröffnung der Versammlung, über das Verfahren auf derselben, sowie über die kirchliche Feier, die ihr am Tage von S. Giovanni vorausgeht. Der Luogotenente ernennt alle Jahre einen Sekretär zur Aufstellung und Bewahrung der Akten. Es muß ein Notar, darf aber kein königlicher Beamter sein. Er wird unterstützt durch einen ebenfalls vom Luogotenente für ein Jahr ernannten Schreiber. Im allgemeinen ist es die Aufgabe des Luogotenente, Ruhe und Ordnung in der Versammlung aufrecht zu erhalten.

Am 25. Juni findet die erste Sitzung statt in der Sala dei Cinquecento im Palazzo vecchio. Jedermann hat Zutritt und so viele können kommen, wie es der Raum der Meinung des Luogotenente nach erlaubt. Die Repräsentanten tagen im schwarzen, der Luogotenente im roten Magistratsgewande. Sie sitzen und reden nach der Reihenfolge ihrer Provinzen, die in den Ordinazioni angegeben ist. Die Strafbestimmungen für das Fehlen bei einer Sitzung sind ebenso wie bei den Provinzialversammlungen; der Sekretär hat hier die Betreffenden zu vertreten und erhält die Strafgelder.

Auch die Vorschriften über das Verlesen und Beraten sind entsprechend denen für die Provinzialversammlungen. Die Abstimmung wird wie in den alten Florentiner Magistraten durch Abgabe eines schwarzen Stimmzettels bei Annahme eines Antrages, eines weißen bei seiner Ablehnung vollzogen. Auch wird den Repräsentanten wieder eingeschärft, daß sie die Kommissionen ihrer Gemeinden durch alle erlaubten Mittel, Reden und Schriften zu verteidigen und der Versammlung im besten Lichte darzustellen haben. Nach der Verlesung jeder Kommission hat jeder Repräsentant das Recht, seine Einwendungen dagegen vorzubringen. Bei der Opposition, sei es bei mündlicher sei es bei schriftlicher, werden die Repräsentanten nicht mit ihren Namen genannt, sondern mit dem ihrer Provinz. Alles persönliche Angreifen ist verboten, aber die Repräsentanten sollen sich nicht scheuen, Tadel offen auszusprechen, den keiner als persönliche Beleidigung auffassen darf, sondern als auf die Sache gerichtet ansehen soll. Wer durch Lärm oder ungehöriges Benehmen die Versammlung stört oder einen Redenden

lesung jeder Kommission richtet der Präsident an alle Anwesenden, die etwas gegen den Vorschlag einzuwenden wünschen, die Aufforderung, sich bei ihm zu melden, weist ihnen die Plätze an und bestimmt die Reihenfolge, in der sie reden sollen. Jeder, der opponieren will, muß angehört werden, bevor man zur Abstimmung schreitet. Die Oratoren haben die Pflicht, die Kommissionen ihrer Gemeinde mit aller Kraft zu verteidigen. Ist die Besprechung beendet, so wird abgestimmt. Über die Annahme entscheidet wie immer eine Mehrheit von zwei Drittel der Stimmen.

Die Oratoren können auch, außer den Aufträgen ihrer Gemeinde, selbständig Anträge vorbringen, die in der gleichen Weise beraten werden.

Ist die Lesung und die Abstimmung der Kommissionen beendet, dann beginnt die Verlesung der Petitionen. Jeder Angehörige der Provinz ist berechtigt, an die Versammlung Petitionen, die sich auf die Provinz oder den ganzen Staat beziehen, zu richten. Er muß sie vorher schriftlich in der Kanzlei eingereicht haben und sie dann nach Anweisung des Präsidenten in der Versammlung vorlesen.

Gegen Kommissionen oder Petitionen, die einmal angenommen worden sind, darf in derselben Session kein Einwand mehr erhoben werden. Sie werden dem Repräsentanten als „Kommissionen oder Instruktionen", denen gemäß er auf der Generalversammlung stimmen muß, überreicht. Abgelehnte Anträge werden registriert und in der Kanzlei aufbewahrt.

Ist die für die Versammlung vorgeschriebene Zeit[1]) abgelaufen, so wird der Repräsentant mit den Kommissionen und einem vom Präsidenten und dem Kanzler unterzeichneten Beglaubigungsschreiben ausgerüstet.

Am 22. Juni jedes Jahres versammeln sich die Vertreter der 18 Provinzen in Florenz. Auch der Generalrat von Livorno, auf den die Gemeinde von Portoferrajo durch einen Orator vertreten ist, sendet einen Repräsentanten zu dieser Generalversammlung. Das Amt des Präsidenten übt ein vom Großherzog ernannter Luogotenente aus, der nicht aus der Zahl der Repräsentanten gewählt sein darf; sein Stellvertreter ist der Gonfaloniere von Florenz.

[1]) Die Dauer der Session, die man festsetzen wollte, ist in unserm Entwurf nicht angegeben.

Der Luogotenente ist nicht stimmberechtigt, er empfängt die Repräsentanten in Florenz, beglaubigt sie auf Grund ihrer Legitimationen und überreicht ihnen die gedruckten Bestimmungen über die Eröffnung der Versammlung, über das Verfahren auf derselben, sowie über die kirchliche Feier, die ihr am Tage von S. Giovanni vorausgeht. Der Luogotenente ernennt alle Jahre einen Sekretär zur Aufstellung und Bewahrung der Akten. Es muß ein Notar, darf aber kein königlicher Beamter sein. Er wird unterstützt durch einen ebenfalls vom Luogotenente für ein Jahr ernannten Schreiber. Im allgemeinen ist es die Aufgabe des Luogotenente, Ruhe und Ordnung in der Versammlung aufrecht zu erhalten.

Am 25. Juni findet die erste Sitzung statt in der Sala dei Cinquecento im Palazzo vecchio. Jedermann hat Zutritt und so viele können kommen, wie es der Raum der Meinung des Luogotenente nach erlaubt. Die Repräsentanten tagen im schwarzen, der Luogotenente im roten Magistratsgewande. Sie sitzen und reden nach der Reihenfolge ihrer Provinzen, die in den Ordinazioni angegeben ist. Die Strafbestimmungen für das Fehlen bei einer Sitzung sind ebenso wie bei den Provinzialversammlungen; der Sekretär hat hier die Betreffenden zu vertreten und erhält die Strafgelder.

Auch die Vorschriften über das Verlesen und Beraten sind entsprechend denen für die Provinzialversammlungen. Die Abstimmung wird wie in den alten Florentiner Magistraten durch Abgabe eines schwarzen Stimmzettels bei Annahme eines Antrages, eines weißen bei seiner Ablehnung vollzogen. Auch wird den Repräsentanten wieder eingeschärft, daß sie die Kommissionen ihrer Gemeinden durch alle erlaubten Mittel, Reden und Schriften zu verteidigen und der Versammlung im besten Lichte darzustellen haben. Nach der Verlesung jeder Kommission hat jeder Repräsentant das Recht, seine Einwendungen dagegen vorzubringen. Bei der Opposition, sei es bei mündlicher sei es bei schriftlicher, werden die Repräsentanten nicht mit ihren Namen genannt, sondern mit dem ihrer Provinz. Alles persönliche Angreifen ist verboten, aber die Repräsentanten sollen sich nicht scheuen, Tadel offen auszusprechen, den keiner als persönliche Beleidigung auffassen darf, sondern als auf die Sache gerichtet ansehen soll. Wer durch Lärm oder ungehöriges Benehmen die Versammlung stört oder einen Redenden

unterbricht, muß auf Befehl des Luogotenente den Saal verlassen. Um die Besprechung möglichst zu vereinfachen, werden die Kommissionen und Petitionen nach bestimmten Formularen abgefaßt.

Wenn die Versammlung über die Kommissionen sich entschieden hat, so kann jeder Repräsentant und danach jeder Unterthan, der nicht minderjährig oder in abhängiger Stellung ist, Petitionen vortragen, die sich auf die Gesamtheit des Staates beziehen. Über Materien, über welche die Versammlung schon einen Beschluß gefaßt hat, darf in derselben Session keine Petition eingereicht werden.

Ist die Abstimmung über alle Kommissionen und Petitionen beendet, so übergiebt der Luogotenente dem Souverän die von der Versammlung angenommenen Anträge und trägt ihr danach die Vorschläge der Regierung vor: sowohl die, über welche der Souverän nur einen Rat der Repräsentanten zu haben wünscht, wie auch diejenigen, die der Verfassung nach der Zustimmung der Stände bedürfen. Letztere werden in der gleichen Weise behandelt wie alle andern Anträge; werden sie von der Versammlung angenommen, so erhalten sie volle Gesetzeskraft. Bei ihrer Veröffentlichung wird ausdrücklich erwähnt, daß sie die Zustimmung der Volksvertretung erhalten haben und daß sie als der einmütige Wille von Fürst und Volk zu betrachten sind. Anträge, die von der Versammlung abgelehnt werden, gelten für „nicht gestellt".

Nach der Beendigung der Session verabschieden sich die Repräsentanten bei dem Großherzog, der ihnen seine Ansicht über ihre Anträge mitteilt und ihnen kund giebt, wenn er die Entscheidung über einige noch hinausgeschoben hat. Die, welche vom Großherzog zum Beschluß erhoben, und diejenigen, welche durch seine Ablehnung verworfen sind, überreicht der Luogotenente, nachdem sie der Sekretär der Versammlung mit seiner Unterschrift versehen hat, den betreffenden Repräsentanten; diese begeben sich damit zur Provinzialversammlung und legen Rechenschaft von ihrer Thätigkeit in Florenz ab. Außerdem stellt der Luogotenente den Beschluß der Regierung über die Anträge den Präsidenten der Provinzialversammlungen zu, diese wiederum teilen ihn den Gemeinden ihrer Provinz mit.

Alle Anträge, ob von der Versammlung angenommen oder abgelehnt, samt dem Beschluß, den die Regierung darüber gefaßt hat, werden von dem Sekretär registriert und unter den Akten aufbewahrt. Und zwar braucht weder bei den Akten der Generalversammlungen, noch bei denen der Provinzialversammlungen das Stempelpapier benutzt zu werden. Jedermann ist befugt, Einsicht in die Akten beider Versammlungen zu verlangen; er kann sie sich auch kopieren lassen und darf sie drucken, ohne irgend einer Zensur unterworfen zu sein.

Wenn sich bei Besprechung eines Gegenstandes Schwierigkeiten irgend welcher Art erheben, wird abgestimmt, ob seine Erledigung aufgeschoben werden soll. Erklären sich zwei Drittel der Repräsentanten dafür, so benachrichtigt der Luogotenente die Präsideuten der Provinzialversammlungen von der Vertagung, und diese teilen es den Gemeindekanzlern ihrer Provinz mit. Die Gegenstände werden auf dem Generalrate besprochen, dem Orator als Kommission aufgetragen und auf der Provinzial- wie auf der Generalversammlung vor allen andern behandelt.

Ein außerordentlicher Zusammentritt der Versammlung kann nur auf ausdrücklichen Befehl des Souveräns stattfinden. Aber den Gemeinden ist erlaubt, bei einem dringenden Bedürfnis den Souverän um die Berufung der Stände zu bitten. Nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der Repräsentanten, außer der Zeit zusammenzutreten, ist es hingegen, wenn ein neuer Großherzog als Souverän anerkannt werden soll. In diesem Falle veranlaßt der Gonfaloniere die Berufung sämtlicher Ständeversammlungen.

Am Schlusse des ganzen Verfassungsgesetzes wird noch einmal wie schon am Ende der Costituzione betont, daß es buchstäblich zu verstehen und keinerlei Interpretation erlaubt sei außer durch einen übereinstimmenden Beschluß des Souveräns und der Volksversammlung.

Das Verfassungsprojekt in den späteren Regierungsjahren des Großherzogs.

Mit diesem eben betrachteten Entwurf hört die Verhandlung über die Schöpfung der neuen Verfassung auf. Wir haben von Leopold kein Zeugnis, wie er sich zu den Änderungen, die Gianni daran vornahm und die, wie wir sahen, in manchen Punkten von seinen Vorschlägen abwichen, verhalten hat. Und auch von Gianni erfahren wir in dieser Zeit nicht, ob der Großherzog mit der

Fassung, die er dem Entwurfe gegeben hatte, einverstanden war. Erst nach vielen Jahren, am 21. Oktober 1805, spricht Gianni in einem Brief an Giovani Fabbroni von der Konstitution, die Leopold „schon angenommen hatte“[1]), und am 27. Oktober desselben Jahres schreibt er, daß Leopold die Verfassung „kompiliert und vollendet hatte“.[2])

Dafür, daß diese Behauptungen Giannis zutreffend sind, spricht ein Memoire von ihm, das sich auch in dem Aktenfaszikel des Archivio di gabinetto befindet und das er vorgeschlagen hatte zu veröffentlichen, um das Publikum auf die Errichtung der Stände vorzubereiten.[3]) Es ist zwar undatiert, aber wir dürfen wohl annehmen, daß es nach und wahrscheinlich nicht allzulange nach dem besprochenen Entwurfe vom September 1782 verfaßt worden ist. Es trägt die Überschrift: „Ankündigung eines Bürgers an das Vaterland“. Gianni preist darin seine Mitbürger glücklicher als alle anderen Nationen: das verdankten sie ihrem Fürsten, der ein Gesetz erlassen wolle „ohne Beispiel und wert unsterblichen Ruhmes“. Er wolle die menschliche Freiheit in allen seinen Unterthanen anerkennen und ihnen die soziale Freiheit in der Ausübung der intellektuellen und persönlichen Fähigkeiten eines jeden Individuums, soweit sie nicht die Rechte eines andern verletze, gewähren. Eine Regierung sei nur legitim, wenn sie von der Gesellschaft selbst eingesetzt ist. Und die Menschen selbst seien keiner andern Autorität unterworfen als den Gesetzen, die aus dem allgemeinen Willen der Gesellschaft, in der sie leben, entstanden sind. Diesen Gesetzen soll der Fürst selbst unterworfen sein, und zwar nicht nur persönlich, sondern als erstes Glied der Gesellschaft und als Hüter der Gesetze, der darüber zu wachen hat, daß sie nicht übertreten werden. Regierungen ohne ein Grundgesetz seien „nichts als Produkte der Gewalt, der List und der Furcht“.

Nach dieser Darlegung der theoretischen Erwägungen, die den Großherzog zur Stabilierung eines solchen Grundgesetzes geführt haben, giebt Gianni in kurzer Übersicht den Inhalt der Costituzione und der Ordinazioni an. Am Schlusse fordert er seine Mitbürger

[1]) Gianni; Scritti. T. II. 381. — [2]) Ebendort. 383.

[3]) A. d. G. Miscell. F. XXII. 167, No. 22. Memoria proposta stampars dal Sen. Gianni per preparare il pubblico all'idea della formazione dell stati.

auf, sich durch die Neuheit des Gedankens nicht abschrecken zu lassen und an seiner Ausführung nicht zu verzweifeln, vielmehr alle Punkte genau zu prüfen und freimütig ihre Meinung darüber zu äußern.

Diese Schrift Giannis ist das letzte, was wir aus den Akten über den Gedanken der neuen Verfassung erfahren. Wir dürfen annehmen, daß Gianni sie nicht geschrieben hätte, wenn der Großherzog mit dem letzten Verfassungsgesetze nicht einverstanden gewesen wäre.

Weshalb aber ist der Plan, der so weit gediehen war, nicht zur Ausführung gelangt? Sollte der Großherzog sich doch noch haben abschrecken lassen durch die Zweifel, die seine Räte gegen die große Neuerung hegten? — Wir sahen, daß sie zwar von Vernaccini, Amidei und Mormorai mit Begeisterung aufgenommen wurde, daß aber Schmiedweiler, Seratti und der unbekannte Verfasser des einen Gutachtens den Gedanken Leopolds gar nicht verstanden oder nicht verstehen wollten. Gianni selbst stimmte zwar im Prinzip mit dem Großherzog völlig überein, hatte aber seine Bedenken an der Reife des toscanischen Volkes für ein solches Maß von Freiheit nicht aufgegeben. Trotzdem seine Zweifel von Leopold das erste Mal so kurz abgewiesen waren, hatte er sie im November 1781 wieder ausgesprochen[1]) und als er den letzten Entwurf einreichte, schrieb er abermals, das Land sei durchaus nicht angethan, die Verfassung gut und und mit Nutzen aufzunehmen und „daß ein so neuer und großer Schritt auch verderblich werden kann aus Mangel an für seine Ausführung notwendigen Vorbereitungen“.[2])

Sollte der Großherzog sich überzeugt haben, daß es besser sei, diese Vorbereitungen durchzuführen, bevor er die Konstitution veröffentlichte? In der That stand er ja damals mitten in seiner Reformthätigkeit. Selbst die Einführung der neuen Gemeindeverfassung wurde erst 1783 vollendet, und wir finden, daß in den folgenden Jahren mehrere Gegenstände, welche Artikel der Konstitution bildeten, als besondere Gesetze erlassen wurden. So wurde am 26. Oktober 1782 die Personalexekution bei Zivilschuldnern

[1]) In dem Briefe, der dem Entwurfe vom 26. November 1781 beigelegt ist (vergl. oben, Anm.).

[2]) Brief vom 8. September 1782, dem Verfassungsgesetz beigelegt.

aufgehoben.[1]) Von der Abschaffung der Todesstrafe ist oben schon gesprochen worden, ebenso von der Feudalgesetzgebung, die darauf hinzielte, die Lehen zu vernichten. Am 6. April 1789 führte der Großherzog die Trennung seiner Patrimonialeinkünfte von den Staatseinkünften ein.[2])

Daß der Großherzog am Ende seiner Regierung in Toscana die Absicht hatte, das Grundgesetz zu erlassen, ist uns denn auch überliefert. Der Historiker Lorenzo Pignotti, der mit dem Hofe in Florenz in Beziehungen stand, erzählt in seinen Memoiren, daß Leopold, als er von Toscana schied, versprochen habe[3]), die Verfassung einzusetzen. Und ebenso schrieb Gianni in dem oben angeführten Brief vom 21. Oktober 1805, daß der Großherzog seinem Sohne Ferdinand, als er ihm Toscana abtrat, die Konstitution übergeben wollte.

Bestätigt werden diese Aussagen Pignottis und Giannis durch einige Briefe des letzteren an den Großherzog, deren Entwürfe erhalten sind.[4]) Gianni bespricht in ihnen — offenbar im Auftrage Leopolds[5]) — verschiedene Artikel des Verfassungsprojekts der französischen Nationalversammlung und prüft sie in Bezug auf ihre Zweckmäßigkeit für die toscanische Verfassung. Die Briefe werden also am Anfang des Jahres 1790 geschrieben sein. Sie handeln von delitto di lesa nazione, von der Preßfreiheit, von der Einsetzung einer Regentschaft, der Unabhängigkeit der Richter und von der Exekutivgewalt. Gianni kommt zu dem Ergebnis, daß in diesen Bestimmungen Gesichtspunkte, die eine wesentliche Veränderung in toscanischen Verfassungsprojekt wünschenswert machten, nicht enthalten seien. Höchstens könne die Unabhängigkeit der Richter in einem besonderen Artikel ausgesprochen werden.

Also scheinen die Anfänge der französischen Revolution Leopold angeregt zu haben, sein Projekt wieder in Angriff zu nehmen.

[1]) Crome III. 320. — [2]) Zobi II. 469.

[3]) Zobi II. 506. Die Ricordi L. Pignottis sind nicht gedruckt und befinden sich jetzt im Besitz der Stadt Perugia. S. Archivio Storico Italiano. 1895. S. V. 280.

[4]) Archivio Gianni-Mannucci gia Leonetti. Miscell. F. 41, No. 527.

[5]) Wenigstens hatte der Großherzog ihm das Verfassungsprojekt gegeben: „Leggo nel progetto della costituzione di Francia communicatomi da V. A. R. . . . . "

Gianni aber hatte jetzt seine Ansicht geändert und befürwortete dringend die Gewährung der Verfassung. Wir erfahren das aus zwei an den Großherzog gerichteten Schreiben, von denen das eine am 24. Februar 1790[1]), das andere, das nicht datiert ist, ungefähr zur selben Zeit verfaßt ist.[2]) Gianni meint hier zwar, daß der Zustand des toscanischen Volkes, der, wie er damals gefürchtet hatte, das Unternehmen vereiteln würde, sich noch nicht geändert habe und daß „jetzt alle dieselben Schwierigkeiten bestehen; aber es haben sich zu viele Umstände geändert und es ist zu viel Einsicht unter den Völkern verbreitet worden vermittelst der großen Thaten, die den Geist der Nachahmung erzeugen". Vor allem aber begründet er die Notwendigkeit der Verfassung damit, daß der Groß-

[1]) Archiv. Gianni-M. Miscell. F. 6, No. 76. Es ist datiert Pisa, 24. febr. 1790. In Bezug auf die Verfassung schreibt Gianni: „Questo è anche il tempo di dargli quella costituzione di governo che piaceva a V. A. R. . . ." „Questa bell'opera gia preordinata nell'animo sublimo di V. A. R. si va sempre avvicinando all'epoca in cui può realizzarsi e non richiede altro che sollecitudine e prontezza . . . . .".

[2]) Arch. Gianni. F. 41, No. 527. Daß der Brief aus dieser Zeit stammt, ergiebt sich aus dem Passus: „Si avvicina a gran pazzi l'epoca dolorosa della partenza di V. A. R. . . .". Vorher hatte er geschrieben:

Altezza Reale!

. . . io devo adesso rammentare soltanto l'idea di dare a questo paese una costituzione di governo . . . . Già da molti anni prima che tali idee inspirassero agitazioni in Europa, io fui onorato dalla commissione di travagliare al piano che V. A. R. ne aveva concipito, sulle massime e vedute che le piaque di insegnarmi e darmi per norma . . . . Adesso sussistono tutte le difficoltà medesime, ma troppe circostanze sono mutate, e troppi lunii in breve tempo si sono sparsi tra i popoli mediante i fatti grandi che fanno nascere lo spirito di imitazione . . . . . e questa circostanza che non doveva prevedersi altro che lontano, muta intrinsecamente la condizione dell'affare.

Con un sovrano presente alli suoi popoli, piena di cognizione del suo paese, applicato anzi affaticato continuamente dal intendere, dirigere e regolare tutto, dai piu grandi, sino alli minimi affari pubblici, e disposto sempre ad interesarsi ed assumere cura e pensieri anche per gli oggeti di pertinenza privata, la Toscana avrebbe riguardata come una sventura l'ottenere una costituzione che la togliesse dal suo stato abituale di tranquilla inerzia sulle cose pubbliche e di riposo cieco nel refugio del sovrano sul quale, ogni peso veniva appogiata, ogni odiosità scaricata.

Hiermit bricht das Schreiben ab.

herzog Toscana jetzt bald verlasse. Denn bei einem Souverän, der alles leitete, „von den größten bis zu den kleinsten Staatsangelegenheiten", „würde Toscana es als ein Unglück betrachtet haben, eine Verfassung zu erhalten, die es aus seinem gewohnten Zustande sorgloser Trägheit gegenüber den öffentlichen Dingen herausrisse . . .". —

Warum aber ist nun schließlich nach all den zahlreichen Reformen, nachdem der Plan noch einmal in Angriff genommen war, seine Ausführung unterlassen worden?

Einen Grund dafür führt Gianni in dem obengenannten Briefe vom 21. Oktober 1805 an: Leopold habe „wegen gewisser Oppositionen, die er damals in Wien fand, Ferdinand ohne Verfassung schicken" müssen. Dies ist der einzige Grund für die Nichtveröffentlichung der Konstitution, der uns überliefert ist.

Betrachten wir aber die Ereignisse, die in Toscana nach Leopolds Weggang eintraten, so wird es erklärlich, daß er seinen Plan fallen ließ, selbst wenn sich in Wien keine Opposition dagegen erhoben hätte.

[1]) Er hatte vor seiner Abreise eine Regentschaft aus sieben Mitgliedern eingesetzt und mit genauen Instruktionen versehen. Am 3. März 1790 verließ er Toscana; am 24. April brach ein Aufstand in Pistoja los, der sich namentlich gegen die kirchlichen Neuerungen richtete und den Bischof Scipione de Ricci zur Flucht zwang. Der Aufstand griff in anderen Teilen des Landes um sich und kam Ende Mai in Livorno und dann in Florenz zum Ausbruch. Hier richtete er sich nicht bloß gegen die kirchlichen Reformen, sondern vor allem gegen die freihändlerischen Grundsätze der leopoldinischen Regierung. Der Pöbel plünderte die Getreidemagazine und mehrere Häuser. Gianni, gegen den als den hauptsächlichsten Förderer der Handelsfreiheit sich der Haß der Menge besonders richtete, mußte aus Toscana fliehen. — Leopold hatte auf die Kunde von dem Aufruhr, um die Ruhe möglichst schnell wiederherzustellen, die Regentschaft ermächtigt, bei unbedeutenden Dingen nach eigenem Ermessen zu handeln. Die Regentschaft, dem Drängen des Volkes nachgebend, aber benutzte diese Erlaubnis, verschiedene kirchliche Reformen wieder aufzuheben und die Freiheit des Getreidehandels einzuschränken.

[1]) Hierüber Reum. II. 214 ff.; Zobi II. 520 ff.

Leopold war über diese Vorgänge, über den Aufruhr wie über die Nachgiebigkeit der Regentschaft, höchst entrüstet und wurde auf das schmerzlichste davon berührt. „Ihr könnt Euch" — schreibt er am 10. Oktober 1790 — „die Wut und Unruhe, die mir alle diese Angelegenheiten verursachen, nicht vorstellen. Ich sehe in zwei Tagen von wenigen Schurken aus der Hefe des Volkes, von wenigen Fanatikern und von vier oder sechs Tölpeln meine wahrhaften Mühen und Anstrengungen von 25 Jahren, die niemals ein anderes Ziel und Interesse hatten als das Wohl des Landes, vernichtet." [1]) — Er führte die Todesstrafe für Staatsverbrechen wieder ein.

Hätte Leopold angesichts dieser Verhältnisse die große Neuerung der Konstitution wagen können?

Welche Gründe es aber auch gewesen sein mögen, die ihn von der Verwirklichung seines Planes abgehalten haben, sicher ist, daß er den Prinzipien desselben auch in seinen späteren Lebensjahren treu geblieben ist. Das zeigt ein Brief, den er am 25. Januar 1790 an seine Schwester Marie Christine schrieb und in welchem er ein förmliches religiös-politisches Glaubensbekenntnis ablegte.[2]) Er spricht hier dieselben Gedanken aus, die wir aus seinem Verfassungsprojekt für Toscana bereits kennen. Ich glaube, schreibt er, „qu'à chacque pays il faut une loi fondamentale ou contrat entre le peuple et le souverain, qui limite l'autorité et le pouvoir de ce dernier; que quand le souverain ne la tient pas, il renonce par le fait à sa place, qui ne lui est donnée qu'à cette condition, et qu'on n'est plus obligé de lui obéir".

In demselben Briefe teilt Leopold seiner Schwester mit, er hoffe, ihr nächstens eine Abhandlung über die Rechte der Völker und Fürsten, mit deren Abfassung er beschäftigt sei, senden zu können.

[1]) Der Brief ist gedruckt in den Scritti di Pubblica Economia del Cav. Giovanni Fabbroni. Firenze 1848. II. 513. An wen er gerichtet ist, ist nicht angegeben.

[2]) A. Wolf: Leopold II. und Marie Christine. Ihr Briefwechsel. Seite 80 ff. Die in Betracht kommenden Stellen finden sich auch bei Reum. II. 239 in deutscher Übersetzung.

Über die Entstehung der Verfassungsgedanken.

Die Volksrepräsentation erhob sich, wie wir sahen, auf dem Fundamente der Gemeindeverfassung. Wir können wohl diese Reform nicht für einen originalen Gedanken des damals zweiundzwanzigjährigen Großherzogs halten, sondern müssen annehmen, daß die leitenden Gesichtspunkte von dem Manne herrührten, der, als die Reform begonnen wurde, Präsident des Ministeriums war: Pompeo Neri.[1]) Im Jahre 1706 geboren, hatte er in Pisa die Rechte studiert, wurde 1726 dort Professor des öffentlichen Rechts und ging 1726 als Auditor bei der Verwaltung des königlichen Patrimonialvermögens nach Florenz. Unter der Regentschaft wurde er Sekretär im Finanzdepartement und erhielt 1745 den Auftrag, einen Zivilkodex, den die Regentschaft plante, abzufassen. Diese Arbeit wurde unterbrochen durch einen Ruf nach Mailand, den Neri von Maria Theresia 1748 erhielt, um die neue Schätzung, die in der Lombardei vorgenommen werden sollte, zu leiten. Nachdem er diese Aufgabe erfüllt hatte, kehrte er 1758 wieder nach Toscana zurück und bekam nach Leopolds Regierungsantritt das Departement des Innern. Bei der Neubildung des Consiglio di Stato 1770 wurde er Präsident des gesamten Ministeriums und blieb es bis zu seinem Tode im Jahre 1776.

Neri war wohl sicherlich der bedeutendste Mann, den Leopold in Toscana vorfand, und die stärkste Stütze bei der Reformthätigkeit des jungen Großherzogs. Er war mit Beccaria befreundet, stand aber vor allem unter dem Einfluß der Physiokratie. Er war selbst ein Schüler und Freund Sallustio Bandinis aus Siena, jenes Vorläufers der Physiokraten, der in seinem 1737 geschriebenen Discorso economico als einzige Rettung für seine Heimat die Handelsfreiheit hingestellt hatte.[2]) Als Leopold 1775 die Gesetzgebung über die Handelsfreiheit vollendet hatte, ließ er die bis dahin unedierte Schrift Bandinis drucken. Es wird Neri gewesen sein, der Förderer und Verteidiger der Handelsfreiheit in Toscana, der den Großherzog mit dieser Schrift bekannt gemacht hat.

[1]) Gaetano Rocchi: Pompeo Neri. Archivio Storico Italiano. Ser. 3, XXIV. 1876. R. beschränkt sich fast ganz darauf, den äußeren Lebensgang Neris zu erzählen.

[2]) Über Bandini siehe Reumont: Geschichte Toscanas. I. 506. — Auch Landau: Geschichte der italien. Litteratur im 18. Jahrhundert. S. 103.

Neri hatte in der Lombardei bei seiner Thätigkeit als Präsident der Giunta del Censimento das Staatsleben in völliger Auflösung angetroffen. Die Notwendigkeit einer Reorganisation des Staatsorganismus empfindend, gründete er diese auf eine neue Gemeindeverfassung.[3])

In jeder Gemeinde wurde ein convocato generale aus allen Grundbesitzern gebildet. Ihm stand die Verfügung über die Gemeindeangelegenheiten zu und er wählte drei deputati, die zusammen mit je einem deputato des Handels- und des Personalstandes die laufende Verwaltung führten. Die beiden letzteren hatten nur Stimmrecht, wenn sie selbst Grundbesitzer waren. Mehrere Gemeinden wurden zu einem Bezirk zusammengefaßt. Jeder Bezirk sandte einen von den deputati gewählten vocale zur Vertretung der Provinz. Die Vertretung der Provinz wieder wählte einen oratore für die Staatskongregation in Mailand.

Wir sehen, es ist eine ähnliche Stufenfolge in der Vertretung wie in Toscana. Der fundamentale Unterschied liegt aber darin, daß in der Lombardei sich die neue Gemeindeverfassung nur auf die Landgemeinden bezog, während die Städte ihre Sonderstatuten behielten. Die Provinzialvertretung, consiglio generale dei decurioni, bestand daher nebst den vocali der Bezirke aus Vertretern des städtischen Adels, des Advokaten- und des Handelsstandes, die aber in dem Besitze eines bedeutenden Grundeigentums sein mußten. Es war also eine durchaus ständische Repräsentation. Der Anteil aller dieser Körperschaften an der Regierungsthätigkeit war sehr gering, er beschränkte sich auf Steuer- und Gemeindeangelegenheiten.

Immerhin dürfen wir in dem Schöpfer dieses Werkes den Ursprung auch der toscanischen Gemeindereform suchen. —

Wenn wir weiterhin betrachten wollen, welche Einflüsse es gewesen sein könnten, die in Leopold den Gedanken der Volksrepräsentation erzeugt haben, so müssen wir auf ein Analogen aufmerksam machen, von dem es nicht unwahrscheinlich ist, daß er es gekannt hat.

Es ist das Mémoire sur les Municipalités, das Du Pont de Nemours im Sommer 1775 in Übereinstimmung mit Turgot

[3]) Carl Czörnig: Die lombardische Gemeindeverfassung. 1843. Seite 55—83.

verfaßt hatte.[1]) Die Absicht, es Ludwig XVI. vorzulegen, kam nicht zur Ausführung infolge der frühzeitigen Entlassung Turgots. Das Memoire enthält den Plan einer Selbstverwaltung für Frankreich. Als Grund aller Mißstände bezeichnet Du Pont das Fehlen einer Konstitution, infolgedessen sich jeder ausschließlich mit seinem Privatinteresse beschäftige und seine Pflichten gegen andere nicht kenne. Die Ständeversammlungen, die es in einigen Provinzen gäbe, könnten als Ersatz für die Konstitution nicht gelten, da sie aus verschiedenen Klassen zusammengesetzt seien und daher von einander getrennte Interessen hätten. Damit dieser Geist der Uneinigkeit verschwände, müsse ein jeder die Interessen, die er mit seinem Dorfe oder seiner Stadt, mit dem Bezirke, mit der Provinz, in der er wohnt, und schließlich mit dem ganzen Staate hat, kennen lernen. Das könne erreicht werden dadurch, daß er selbst teilnimmt an ihrer Verwaltung.

Zu diesem Zweck sollen vier Stufen von municipalités eingerichtet werden. Als Einheit der ersten Stufe wählt Du Pont die Kirchspiele. Da zu einem Dorfe oder einem Kirchspiele thatsächlich aber nur diejenigen gehören, die Grundbesitz haben, so sind auch nur die Grundeigentümer stimmberechtigt. Eine volle Stimme hat aber nur, wer eine Familie von seinem Grundbesitz ernähren kann, das heißt, wer mindestens 600 L. Einkommen hat. Die Stimmkraft der andern richtet sich nach diesem Verhältnis, so daß, wer z. B. nur 300 L. aus seinem Grundbesitze zieht, also nur ein demi citoyen ist, sich mit einem anderen, der auch 300 L. Einkommen hat, vereinigen muß, um eine Stimme zu erhalten. Die Gegenstände, die unter die Verwaltung der assemblée paroissiale fallen, sind die Verteilung der Steuern, öffentliche Arbeiten, Wegebauten u. dergl., die Armenpolizei und die Prüfung der Beziehungen der paroisse zu den andern Dörfern und dem arrondissement.

Zu den municipalités ersten Grades gehören ferner die Städte, die vor allem wegen ihrer verschiedenartigen Organisation einer Reform bedürften. Hier kann sich aber das Stimmrecht nicht nach dem Einkommen aus dem Grundbesitz richten, da ein Haus kein bien productif ist, sondern der Bürger bekommt das Stimmrecht

[1]) S. Knies: Karl Friedrichs von Baden brieflicher Verkehr mit Mirabeau und Du Pont. I. 238 ff.

auf Grund eines bestimmten Kapitals, das im Grundbesitz angelegt ist, und zwar berechtigt zu einer vollen Stimme die Anlage von 18000 Francs.

Jede municipalité ersten Grades entsendet, weil eine direkte Sendung in die Provinz eine zu zahlreiche Körperschaft ergäbe, einen Deputierten in die assemblée municipale des élections. Auf dieser Versammlung werden die Steuern unter den Kirchspielen verteilt. Dann tragen die Deputierten nach schriftlichen Instruktionen die Forderungen ihrer paroisse vor, welche den ganzen Bezirk betreffen. Die Versammlung entscheidet, ob sie ausgeführt werden oder, wenn von solcher Wichtigkeit, daß sie von Interesse für die ganze Provinz sein könnten, der Provinzialversammlung übergeben werden sollen.

Diese assemblées provinciales, auf denen jede élection durch einen Deputierten vertreten ist, bilden die dritte Stufe der municipalités. Hier werden die Angelegenheiten der Provinz in der gleichen Weise behandelt wie in den municipalités zweiten Grades die Angelegenheiten der élections.

Durch je einen Deputierten jeder Provinz wird schließlich die municipalité générale du royaume zusammengesetzt. In dieser Versammlung haben auch die Minister Sitz und Stimme, und der König kann daran teilnehmen und seinen Willen erklären. Hier werden die Steuern unter den einzelnen Provinzen verteilt und die öffentlichen Arbeiten beraten. Der König fordert die für die Zahlung der Staatsausgaben nötigen Gelder.

Die Ähnlichkeit dieser Konstitution mit dem Verfassungsprojekt Großherzog Leopolds ist augenscheinlich. Und auch, wenn Du Pont betont, daß allein durch solche Vertretung der interessierten Kreise der König die Lage und Bedürfnisse seines Landes wirklich kennen lernen könne, so ist das ein Gesichtspunkt, der in den Plänen Leopolds immer wieder hervortritt. Ebenso ist beiden Projekten das Ziel gemeinsam, dem in Selbstsucht erschlafften Volke Nationalgefühl zu erwecken und es zu lebendigem Patriotismus zu erziehen. Du Pont schlägt zu diesem Zwecke die Bildung eines conseil de l'instruction nationale vor, der im ganzen Königreiche die Erziehung einheitlich leiten soll. Wenn so schon, meint er, den Herzen der Kinder die Liebe zum Vaterlande eingeflößt würde und die Jugend dann in den Versammlungen eine ernste Schule durchzu-

machen hätte, „au bout de quelques années Votre Majesté aurait un peuple neuf et le premier des peuples".

Diese Berührungspunkte der beiden Projekte geben uns angesichts der mannigfachen, auch persönlichen Beziehungen, die Leopold zu den Physiokraten hatte, wohl das Recht zu vermuten, daß das Memoire ihm bekannt war und ihm vielleicht als Richtschnur gedient hat. Aber wie viel radikaler war die Reform, die er projektierte. Um nur den Grundunterschied anzugeben: während bei ihm die Gesetzgebung zu gleichen Teilen in der Hand des Fürsten und der Volksrepräsentation liegt, haben die municipalités gar keinen Anteil daran. Sie können zwar Steuerreformen vorschlagen, der König aber ist durch sie in keiner Weise gebunden, wie es Du Pont ausdrücklich betont: „les assemblées municipales depuis la première jusqu'à la dernière ne seraient que des assemblées municipales, et non point des états. Elles pourraient éclairer ... sur les répartitions d'impôts et sur les besoins particuliers de chaque lieu; mais elles n'auraient nulle autorité pour s'opposer aux opérations indispensables et courageuses, que la réforme de Vos finances exige".

Wir haben durch die Besprechung der Reformen Leopolds im ersten Teile unserer Arbeit zu zeigen versucht, daß ihre leitenden Gedanken bei konsequenter Fortführung die Gewährung einer Verfassung heischten.

Jetzt wollen wir noch einen Blick auf die theoretischen Erwägungen werfen, die den Großherzog zwar wohl nicht veranlaßten, diese Konsequenz zu ziehen, aber doch dabei begleiteten, als er es that. Wir müssen hierzu zwei unter unseren Akten sich befindende Schriften in Betracht ziehen, von denen zwar weder der Verfasser noch die Zeit ihrer Entstehung genannt ist, die wir aber ihrem Inhalte nach wohl unbedenklich für Arbeiten Leopolds halten können. Sind diesen beiden Schriften: den Punti diversi sugli stati[1]) und der Idea sopra il progetto della creazione dei stati[2]) wird die Notwendigkeit der Volksvertretung theoretisch begründet, eine Frage, die, nur nicht so scharf und ausführlich, ja auch schon in den von uns betrachteten Entwürfen erörtert worden ist. Nach den allgemeinen theoretischen Betrachtungen werden in großen Zügen die Bildung

[1]) S. Beilage 5. — [2]) S. Beilage 6.

der Repräsentation und ihre Befugnisse angegeben, und zwar in derselben Weise, wie sie, bloß genauer, im Nuovo disteso Leopolds von 1780 und im Anschluß daran in Giannis Entwürfen bestimmt sind. Aus diesen beiden Thatsachen: daß die theoretischen Betrachtungen überwiegen und daß die Ergebnisse für die praktische Ausführung nur ganz kurz hingeworfen sind, dürfte man wohl schließen, daß diese Schriften vor dem Nuovo disteso verfaßt sind. Dafür, daß sie im Beginne der Verfassungsverhandlungen geschrieben sind, spricht ferner, daß, besonders in den Punti diversi sugli stati, dem Volke viel größere Rechte gewährt werden als in den späteren Schriften. Nicht nur den Grundbesitzern, sondern allen über 25 Jahre alten Personen wird in den Punti diversi sugli stati das Wahlrecht gegeben. Die Generalstände sollen am Ende einer Session eine Deputation wählen, die permanent bis zur nächsten Ständeversammlung tagen muß, um die Regierung zu beaufsichtigen. Die Stände dürfen, ohne die Zustimmung der Regierung abzuwarten, zu den ordentlichen wie zu außerordentlichen Sitzungen zusammentreten. Nun haben wir aber gesehn, daß man mehrere radikale, aus der Theorie entsprungene Bestimmungen der früheren Entwürfe in den späteren einschränkte. So befindet sich auch hier noch die Bestimmung, daß die Deputierten die Absetzung der Beamten fordern können, die, wie wir sahen, später fortgelassen wurde. Auch die ungeheure Weitschweifigkeit, mit der die Gedanken ausgedrückt sind und immer wiederholt werden, weist wohl darauf hin, daß wir es mit früheren Entwürfen zu thun haben. Wenn die Schriften also aus dem Zeitraum der Verfassungsverhandlungen von 1779 bis 1782 stammen, so müssen sie am Anfange desselben verfaßt sein. Möglich ist es ja allerdings, daß sie erst viel später, etwa um das Jahr 1790, entstanden sind, wo, wie wir ja aus dem Briefe an Marie Christine wissen, Leopold sich mit diesen Fragen beschäftigte. Gegen diese Annahme spricht aber der innige Zusammenhang, namentlich der auf die praktische Ausführung sich beziehenden Bestimmungen, mit dem Nuovo disteso und den folgenden Entwürfen.[1])

[1]) Vielleicht spielt Gianni in seinem Brief vom 26. November 1781 (vergl. oben) auf diese Schriften an, mit den Worten: „profonde massime, che è piaciuto á V. A. R. di comunicarmi con i di lei laboriosi scritti ...."

Leopold geht von dem Gedanken aus, daß jedes Mitglied einer Gesellschaft ein gleiches Recht auf Glück, Sicherheit und Eigentum und folglich auch auf deren Bewachung und auf die Gesetzgebung hat. Da aber weder die Verwaltung noch die Gesetzgebung in der Händen aller sich befinden konnte, so sind diese Rechte durch einen Kontrakt freiwillig übertragen worden. Hieraus sind die verschiedenen Staatsformen entstanden: die absolute Monarchie, wenn die Gewalt einem einzigen ohne jede Beschränkung anvertraut ist die aristokratische Republik, wenn sie einer Anzahl von Familien, die Demokratie, wenn sie mehreren von allen Klassen gewählten Personen übertragen ist. Für die vierte Staatsform, in der die Gewalt „einer Familie oder einem einzigen" gegeben ist, „die Stände sich aber verschiedene Rechte und Autoritäten, welche Grundgesetze des Staates genannt werden, bewahrt haben", hat Leopold keinen Namen. — Als die Individuen einer Gesellschaft zur Aufrechterhaltung der guten Ordnung und zur Ausübung der Exekutivgewalt sich eines Teiles ihrer Rechte und Freiheiten entäußert haben, können sie doch niemals auf das verzichtet haben, was „die ganze Gesellschaft, ihr Wohlbefinden, ihre Existenz, Gesetzgebung und Fundamentalkonstitution betrifft".

Alle Staaten sind durch einen solchen Kontrakt entstanden, der das Grundgesetz des Staates bildet. Wenn aber fast überall von dem Grundgesetz nichts mehr zu sehen ist, kommt das daher, daß die Mächtigen durch Intriguen und Gewalt alle Autorität usurpiert haben. Kein Souverän hat das Recht, den Staat als sein eigenes Patrimonium zu betrachten, denn er ist nur „der erste Beamte des Staates". „In jedem Staate ruht die souveräne Gewalt einzig im Körper der Nation, von ihr aus fließt jede legitime Autorität; die Fürsten sind eingesetzt, auf die Beobachtung der Gesetze zu halten: sie selbst sind ihnen unterworfen." Denn „es giebt keine andere absolute Macht als die der Gesetze". Wenn der Fürst die Grenzen der ihm durch das Grundgesetz gegebenen Macht überschreitet, so ist die Nation auch nicht mehr verpflichtet, das von ihr gegebene Wort zu halten und braucht ihm nicht mehr zu gehorchen.

Wie ein Grundgesetz notwendig für das Publikum ist zum Schutz gegen Willkür seines Fürsten, so ist es für diesen nützlich und bequem. Er weiß genau, was er thun darf und was nicht,

und da er jederzeit Rechenschaft von seinen Handlungen ablegen kann, so ist er imstande, alles Mißtrauen und alle Gehässigkeit des Publikums, welche die heimlichen Thaten der Regierung immer begleiten, sofort zu beseitigen. Er trägt nicht mehr allein die Verantwortung für die wichtigsten Unternehmungen; er kann durch die Ansichten und Kenntnisse derjenigen, die das größte Interesse an Neuerungen haben, seine eigenen Gedanken berichtigen und genießt den Vorteil, daß, während sonst Veränderungen dem Publikum verhaßt zu sein pflegen, jene, die gemeinsam von ihm und den Ständen beschlossen sind, dem Volk immer genehm sein werden.

Eigentlich müßten nun alle Mitglieder der Gesellschaft die Beobachtung des Grundgesetzes beaufsichtigen, da das aber nicht möglich ist, so wählen sie sich Deputierte, denen sie diese Autorität übertragen. Die Wahl dieser Deputierten richtet sich nach den Verhältnissen der einzelnen Länder, nur „muß sie völlig frei sein, ohne daß die Regierung und die Minister direkt oder indirekt sich einmischen können". Durchaus irrtümlich ist es, wenn, wie in vielen Ländern, wo es noch Stände giebt, diese sich in Geistliche, Adel und Städte teilen. Nirgends „kann mehr als ein Stand sein, der höchstens in zwei Klassen geteilt werden kann, nämlich in Besitzer und Nichtbesitzer". Die Geistlichen können keinen besonderen Stand bilden, da ihre Privilegien, „die durchaus geistlicher Natur sind, keine Beziehung mit den Angelegenheiten des Staates haben". Die Städte nicht, da ihre Bewohner das gleiche Recht wie alle andern im Staate haben. „Der Adel kann noch viel weniger einen Stand für sich bilden; er ist nicht notwendig und vielleicht nicht einmal nützlich für die Existenz des Staates." Am Anfang der Gesellschaft gab es überhaupt keinen Adel, er ist nichts als eine Klasse von reicheren Besitzern, die sich aus Eitelkeit und Ehrgeiz von den übrigen Mitgliedern der Gesellschaft getrennt haben. „Beim Beginn der Dekadenz aller Staaten" nährten die Souveräne diesen Ehrgeiz, indem sie die Reichen mit Titeln und Ehren versahen, um sich aus ihnen eine Partei zu bilden, mit deren Hülfe sie das Volk unterdrücken und das Gesetz umgehen konnten.

Dies ist in den Hauptzügen der Gedankengang in den beiden Schriften. Auf die Bildung und die Befugnisse der Volksrepräsentation brauchen wir hier nicht näher einzugehen, da in

Leopold geht von dem Gedanken aus, daß jedes Mitglied einer Gesellschaft ein gleiches Recht auf Glück, Sicherheit und Eigentum und folglich auch auf deren Bewachung und auf die Gesetzgebung hat. Da aber weder die Verwaltung noch die Gesetzgebung in den Händen aller sich befinden konnte, so sind diese Rechte durch einen Kontrakt freiwillig übertragen worden. Hieraus sind die verschiedenen Staatsformen entstanden: die absolute Monarchie, wenn die Gewalt einem einzigen ohne jede Beschränkung anvertraut ist; die aristokratische Republik, wenn sie einer Anzahl von Familien, die Demokratie, wenn sie mehreren von allen Klassen gewählten Personen übertragen ist. Für die vierte Staatsform, in der die Gewalt „einer Familie oder einem einzigen" gegeben ist, „die Stände sich aber verschiedene Rechte und Autoritäten, welche Grundgesetze des Staates genannt werden, bewahrt haben", hat Leopold keinen Namen. — Als die Individuen einer Gesellschaft zur Aufrechterhaltung der guten Ordnung und zur Ausübung der Exekutivgewalt sich eines Teiles ihrer Rechte und Freiheiten entäußert haben, können sie doch niemals auf das verzichtet haben, was „die ganze Gesellschaft, ihr Wohlbefinden, ihre Existenz, Gesetzgebung und Fundamentalkonstitution betrifft".

Alle Staaten sind durch einen solchen Kontrakt entstanden, der das Grundgesetz des Staates bildet. Wenn aber fast überall von dem Grundgesetz nichts mehr zu sehen ist, kommt das daher, daß die Mächtigen durch Intriguen und Gewalt alle Autorität usurpiert haben. Kein Souverän hat das Recht, den Staat als sein eigenes Patrimonium zu betrachten, denn er ist nur „der erste Beamte des Staates". „In jedem Staate ruht die souveräne Gewalt einzig im Körper der Nation, von ihr aus fließt jede legitime Autorität; die Fürsten sind eingesetzt, auf die Beobachtung der Gesetze zu halten: sie selbst sind ihnen unterworfen." Denn „es giebt keine andere absolute Macht als die der Gesetze". Wenn der Fürst die Grenzen der ihm durch das Grundgesetz gegebenen Macht überschreitet, so ist die Nation auch nicht mehr verpflichtet, das von ihr gegebene Wort zu halten und braucht ihm nicht mehr zu gehorchen.

Wie ein Grundgesetz notwendig für das Publikum ist zum Schutz gegen Willkür seines Fürsten, so ist es für diesen nützlich und bequem. Er weiß genau, was er thun darf und was nicht,

und da er jederzeit Rechenschaft von seinen Handlungen ablegen kann, so ist er imstande, alles Mißtrauen und alle Gehässigkeit des Publikums, welche die heimlichen Thaten der Regierung immer begleiten, sofort zu beseitigen. Er trägt nicht mehr allein die Verantwortung für die wichtigsten Unternehmungen; er kann durch die Ansichten und Kenntnisse derjenigen, die das größte Interesse an Neuerungen haben, seine eigenen Gedanken berichtigen und genießt den Vorteil, daß, während sonst Veränderungen dem Publikum verhaßt zu sein pflegen, jene, die gemeinsam von ihm und den Ständen beschlossen sind, dem Volk immer genehm sein werden.

Eigentlich müßten nun alle Mitglieder der Gesellschaft die Beobachtung des Grundgesetzes beaufsichtigen, da das aber nicht möglich ist, so wählen sie sich Deputierte, denen sie diese Autorität übertragen. Die Wahl dieser Deputierten richtet sich nach den Verhältnissen der einzelnen Länder, nur „muß sie völlig frei sein, ohne daß die Regierung und die Minister direkt oder indirekt sich einmischen können". Durchaus irrtümlich ist es, wenn, wie in vielen Ländern, wo es noch Stände giebt, diese sich in Geistliche, Adel und Städte teilen. Nirgends „kann mehr als ein Stand sein, der höchstens in zwei Klassen geteilt werden kann, nämlich in Besitzer und Nichtbesitzer". Die Geistlichen können keinen besonderen Stand bilden, da ihre Privilegien, „die durchaus geistlicher Natur sind, keine Beziehung mit den Angelegenheiten des Staates haben". Die Städte nicht, da ihre Bewohner das gleiche Recht wie alle andern im Staate haben. „Der Adel kann noch viel weniger einen Stand für sich bilden; er ist nicht notwendig und vielleicht nicht einmal nützlich für die Existenz des Staates." Am Anfang der Gesellschaft gab es überhaupt keinen Adel, er ist nichts als eine Klasse von reicheren Besitzern, die sich aus Eitelkeit und Ehrgeiz von den übrigen Mitgliedern der Gesellschaft getrennt haben. „Beim Beginn der Dekadenz aller Staaten" nährten die Souveräne diesen Ehrgeiz, indem sie die Reichen mit Titeln und Ehren versahen, um sich aus ihnen eine Partei zu bilden, mit deren Hülfe sie das Volk unterdrücken und das Gesetz umgehen konnten.

Dies ist in den Hauptzügen der Gedankengang in den beiden Schriften. Auf die Bildung und die Befugnisse der Volksrepräsentation brauchen wir hier nicht näher einzugehen, da in

Kürze nur das gegeben wird, was wir früher bereits ausführlich kennen gelernt haben.

Wir sehen, die Notwendigkeit der Volksrepräsentation ist abgeleitet aus der naturrechtlichen Lehre von der Volkssouveränität und dem Herrschaftsvertrage. Über die natürlichen Rechte der Staatsbürger sucht sich Leopold in den beiden Schriftstücken klar zu werden. Und eine Erklärung der Rechte in Bezug auf die Unterthanen seines eigenen Landes Toscana ist denn auch der erste Teil seines Verfassungsprojekts: die Costituzione.

Am Schlusse unserer ganzen Betrachtung möchten wir noch eine Vermutung aussprechen.

Im Jahre 1778 ist eine französische Übersetzung der Verfassungsurkunden der amerikanischen Einzelstaaten erschienen.[1]) Jede begann mit einer Erklärung der Rechte. Es waren die ersten geschriebenen Verfassungen. Sollten wir mit der Annahme fehlgehen, daß sie dem Großherzog als Vorbild gedient haben? Eine Annahme, die um so berechtigter wird, wenn wir sehen, daß sich eine auffällige Übereinstimmung, fast bis auf den Wortlaut, zwischen verschiedenen Sätzen Leopolds mit den Erklärungen der amerikanischen Staaten findet.

Zum Beweise unserer Behauptung möge die Vergleichung folgender Artikel dienen:

Virginia Bill of Rights.

Section 1. That all men are by nature equally free and independent and have certain inherent rights, of which, when they enter into a state of society, they cannot by any compact deprive or divest their posterity; namely the enjoyment of life and liberty, with the means of acquiring and possessing property and pursuing and obtaining happiness and safety.

Pare che in una ben composta società tutti, e qualunque membro componente la medesima abbino un egual diritto alla felicità, ben essere, sicurezza, e proprietà che consiste nel libero, tranquillo e securo godimento, e dominio dei proprj beni.

. . . che (un governo) non può sussistere . . . . privando tutti li individui della società

[1]) Jellinek: Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte.

dei loro diritti naturali, e sacrosancti, ai quali non hanno potuto i loro antecessori, e non possono ne anche loro rinunziare anche volendo.

(Nuovo disteso.)

Section 2. That all power is vested in and consequently derived from the people; that magistrates are their trustees and servants and at all times amenable to them.

In ogni stato il potere sovrano risiede unicamente nel corpo della nazione, da lui sola emana ogni autorità legittima (Punti d. s. stati).

Deve sempre il sovrano, considerato dal pubblico, e considerandosi lui stesso unicamente come il primo magistrato dello stato e non altrimenti, render conto alli stati del modo e maniera colla quale amministra l'impiego.

(Idea s. il pr. d. cr.)

Section 3. That government is or ought to be instituted for the common benefit, protection and security of the people, nation or community; of all the various modes and forms of government, that is best which is capable of producing the greatest degree of happiness and safety and is most effectually secured against the danger of maladministration; and that when any government shall be found inadequate or contrary to these purposes, a majority of the community

L'autorità che dal corpo degl' abitanti è stata concessa al sovrano, e capo del governo, non tanto per mantenere il buon ordine, quanto ancora per assicurare la sicurezza, tranquillità, proprietà e possessioni . . (Nuovo dist.)

has an indubitable, inalienable and indefeasible right to reform alter, or abolish it, in such manner as shall be judged most conducive to the public weal.

Section 6. That elections of members to serve as representatives of the people, in assembly, ought to be free; and that all men, having sufficient evidence of permanent common interest with an attachement to the community, have the right of suffrage and cannot be taxed or deprived of their property for public uses, without their own consent, or that of their representatives so elected, nor bound by any law to which they have not in like manner assented for the public good.

Section 7. That all power of suspending laws, or the execution of laws, by any authority, without consent of the representatives of the people, is injurious to their rights and ought not to be exercised.

Pare però che la loro elezione e scelta debba esser intieramente libera senza che il governo sovrano, e ministri possano dirittamente o indirittamente mescolarsene, o avere relazione, o ispizione in qualunque maniera. (Idea s. il pr. della creazione d. st.)

Il consenso solo della nazione può legittimare lo stabilimento delle imposizioni (Punti diversi s. st.).

Non hanno (i sovrani) verun diritto, nè facoltà, e non possono in nessuna maniera disporre, nè peralianare, barattarne, o cederne una porzione (del paese) nè permutarli il sistema, e legge fondamentale dello stato, in cose essenziali, e che riguardano il bene di tutto il passe, senza il consenso dell' universale dei stati medesimi, o del corpo dei deputati che li reppresentano. (Idea s. il pr. della creazione d. st.)

Der innige Zusammenhang der amerikanischen Erklärungen mit der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vom 26. August 1789 ist bekannt.[1]) — Wir haben somit die seltsame Fügung, daß die Gedanken, die in den Anfängen der französischen Revolution die Gemüter bewegten, fast ein Jahrzehnt vorher schon von einem Fürsten ausgesprochen waren — einem Fürsten, der der vorletzte Kaiser des römischen Reiches deutscher Nation werden sollte.

[1]) S. Jellinek, op. cit.

Anhang.

1.

Memoria del Sen. Gianni del 9 Maggio 1779.[1]

Memorie in selva per l'erezione di un Corpo di Rappresentanza Pubblica in Toscana.

Altezza Reale

Intelligenti pauca.

1. Lo spirito e la mira di questa istituzione, se male non ho compreso il maraviglioso pensiere di V. A. R. deve consistere nell'usare del corpo predetto, come di organo a conoscere i bisogni dello Stato, e delle sue diverse parti, ed a sentire dal medesimo, ciò che gli duolesse, o giovasse.

2. E che quindi il ministero, nei respettivi dipartimenti, faccia la parte sua, mediante tutte le funzioni di semplice esecuzione alla determinazione di V. A. R. e di vigilanza, per l'osservanza delle medesime.

3. Così che partendosi dal trono una legislazione maturata con le consultazioni, e lumi di un corpo rappresentante lo Stato, che è il solo interessato ad averla buona, e congrua, non sia più l'arte delli industriosi progettisti, o scarsi di cognizioni che la consiglino, o ne maneggino le operazioni per ottenerla, onde sotto l'augusto Nome dell'Autorità Sovrana, vengano i popoli soggetti ad osservare un precetto che gli nuocesse, o esposti a trasgredirlo delinquendo.

---

[1] Archivio di gabinetto, Miscellanee, Filza 22, 167, Nr. 2.

4. Meditando su questo piede supporrei lo Stato diviso in nove provincie, comprensive delle loro comunità, e lascio a parte lo Stato di Siena in tutte le presenti Memorie.

5. Un abbozzo di questa divisione sarà indicato nel foglio annesso sotto Lettera A.

6. Riformare il senato e le sue funzioni che non lo rendono nè grato, nè utile a veruno, sarà una operazione preordiale all'esecuzione di un progetto, che nessuno sovrano avrà mai immaginato, e che molti averebbero aborrito, e perseguitato.

7. A questo corpo invalido, potrà essere sostituito il nuovo corpo di Rappresentanza Pubblica Universale, e il dargli nomi e distintivi esteriori, lo decorerà sempre meno dell'attributo grande che verrà ad attestarsi al mondo, dalla fiducia riposta nella sua attività.

8. Ogni provincia potrebbe avere il suo rappresentante.

9. L'elezione di ciascuno potrebbe farsi nella provincia respettiva mediante il voto del consiglio generale di ciascuna delle comunità compresevi.

10. Forse potrebbe convenire che da V. A. R. fossero nominati come soddisfacienti più soggetti per provincia, da esporsi alla ballotazione, oppure lasciarne libera l'elezione, e riservarsi l'approvazione delli eletti, quando non si voglia rischiare di ricevere qualunque eletto, che potrebbe talora non essere grato, o non essere il più idoneo, giacchè nulla vi è di più lusinghevole in un modello di governo, che l'elezione dei rappresentanti, libera al voto dei loro costituenti, e nulla poi riesce in fatto, nè più fecondo di mostruosità, nè più esposto alli insulti dell'artifizio che profitta dell'ignoranza e della malizia, per giungere alla corruttela.

11. Potrebbe anche crearsi un corpo numeroso di soggetti scelti da V. A. R., perchè dal medesimo ne venissero poi eletti i rappresentanti delle provincie.

12. Quindi i rimanenti che non fossero rappresentanti, potrebbero dedicarsi a diversi oggetti di servizio pubblico nella città, convenendo ad essi meglio che alli dipartimenti regj, ed all'autorità di un ministero esecutivo, che gli renderà sempre odiosi al pubblico, ed imbarazzanti al governo,

e così non si vedrebbe la podestà sovrana comparire nella augusta scena del trono, occupata a decidere, e dirigere affari, talvolta consistenti in una cloaca fogna, o altra miseria simile, di quelle per altro che appartengono alla pulizia e buon mantenimento della città, e perciò appunto convengono ad un corpo civico, o alli individui cittadini, i quali sarebbero meglio impiegati in simili ispezioni, che abbandonati in un ozio servile, di cui essi sono meno colpevoli, di quel che lo sieno tanti stabilimenti, e metodi erronei, che gli escludono dalle funzioni adeguate alla loro condizione onde prima si fanno divenire inetti, e poi si aborriscono come inutili.

13. Sarebbe un errore il classare in diversi corpi i rappresentanti e dividere la nobiltà, o il clero da altri ceti egualmente immaginarj nelle loro prerogative, giacchè quanto vi è di buono nell'attuale costituzione del paese, e forma di governo, si restringe ad una imparzialità di legislazione, la quale richiede che in tutte le determinazioni di regolamenti pubblici, sia tenuta per norma impreteribile la massima di non mettere al mondo, neppure con semplice nome, nuovo senso alcuno di divisione tra i sudditi, per non coltivare occulti semi di partito, che generano i più gravi disordini dei quali se ne incolpano poi li agenti, che ne sono i meno rei.

14. Sul piede delle disegnate provincie questi rappresentanti sarebbero nove, e non è numero eccessivo per un corpo di persone, che tutte avranno applicazioni particolari per la loro provincia.

15. Conviene stabilire che tale offizio civico onorevolissimo non possa rifiutarsi, senza uno sborso di somma non lieve.

16. Che i rappresentanti dovranno risedere nella città di Firenze.

17. Che tra di loro uno per turno potrà adunare straordinariamente il corpo, oppure che sia stabilito un ordine di rango tra le provincie, che regoli la preferenza.

18. Che saranno fissate le adunanze ordinarie, e su queste nulla può determinarsi, sino a che venga a discendersi a qualche dettaglio delle loro funzioni.

19. Che i voti dovranno darsi tutti in carta.

20. Che tutte le sessioni, o adunanze, dovranno tenersi in pubblico.

21. Che le arringhe, o proposizioni dei membri, dovranno leggersi, e pronunziarsi da chi le avrà fatte, ed il partito, o ballotazione deciderà, se debba ammettersene la discussione, o rigettarle.

22. Tanto rigettate che ammesse, dovrà tenersene registro, e conservarsene li originali.

23. Supposto un governatore in ogni provincia, sarà esso il canale per cui tanto le comunità in particolare, quanto il corpo intero della provincia potrà fare pervenire al suo rappresentante il carteggio, e riceverlo dal medesimo.

24. Converrebbe stabilire un solo canale per cui si comunicassero li affari dal trono direttamente al corpo dei rappresentanti e da questo a quello, ma questo canale sia di nessuna autorità, nè influenza nelle risoluzioni.

25. Essenziale sarebbe che nelli affari il corpo predetto esaminasse, votasse e riferisse sulle proposizioni o voti del ministero riguardanti nuova legislazione o riforma della vegliante in qualunque articolo, o materia, quando ne pervenissero all' approvazione di V. A. R. escludendo con la più severa precisione di regolamento, che i ministri ed i consiglieri votino sulle proposizioni dei rappresentanti, onde questi si riconoscano in una qualche dipendenza dal ministero, altrimenti si ridurrà presto questo corpo un semplice oggetto della critica ministeriale, ed il vero servizio di V. A R., che consiste tutto nel bene generale del paese, verrà sacrificato a mille oggetti di quelli che sanno farsi idolatrare dalle passioni private.

26. I rappresentanti si dovrebbero mutare ogni tre anni.

27. Un punto difficile a superarsi, e risolversi, consisterà nel concludere se i rappresentanti debbano servire le provincie gratis, o con stipendio.

28. In un paese dove l'impiegarsi nell'assistenza alli interessi della patria solleticasse le sensazioni di quei godimenti di opinione, che conducono sino al fanatismo dello zelo patrio, tutti sarebbero bene ricompensati e contenti della sola loro elezione, ma non vi è classe del popolo toscano che senta nell'animo impressione di tal sorta ed il profitto particolare solamente serve di materia alli desiderj di ognuno, nè altrimenti poteva essere di una nazione discendente da una repubblica corrotta, avvilita da un principato depravatissimo per il corso di circa due secoli, e da qualche diecina di anni di governo ministeriale in tempo di provincia, che diede l'ultimo guasto allo spirito dei sudditi, fondando sistemi, massime e costumi di servile abbattimento, o di malizia ingegnosa.

29. Nel prefinire e circoscrivere il carattere del corpo di rappresentanza delle provincie, mediante l'indicazione delle sue funzioni, sarà opportuno limitarne ed esprimerne l'oggetto con precisa indicazione die quanto appresso.

Che il diritto, e prerogativa del corpo di rappresentanza deve unicamente comprendere le materie della legislazione generale, o provinciale, ma non già li affari puramente privati, nè quelli semplicemente comunitativi.

Che perciò ogni articolo o capo di legislazione che sarà creduto opportuno, e riguardante una provincia, dovrà prima passare con i voti della comunità nel consiglio provinciale, e passato per i due terzi, sarà dato in commissione al suo rappresentante, che lo dovrà proporre all'assemblea capitale, e sostenerlo.

Che qui si intendano compresi tanto li oggetti di legislazione nuova, quanto di riforma della vecchia o vegliante, intesa in tutta la sua estensione.

Che i rappresentanti saranno tenuti a dichiarare se la fatta proposizione, interessi, giovi, o nuoca alla loro respettiva provincia, e cosi votare o per l'affermativa, o per la negativa.

Che passando all'affermativa nell'assemblea capitale, si avrà la proposta istanza per ricevuta a nome dello Stato intero, e di ciascuna provincia, e cosi al contrario venendo vinta nella ballotazione per la negativa.

Che in tale ultimo caso, la proposta si esporrà nuovamente ai voti solamente per decidere se nuocesse alle altre provincie, mentre potesse giovare a quella che l'avesse domandata.

Che ogni punto di legislazione o riforma generale per l'intero dello Stato, potrà essere proposto dall'assemblea, e qualora tutti i voti della medesima, siano concordi, vuole V. A. R. approvarla pienamente come oggetto conosciuto di utilità comune a tutte le provincie interessate a goderne.

Che finalmente pervenendo secondo le occasioni, proposte da consultarsi, a nome di V. A. R. e per l'unico canale stabilito, si proceda con ordine, e regola simile al detto di sopra.

30. Potrebbe fissarsi che le sessioni provinciali si tenessero due volte l'anno, nella respettiva città capo di provincia, ed assegnare la loro durata di giorni otto, giacchè i deputati delle comunità comprese dovrebbero portare i partiti fatti, e conclusi, onde per quanto possa loro abbisognare di arringare, o adempire altre incumbenze comunitative, non è scarso il tempo indicato.

31. Per la forma e legalità di queste sessioni provinciali converrà stabilire con qualche dettaglio il modo di procedere, e questo non è oggetto che abbia luogo nelle presenti memorie generali.

32. Le sessioni ordinarie dell'assemblea capitale si potrebbero tenere due volte l'anno, una cioè ogni sei mesi.

33. La durata di queste sessioni, si potrebbe fissare ad un mese, perché in detto termine fossero pubblicate le proposte dai rappresentanti, fatte le loro arringhe, ed eseguita la loro ballotazione per l'ammissione, o per l'esclusione ed insieme comunicate tra i membri le memorie occorrenti a formare i voti.

34. Per un fondamento essenziale alla nuova costituzione della rappresentanza pubblica, converrà prescrivere che non si possa citare documento alcuno, ne riferirvisi, senza che sia prodotto nelli atti, e letto in pubblico all'assemblea.

35. Tanti altri provvedimenti che occorreranno per regolare le funzioni dell'assemblea sono da prendersi in considerazione solamente quando sieno fissati i punti fondamentali, ma sebbene sembri a prima vista che sia oggetto lieve il richiamare il popolo a concorrere alle suddette adunanze pubbliche, ed ascoltare le materie che vi si tratteranno, pure

reflettendo quanto importi all'oggetto di che si tratta l'introdurre questo costume incognito nel paese, si veda subito che un punto essenziale sarebbe il rendere una funzione festiva le adunanze, e farle accompagnare da qualche apparato di spettacolo decoroso, che richiamasse il concorso di tutti i ceti.

36. Sarà indispensabile lo stabilimento di una cancelleria, o simile per la recazione delli atti, per la legalizzazione dei medesimi, e per supplire in summa a quelle funzioni che conviene depositare in mano a persone di impiego fisso da un corpo di soggetti mutabili, che non è idoneo a tali operazioni.

37. Anche l'elezione di tali impiegati, sarebbe da rimettersi all'assemblea capitale, ma anche qui il punto di pagare questi nuovi stipendiati, sarà quello scoglio che si incontra sempre, e male, o di rado si supera nelle toscane imprese.

38. Tutto il più di minceto che può concernere la dettagliata spiegazione della materia, e l'esecuzione di un piano fatto solamente sulle massime, che piaccia à V. A. R. di stabilire come fondamentali, non ha luogo altro che quando sia giunto il tempo di combattere le potenti difficoltà che si opporranno all'esecuzione.

39. Parimente non ha luogo qui il trattare delle disposizioni preventive che possono convenire al fine di disporre le vie per cui dovra passare la fondazione di una forma di governo tutta nuova in un paese che è pieno di difficoltà per riceverla utilmente.

40. Resto pieno di maraviglia, quando refletto che ho l'onore di scrivere le presenti memorie per commissione datami vocalmente da V. A. R. e quanto mi edifica il vedere che Ella abbia concepito un pensiere senza esempio tra i sovrani, tanto mi duole di dovere prevedere l'infelice riuscita di un opera, la quale mostra la profonda intelligenza, e l'ottima volontà della R. A. V. cui farebbero perpetuo applauso li elogj dei savj politici, e dei più illuminati filosofi.

41. Se conosco poco, ho per altro studiato molto ciò che appartiene al governo, ed alli interessi della Toscana, onde con la scarsità delle mie cognizioni, non so formare speranza che mi lusinghi del successo desiderabile, e perciò

sottopongo alla correzzione di V. A. R. il mio debole raziocinio in questa materia.

42. Se l'arte di governare in chi regna, non si fonda nell' usure sagacemente delle passioni e delle inclinazioni dei sudditi, per stimolare le loro azioni alle opere di bene universale, il regno diventa dispotismo arbitrario, la legge si trasforma in violenza, ed il governo diviene persecuzione.

43. Le conseguenze poi non sono altro che male, rovine, e perdite per lo Stato, per la corona e per li individui.

44. Ragionando su questi principj, medito sulle qualità che formano il costume, ed il carattere della nazione, e mi si presentano alla mente, tutti oggetti che me la mostrano indisposta a potere riescire come richiederebbe il gran progetto immaginato.

45. Il Toscano, e specialmente il Fiorentino, oramai da più di due secoli, ha perduta l'abituazione di pensare allo Stato.

46. Non conosce di patria, altro che un recinto di mura, dentro cui nacque a caso.

47. Non sente interesse, dove non ha di che calcolare l'acquisto immediato, o lo scapito momentaneo della propria borsa.

48. Non vede più lontano di se stesso.

49. Non fatica, e non usa dell'ingegno naturale, altro che per il proprio particolare profitto, e sono vani nomi senza sogetto in Toscana, lo zelo patrio, il corpo sociale, il bene comune, e l'interesse universale.

50. Distaccato così per costituzione, e per educazione, teme il potere senza distinguere, e senza apprezzare l'autorità, e per conseguenza aborrisce la legge che si oppone all'interesse privato, benchè sia distruttivo del vantaggio pubblico, ma profitta del disordine a comodo proprio, senza indagare quanto costi all'universale un misero vantaggio particolare.

51. Avvilito, e timido, tutto soffre per non rischiare il peggio, e dona alla speranza, ed al timore, sino la propria opinione, e qualunque altro sentimento ancora, se con l'abbassamento, e con la viltà, può giungere a conseguire il proprio intento.

52. Incapace delle scelleraggini, e delle virtù che richiedano coraggio, è suscettibile di ogni vizio, che ricerchi solamente ingegno.

53. Garrulo, immaginoso, e pronto ad ogni nuova impresa, abbandona per incostanza ogni buono, o cattivo incominciamento, se giunge a diffidare della riuscità.

54. Vuole, e disvuole, abbraccia, e recusa se meglio spera e peggio teme.

55. Languisce e si consuma sotto il peso del proprio male, senza lagnarsene, se nella sua miseria vede molti compagni.

56. Nelle malvage qualità, che l'uomo porta seco dalle imitazioni della infanzia, e dalli errori dell'educazione, si distingue il Toscano e specialmente il Fiorentino più per l'invidia che per l'ira, e dimentica più agevolmente il male ricevuto, che perdonarlo, onde anche nelli atti della splendida gratitudine, rari e deboli sensi, soltanto manifesta.

57. Questi sono tutti i caratteri di costume generale, cui è ridotto un popolo dolce, attivo, spiritoso per natura, creato sotto un clima, dove il cielo, e la terra paiono preparati al godimento dell'umano bene possibile nella società.

58. E chi cercasse di indagare le origini di si fatti fenomeni, troverebbe forsi fra le tenebre dell'istoria argomenti da incolparne i falsi principj, e le massime erronee, e le irregolari incostanti forme dei passati governi di Toscana, e si persuaderebbe che le trasformazioni delli caratteri, e costumi nazionali, riconoscono in gran parte la loro sorgente dalle costituzioni, e dalle operazioni politiche, più che da altre influenze.

59. Se sia facile ottenere l'intento del pensiere immaginato, mentre avrà da farsi con un popolo di ogni classe, guasto nel costume politico, e disadatto alle cose pubbliche, lo lascerò umilmente alla considerazione di V. A. R.

60. Altra materia di ostacolo a riescire felicemente nel nuovo stabilimento, si manifesterà quando sarà questione di fare preparativi attuali occulti, ma tendenti a disporre le cose al gran progetto.

61. Questi se non mi inganno dovrebbero consistere nel togliere prontamente di mezzo, tutto ciò che può avere

eccitata la diffidenza del popolo verso il governo, ma tale operazione ferisce troppo profondamente le passioni del ministero, il quale per la costituzione di questo paese, saprà riescire ad ottenere di impedire ciò che variamente desidererà o non vorrà.

62. Altro punto preparatorio essenziale consisterebbe nell'avvertire con estremo rigore di esattezza che non si partisse dal governo neppure un minimo cenno di disposizione ad aggravare il pubblico, o legarlo più di quel che lo sia, tanto che nissuno atto, sia anche in minima parte, opposto allo spirito della nuova forma immaginata.

63. Anche il riescire in questi preparativi merita che io lasci alla considerazione di V. A. R. le difficoltà che vi si oppongono onde Ella possa trovare mezzi da superarlo.

64. Se mi sono ingannato in queste memorie, o se ho errato non incontrando i buoni pensieri di V. A. R.; la comoda operazione di dare al fuoco queste carte, può correggere il tutto, ma se V. A. R. vi troverà qualche cosa che le soddisfaccia, si degni riguardarla per un effetto del primo lume, e dell'idea datamene, poichè io non ho fatto che meditarvi, ed accennare rozzamente ed in breve, quanto di sostanziale mi è venuto in mente, con piena sincerità di animo, ed intera cognizione della mia insufficenza a servire R. A. V. in affari sì gravi.

Ed implorando benigno compatimento, ho l'onore di inchinarmi al bacio della regia veste.

Di V. A. R.

Di Casa 9 Maggio 1779.

Umilissimo servo e suddito
Franco M. Gianni.[1])

[1]) Die Unterschrift ist von Giannis Hand.

2.

Osservazioni di S. A. R. sopra la memoria del Sen. Gianni.[1])

Osservazioni sopra il foglio del Sen. Gianni.

1. Questo corpo deve servire per rappresentare i bisogni dello Stato, le doglianze delle provincie contro i ministri, i sistemi, leggi veglianti, regolamenti, innovazioni, che vi si fanno, sistemi nuovi, tanto di tutto lo Stato in provincia, che di ogni comunità in particolare; proporre tutto quello, che crederebbe di vantaggioso per lo Stato, ogni provincia, o comunità, sistemi da mutarsi, lavori pubblici da farsi.

2, 3. Sta bene.

3. Su qualunque legislazione, sistema che si volesse introdurre la medesima prima di pubblicarsi, ed aver forza di legge dovra sottoporsi a questi deputati per esser da questi approvata.

4. 5. Sta bene, ma del numero, e divisione loro se ne parlerà in un luogo a parte. Le provincie potrebbero essere le seguente provincie Pisana, Livorno, Portoferrajo, Volterra, Pescia e Val di Nievole, Pietrasanta, Pontremoli, Lunigiana e feudi, Pistoja e montagna, S. Miniato, Empoli, Val d'Elsa e Val d'Arno di sotto, Firenze, Il Pratese, I Vicariati di Scarperia, S. Giovanni, Radda, Certaldo e Ponte a Sieve, Il Casentino, La Romagna fino a Bagno, da Firenzuola a Bagno, il resto della Romagna, Borgo S. Sepolcro, Anghiari, Arezzo e Val di Chiana, Siena, e Maremma.

6. Approvasi.

[1]) Filza 22, 167, No. 3.

7. Idem — Questa rappresentanza sarà decorata di titoli, onorificenze, rango, sopra tutti li altri magistrati del paese, privilegj, ed esenzioni, veste come ora hanno i senatori e residenza nel Salone del Dugento in Palazzo Vecchio.

8. Ogni provincia potrà avere due deputati.

9. L'elezione di questi deputati delle provincie ci farà nelle adunanze provinciali dai deputati delle respettive comunità alle medesime.

10. L'elezione delle persone per esser deputate sarà libera. Ogni comunità eleggerà liberamente quello, che vorrà destinare per le diete o adunanze della provincia, e tutt' al più si potrebbe stabilire, che per esser deputati delle comunità alla provincia dovessero avere una certa somma d'estimo di possessione, come si è fatto per i camarlinghi.

Questi deputati delle comunità alla provincia eleggeranno liberamente il deputato, o due deputati della provincia alla capitale; questi dovranno avere una somma di possessione da fissarsi in una somma più alta e tale da escludere le persone basse affatto, senza dare l'inclusiva necessaria alla nobiltà, e tutt' al più il governo potrebbe riservarsi la facoltà di dare l'esclusiva a quelle persone, che potessero venir nominate, e non fossero capaci, con dirne i motivi.

Nominato, che sia il deputato della provincia dovrà portarsi ai stati della medesima per concertare in persona con i deputati della comunità medesima, e riceverne le loro istruzioni.

Ogni anno i deputati della comunità alli stati provinciali, e quelli della provincia si dovranno mandare a partito per la conferma, o remozione, e venendo confermati non potranno essere, che per tre anni, dopo i quali avranno il divieto per sei, e venendo remossi, o esclusi si manderà a partito un altro.

Non avranno paga fissa questi deputati, ma rimarrà in libertà ogni comunità, o la provincia per i provinciali di accordarli quella gratificazione, che atteso i loro servizj la comunità o provincia crederà, che meriti, il che resterà in libertà della comunità alla fine di ogni anno, senza che il governo se ve mescoli in nessuna forma.

11. Non si approva.

12. Questo verrà fatto da se colla montatura della comunità di Firenze.

13. Approvasi intieramente non si deve essere altro classe, che i possessori.

14. 15. 16. Sta bene; il rifiuto deve essere in una somma considerabile.

17. 18. Sono cose di dettaglio che si vedranno dopo.

19. 20. Sta bene.

21. Approvasi con che a tutte le adunanze vi sia ammesso pubblicamente qualunque persona.

22. Approvasi, ma se ne dovrà tenere registro in una cancelleria pubblica.

23. È cosa di dettaglio, che si vedrà a suo tempo.

24. Gli ordini si comunicheranno per riscritti firmati da S. A. R. non ammettendosi biglietti.

Le rappresentanze loro questo corpo le manderà per uno de' suoi membri direttamente a S. A. R.

25. Che sia sentito il parere dei rappresentanti sopra qualunque nuova legge che si volesse introdurre, o riforma delle veglianti è giusto, ma che si voglia escludere, che non si possa sentire il parere del ministero sopra le loro proposizioni non camminerà, dovranno però essere indipendenti dal ministero medesimo.

26. 27. 28. Già sono dichiarate alle osservazioni all'art. 2, 3.

29. Il principio approvasi accordando però a questi stati anche di proporre qualunque cosa, stabilimento nuovo da stabilirsi, lavoro pubblico da farsi, leggi da abolirsi, e mutarsi che possino essere di vantaggio di tutto lo Stato, della provincia, o di qualche comunità.

Che i rappresentanti le provincie nei voti che daranno devino dirne in carta i motivi, e ragioni, che sia permesso ad ogni rappresentante di prender tempo per sentire il parere delli stati di consiglio, e dei rappresentanti la comunità prima di dare il suo parere. Che qualunque deputato potrà proporre quello che crederà di vantaggio della sua provincia, e dello Stato.

Che sia permesso ai rappresentanti, se mai in un affare, che esaminano diverse comunità della provincia avessero

diversi interessi, potessero dire la comunità tale propone questo, e la comunità tale quest' altro; si potrà dichiarare, che ogni punto di riforma generale per tutto lo Stato potrà essere proposto dall'assemblea, e se sarà approvato a pieni voti, il medesimo si approverà senza obbligarvisi assolutamente di averla come cosa approvata.

Le proposte che si manderanno ai deputati per parte del governo dovranno rimettersi per parte d'ognuno in carta.

30. Approvasi ma in vece di giorni 8 assegnarne 15; potendovi essere qualche affare inaspettato, dove i deputati delle comunità abbino bisogno di sentire il parere delle medesime prima di decidersi.

31. Approvasi che queste assemblea si terranno con solennità, e spettacolo.

32. 33. 34. Approvasi, ma terminate le sessioni dei stati gli atti delle medesime, pareri, rappresentanze e consulti dovranno stamparsi.

35. Approvasi intieramente procurando con qualche apparato di indurre la gente a concorrervi.

36. Approvasi, ci vorrà un cancelliere o caodjutore, un sotto cancello o copista, e 2 o 4 serventi, o sia come i comandatori del magistrato supremo, i quali tutti sarebbero da eleggersi dai rappresentanti medesimi per un triennio, dopo il quale o confermarsi, o elleggerne altri.

Dovrebbero avere una paga fissa senza nessuno incerti.

37. 38. 39. Approvasi.

Va messo in vista le preparazioni preliminari, che sarebbero necessarie.

Fino al 61 sono semplici discorsi accademici.

61. Si proponghino le cose per togliersi di mezzo.

Frattanto sarà necessario di stabilire sollecitamente il sistema per la nuova comunità di Firenze, a tenore dei punti già preparati, sopprimendo il senato, e consiglio del dugento, ed incorporandolo nel medesimo.

Parimente va fissato il sistema delle provincie, con idea di mettere in ognuna delle medesime un governatore, ed una truppa civica.

3.

Nuovo Disteso di S. A. R. del mese di maggio 1780 che contiene tutto il piano e sistema per la formazione delli stati.[1]

Punti per li stati.

Ogni comunità terrà due volte l'anno per 3 giorni un adunanza del suo consiglio generale di tutti i possessori, dove il magistrato comunitativo dovrà render conto della sua amministrazione, spese fatte, lavori eseguiti etc., ed avrà una specie di sindacato.

Ognuno potrà fare dei dubbj e quesiti, e li si dovranno dare dai magistrati e cancellieri i necessarj schiarimenti, ognuno potrà proporre qualche progetto per qualche lavoro fatti etc. Li si faranno le tratte dei magistrati, conferme dei medici, maestri di scuola etc., e non potrà essere fatta spesa o imposizione per più di . . . . . senza l'approvazione di queste adunanze, ove ognuno potrà liberamente parlare e proporre, e tutto si deciderà a pluralità di voti, dovendo tutti i possessori avervi voto eguale.

In queste adunanze si elleggeranno a pluralità di voti un deputato per le adunanze delli stati della provincia come si dirà in appresso, al quale daranno tutte quelle istruzioni che vorranno, purchè queste riguardino solo affari di tutta la provincia, e non della sola comunità loro.

Le adunanze provinciali si faranno in ogni provincia una o due volte l'anno verso . . . ., e dureranno giorni . . . ., e queste secondo le provincie di cui si darà le divisioni a parte, nelle capitali delle provincie respettive colla maggior

[1] F. 22, 167 No. 8.

solennità; in queste si principierà colla maggior solennità con funzione solenne di chiesa, Veni S. Spiritus etc., poi si aduneranno in un luogo proprio i deputati di tutte le respettive comunità secondo il loro rango, e si eleggeranno tra di loro a pluralità di voti il presidente e l'attuario per scrivere e rogare, non vi potranno mai intervenire ministri del governo. Queste adunanze saranno tenute pubbliche, a usci aperti, perchè chiunque possa intervenirvi ed ascoltare, si farà un piccolo discorso per rappresentare ai deputati il loro dovere, e le istruzioni di questo stabilimento si leggeranno, allora ogni deputato per ordine proporrà quelle cose di cui la sua comunità lo ha incaricato, o per levare abusi ed inconvenienti, o per progetti da farsi, doglianze per aggravi, miglior repartizione delle gravezze, regolamenti di acque, strade da farsi, istanze da farsi al governo, insomma per tutte quelle cose, che possono interessare il bene generale di tutta la provincia, e fattane la proposizione, o li altri deputati la manderanno a partito subito, o la esamineranno a casa in scritto, o si opporranno, essendo permesso a tutti di dire il loro parere, le loro proposizioni si manderanno a partito, e secondo la pluralità dei voti si decideranno, se ne roghera il cancelliere al libro delle deliberazioni, e ne darà copia autentica ai respettivi deputati delle comunità per loro giustificazione con i loro principali, di cui dovranno avere credenziali e farle riconoscere per essere ammessi.

In ultimo nomineranno o eleggeranno 1 o 2 deputati tra di loro, a pluralità di voti, o fuori per andare alli stati generali in nome di tutta la provincia, e li formeranno le istruzioni di quello che vi dovranno trattare, e proporre a beneffizio di tutta la provincia.

Tutti questi deputati terminata la loro commissione ne renderanno conto pubblico nelle forme in carta ai loro principali, quali oltre le spese de viaggio, e diarie da stabilirsi fisse, li tasseranno quell' onorario, volta per volta, che giudicheranno che avesse meritato.

I stati generali si aduneranno una o due volte l'anno per giorni 15 a Firenze, verso il mese di giugno, per S. Giovanni, a queste interverranno tutti i deputati delle respettive provincie, si farà una funzione di chiesa solenne, si riconosceranno le credenziali, si aduneranno nel Salone del Dugento in Palazzo Vecchio con un presidente da eleggersi per turno dalle città di Firenze, Pisa, Livorno e Siena. — Questi stati essendo adunati il governo li renderà un conto dettagliato di tutte le entrate del governo non personali, dove e come sono state spese ed impiegate, degli avanzi che vi sono, della quantità dei debiti pubblici, se vi sono dei lavori pubblici generali e straordinarj, se sono stati eseguiti, dove e come, e di quelli che si pensa di fare nell' anno venturo. Nel render questo conto sarà permesso a qualunque deputato di fare delle osservazioni, delle obiezioni, e chiedere dei detagli e schiarimenti che li saranno dati, ognuno potrà darle in carta e dovranno, soddisfatti che siano, approvare quei conteggi, e farne un atto come di assolutorio, e si dara ad ognuno un ristretto di questo conteggio di entrata ed uscita del governo, perchè ne possino render conto ai loro committenti. Ogni deputato potrà proporre e fare quei progetti che crederà più vantaggiosi alla sua provincia o di cui sarà stato dalla medesima incaricato o per essere sgravati lavori pubblici etc., questi si esamineranno dagli altri deputati ed approvati che siano da loro e passati al partito, si presenteranno da loro sottoscritti al governo, al termine delle loro sessioni.

Qualunque mutazione che il governo volesse fare nel sistema, o politico di unioni, trattati con altri paesi, acquisti o smembramenti, vendite o cessioni di territorj o giurisdizioni, qualunque mutazione per aumentare il militare, o far venire truppe forestiere, fabbricar fortezze nuove, strade regie, lavori gravi a laghi etc., mutazione di sistema per restringere la libertà delle estrazioni di prodotti, grani, grasce, etc., mutazioni di sistema delle comunità, qualunque imposizione straordinaria, o tassa sotto qualunque titolo che fosse, o aumento delle presenti, non potranno farsi nè avere effetto se non che dopo il governo lo avrà proposto con tutte le ragioni, motivi e dettagli, ed approvazione da questi stati generali e i deputati delle provincie l'approvazione e formal consenso di cui dovrà costare per atto pubblico e formale,

ed i deputati delle provincie averne il consenso dalle loro comunità, e queste dai loro consigli generali da proporsi in queste adunanze ordinarie, o da farsi adunare straordinariamente quando occorresse, il simile si dice per tutti i trattati, mutazione di sistema di successione, leggi generali nuove che obbighino tutto lo Stato ed involvino mutazioni di sistema.

Finite queste deliberazioni, i deputati delle provincie si porteranno in pubblico da S. A. R. a portarli le loro deliberazioni e proposizioni, in carta tanto per tutto il paese, che poi ognuno a parte per quelle cose della sua provincia, ed il resultato ed atti di queste deliberazioni saranno scritte e registrate formalmente in due libri da tenersi uno alle Riformazioni, uno al . . . . . e saranno tutte sottoscritte da tutti i deputati, col nome loro e della provincia di cui sono deputati.

I deputati dopo aver proposto le proposizioni generali della provincia, diranno la tal comunità a parte, ha proposto questo e questo etc. etc. etc.

Es folgt eine Einteilung des Großherzogtums in Provinzen, deren Hauptstädte sind:

Firenze, S. Miniato, S. Giovanni, Scarperia, Rocca a San Casciano, Marradi, Poppi, Pisa, Pietrasanta, Pontremoli, Arezzo, S. Sepolcro, Pistoja, Pescia, Volterra, Colle, Siena, Barga, Grosseto, Livorno.

Punti ed osservazioni sopra l'affare della formazione delli stati.

Bisognerà distendere un editto, il quale in termini chiari, e decenti dica al pubblico che siccome non vi può sussistere giustamente veruno stato, paese, o governo, senza che il pubblico, e l'universale, che vi ha il maggiore interesse abbia una legge fondamentale, che contenga i limiti, le convenzioni reciproche, e l'autorità che dal corpo degl'abitanti è stata concessa al sovrano, e capo del governo, non tanto per mantenere il buon ordine, quanto ancora per assicurare la sicurezza, tranquillità, proprietà, e possessioni a tutti li individui della medesima società, ed avendo Sua Altezza Reale osservato, che nella Toscana questa legge fondamentale, che forma la base più essenziale della costituzione d'ogni governo non ci erà per l'infelicità dei tempi e turbolenze, in cui e stato stabilito il governo, e sovranità in Toscana, e per le massime arbitrarie, e violente della Casa Medici, e considerando, che ogni governo senza una simil legge fondamentale, che sia fatta, e che contenga il consenso delli stati, che formano l'universale del paese, è dispotico, violento, ed ingiusto, e che non può sussistere, allontanandosi troppo essenzialmente dai suoi fini ed istituzione, e privando tutti li individui della società dei loro diritti naturali, e sacrosanti, ai quali non hanno potuto i loro antecessori, e non possono nè anche loro rinunziare anche volendo; fatte dunque tutte queste considerazioni, S. A. R. fino dai primi tempi del suo governo aveva pensato di stabilire una simil legge fondamentale. Ma avendone trovata spenta fino ogni idea

nel paese, e fino le comunità medesime, assuefatte ad essere trattate da pupille, e schiave sotto il governo del magistrato de' nove, ha dovuto dunque prima di tutto prepararsi le vie a questa operazione.

A quest' effetto ha accordata la libertà dell' estrazione dei generi frumentarj, ed ha soppresso *l'abbondanza e grascia.*

A quest' effetto ha soppresse le divisioni, che vi erano di diversi sistemi nelle diverse parti della Toscana.

A quest' effetto ha soppresso tutte le dogane intermedie tra una provincia e l'altra, ed accordato il libero commercio de bestiami.

A quest' effetto ha fatto restituire a tutte le imposizioni particolari dei fiumi la loro libera amministrazione.

A quest' effetto ha stabilito ed introdotto il nuovo regolamento comunitativo per tutte le comunità, restituendoli la loro libera amministrazione, abolendo tutte le comandate, e tasse arbitrarie sotto il titolo di chiesti, fissando la *tassa di redenzione*, e condonandoli i debiti arretrati.

La buona riuscità di tutte queste operazioni precedenti, fanno giustamente sperare a S. A. R. che oramai sia venuto il tempo da restituire alli componenti il Gran Ducato di Toscana quella loro libertà, ed autorità naturale a cui non hanno mai renunziato, nè potuto, anche volendo, renunziare, affine di stabilire con quest' editto una legge fondamentale, che debba all' avvenire esser sanzione immutabile per fissare i limiti dei diritti, ed autorità tra il principe ed il governo con li stati di Toscana, salvo quelle variazioni, che coll' andar del tempo successivo vi venissero fatte di comun consenso del principe, e dei stati medesimi, legittimamente adunati.

A quest' effetto riprendendo li veri limiti della potestà governativa, e dell' autorità, che devono essere riservate alli stati, e delle quali i medesimi non si sono e non hanno mai potuto spogliarsi, resta stabilito, che senza il libero, e pieno consenso delli possessori del Granducato, che dovranno per impedire la confusione esser rappresentati dai deputati delli stati generali provinciali, e comunitativi da formarsi, come si dirà in appresso, il sovrano, ed il governo non possino mai alienare, permutare, vendere, dividere, o cedere in veruna

parte nessuno dei paesi, comunità etc., componenti il presente Granducato di Toscana, e sue appartenenze.

Che non possino mai mutarvi in alcuna forma l'ordine della successione stabilitovi presentemente.

Che non possa mai farsi veruno smembramento, o assegnarsi dote, o stabilimento qualunque per i figliuoli, figliuole, parenti etc., dei sovrani, o loro famiglia, sopra veruna parte del Granducato, entrate etc., a riserva di quelle patrimoniali, o personali del sovrano.

Che il sovrano non possa mai fare, nè entrare in guerra con nessun' altra potenza, nè prender parte nè direttamente, nè indirettamente nelle guerre degli altri, nè concludere alleanza, darli soccorsi, aiuti d'uomini, denari, truppa, senza il consenso, ed approvazione di tutti li stati.

Che non possa mai accrescere sotto verun titolo o pretesto il presente piede di militare, o marina stabilito nella quantità di . . . . (e qui si enuncierà il piede da stabilirsi) restando però nella facoltà del sovrano di diminuire il presente numero.

Che non possa mai formare ne fabbricare fortezza di nessuna sorte, ne accrescere quelle, che vi sono, bensì diminuirle, riformarle, venderle, e alienarle.

Che sotto verun titolo possa mai mandare truppa toscana fuori di Stato.

Che non possa far venire, accettare, e molto meno prendere al suo soldo truppe forestiere, sotto verun titolo.

Che non possa mai sotto verun titolo mutare il sistema presente introdotto delle truppe civiche, il presente sistema di libertà per le materie annonarie, le estrazioni, e il libero commercio.

Il regolamento comunitativo presente, che li restituisce l'antica libertà.

L'abolizione delle comandate.

Il presente sistema per le strade regie e comunitative.

Il sistema presente dell'intiera libertà delle maremme.

Il sistema del porto di Livorno.

Il presente sistema del governo, e giusdicenze provinciali.

Il presente sistema di giudicatura si civile, che criminale.

Restando in facoltà del governo di poter diminuire le leggi, semplicizzarle, abolire li abusi, e diminuire li impiegati, e tribunali, ma mai di crearne de' nuovi.

Senza il consenso di tutti li stati, non potrà mai formare nuovi feudi, non si potranno mai stabilire privative veruna, nè riservi, o bandite di caccia.

Sarà fatta la vera separazione delle entrate, ed uscite distinte in patrimoniali o personali del sovrano ed in regie, o appartenenti al governo.

N. B.: Questa nota va fatta ed annessa.

Approvata, che sarà stata e sottoposta ai stati questa classificazione, il sovrano senza il consenso di tutti li stati non potrà mutarvi mai niente, nè mai passare le regie tra le personali, e molto meno scaricare le spese personali nelle entrate regie.

Delle entrate, ed uscite personali non ne dovrà mai rendere conto alli stati fuori che nel caso, che le entrate personali non siano state bastanti a coprire le uscite personali, e che abbia dovuto supplire colle regie, allora dovrà render conto alli stati delle entrate sue personali, dell'uscite, perchè non hanno servito le entrate, e perchè, e di quale somma ha dovuto servirsi delle regie per ottenere un'approvazione, o sia saldo.

Ogni anno dovrà render conto alli stati generali uniti di tutte le entrate regie, partita per partita, e loro percetto delle loro uscite, ed a che ogni partita d'entrate è stata attribuita, e spesa, degli avanzi, che vi sono stati ed a che cosa si destinano, ad estinguer debiti pubblici etc., e come, e delle spese straordinarie, ed impensate, che vi sono state, e cosa vi è stato erogato, e che cause furono.

E quali economie, o operazioni il governo ha fatto per aumentare le entrate senza vessare il pubblico con migliori spese d'amministrazione, e di scemare le spese con riforme, e economie.

Senza il consenso degli stati, il sovrano non potrà alienare veruna parte del suo patrimonio personale, proveniente dal governo, come sarebbe il lotto, le possessioni, senza

giustificare di avere rinvestiti in altri fondi cauti, e sicuri, come sarebbero luoghi di monte, etc.

Il governo senza il consenso, ed approvazione delli stati non potrà mai mutare il sistema di percezione delle imposizioni presenti, o mutare il titolo trasferendone l'importare dall' uno nell' altro. Potrà bensì diminuirne e condonarne liberamente senza aver bisogno di approvazione.

Non potrà mai imporre nuove imposizioni, nè gravezze di veruna sorte, doni gratuiti, tasse, chiesti, balzelli, tasse per strade, etc.

Non potrà mai principiare lavori nuovi, che interessino o province, o tutto lo Stato, canali nuovi, strade regie, fabbriche di imprese grandi etc., senza il previo consenso di tutti li stati.

Non potrà mai stabilir dogane, o gabelle nuove, dazj alle porte, tasse, nè in specie testatici di veruna sorte.

Non potrà mai ordinare comandate di veruna sorte, nè principiare lavori di mutazioni di alvei di fiumi, canali grandi etc., senza previo avere il consenso, e l'approvazione di tutti li stati.

Negli affari di giustizia civile, non si potrà mai mescolare nè direttamente, nè indirettamente altro che per nominare i giudici e tenerli a dovere.

Negli affari criminali non potrà mai ordinar niente, che fosse contro l'ordine giudiciario, nè far castigar veruno con pene gravi di galera, o confino senza che il processo sia fatto nelle forme solite, e consuete, e sempre restandoli libera la facoltà di far grazia, e diminuire le pene, non potrà mai esasperare quelle pronunziate dai giudici.

I deputati potranno fare qualunque rappresentanza, o ricorso, o contro ordini, e leggi emanate, o la loro esecuzione, irregolarità, condotta di qualunque impiegato, vicario etc., sistema, abusi introdotti, chiedendone riparo o remozione dell' impiegato, ed il sovrano sarà obbligato di ascoltare le loro rappresentanze, e di darli sfogo, e risposta conveniente in qualunque occasione.

NB.: Si potrebbero far dipendere le truppe civiche dalli stati e fare da loro pagare le truppe regolate.

Si dovrebbe fissare, che la sola religione cattolica dovesse avere il culto pubblico, salvi i privilegi di Livorno, e della nazione ebrea.

Questi articoli di legge fondamentale, dovranno pubblicamente in presenza di tutti li stati, e loro deputati, che saranno chiamati ad intervenire al possesso di ogni nuovo granduca, giurarsi dal successore, prima che possa essere ammesso a dare verun' ordine o ad esser riconosciuto sovrano.

NB.: Qui si copia il foglio a parte delle province e loro comunità.

Ognuna delle comunità componenti le predette province, ogn' anno nel mese di . . . . . si adunerà per li affari suoi, intimando avanti con un editto da affiggersi sottoscritto dal gonfaloniere pro tempore, tutti li individui della medesima, indicandoli il giorno, in cui si terrà il consiglio generale della comunità, questo sarà composto di tutti i capi di casa, possidenti nella medesima comunità, o almeno di uno per ogni famiglia, e vi presiederà il magistrato comunitativo dei priori, e gonfaloniere in lucco, e vi dovrà intervenire il cancelliere o suo aiuto per rogare li atti, e decreti, con ordine però di non potervi proporre, raccomandare, nè interloquire negli affari. — Queste adunanze principieranno col Veni S. Spiritus, e una messa solenne, e pubblica nella chiesa principale del luogo, l'adunanza si farà a scelta dei priori in una casa, o chiesa, o compagnia, ma dovrà tenersi sempre a porte aperte, con facoltà a chiunque di intervenirvi, e sentire di che cosa vi si tratterà; in questa adunanza sarà lecito a chiunque di fare quelle proposizioni, che crederà più vantaggiose alla comunità medesima.

NB.: Si potrebbe forse nella medesima adunanza fare anche la tratta del nuovo magistrato, dare li impieghi, fare il camarlingo, e mandare a partito per le conferme li impiegati comunitativi, ed altre cose simili.

Tutte le persone tanto nelle adunanze comunitative, che nei stati generali, e provinciali per poter esser deputati dovranno avere almeno 25 in 30 anni — esser possessori nella comunità senza somma prefissa, nè distinzione di rango, di

cavaliere, o primo borse, o di dovere avere tanto di decima, potranno anco essere ecclesiastici, e dovranno non essere nè pensionati, nè impiegati dal governo, nè in impieghi civili, nè militari, i quali restano tutti esclusi non dalle adunanze comunitative, ma da poter essere deputati.

Chi non accetterà pagherà il rifiuto di Lire 150 alla comunità e di 100 scudi se deputato provinciale non giustificando di esser malato, o assente, giacchè questi ultimi non potranno essere eletti, ma potranno eleggere per deputati provinciali alli stati generali anche di quelli, che non fossero deputati alli stati della provincia.

In questa adunanza si eleggerà per parte della comunità un rappresentante della medesima, per andare per parte degli abitanti della medesima come deputato alli stati della provincia, li si stanzierà liberamente la provvisione tutto questo a puralità di voti, e li si daranno le istruzioni, e commissioni necessarie per tutte quelle domande, e proposizioni, che dovrà fare per vantaggio della comunità alli stati della provincia, doglianze per aggravi etc. Fissato questi punti il cancelliere dovrà distendere per il deputato le istruzioni che dovranno esser lette nell' assemblea, ed approvate a pluralità di voti, sottoscritte dai priori, e gonfaloniere, e munito il predetto deputato di lettera credenziale nelle forme sottoscritta dai priori, e cancelliere, che lo dichiari deputato della comunità all' adunanza provinciale.

Oltre a questo ognuno degli intervenuti a questa adunanza potrà promuovere qualche istanza, o proposizione, doglianza, o progetto a fare della comunità, osservandosi però che le cose, che riguardano l'interesse della loro sola comunità dovranno decidersi lì tra di loro, a pluralità di voti, ed il deputato essere solamente incaricato di quelle cose, che possono interessare il vantaggio non solo della comunità tutta, ma in specie relativa al bene di tutta la provincia.

Di tutto quello, che sarà stato fissato in questa adunanza, se ne terrà registro in un libro pubblico da tenersi a parte nell' archivio della comunità, in questo si degneranno tutte le deliberazioni, e resoluzioni, i decreti, e partiti

tutti, quello dell' elezione del deputato, le istruzioni dateli, e lo stanziamento della gratificazione ma per le spese di viaggio, e la sua commissione.

Nel mese di . . . . . d'ogni anno si aduneranno poi tutti i deputati di ciascheduna comunità, dipendenti da ogni provincia, nella capitale della medesima; anche lì si farà una processione, funzione pubblica in chiesa col Veni S. Spiritus, e messa solenne cantata dai vescovi nelle città dove saranno, o dalle dignità principali, e coll' intervento, e parata della truppa civica, dove vi sarà.

Terminata la funzione di chiesa, torneranno i deputati, i quali dovranno essere in lucco in tutte le loro funzioni pubbliche al luogo dell'adunanza, che sarà il palazzo priorale, dove in quella mattina eleggeranno tra di loro solamente a voti, quello, che per queste adunanze, dovrà fare le funzioni di presidente, e un attuario, che dovrà esser notaro, ma non potrà esser mai un impiegato del governo, e fisseranno il giorno, ed ora dove cominceranno le loro adunanze.

In queste adunanze provinciali, alle quali dovrà esser libero l'accesso a chiunque nel tempo delle deliberazioni, dovranno tutti i deputati della comunità presentare le loro credenziali, e poi per ordine, dovrà ognuno dei deputati delle comunità, esporre uno dopo l'altro le commissioni, proposizioni, doglianze, o progetti, di cui è stato dalla sua comunità incaricato, sopra ogn' uno di questi punti si discuterà, e si delibererà essendo lecito a chiunque dei deputati di dire liberamente il suo parere, si delibererà poi, e si manderanno a partito le deliberazioni, le quali si intenderanno approvate quando avranno la pluralità dei voti.

NB.: Se non si potesse far montare la guardia alla truppa civica.

Dopo che ogn' uno dei deputati delle comunità avrà dato sfogo agli incarichi della sua comunità, e che le proposizioni di chiunque vorrà proporre qualche cosa riguardante il bene, e vantaggi di tutta la provincia, avranno avuto il suo sfogo, si procederà all' elezione di un deputato per la provincia tutta, per portarsi ai stati generali a Firenze per

rappresentare l'interessi di tutta la provincia, questo si eleggerà a partito, e dovrà avere almeno per i due terzi i voti favorevoli, e potrà essere di qualunque stato, e ceto, e o uno dei deputati dell' adunanza, o anche fuori di questi, ma non potrà mai essere veruna persona addetta nè direttamente, nè indirettamente al servizio del governo, nè civile, nè militare.

L'adunanza li formerà la sua lettera credenziale firmata da tutti i deputati di tutte le comunità, e del loro attuario.

Si stanzierà l'onorario per il viaggio, e sue incumbenze, liberamente a spese della provincia in quella somma, che vorranno.

Si formerà le istruzioni di tutte le cose, che dovrà rappresentare toccanti l'interesse generale della provincia all'adunanza generale delli stati, o al governo, progetti, proposizioni, doglianze, e gravami, le quali istruzioni dovranno esser firmate da tutti i deputati delle comunità, come anche tutte le deliberazioni delli stati provinciali, che si terranno in registro, e libro a parte, in un archivio segreto della capitale della provincia, dove saranno scritte tutte le proposizioni, deliberazioni, partiti, decreti, etc.

Terminate queste funzioni ed assegnata la gratificazione all' attuario, i stati si scioglieranno, e i deputati ritorneranno a casa loro.

Ogn' anno nell' antivigilia di S. Giovanni, tutti i deputati delli stati delle provincie si troveranno a Firenze.

La vigilia, o il giorno di S. Giovanni, si farà una funzione pubblica in chiesa, ove interverrà S. A. R., dopo la processione di S. Giovanni, nella quale i deputati delle provincie accompagneranno S. A. R. subito dopo il senato, ed avanti li altri magistrati si canterà il Veni S. Spiritus in Duomo, e li stati si aduneranno in presenza di S. A. R. nel Salone di Palazzo Vecchio, o in quello del Dugento.

Lì, si farà una specie di discorso di complimento dopo di che S. A. R. eleggerà una persona ordinariamente senatoria per suo luogo-tenente, ad intervenire alle adunanze dei stati.

Il giorno dopo S. Giovanni principieranno le adunanze delli stati in Palazzo Vecchio, nel Salone, in lucco, coll' intervento del luogo-tenente, e con tutta la pubblicità possibile i deputati saranno in lucco, e sarà libero a chiunque l'accesso, ed intervento a queste deliberazioni.

Nelle medesime, i deputati principieranno con eleggere l'attuario a pluralità di voti, che dovrà esser notaro, ma non impiegato.

Dopo esibiranno al luogo-tenente, ed assemblea le loro credenziali.

Indi, ogni deputato, un dopo l'altro per rango, esibirà le proposizioni di cui è stato incaricato dalla sua provincia, sopra queste risponderanno, o delibereranno li altri deputati, e poi in fine o rigetteranno le sue proposizioni, o proporranno di farne rappresentanza a S. A. R., dopo che ogni deputato avrà fatto le sue proposizioni.

I deputati tutti assieme compileranno le proposizioni, progetti, doglianze che per parte di tutti i deputati delli stati in corpo, o per parte di qualche provincia assieme, o anche di una sola vorranno presentare a S. A. R., le faranno distendere in quella maniera che stimeranno più conveniente, e dopo averla letta nell' adunanza dei deputati, e che sarà stata approvata, almeno per la pluralità dei voti.

Allora si presenteranno in corpo a S. A. R. i predetti deputati, in forma pubblica presentarli queste loro istanze.

Il luogo-tenente non potrà impedire veruna deliberazione e non avrà voto, solo vi interverrà per mantenere il buon ordine.

Si dovrà tenere registro esatto dall' attuario delle credenziali e nomi dei deputati, delle proposizioni fatte da ogn' uno, delle opposizioni degl' altri, e delle deliberazioni seguite, del numero dei voti favorevoli, o contrarj, della risoluzione venuta in conseguenza, e delle proposizioni fatte da loro al governo, le quali, come anche i libri delle deliberazioni, e decreti dovranno esser firmati da tutti i deputati essendo in libertà piena di ogn' uno di opporsi, protestare in carta etc.

Terminate che siano, e presentate a S. A. R. o in persona, o per mezzo del suo luogo-tenente le petizioni delli stati, S. A. R. per mezzo del suo luogo-tenente farà presentare ai deputati il ristretto delle finanze dell' anno precedente, che contenga tutte le entrate regie, e spese della depositeria, partita per partita, e lo stato dei luoghi di monte, e debiti pubblici per far vedere in che cosa in quest' anno sono state erogate le entrate dello Stato, parimente li farà presentare quali lavori pubblici interessanti lo Stato sono stati eseguiti, strade, canali, fossi, etc., o quanto vi manca per simili, e quali ne sono state le spese, lo stato del militare, e marina etc.

Si farà parimente presentare i progetti, che il governo avrebbe in vista, per riformare degli abusi, o spese, e dipartimenti inutili per principiare qualche lavoro pubblico nuovo, strade, canali, etc.

Qualche progetto, mutazione, o miglioramento di sistema ed in somma tutte quelle cose per l'esecuzione delle quali il governo avrà bisogno del consenso delli stati.

Del rendimento di conti annuale se ne dovrà dare una tabella, o sia esemplare ad ogn' uno dei deputati, come anche delle proposizioni, e petizioni del governo in forma autentica, ed i medesimi in seguito si aduneranno per deliberare sopra i medesimi, e potranno domandare qualunque spiegazione, o schiarimento in specie sopra le partite del rendimento dei conti, che dovranno esserli subito dati, procurando, che quelle tabelle delle entrate, ed uscite, siano fatte nella forma più chiara, ed intelligibile.

S. A. R. parimente per mezzo del suo luogo-tente li farà rimettere le sue risposte sopra le loro proposizioni, istanze, domande, o gravami, tanto queste risposte, quanto il rendimento dei conti, e le istanze da farsi per mezzo delli stati alle provincie, dovranno esser firmate da S. A. R., lette nell' adunanza delli stati, registrate nel libro de' loro decreti, e datone copia autentica, sottoscritta da . . . . ad ognuno dei deputati, perchè le possa riportare, e render conto alla suo provincia.

Terminato tutto questo, li stati si porteranno in forma pubblica da S. A. R. a prender congedo, e ritornati alle capitali delle loro provincie, vi convocheranno i deputati delli stati provinziali, li renderanno conto e in voce, e in carta dell' esecuzione delle loro commissioni, li leggeranno le risposte e risoluzioni autentiche del governo alle loro istanze e le faranno registrare, li comunicheranno il rendimento di conti dato dal governo, della sua amministrazione delle finanze, e lascieranno il suddetto in originale nell'archivio, autenticato dalla loro firma, e renderanno poi conto delle proposizioni fatteli dare in carta dal governo per proporle ai loro stati provinciali, questi delibereranno sopra tutto questo nelle forme, e manderanno poi le loro formali proposizioni, approvazioni, o difficoltà a Firenze, ed indi approvata che abbino la condotta del deputato, faranno il partito, perchè li venga pagata la già stanziata gratificazione.

Ogni deputato si farà dare in carta copia autentica delle proposizioni portate dal dipartimento della provincia.

E tornato a casa si aduneranno i consigli generali di ogni comunità, ove il loro deputato li renderà similmente conto di tutto il seguito alli stati, delle risposte avute dal governo alle loro istanze, delle proposizioni del governo, sopra le quali delibereranno, e manderanno il loro parere con partito autentico.

Dopo di che passeranno il decreto per pagare al loro deputato la stanziatali gratificazione.

4.

Mormorai an Gianni dat. 5. Juli 1782.[1])

Rassegno al superiore intendimento, e perciò alla correzione di V. S. Illma e Clariss^ma^ una nuova copia del sublime discorso, che in figura di proemio precede la costituzione.

Questa nuova copia porta la variazione di alcune parole, che ho creduto di fare per accomodarla a una più ordinata sintassi, e al gusto della nostra lingua la quale confesso, in questa occasione, mi è parsa povera, e insufficiente a esprimere i sentimenti dell' incomparabile autore.

Il discorso è così grande, che io ho temuto di offenderne la dignità, numerando, come trovo nell' originale, li articoli. La numerazione non importa nel proemio, come è importante nella costituzione, e nelle ordinazioni, perchè così si ottiene maggior chiarezza d'intelligenza e maggior facilità d'esecuzione.

Per conservare medesimamente la dignità dell' orazione non credo convenienti le citazioni delle leggi di soppressione, e riforma, essendo oramai note, e divulgate e quando anche non lo fossero bisogna essere bene insensato per non credere a un principe tale nell' atto specialmente che renunzia spontaneo alla parte più gelosa della sua sovranità, e la cede, e mescola co' suoi sudditi.

Non credo poi di facile riuscita il raccogliere, e ridurre in una somma sola tutte le condonazioni e largite fatte dalla munificenza di Pietro Leopoldo alle comunità, ed al pubblico,

[1]) Eine Kopie dieſes Briefes iſt dem in dieſer Beilage abgedruckten Entwurfe beigelegt (F. 22, 167 No. 17/18). Außerdem befindet ſich hier ein Schreiben Giannis an den Großherzog, in welchem er dieſen auf die hauptſächlichſten Veränderungen, die der neue Entwurf erfahren hat, hinweiſt.

poichè si partono da troppi ordini, e da troppo varie occasioni, e se non si può averne la somma totale, mi pare che vada taciuta quella parte che riguarda le comunità, perchè non vorrei, che fosse creduto essere questa sola il resultato intero delle sue beneficenze.

Queste sono le deboli mie riflessioni, e questa, che Le invio, è la nuova copia tessuta sulle altrui frasi ed espressioni ammirabili si, ma inferiori al sentimento: ci vorrebbe un dizionario fatto a posta per parlare il linguaggio di un cuore si grande, che non è stato mai fatto, né sentito da alcuno, nemmeno per ischerzo in un romanzo.

E nel ritornare a V. S. Illma e Clarisj^ma^ il proemio originale, la minuta intera della costituzione, e fogli annessi col più distinto ossequio ho l'onore di confermarmi.

Di V. S. Illma e Clarisj^ma^

Dalla camera delle comunità 5 luglio 1782.

Dev^mo^ e Obbl^mo^ Servit^e^
C. Francesco Bened. Mormorai.

Sig^re^ Senat^re^ Gianni.

Editto diviso in tre parti cioè proemio, la costituzione e le ordinazioni, per la formazione delli stati in Toscana rimessa dal Senatore Gianni li 8 Settembre 1782.

Proemio.

Da che piacque alla Divina Providenza il permettere che Noi ascendessimo alla sovranità del granducato di Toscana abbiamo sempre riguardato come nostro principale dovere il fare sperimentare ai nostri amatissimi sudditi un governo, che sotto l'osservanza della santa religione cattolica, e colla guida di una christiana morale assicurasse loro la possibile umana felicità nell' onesto esercizio della libertà civile, e nel sicuro e pacifico godimento delle loro sostanze, della loro reputazione, e di tutti i leciti mezzi atti a provvedere ai bisogni della vita: ed a questo unico fine sono state costantemente dirette tutte le nostre sollecitudini e pensieri.

Appena assunti al trono volgemmo gli occhi sulla originaria fondazione del governo di Toscana, e quindi sulle vicende della sua legislazione, e con aborrimento vedemmo che per le infelicità dei tempi, e le turbolenze tra le quali fu stabilito il trono, dell' estinta famiglia de' Medici, era sorto un governo senza veruna legge fondamentale, ed interamente arbitrario, ed ingiusto, perchè fondato sulla violenza, e non sul consenso dei popoli che soli possono legittimarne l'istituzione: e che all' istesso governo conforme era disceso poi il sistema delle regie finanze, e l'amministrazione dei pubblici

interessi, l'uno, e l'altra violenta, ed oppressiva nella sostanza, nei modi, e nelle conseguenze tendenti tutte a depauperare le provincie, a coprire di mistero gli affari, e quel che è peggio illanguidire negli uomini e spegnere ogni senso di libertà, e di amore per il proprio paese.

Un tale aspetto di cose che mostrava l'infelicità del trono, e la misera condizione dei popoli, non poteva tollerarsi nell'animo nostro con indifferenza, essendo Noi intimamente persuasi che non può felicemente sussistere uno Stato, nè giustamente governarsi senza una legge primitiva, e fondamentale, solennemente accettata dalla nazione medesima, che investa il sovrano di legittima autorità e ne limiti l'uso e l'esercizio, e determini tra esso, e i sudditi la reciproca azione, e i respettivi diritti; riservando al pubblico o sia al corpo della nazione legittimamente rappresentata quelle facoltà alle quali anche volendo non può ella renunziare, che sono di rappresentare liberamente, e proporre quanto può convenire al pubblico bene, e rigettare tutto ciò che ad esso recherebbe nocumento, e rilasciando al sovrano la somma potestà esecutiva.

Su queste massime di giustizia da Noi sinceramente adottate fu scopo delle nostre costanti applicazioni e premure il preparare a poco gli animi dei Toscani, i quali per tanti anni assuefatti al giogo di una obbrobriosa legislazione, non ne sentivano più il peso nè la vergogna, nè avrebbero potuto gustare i pregi di un sistema del tutto nuovo, ed opposto, nè prestarsi ad accoglierlo come benefico e grazioso.

A tale effetto abbiamo procurato di sciogliere il commercio dai legami di una suggezione ingiuriosa all'esercizio della lecita industria, ed alla libertà delle contrattazioni, e di risvegliare tra i nostri sudditi l'idea degli interessi pubblici, e lo zelo del bene comune, che erano oggetti dimenticati, e ignoti.

Per la qual cosa abbiamo interamente aboliti gli stabilimenti di *abbondanza e di grascia* con tutte le loro leggi, e sistemi, giacchè coll'esperienza li abbiamo trovati illusori, e stabiliti a danno non solo di quell'istesso popolo, cui

promettevano in apparenza di dar soccorso, ma dell'agricoltura medesima, che è la principale sorgente delle ricchezze pubbliche.

Abbiamo abolito l'appalto generale delle regalie, e proventi regj, e successivamente tutte le altre privative, ed appalti subalterni con tutte le tasse che si esigevano sopra la vendita del vino, e sopra le locande e alloggi, avendole riconosciute come un impedimento all'industria, e principio di vessazione.

Abbiamo abolito la maggior parte delle bandite, e riservi di caccia, e dei privilegi e privative di pesca.

Abbiamo moderata la gabella dei contratti, e condonati i debiti arretrati dovuti alle nostre casse.

Abbiamo per quanto è stato possibile ridotte all'uniformità le distinzioni, e varietà di metodi nelle amministrazioni pubbliche dei diversi luoghi dello Stato che si governavano con leggi, e regole non solo differenti, ma talora anco opposte tra loro, e spesso vicendevolmente nocive.

Abbiamo riformate le gabelle, ed aggravi sopra i generi circolanti per l'interno dello Stato e favorita l'estrazione dal medesimo delle manifatture, grasce, produzioni, e bestiame, onde in questa libertà e facilità d'estrazioni una nuova sorgente di profitti potesse nascere a benefizio comune.

Con i nuovi regolamenti comunitativi abbiamo stabilita nelle comunità della Toscana una nuova forma di amministrazione civica confidata allo zelo degl'istessi comunisti, ed alla autorità dei voti delle magistrature composte d'individui tutti interessati negli effetti resultanti dalle loro libere e indipendenti risoluzioni, e nell'istesso tempo abbiamo assicurato alle comunità medesime l'esenzione perpetua dalle imposizioni arbitrarie del chiesto annuale, come anche dalle comandate personali, sotto qualunque titolo, e dalle tasse di testatrici di famiglia, e di bestie, mediante l'aver fissata una discreta *tassa di redenzione* invariabile, oltre l'aver condonato molti de' loro debiti arretrati, e fatti esattamente pagare i loro crediti creati con esse dal governo nei tempi addietro.

Parimente con le mire predette abbiamo fatto consegnare alla libera amministrazione degl' interessati nelle operazioni intorno ai fiumi la direzione, e l'economia delle loro diverse aziende, che in abbondanza mostruosa esistevano sotto il titolo d'imposizioni di fiumi, e respettivamente fossi e scoli particolari, liberandole dalla dependenza della camera delle comunità in Firenze, e dall' uffizio de fossi in Pisa, come dall' uffizio de Fiumi e strade in Pistoia, giacchè la ragione, e l'esperienza ci ha persuasi interamente quanto pernizioso o inutile sia l'esercizio dell' autorità suprema nel governo degl' interessi dei particolari.

Dopo tali provvedimenti, e molti altri consecutivi, e subalterni che scendono dagl' istessi principj tutti tendenti ad eccitare nel cuore umano sentimenti di onesta libertà civile, costumi di applicazione e premura per il pubblico bene, vogliamo sperare che sia giunto finalmente il tempo tanto da Noi desiderato per mettere in esecuzione il sistema già meditato creando opportunamente, come per il presente atto intendiamo di creare, una costituzione fondamentale da osservarsi indistintamente in tutta l'estensione della Toscana come legge di convenzione, e come fondazione di quella forma di governo che con le nostre originali facoltà, e con piena cognizione dell' importanza di tale risoluzione intendiamo, e vogliamo stabilire, e conservare tanto per Noi, che per i nostri successori.

Con i sopraindicati sentimenti dell' animo nostro intendiamo adesso di restituire a tutti i sudditi del nostro granducato di Toscana, la loro piena libertà naturale per intervenire validamente ad accettare, e celebrare il presente atto, in tutte le sue parti, nonostante tutto ciò che direttamente, o indirettamente potesse addursi in contrario in vigore delle loro obbligazioni stipulate, e promesse fatte per mezzo di altri atti, o consensi tanto taciti che espressi, e così generali come particolari, e benchè autenticati dalle più solenni formalità di pubbliche o notorie funzioni: poichè renunziamo ad ogni diritto acquistato con tali mezzi e dichiariamo che nè i viventi nostri sudditi, nè i loro autori potevano mai essere spogliati, nè essi spogliarsi di quelle facoltà legittime

delle quali nacquero già investiti dalla natura nella società politica, o sia nello Stato che fu la loro patria.

Quindi in ordine a quanto sopra intendiamo di riassumere nei suoi veri, e giusti limiti soltanto la potestà governativa per Noi, e per i nostri successori, e di conferire, e restituire all' intiero corpo de' nostri sudditi le loro originali, e libere facoltà, d'intervenire validamente, e con ogni più legittimo diritto mediante il loro voto pubblico a tutti gli atti del governo, e di legislazione, ne' quali l'universale dello Stato deve avere il principale interesse, ed esserne lo scopo primario.

E considerando la sovranità come rappresentata in Toscana dalla persona del Granduca, ed esercitata mediante gli atti della di lui volontà, la quale non può giustamente essere diretta ad altri oggetti che di beneficio comune, ad esso con i suoi popoli, abbiamo risoluto che l'universale del granducato venga diviso in varie provincie, e rappresentato da un corpo di persone liberamente elette, e deputate dalle province medesime col voto delle comunità in esse respettivamente comprese: Così che la voce del pubblico, e la volontà del sovrano concordino le più utili risoluzioni per formare un sano, e giusto governo, senza che l'una possa esser valida contradicente all' altra, ma ambedue si contengano nei limiti che vengono prescritti dalla seguente costituzione.

Costituzione.

14. Primieramente non potrà variarsi in modo alcuno l'ordine di successione alla sovranità del granducato devoluta alla nostra descendenza secondo che attualmente si trova stabilito.

15. Tutti i successori al trono di Toscana dovranno ratificare interamente il presente atto alla presenza del corpo rappresentante lo Stato, e giurare l'osservanza della presente costituzione, o legge fondamentale con quanto sia relativo, o connesso alla medesima prima di potere essere riconosciuti come sovrani.

16. L'autorità sovrana riceve il più giusto titolo della sua legittimità dalli benefizj che procura alli Stati confidatigli, e dalla giusta soddisfazione dei sudditi, che hanno diritto ad un buon governo, e perciò i limiti dell' autorità medesima devono essere determinati dalli oggetti principali che abbracciano la sicurezza universale, la costanza delle massime fondamentali, e la tranquillità dei popoli nel pacifico godimento delli loro beni, industrie, e nell' onesto esercizio della libertà e facoltà delli individui.

17. Così per determinare l'autorità del sovrano in Toscana adeguatamente alla qualità, e circostanze del paese non meno che all' indole nazionale intendiamo di prescriverne i limiti nelli principali oggetti mediante le seguenti disposizioni; sicchè in tutte le materie comprese nelle medesime non potrà il sovrano agire, nè fare innuovazione alcuna senza il consenso dello Stato, cioè dei rappresentanti il pubblico nel voto dell' universale.

18. Non potrà farsi per qualunque titolo, o motivo, smembramento alcuno, alienazione, bando, o permuta di qualunque porzione dell' attuale dominio di Toscana, nè su quello, o parte del medesimo, ammettere, ricevere, o stipulare, ipoteca, o gravami di qualunque sorta, nè per titolo di dote, appannaggio, o stabilimento di principi della casa, e fatto dovrà aversi per nullo, illecito, ed invalido a tutti gli effetti.

19. Non potrà alterarsi in modo alcuno il presente stato di neutralità generalmente nel granducato di Toscana, nè dichiarare, o fare la guerra con alcuna potenza, e così neppure prendere parte, interesse, o favore tanto direttamente, che indirettamente nelle ostilità, o nelle guerre altrui, come parimente trattare nè concludere alleanze, soccorsi attivi, nè passivi in denari, roba, o truppe sotto verun titolo.

20. Parimente sotto verun titolo non potranno fabbricarsi fortezze, nè accrescere quelle già esistenti, nè accettare, o far venire truppe forestiere ancorchè a spese proprie del sovrano, e senza aggravio delle casse destinate a supplire alle spese dello Stato, come neppure potranno mandarsi fuori di Toscana truppe nazionali, nè per motivo, o pretesto alcuno

aumentare anche per breve tempo il piede, o numero delle truppe di ogni sorta, oltre al loro piede attuale.

Similmente non possa alterarsi il piede stabilito delle truppe civiche, e neppure i loro regolamenti e ordinazioni attualmente veglianti.

22. Non possono alterarsi i nuovi regolamenti veglianti delle comunità, luoghi pij, et altri simili patrimonj comunitativi, e specialmente dove lasciano alle comunità medesime la libera amministrazione delle loro entrate, e uscite, e la facoltà di distribuire, et esigere le imposizioni comunitative independentemente da ogni altra autorità, o approvazione, come pure dove aboliscono le comandate di uomini, o di bestie, e le tasse in forma di testatico e simili, e dove per mezzo delli suddetti regolamenti, o altri ordini successivi, relativi alli medesimi viene stabilito l'attuale sistema vegliante circa alle strade regie, ed a quelle comunitative.

23. Dovrà in simile modo restare invariabile in tutte le sue parti il sistema di ampia libertà privilegiata introdotto nelle Maremme, e provincia inferiore dello Stato di Siena mediante i regolamenti comunitativi, ed altre ordinazioni dirette a stabilirvi il sistema predetto.

24. Non si possa variare in parte alcuna nè per legge, nè di fatto l'attuale sistema della città, e porto di Livorno, e specialmente dove concerne la franchigia del porto, ed i privilegi accordati alle nazioni, le regole di sanità, e la legge di neutralità.

25. Si conservi il vegliante metodo, e forma dei giudizi tanto civili, che criminali, senza alterazione, e tanto nella capitale che nelle provincie, come pure il regolamento, e compartimento dei governi provinciali, e loro tribunali, che non potranno aumentarsi di numero, nè moltiplicare i loro impiegati di qualsivoglia carattere.

26. E nelli giudizi civili non potrà intervenire l'autorità sovrana in qualunque maniera, ma dovrà unicamente procedersi a tenore delle leggi, senza eccettuazione alcuna, poichè riconosciamo che la grazia fatta in questa materia ad una parte sarebbe sempre gravosa, o dispiacevole all' altra.

27. Come pure nelle cause criminali, e nel giudizio dei delitti, e nella condanna dei rei, non dovrà intervenire in modo alcuno l'autorità predetta, ma dovranno puramente, e con sana, e costante intelligenza osservarsi le leggi, e secondo quelle ordinare i processi, e pronunziare le sentenze senza allontanarsi dallo stile tanto nel modo di procedere, che di sentenziare, dove sia diretto a moderare le pene imposte, o alleggerire i patimenti, e gli aggravi delle processure; poichè la sicurezza personale dei sudditi nelli Stati di Toscana, non deve essere esposta in modo alcuno a veruno atto di arbitrio, ma protetta dall' autorità, e soggetta unicamente alle leggi dirette a conservarla in beneficio universale mediante la punizione di chi l'offende con i delitti.

29.[1]) Non potranno crearsi nuovi feudi, o costituirne di più a quelli già esistenti nel territorio di Toscana (e tutti quelli che ricaderanno, non si potranno più conferire in feudo).

30. E come siamo persuasi che sia un dovere di onestà del sovrano l'amministrare le rendite pubbliche con tutta rettitudine, e senza promiscuare, e molto meno erogare le rendite e pecunie dello Stato con quelle di propria ragione personale; così abbiamo fatta formare con piena nostra cognizione una nota, che distingue le entrate, ed assegnamenti attuali dello Stato, da quelle destinate al mantenimento, e persona del sovrano, sotto il titolo respettivamente di conto regio, e conto della corona, tale quale sarà pubblicata contemporaneamente alla presente costituzione classata nei titoli indicati per dimostrare i capi delle rendite, e li articoli di servizio e di erogazione cui i respettivi assegnamenti sono dedicati.

30½. Quindi in ordine ai sentimenti sinceri di giustizia fondamentale, che hanno determinato l'animo nostro al presente atto, dichiariamo, che quanto ragionevolmente il sovrano non sarà tenuto render conto alcuno dell' erogazione di quelle rendite, e pecunie, che vengono assegnate al di lui

[1]) § 28 fehlt in diesem Entwurf (vergl. oben S. 53). Auch weiterhin ist die Unregelmäßigkeit in der Nummerierung der Paragraphen durch die Abweichungen dieses letzten Entwurfes von den vorhergehenden entstanden.

particolar servizio ed occorrenze della sua dignità; tanto è giusto, che le rendite pertinenti ad oggetti di servizio del pubblico, di mantenimento, e di spesa dello Stato, cadano sotto l'esame del corpo rappresentante l'universale dello Stato, il quale possa riconoscere che sia stata usata tutta la buona economia nell' amministrazione dell' erario pubblico, e preparati tutti i mezzi e disposizioni conducenti ad alleggerire, o diminuire le imposizioni sopra alli sudditi, come abbiamo procurato di fare sino al presente, mediante le molte riprove date dalla nostra paterna premura in questa materia.

30¾. Ma sarà solamente soggetta al suddetto rendimento di conto la nota delle rendite, e spesa della corona, quando per supplire intieramente alli articoli di suo carico fosse stato in alcuna porzione fatto uso del denaro, o assegnamento di pertinenza del conto regio, o sia dello Stato.

31. In ordine alla suddetta nota e classazione non potranno mai variarsi li titoli delle medesime, nè accrescersi sotto verun titolo il conto delle entrate personali, o siano della corona, nè caricarsene, o voltarsene sotto verun titolo qualunque spesa sul titolo, e nota di quelle regie, o sia dello Stato, nè mai aumentarsi l'importare delle pensioni gravate sul conto dello Stato, dal piede presente, nè quelle che venissero a vacare, concedersi ad altri, poichè dichiariamo, che l'importare attuale delle pensioni suddette ci affligge, ed è veramente gravoso, ma le abbiamo riguardate come inevitabili nei molti casi delle riforme che nella totale mutazione del sistema del governo sono state fatte, le quali hanno necessitato tali pensioni per non rovinare molte persone e famiglie degne di tale soccorso.

32. Con la norma della suddetta nota, che ogni anno sarà pubblicata per dimostrare il corso e lo stato d'amministrazione dell' erario pubblico nell' annata, il sovrano renderà conto alla assemblea generale, come corpo rappresentante l'universale dello Stato, del percetto, come dello speso, ed erogato, e così anche dell' avanzato, o arretrato sotto i respettivi titoli, acciò mediante tutte le notizie, informazioni, discarichi, schiarimenti, e giustificazioni, che il corpo predetto richiedesse, possa risolvere e dichiarare se l'ammi-

nistrazione economica dello Stato sia soddisfaciente al corpo che rappresenterà, oppure promuovere quelle ulteriori instanze e deliberazioni che giudicasse opportune ad un migliore impiego delle rendite pubbliche.

33. Non potranno promiscuarsi le rendite, e spese delle suddette due distinzioni o conti, anzi dovrà sempre rendersene conto separatamente, ed in forma di confronto tra i titoli di assegnamenti, ed i titoli di erogazione.

35. Non potrà farsi alienazione veruna del patrimonio della corona, e neppure di quello regio, nè in tutto, nè in parte, senza equivalente rinvestimento in fondi cauti e sicuri, salvo da questa disposizione il continuare l'allivellazione, e vendita dei beni stabili non destinati al servizio, ed uso della corte, poichè in questa parte la detta allivellazione ed alienazione dei beni stabili si dovrà compire sul piede, e norma già intrapresa, essendo stata nostra principale intenzione in tale operazione il promuovere la prosperità della campagna, mediante lo stabilimento di famiglie rurali libere dalla dependenza colonica opposta all'avanzamento dell' industria, e della popolazione.

36. Dovrà conservarsi sul piede attuale, e secondo che viene regolato dalla vegliante legislazione il sistema delle imposizioni e gravezze pubbliche di conto regio, e la percezione delle medesime, senza alterarne la sostanza, nè la forma e quelle esistenti non si potranno aumentare, nè imporne delle nuove, nè di fatto esigerle sotto qualunque titolo, ed in qualunque modo, ancorchè straordinariamente e per una sola volta, o per qualche particolare urgenza.

37. Dichiarando specialmente che neppure per rimborso di spese fatte in opere di servizio pubblico, o benefizio universale, sì dello Stato intiero, come di alcun luogo di esso, possa mai farsi, o esigersi alcuna nuova imposizione, tassa, o contribuzione, o aumento delle veglianti.

38. Non sarà lecito in modo alcuno il vendere, dare in appalto effettivo o misto le esazioni delle gabelle, tasse, o imposizioni regie dedicate alli bisogni dello Stato, nè sottto nome di affitti, locazioni, o altro di simile condizione, nè a finanzieri, impresari, tanto personalmente, che rappresentati

da compagnie, o società di simile natura, salvo sempre il disposto delli regolamenti comunitativi, e loro dependenze, che non devono aversi per violati mai in tutto quanto viene stabilito, e regolato in tutto il presente atto.

Come pure non sarà lecito il costituire, o creare alcuna privativa perpetua, o temporaria, nè sopra a qualunque escogitabile, ed anche nuovo ramo, o articolo di commercio, o di qualunque manifattura concedere privilegio alcuno esclusivo nemmeno a benefizio, e profitto del pubblico erario, poichè per principio fondamentale deve essere conservata illesa la piena libertà di ogni lecita industria nelle negoziazioni mercantili di ogni specie, e di ogni classe intese nella loro maggiore estensione sopra a tutto ciò che possono comprendere, o abbracciare, purchè non nocino alli interessi dello Stato.

39. E parimente non potrà limitarsi, ristringersi o sottoporsi a qualunque nuova dependenza, vincolo, o ispezione di governo l'attuale libertà nelle negoziazioni, estrazioni, e manipolazioni di generi annonarj già compresi nella giurisdizione delli soppressi tribunali di *grascia e abbondanza* con qualunque titolo, e per qualunque occasione, ancorchè urgente, o semplicemente temporaria, o breve.

39½. Non sarà in facoltà del sovrano il creare debiti pubblici di sorte alcuna, nè con l'instituzione di luoghi di monte, o altro simile stabilimento, e neppure autorizzare il giro di cedole, o carte di credito, o ammettere, o prescrivere altro simile stabilimento, che renda lo Stato, o il corpo dei sudditi in qualunque modo obbligato, o debitore verso chiunque, tanto nel suo totale, come nella comunità, e territori che lo compongono.

40. Mediante le sopraespresse disposizioni relative alli articoli principali quivi indicati intendiamo di avere limitato l'esercizio dell' autorità sovrana al consenso, e voto del corpo rappresentante l'universale dello Stato, senza del quale non potrà aver luogo veruna ordinazione direttamente o indirettamente contraria alle disposizioni predette e fatta, sia nulla, et invalida benchè pubblicata con ordini, prescritti, ed editto del sovrano, nè sia lecito a veruno il darli ese-

cazione, ma ottenuto il suddetto consenso per mezzo del voto predetto, ogni resoluzione avrà la sua piena, e legittima validità nel carattere di volontà universale, e concorde fra il sovrano ed i sudditi, la quale dovrà essere espressa nelli editti medesimi, perchè siano obbligatori in queste materie.

41. Come prerogative, ed oggetti di libera autorità sovrana siano, e per tali si abbiano i seguenti relativamente alli quali intesi in sano senso e senza vulnerazione delle limitazioni sopraindicate ogni ordinazione del sovrano autenticamente palesata sarà legittima, e dovrà avere esecuzione senza esame, o bisogno di altro consenso, o voto cioè:

42. Il supremo comando delle armi.

43. L'elezione delli uffiziali militari secondo i regolamenti sopracitati.

44. L'elezione delli giudici, tanto per i tribunali civili, che criminali, e di tutti gli altri ministri, et inservienti alli tribunali medesimi.

45. L'elezione di tutti i ministri nei dipartimenti supremi di Stato, giustizia, milizia, e finanze, e di tutti gli altri impiegati et inservienti nelli dipartimenti medesimi, o da essi dependenti, e tanto residenti in Toscana, come alle corti estere, o nelli porti di mare.

46. Parimente l'elezione di tutti i capi di uffizio, direttori, o amministratori delle aziende regie, o della corona, con tutti gli impiegati loro subalterni, o inservienti, salvo sempre quanto appartiene alle comunità secondo i regolamenti comunitativi et altri ordini emanati in aumento, o interpetrazione dei medesimi.

47. La grazia dalle punizioni, che è la più grata prerogativa della sovranità, viene sempre riservata alla libera volontà del granduca, e perciò da qualunque sentenza condannatoria, per qualunque delitto potrà assolvere totalmente, o graziare parzialmente da qualunque pena imposta mediante l'autentica manifestazione della sua volontà, la quale dovrà sempre avere piena esecuzione.

48. La nomina a tutti gli arcivescovadi, o vescovadi dello Stato, come pure la collazione di tutti i benefizj di

padronato regio, o spettanti al patrimonio della corona con l'esercizio di tutti i diritti, che sono della natura di tali azioni, e così anche tutto ciò, che possa cadere, ed intendersi sotto nome di giurisdizione, o diritto regio per la conservazione delle sue prerogative ed autorità contro ogni pretensione, o fatto di potestà ecclesiastica, come secolare.

Ogni diritto ed autorità di regolare e governare le università di studio et accademie di scienze destinate all'istruzione pubblica.

Parimente la libera collazione delli gradi onorifici di nobiltà, e cittadinanza non solo devoluta per prove secondo le leggi veglianti, come anche per pura concessione sovrana.

49. Il libero esercizio di tutti i diritti, autorità, e godimenti del gran maestro dell' ordine di S. Ansano secondo che dallo stesso statuto, e dalle provvisioni, e riforme posteriori ne viene investito, ed a tenore delli regolamenti fatti per il governo del patrimonio dell' ordine medesimo, tanto nell' economico, quanto nel giurisdizionale.

50. E generalmente tutte le facoltà di provvedere, regolare, moderare, o determinare in tutte le materie suddette di prerogativa sovrana, secondo i principj di un buon governo, da intendersi sempre a termini di tutto ciò che potesse aver luogo senza ledere la sostanza nè la forma delle materie limitate a risolversi, e governarsi con il voto del corpo rappresentante lo Stato.

51. Passando quindi a costituire e creare il corpo della pubblica rappresentanza nell' universale del granducato, come lo abbiamo indicato sopra con tutte le prerogative, autorità, potestà, ed attività opportune a farne le funzioni, et adempire lo scopo della sua istituzione intendiamo di prevalerci delle nostre legittime facoltà, e specialmente di sodisfare alla nostra persuasione dalla quale siamo convinti che in un buon governo il sovrano non può avere migliore consiglio di quello, che nasce dal voto del pubblico, nè pienamente giusto può essere un governo senza che la libera volontà dei sudditi intervenga palesemente a chiedere, proporre, ed ottenere ciò che gli giovi, ed a rigettare, o riprovare ciò che gli nuocesse.

51½. A rappresentare, o pronunziare i voti pubblici abbiamo quindi determinato, che il voto d'ogni comunità per mezzo dei suoi consigli generali pubblicamente tenuti pervenga allo scrutinio di adunanze provinciali, le quali siano formate di tante persone elette dalle respettive comunità destinate a formare le respettive provincie, e che da tali adunanze provinciali di poi vengano scelti, ed eletti altrettanti rappresentanti, i quali in fine portino ad una assemblea generale, rappresentante lo Stato intiero di Toscana, i voti raccolti nelle province, onde dopo i convenienti esami, e discussioni, il voto dell'assemblea generale sia tenuto, e riguardato in carattere di voto decisivo del pubblico a tutti li effetti.

52. Così determiniamo, che i corpi predetti di pubblica rappresentanza nelle loro respettive incumbenze, e pertinenze contengano, et abbiano, come per il presente atto intendiamo di conferire, ed in quanto occorra restituire loro, quanta autorità, facoltà, ragione o diritto naturale, o legale possa aversi, o presumersi in tutti li ordini, ceti, e gradi di persone di qualunque stato, e condizione, facienti la somma di tutti i sudditi del granducato, che sono e per i tempi saranno governati sotto le condizioni della presente costituzione.

53. In questo carattere devono adesso riguardarsi i corpi predetti ed aversi per determinati i limiti all'esercizio delle loro facoltà come appresso:

54. Non potranno conoscere, nè votare in tutte le materie riservate alla libera autorità del sovrano secondo la determinazione, e limitazione fatta di sopra, ma occorrendo potranno, e dovranno supplicare, e rappresentare i danni, che in qualche caso potessero sovrastare, o essere stati inferiti all'universale, o a qualche parte dello Stato, e suoi sudditi con gli ordini dati dal sovrano, o male eseguiti anche in quelle materie puramente riservate alla sua autorità.

55. In tutte le materie che vengono indicate di sopra come articoli fondamentali da non potersi alterare, o risolvere validamente senza il consenso, o voto pubblico dovranno i respettivi componenti dei corpi predetti applicarsi seriamente, ed imparzialmente per formare voti degni della soddisfazione pubblica, e di quella fede che dovranno alle loro elezioni, avendo sempre in mira i doveri del loro onorevole incarico, che li avrà destinati a difendere respettivamente i diritti delle comunità, delle provincie, e dello Stato intiero, a procurare, e promuovere i vantaggi loro parziali e generali ed impedire i danni ed aggravi che in qualunque forma, e per qualunque mezzo potessero essere inferiti contro la presente costituzione.

55½. Dovranno parimente considerare, e riguardare se stessi, come legittimi consiglieri del sovrano per suggerire al medesimo, addurre, proporre, dimostrare e chiedere tutto ciò che reputeranno congruo, e confaciente alle mire di un buon governo, ed alla possibile felicità umana, e vantaggio dei sudditi loro concittadini.

56. Con questo spirito di candore, e rettitudine sarà principale dovere dei componenti i corpi predetti il proporre, o domandare al sovrano l'emanazione di nuove buone leggi, o la riforma, abolizione, correzione, o modificazione delle veglianti, o della forma della loro amministrazione in tutto, o in quelle parti che fossero nocive, o non utili allo Stato, o a qualche parte di esso in qualunque materia di governo intesa nella sua maggiore estensione, praticando quella onorata libertà, premura, e franchezza, che deve loro inspirare lo zelo di buon cittadino, senza riguardi personali, e così potranno essere sicuri di rendersi grati al sovrano istesso per mezzo di tale loro plausibile contegno, il quale potrà giovare ad illuminare con le verità necessarie a conoscersi in ogni resoluzione interessante il pubblico.

57. Parimente i respettivi rappresentanti e votanti nei corpi predetti dovranno occuparsi di esaminare e conoscere, se tali o simili variazioni di legislazione, o amministrazione, che verranno esposte per parte del sovrano alla consultazione e voto del respettivo corpo convengano al fine di quel vero bene pubblico cui saranno dirette, e votare consecutivamente per l'approvazione, moderazione, ampliazione, o negazione.

58. Nell' istesso modo che l'assemblea generale dovrà occuparsi ad esaminare i conti dell' erario pubblico, e riconoscere la percezione dell' entrate e l'erogazione di esse nelle spese, lo stato del debito pubblico, e tutto ciò in somma che si comprende nei dominj d'amministrazione, o azienda economica dello Stato, con tutta la facoltà, e diritto, di chiedere notizie, schiarimenti, dettagli, o discarico qualunque regolare e giusto dell' amministrazione accaduta nell' annata al dipartimento regio delle finanze, dal quale non potrà negarsi alcuna simile richiesta, acciò l'assemblea predetta possa proporre tutte quelle moderazioni, correzioni ed economie, che crederà vantaggiose.

59. Anche proporre al sovrano le pensioni di ricompensa, o sussidio alli benemeriti nel servizio delli impieghi pubblici, ed il dare l'approvazione, o dissenso a quelle che venissero per parte del sovrano esposte al voto del corpo d'assemblea generale rappresentante lo Stato deve essere un oggetto di ponderazione, e di resoluzione dependente dal vero zelo dei votanti, che deve guidare tutte le pubbliche risoluzioni.

60. Una simile premura, ed uno zelo eguale devono animare i corpi suddetti per riparare alle deviazioni del commercio, che insorgessero, o che prudentemente fossero da temersi, sempre che con l'opera del governo, e con le sue disposizioni fosse da provvedervisi.

61. Alli errori, ed alli abusi, che il tempo induce nella amministrazione della giustizia come della economia pubblica devono i corpi predetti aver cura, che mediante le loro deliberazioni venga rimediato, eccitando la volontà del sovrano ad unirsi nelle risoluzioni più efficaci per liberare i sudditi dalli gravi disordini, che nascono a danno di tutti, quando l'errore, o l'abuso, diventa costume.

62. I votanti nelli respettivi corpi dovranno riguardare come uno scopo essenziale della rappresentanza l'illuminare il sovrano col più saldo coraggio quando nei respettivi casi fosse stato fatto, o tentato contro l'interesse pubblico, o contro la sicurezza, e quiete dei popoli, poichè tali atti di zelo sono la testimonianza del più affettuoso omaggio, che i sud-

diti possono rendere alla sovranità, così che a questo importante oggetto non si opponga nè alcuna privata passione, nè quel timido inopportuno silenzio, che offende la volontà suprema, ostentando di rispettarla.

63. E generalmente contemplando tutto ciò che il bene dello Stato richieda secondo le contingenze, non si dovrà mai avere per escluso dai limiti delle facoltà delle quali abbiamo investito il complesso dei sudditi nei corpi predetti oggetto alcuno influente nella pratica di un governo giusto, imparziale, o giovevole a tutti li onesti godimenti nella società.

64. Animati così i suddetti corpi di rappresentanza con le qualità e facoltà attribuite loro come sopra, dovranno esercitare le loro funzioni con la norma e regole, che verranno prescritte dalle ordinazioni, che saranno pubblicate contemporaneamente alla presente costituzione, della quale dovranno essere considerate a tutti li effetti come parte integrale, e sostanziale, e così aversi, e tenersi per un atto solo continuato, e non interrotto, quantunque per semplice comodo di operazione materiale ne sia distintamente fatta la pubblicazione, e tutto quanto viene disposto, stabilito, e prescritto, in tutto il presente atto, dovrà intendersi ed applicarsi in puro e sano senso, ma puramente letterale, e congruamente riferito, e non sarà lecita, nè valida interpetrazione di sorta alcuna a qualunque potestà, o autorità anche suprema, nè potrà avere luogo nè validità, altro che fatta espressamente, e per mezzo di deliberazione concorde tra il sovrano, ed il voto pubblico da ottenersi per mezzo dell' assemblea generale instituita come sopra[1]).

[1]) Der Costituzione hat Gianni einen Prospetto di confronto beigegeben. Er ſtellt hier diejenigen Artikel der Entwürfe vom 26. November 1781 und vom April 1782 gegenüber, die in letzterem Entwurfe verändert worden waren, bei denen er aber in dem neuen Entwurf vom September 1782 wieder zur Faſſung des erſten zurückgekehrt iſt, und legt die Gründe für dieſe Rückkehr dem Großherzog dar. — Außerdem hat Gianni die Anmerkungen des Großherzogs zu dem Entwurfe vom April 1782, die am Rande dieſes Entwurfes kopiert ſind, in dem Prospetto di confronto noch einmal abſchreiben laſſen und ſeine Meinung darüber ausgeſprochen.

Ordinazioni consecutive.

In continuazione, et aggiunta all' atto di nuova costituzione fondamentale toscana pubblicato questo medesimo giorno, dovrà inoltre eseguirsi ed osservarsi quanto viene prescritto nelle presenti ordinazioni, da aversi e tenersi senza eccezione alcuna come parte integrale e sostanziale della predetta costituzione ed invariabilmente ad essa relativa, pertinente ed inerente come contenuto di un solo, e non interrotto atto in un istesso tempo e con permanente volontà pronunziato e celebrato.

65. Primieramente a comodo della situazione e condizione diversa dei luoghi compresi nel granducato e dei loro varj interessi, bisogni e relazioni, tutto quanto il dominio delli Stati di Toscana si distingua e si suddivida nelle seguenti separate provincie, unicamente a tutti gli effetti voluti e contemplati dal presente atto senza che s'intenda fatta la minima alterazione, o variazione a tutte le altre distinzioni e divisioni di giurisdizione, e di pertinenza, come neppure alle unioni, aggregazioni, o altra qualunque circoscrizione di territorio ad altri effetti già destinata, dalle leggi, o regolamenti attualmente veglianti.

1° Capo della provincia di Firenze: La città di Firenze.

Comunità di Firenze:

Fiesole, Prato, San Casciano, Pontassieve, Carmignano, Lastra, Montelupo, Galluzzo, Sesto, Campi, Bagno a Ripoli, Montespertoli, Rignano, Castellina e Torri.

2° Capo della provincia superiore senese: La città di Siena.

Comunità di Siena:

Comunità di Chiusi, Pienza, Montalcino, di terzo delle Masse di Città, di terzo delle Masse di S. Martino, Casole, Radicondoli, Chiusdino, Buon Convento, S. Giovanni d'Asso, Castiglion d'Orcia, Radicofani, Abbadia S. Salvadore, S. Casciano de' Bagni, Sarteano, Asciano, Triguanda, Asinalunga.

Comunità di Torrita:

Rapolano, Castelnuovo Berardenga, Sovicille, Monteriggioni, S. Quirico, Montieri, Pian Castagnajo, Monticiano, Murlo, Elci.

3° Capo della provincia Pisana: La città di Pisa.

Comunità di Pisa:

Bagni di S. Giuliano, Cascina, Vico Pisano, Pontedera, Ponsacco.

Comunità di Lari:

Rosignano, Fauglia, Chianni, Lorenzana, Castellina, Orciano, Peccioli, Laiatico, Palaja, Bientina, Campiglia, Sasseta, Casale, Guardistallo, Montescudajo, Gherardesca, Bibbona, Montecastelli.

4° Capo della provincia di Pistoia: La città di Pistoia.

Comunità di Pistoia:

Cortina della Porta Carratica, Cortina della Porta S. Marco, Cortina della Porta Lucchese, Cortina della Porta a Borgo, Potesteria di Seravalle, Potesteria di Tizzana, Potesteria del Montale, Montagna di Pistoia.

5° Capo della provincia d'Arezzo: La Città d'Arezzo.

Comunità di Arezzo:

Cortona, Montepulciano, Castiglion Fiorentino, Lucignano.

Comunità di Foiano:

Montesansovino, Civitella, Castelfocognano, Sabbiano, Marciano.

6° Capo della provincia di Volterra: La città di Volterra.

Comunità di Volterra:

Pomarance, Montecatini di Val di Cecina, Castelnuovo di Val di Cecina, Monteverdi.

7° Capo della provincia di Pescia: La città di Pescia.

Comunità di Pescia:

Buggiano.

Comunità di Monte Carlo:

Montecatini, Monsummano, Monteveturini, Massa e Cozzile, Vellano, Uzzano, Barga.

8° Capo della provincia di Colle: La città di Colle.

Comunità di Colle:

S. Gemignano, Castel Fiorentino, Certaldo, Poggibonsi, Barberni di Val d'Elsa.

9° Capo della provincia di S. Miniato: La città di S. Miniato.

Comunità di S. Miniato: Comunità di Empoli.

Fucecchio, Castelfranco di Sotto, Santa Croce, Montajone, Cerreto, S. Maria in Monte, Montopoli, Monte Calvoli.

10° Capo della provincia di S. Sepolcro: La città di S. Sepolcro.

Comunità di S. Sepolcro:

Anghiari, Monterchi, Caprese, Pieve S. Stefano, Chiusi nel Casentino, Badia Tedalda, Sestino; Comunità di Verghereto.

11° Capo della provincia di Pontremoli: La città di Pontremoli.

Comunità di Pontremoli:

Fivizzano, Bagnone, Terra Rossa, Albiano, Groppoli, Calice.

12° Capo della provincia inferiore: La città di Grosseto.

13° Capo della provincia di S. Giovanni in Valdarno di Sopra: La terra di S. Giovanni.

Comunità di S. Giovanni:

Montevarchi, Figline, Pieve, Reggello, Castelfranco di Sopra, Terranuova, Bucine, e Val d'Ambra, Laterina, Radda, Gajole, Castellina, delle cinque Comunità distrettuali di Val d'Ambra, due Comunità distrettuali di Laterina, Pian di Castiglione Ubertini.

14° Capo della provincia di Scarperia: La terra di Scarperia.

Comunità di Scarperia:

Borgo S. Lorenzo, Barberino di Mugello, S. Piero a Sieve, Vicchio, Dicomano, S. Godenzo.

15° Capo della provincia di Poppi: La terra di Poppi.

Comunità di Poppi:

Bibbiena, Pratovecchio, Castel S. Nicolò, Londa, Montenignajo, Stia.

Comunità di Chitignano:

Raggiolo, Ortignano.

16° Capo della provincia di Marradi: La terra di Marradi.

Comunità di Marradi:

Firenzuola, Modigliana, Tredozio, Palazzuolo.

17° Capo della provincia della Rocca S. Casciano: La terra della Rocca di S. Casciano.

Comunità della Rocca S. Casciano di Dovadola:

Bagno, Galeata, Portico.

Comunità di Premilcuore:

Sorbano, Terra del Sole.

18° Capo della provincia di Pietrasanta: La terra di Pietrasanta.

Comunità di Pietrasanta:

Saravezza, Starzema.

19° Corpi separati dalle provincie:

Comunità di Livorno, Portoferrajo.

66. Il corpo di rappresentanza universale dello Stato sarà formato di membri a tale effetto eletti dalle provincie mediante il voto delle comunità respettivamente comprese nelle province medesime, come vengono distinte sopra.

67. Ciascuna delle suddette comunità pertanto dovrà d'anno in anno tanto anticipatamente quanto sia trovato opportuno, e comodo dalla comunità respettiva eleggere un oratore per intervenire a formare il corpo della respettiva provincia, a suo luogo e tempo, ed in quello così eletto rimettere e confidare la nomina ed il voto per l'elezione di un rappresentante provinciale, e per adempire nelle adunanze provinciali tutte le commissioni della sua comunità, portarne il voto, e così rappresentarla interamente a tutti gli effetti voluti, o contemplati dalla costituzione sotto la norma delle presenti ordinazioni.

67½. L'elezione del suddetto oratore comunitativo dovrà farsi in ciascuna comunità per partito del suo consiglio generale secondo la forma e regole prescritte dalli veglianti ordini e regolamenti comunitativi, i partiti dei consigli generali ed altri corpi di magistratura delle comunità.

68. Prima di procedere all' elezione del suddetto oratore, dovrà adunarsi il consiglio generale della respettiva comunità, e con legittimo partito del medesimo fatto secondo gli ordini prescritti dai nuovi regolamenti comunitativi veglianti, stanziarsi all' uffizio di oratore un discreto e conveniente onorario, sufficiente a gratificarlo dell' incomodo, ed indennizzarlo delle spese di viaggi, e soggiorno nella città, o terra capo di provincia dove dovrà portarsi all' adunanza, da pagarseli peraltro solamente, quando abbia compito l'ufficio suo, e resone conto alla sua comunità, ma dopo tale fissazione di onorario, non sarà lecito agli oratori il domandare nè alle comunità e loro

consigli generali, o magistratura delli rappresentanti l'accordare, o stanziare aumento, o sussidio alcuno, neppure con titolo di indennità, o altro titolo somma alcuna oltre all onorario stanziato come sopra.

68¹/₄. Alli suddetti consigli generali comunitativi e loro partiti non possano e non debbano intervenirvi i giusdicenti ancorchè si tratti di oggetti non espressamente compresi nei termini di libera amministrazione accordata con i regolamenti predetti, intendendo, che ad ogni difetto di facoltà venga supplito con la presente disposizione.

68¹/₂. Per la creazione delli suddetti oratori comunitativi dovranno in ciascuna comunità estrarsi quattro polizze dalla borsa destinata per le tratte dei respettivi magistrati di rappresentanti delle comunità istesse, ed i nomi di quelli così estratti partitarsi dal consiglio generale, e rinnuovarsi le estrazioni, ed i partiti, sino che alcuno delli estratti venga vinto per il partito suddetto senza distinzione, o eccettuazione di persona secolare, o ecclesiastica, purchè sia capace, secondo gli ordini comunitativi, di risedere personalmente nel magistrato di priori rappresentanti la respettiva comunità.

69. L'uffizio di oratore comunitativo non si potrà rifiutare altro che col pagamento di lire cento a benefizio della comunità, e non sarà lecito farlo esercitare per mezzo di altri.

69¹/₂. A cautela, e per prevenire gli accidenti, che potrebbero portare dilazioni, e ritardi, si dovranno anche trarre, ed eleggere rispetti, quanti sembreranno opportuni alli respettivi consigli generali delle comunità, e poi procedere alla notificazione, o avviso, ed alle ulteriori tratte, ed elezioni secondo la forma prescritta dai nuovi regolamenti comunitativi per la creazione di altri simili uffizi in caso di rifiuti.

69³/₄. E chi fosse stato una volta oratore alle adunanze suddette, non potrà per il corso dell' annata di suo uffizio essere astretto ad accettare li uffizi comunitativi, o pagarne il rifiuto, ma potrà bensì rifiutarli senza pagamento.

70. Non potranno essere eletti all' uffizio di oratore persone di qualsivoglia stato, grado, o condizione, che in qualunque forma fossero impiegate con stipendio o altro assegnamento in qualunque dipartimento di servizio regio, o con

qualunque carattere, o titolo di servizio dei tribunali di giustizia o di uffizi o tribunali di amministrazione, o azienda tanto regia che comunitativa, come neppure quelli che godessero pensioni dell' erario regio o della corona, escludendo da questa proibizione gli arruolati alla truppa civica in quei posti, e gradi, che non hanno stipendio fisso, e dichiarando che non si debbano avere per compresi nella proibizione predetta quelli che fossero impiegati, o stipendiati in uffizi di servizio della comunità o dei luoghi pii comunitativi dependenti dal governo delle magistrature delle comunità medesime, o a quelle subordinate per rendimento di conti.

70¹/₂. Eletto nella sopraindicata forma, ciascuno oratore comunitativo e decorato così di un incarico onorevole, quanto lo attesta la fiducia, che la respettiva comunità ripone in esso, dovrà riguardare come scopo del suo importante uffizio il promuovere in ogni occasione, e sostenere col più vigoroso zelo gli interessi e le parti della sua comunità costituente, e dei popoli, che mediante il loro voto di elezione lo avranno incaricato di rappresentarli, difenderli, e giovarli, sicchè ogni altro riguardo, qualunque interesse privato, o veduta particolare, mai intervenga a corrompere o macchiare l'integrità dell' animo di un oratore, il quale per carattere del suo uffizio deve generalmente riguardare se stesso e tutte le opere sue, come oggetti devoluti al servizio, benefizio, e soddisfazione della sua comunità, e dei suoi concittadini compresi nella medesima.

73. In una, o più volte successivamente all' elezione dell' oratore dovrà ciascuna comunità sempre con partito del suo consiglio generale dare al suo oratore tutte le commissioni, che vorrà fare presenti alla respettiva sua adunanza provinciale estendendosi secondo le occorrenze a tutte le materie ed oggetti che dalla sopraespressa costituzione vengono compresi nelle facoltà del voto pubblico ed avendo generalmente in veduta tutto ciò, che può essere di vantaggio dello Stato, o della sua provincia, o della comunità medesima.

74. Tali commissioni dovranno darsi in scritto, e vinte per il partito del consiglio generale, che le abbia ammesse.

75. Ed all' effetto, che il pubblico possa profittare dei lumi, e dello zelo di quelle private persone che non avessero attualmente luogo nel consiglio generale comunitativo all' occasione delli partiti suddetti sia lecito a qualunque comunista di qualsivoglia stato, grado, o condizione il produrre sotto nome, e forma di petizione popolare le sue proposizioni, rimostranze o progetti per vantaggio pubblico tanto rispetto alla sua comunità, quanto relativamente ad altre, o all' universale dello Stato.

76. Tali petizioni popolari con istanze, proposizioni, o progetti non potranno parimente farsi altro che in scritto, e dovranno leggersi in pubblico nel consiglio generale, e poi dal medesimo partitarsi secondo li ordini per i partiti comunitativi e quando ricevano l'approvazione, in tutto, o in parte col partito del consiglio generale, dovranno darsi in commissione all' oratore per presentarsi all' adunanza provinciale, come oggetti del voto comunitativo, e tenerne intiero registro al solito libro di partiti o deliberazioni delle comunità. Ma qualora alcuna delle suddette proposizioni, istanze non fosse vinta, ed approvata per il partito suddetto, non dovrà farsene uso alcuno, servendo soltanto, che venga conservata, e fattane l'opportuna memoria al libro dei partiti.

77. Ed acciò tutti possano godere della soddisfazione d' intendere ciò che nelle suddette importanti sessioni comunitative verrà trattato, e deliberato, vogliamo che in tali occasioni la sessione del consiglio generale si tenga in luogo ampio, e comodo all' accesso del popolo; per il quale effetto dove i luoghi soliti delle residenze comunitative non fossero capaci, sia lecito prevalersi dei palazzi pretori, o delle fabbriche di luoghi pii comunitativi, o delle chiese a dichiarazione, e giudizio del gonfaloniere, o di chi in suo luogo presederà al consiglio generale predetto; e per l'istesso fine, ed effetto indicato sopra si dovranno anticipatamente otto giorni almeno notificare al pubblico in ciascuna comunità il giorno, l'ora, ed il luogo in cui si terranno i consigli sopradndicati; qual notificazione dovrà farsi per gli atti del respettivo tribunale di giusdicenza civile, nel territorio delle

comunità respettive, et ad istanza degli magistrati respettivi rappresentanti la comunità, i quali avranno riguardo di stabilire i suddetti consigli pubblici in tempi che il consiglio di una comunità non porti scomodo a quello dell' altra, specialmente, dove l'istesso cancelliere deve servire a più comunità.

77½. Come gli oratori suddetti sono destinati a portare i voti, i sentimenti, e le proposizioni delle comunità alle adunanze provinciali all' effetto che siano discusse, ed esaminate per riconoscere, che il resultato dei voti comunitativi, o di alcuno di essi non sia contrario al bene generale, o all' interesse della provincia respettiva, ma giovevole alla medesima oppure indifferente; così lo scopo essenziale delle adunanze provinciali deve consistere nel formare il voto pubblico provinciale tendente al bene, e soddisfazione della provincia, e ad ogni suo miglior vantaggio, e benefizio in tutte le materie, che dalla costituzione vengono lasciate, ed esposte al voto pubblico; onde l'adunanza provinciale concluda il resultato dei voti comunitativi, che aveva giudicato, ammissibili, o rigettabili, in riguardo all' interesse, benefizio, e soddisfazione dell' intera provincia.

78. Dentro al dì . . . . del mese di giugno d'ogni anno dovranno gli oratori comunitativi presentarsi nelle città, o terre indicate sopra come capi delle respettive provincie formate delle sopra indicate loro comunità; e per tale effetto dovranno essere muniti di lettera credenziale firmata dal cancelliere, e dal gonfaloniere, o da chi per essi risedesse nella respettiva comunità, che in tal forma avrà spedito il suo oratore alla respettiva adunanza provinciale.

79. Le adunanze provinciali si terranno nelle predette città, o terre, e dureranno dal dì . . . . a tutto il dì . . . . del mese di giugno d'ogni anno, ed il gonfaloniere pro tempore della respettiva comunità del luogo destinato come capo della provincia sarà anche sempre il presidente alle adunanze provinciali.

80. Tale presidente se non sia stato eletto anche oratore non avrà voto, ma presederà a tutti, e dovrà invigilare, ed operare con ogni opportuna autorità, acciò nelle adunanze

si proceda esattamente secondo i presenti ordini, ed essendo stato eletto anche oratore di qualche comunità compresa nella provincia, dovrà astenersi dall' uffizio di presidente, ed in luogo di esso, succeda al posto di presidente sempre quello dei residenti nel respettivo magistrato comunitativo, che succederebbe secondo gli ordini al posto del gonfaloniere, quando non intervenisse nella sua magistratura comunitativa.

81. Dovranno tenersi tutte in pubblico le adunanze provinciali con libero accesso a qualunque persona di qualsivoglia stato, grado, o condizione, e tutte le commissioni, che vi porteranno li oratori dovranno essere in scritto, ed autenticate dal respettivo cancelliere comunitativo in forma di copia di uno, o più partiti fatti dalle comunità che le avranno spedite.

81½. Non meno, che alli consigli pubblici comunitativi come è stato detto sopra, conviene alle adunanze provinciali che il pubblico possa essere informato di ciò che in esse si tratta, e che i lumi, gli interessi, et i buoni suggerimenti di qualunque privata persona possano intervenire a somministrare alle adunanze materia di buone resoluzioni, le quali concludano un voto concepito senza impedimento alcuno al profitto, che può trovarsi nell' ascoltare i pensieri ed i sentimenti di ogni privato individuo suddito, ed interpetrato in conseguenza nel bene generale dello Stato, perciò,

82. Nelle adunanze suddette parimente sarà lecito a chiunque, ancorchè non componente l'adunanza, il promuovere, rappresentare, e proporre ciò che giudicasse opportuno a benefizio della provincia, o dell' universale, a similitudine di quanto è stato detto sopra delle comunità.

83. Dependerà dall' autorità del presidente l'eleggere anno per anno un cancelliere dell' adunanza, e per tale uffizio potrà anche prevalersi del cancelliere comunitativo del luogo, o di altro notaro idoneo a ricevere li atti dell' adunanza, e rogarsene come a raccogliere, registrare, e pubblicarne i partiti, esclusi però i giusdicenti, i loro notari, coadiutorj, ed altri ministri, o impiegati in qualunque forma al servizio dei tribunali di giustizia dei luoghi dove si terranno

le adunanze provinciali, o di altri luoghi, e tribunali, tanto della provincia medesima, che fuori di essa.

84. Parimente a dichiarazione del presidente dovrà determinarsi il luogo delle adunanze, che sia comodo alla funzione, e perciò gli sarà lecito prevalersi delle fabbriche della comunità, o luoghi pii comunitativi, come anco dei palazzi pretorj, o in difetto di sufficienti comodi, ed ampiezza potrà destinare alle adunanze qualche chiesa, senza che possa venirli impedito da chiunque.

85. Il presidente avrà riguardo che le adunanze si facciano in ore comode a chi deve intervenirvi, e vi si pratichi la dovuta decenza, avvertendo tutti i votanti, che mentre si farà la lettura delle commissioni, rappresentanze, o proposizioni non sarà permesso a chiunque l'interrompere, ma sarà bene in libertà di ciascuno il domandare vista gratis, e copia, pagandola, di quelle commissioni sopra cui alcuno volesse fare osservazione, opposizione, o addizione.

86. A nome del presidente, e per li atti del tribunale di giusdicenza dei luoghi dove si terranno le adunanze si dovrà pubblicare ogni anno per mezzo di editti i giorni, i luoghi e le ore delle medesime, notificando al pubblico la facoltà d'intervenirvi, di perorare, ed i doveri di decenza, e di regolarità da osservarvisi.

87. Nell' occasione delle suddette adunanze provinciali, i giusdicenti ad ogni richiesta del presidente respettivo dovranno accordare le forze del tribunale, e così anche i comandanti di truppa, dove essa si trovi, dovranno accordarla, come occorresse, alla richiesta suddetta per mantenere il buon ordine, ed impedire la folla tumultuosa.

88. Dovrà parimente il presidente ricevere li oratori al loro arrivo, e riconoscerli per tali sulla fede della lettera credenziale autenticata dal gonfaloniere e dalla firma del cancelliere della comunità, che gli avrà eletti.

89. Quindi notificherà loro il luogo e le ore delle adunanze, e darà tutte le ulteriori notizie opportune, acciò possano compire il loro dovere.

90. Ed acciò non insorgano dubbiezze inutili di precedenza, dopo il presidente, dovranno prendere posto li ora-

tori comunitativi secondo l'ordine, col quale sono nominate le comunità nella sopradistinta nota di quelle destinate a comporre le respettive provincie e con l'istesso ordine dovranno presentarsi, leggersi pubblicamente, e partitarsi tanto le commissioni delli oratori, quanto le loro particolari petizioni, avvertendo che neppure mediante tale distinzione potrà mai per occasione o titolo qualunque indursene proprietà, dignità, rango, o qualità onorifica di sorte alcuna nè personale per li oratori, nè per le comunità essendo grate al sovrano, e care allo Stato tutte egualmente senza veruna differenza o distinzione.

91. Avanti di aprire la prima sessione di ogni adunanza provinciale si dovrà in ogni luogo destinato a tale funzione invocare l'assistenza dell' Altissimo con pubblica funzione, ed il presidente con tutti gli oratori in abito di lucco nero, e non altrimenti, si porteranno alla chiesa principale del luogo, dove dalli arcivescovi, o vescovi della città, o dalla prima dignità ecclesiastica del luogo, dove non siano vescovi, si celebrerà la messa solenne dello Spirito Santo, e dopo di essa si canterà l'inno «Veni Creator Spiritus» e quindi il corpo dell' adunanza provinciale portandosi al luogo destinato, darà principio alle sue incumbenze.

92. Il primo atto delle adunanze provinciali dovrà consistere nell' eleggere per partito delli oratori comunitativi una persona, che con titolo, e nome di rappresentante provinciale venga liberamente scelto dal voto delli oratori a nome delle respettive comunità.

93. Perciò ciascuno oratore comunitativo dovrà nominare nella prima adunanza provinciale un soggetto capace di risedere personalmente nella magistratura di rappresentante di alcuna delle comunità comprese nella provincia, e potrà essere tanto secolare, che ecclesiastico, ed i nominati così dovranno uno alla volta ballottarsi per partito delli oratori dovendosi avere per eletto quello che passerà per i due terzi e più dei voti favorevoli, e rinnuovarsi le nomine, e le ballottazioni sino a tanto che alcuno venga vinto, ed eletto come sopra.

94. Dovranno però li oratori nelle adunanze provinciali astenersi dal nominare persone assenti dal capo di provincia senza avere, e produrre in atti il loro consenso di accettare l'uffizio, perchè troppo verrebbe prolungato il corso delle adunanze, prima di potere aver dato luogo, e termine alle notificazioni, ed all' intervento delli eletti.

95. (Cassato, e sostituiti a questo li articoli 97, $97^{1}/_{2}$, $97^{3}/_{4}$ per mutare la punizione pecuniaria in onorifica, come è stato avvertito dall' annotazione fatta al No. 97.)

96. Come è stato prescritto sopra per l'elezione delli oratori comunitativi, proibiamo il potersi eleggere all' uffizio di rappresentante provinciale, persone di quelle escluse dall' uffizio di oratore, cioè persone che in qualunque forma fossero impiegate con stipendio, o altro assegnamento in qualunque dipartimento di servizio regio, o con qualunque carattere, o titolo al servizio dei tribunali di giustizia nelli stessi modi, e termini, che di sopra è stato disposto per limitazione all' elezione delli oratori comunitativi.

$96^{1}/_{2}$. Subito seguita l'elezione del rappresentante in ciascuna adunanza provinciale, dovrà il cancelliere dell' adunanza spedire espressamente all' eletto la notificazione del suo partito, ed in nome del presidente dell' adunanza assegnarli termine di due giorni ad avere accettato l'uffizio, ed essersi portato all' adunanza per esercitarlo, o ad avere addotta, e domandata legittimità di scusa, esprimendo, che comunque venga giudicato, passato detto termine, sarà proceduto alla elezione di altro rappresentante.

97. L'uffizio di rappresentante provinciale non potrà liberamente rifiutarsi, nè delegarsi in altri, o per mezzo di altri esercitarsi, ma dovrà pienamente, ed interamente farsi, ed adempirsi personalmente dai respettivi eletti, salvo il giusto impedimento per causa grave da addursi, e provarsi concludentemente, e formalmente davanti al giudice, o tribunale di prima istanza del luogo dove abitasse familiarmente l'eletto, o dove momentaneamente si trovasse, che domandasse tale legittima scusa di accettare l'uffizio, o dopo accettato domandasse per impedimento sopravveniente una simile scusa dall' esercitare sì onorevole, ed importante in-

carico per tutto il tempo della sua elezione, o solamente anche per qualche occasione, o porzione del tempo suddetto, così richiedendo l'importanza, et il decoro annesso ad una elezione, che attesta la fiducia pubblica del suo rappresentante, onde ogni buon cittadino deve reputarsi come devoluto, e destinato ad impiegarsi al servizio pubblico di quello Stato cui esso appartiene, come porzione del medesimo.

97½. Quindi chiunque senza la sopraindicata forma di giudizio, e sentenza di giudice, non esercitasse di fatto l'ufizio di rappresentante provinciale, o ne offendesse i doveri, mancando d'intervenire a qualunque adunanza provinciale, o all' assemblea generale cade ipso facto, e senza bisogno di intimazione o notificazione nella perdita di ogni grado onorifico di nobiltà, o cittadinanza, che godesse, e così anco delli onori, e diritti alli uffizi comunitativi; come pure del privilegio dottorale, avendolo, e della penna, essendo notaro, poichè non deve godere i benefizi ed i caratteri, e diritti onorifici della patria, chi male intenzionato, o vile, ricusi di impiegarsi per la medesima.

97¾. E qualora qualcuno dei rappresentanti provinciali nel corso della respettiva adunanza provinciale diventasse legittimamente impedito, e come tale dichiarato a forma di quanto sopra dall' intervenire ad esercitare il suo uffizio, l'adunanza respettiva dovrà eleggerne un altro in luogo di esso per mezzo di suo legittimo partito da farsi nella forma, e modo indicato sopra per la elezione dei rappresentanti.

98. Gli oratori forniti delle loro respettive commissioni non dovranno riguardarle in modo alcuno come affari segreti, e perciò, volendo, potranno comunicarsele privatamente fra di loro, ma dovranno sempre pubblicamente leggersi anche nelle adunanze provinciali, e discusse, ed esaminate con partito dell' adunanza predetta, passate, ed approvate, che vengano, formarsene decreto di commissione al rappresentante provinciale, che sarà stato eletto, o si eleggerà come sopra.

99. Quindi intendiamo che nelle adunanze provinciali li oratori non solamente consultino sulle commissioni ricevute dalle comunità respettive, ma che legittimamente trattino anche, propongano, e con loro partito risolvano tutto quel più che giudicheranno interessante per l'intiera provincia, e degno di pervenire all' assemblea generale per mezzo del loro rappresentante provinciale, il tutto a forma della costituzione.

100. Ciascuna commissione comunitativa dovrà leggersi in pubblico dall' oratore, che ne sarà incaricato, e non potendo leggerla da se stesso, la farà leggere da altri, a chiara, e piena intelligenza di tutti gli intervenuti, e dopo letta dovrà ritenersi in atti dal cancelliere dell' adunanza, e poi mandarsi a partito fra i votanti, se la respettiva commissione, o quali capi di essa si vogliano dare al rappresentante per portarsi alla discussione, ed al voto dell' assemblea generale. Quale partito si abbia per vinto, e respettivamente perduto, quando il numero dei voti favorevoli giunga, o passi i due terzi del numero delli attuali votanti, e così s'intenda dei voti contrari.

100½. E perchè ad ogni persona di qualunque stato, grado, e condizione, purchè sia suddito, deve essere permesso, libero, e lecito il suggerire maggiori lumi, e buoni pensieri alle adunanze, così letta che sia stata una commissione, prima di esporla al partito, e passare alla pubblicazione, e lettura dell' altra, il presidente farà pubblicamente intendere alli intervenuti tanto votanti, che non votanti, come chiunque volesse perorare per modo di opposizione, o di addizione, si presenti allora a domandare il posto, e dopo passato un discreto tempo a giudizio del presidente, se veruno avrà domandato di perorare, se ne faccia registro come di un atto dell' adunanza, e si mandi a partito la commissione già letta e pubblicata; ma quando si presentassero oppositori, si sospenda il partito, sino a tanto che siano state sentite le opposizioni, e frattanto si passi alla lettura, e pubblicazione della commissione successiva, e similmente si proceda con l'istesso ordine, e modo ulteriormente, fermo stante sempre che sulle commissioni comunitative, o sulle petizioni popolari, che già avessero ottenuto partito favorevole, o contrario non sia lecito, nè ammesso atto alcuno impor-

tante opposizione, addizione, o nuova petizione popolare per tutto il corso delle sessioni delle adunanze provinciali da tenersi nella respettiva annata.

101. Finita la pubblicazione, e la ballotazione delle commissioni comunitative in una o più sessioni, dovrà il presidente rammentare pubblicamente, come anche tutto ciò, che in oltre a nome dell' adunanza costituente il corpo, ed il voto provinciale, volesse farsi pervenire all' assemblea generale, potrà liberamente da chiunque esporsi in carta per mezzo di atto da esibirsi negli atti della cancelleria provinciale firmato dal postulante, e poi dal medesimo, o per mezzo di altri leggersi in pubblico nell' adunanza come è stato detto sopra, parimente in forma, e sotto nome di petizione popolare.

Quindi anche tali petizioni dovranno nelle adunanze provinciali mandarsi a partito tra i votanti, e quelle soltanto, che in tutto, o in parte, venissero vinte, e così approvate col voto della provincia dovranno darsi in commissione al respettivo rappresentante.

Affine di prevenire i disordini si osservi per regola costante, che chiunque vorrà fare petizioni popolari nelle adunanze provinciali, dovrà chiedere il posto al presidente, ed in quel tempo, e posto che gli verrà accordato, esporre e pubblicare la sua petizione, come è detto sopra, e non altrimenti.

102. Delle commissioni comunitative, come delle petizioni popolari, che non fossero vinte col partito della respettiva adunanza provinciale se ne farà semplicemente registro, e si conserveranno in atti, senza incaricarne il rappresentante provinciale respettivo.

103. Di tutte le commissioni comunitative, e di tutte le petizioni popolari, che ottenessero favorevole partito nell' adunanza, dovrà formarsene la commissione, o sia la istruzione al rappresentante, che dovrà secondo di esse rendere il suo voto nell' assemblea generale.

104. Terminato il corso del tempo prescritto per le adunanze provinciali, dovranno i respettivi presidenti munire di lettera credenziale firmata dal presidente, e dal cancelliere dell' adunanza il respettivo rappresentante della loro provincia,

acciò possa essere riconosciuto per tale all' assemblea generale, e gli dovranno consegnare in autentica forma le commissioni o istruzioni indicate sopra.

105. Per il dì 22 del mese di giugno d' ogn' anno, dovranno i rappresentanti provinciali trovarsi in Firenze, ed avere esibite le loro credenziali a quella persona, che il sovrano avrà nominata ogn' anno anticipatamente, come suo luogo-tenente all' assemblea generale dello Stato, e notificata alla provincia per mezzo di pubblicazione.

In caso che tale elezione del luogo-tenente non fosse fatta, o che per qualunque altro motivo si rendesse vacante il posto di luogo-tenente, l'assemblea resterà sempre, e validamente nel suo vigore, leggittimità ed autorità; ed il gonfaloniere pro tempore della comunità di Firenze, o chi per esso mancante, succeda al suo posto nel magistrato di detta comunità, assumerà senza bisogno di altra autorità, o dichiarazione, le funzioni, ed il carattere di luogo-tenente suddetto.

Per mezzo del suddetto luogo-tenente, i rappresentanti provinciali riceveranno le notizie, ed avvertenze occorrenti all' esercizio del loro onorevole incarico, ed alle funzioni precedenti all' apertura dell' assemblea generale. — Il tutto precisamente espresso in carta da osservarsi inviolabilmente.

110. Ad esso luogo-tenente viene conferita ogni opportuna autorità per fare osservare in tutte le funzioni dell' assemblea la dovuta quiete, e decenza, e specialmente la puntuale esecuzione della forma prescritta dalle presenti ordinazioni, ma non avrà voto, e non sarà mai scelto tra i rappresentanti componenti l'assemblea.

111. Ad elezione del suddetto luogo-tenente sarà scelto ogn' anno un notaro idoneo con titolo di segretario dell' assemblea, che riceva gli atti, e si roghi dei partiti, e faccia quanto altro appartenga al suo uffizio, ma non potrà eleggersi persona che in qualunque maniera fosse stipendiata o impiegata al servizio dei tribunali di giustizia, o delli uffizi del governo, nè per tali devono intendersi gli impiegati al servizio delle comunità.

112. Eleggerà parimente un abile scrittore capace di aiutare il segretario, e di supplire alle altre operazioni di penna, che richieda il servizio dell' assemblea.

113. Tanto il suddetto segretario, quanto lo scrittore dureranno in uffizio una annata, ed al segretario sarà confidata la consegna di tutti gli atti dell' assemblea nell' archivio, che per tale effetto sarà destinato nelle due stanze a terreno dell' uffizio, dove risedeva il soppresso tribunale delle *decime granducali*, oggi riservato all' archivio pubblico delle scritture provenienti dal tribunale predetto, acciò ognuno possa avere vista gratis delli documenti che volesse, e copia, pagandola, secondo li ordini delle cancellerie comunitative; e di tutto ciò dovrà rendere consegna al suo successore, che verrà eletto per segretario alla successiva assemblea, alla presenza del luogo-tenente che finirà parimente l'uffizio suo.

114. Le sessioni dell' assemblea generale avranno il loro principio il dì 25 di giugno di ogni anno per durare a tutto il dì .... del mese di luglio successivo, e dovranno tenersi in pubblico con libero accesso a chiunque per quanto lo permetta la decenza della funzione, e la capacità del luogo a dichiarazione del luogo-tenente in tutti i casi; e per tale effetto a comodo di queste funzioni sarà assegnato il Salone Grande del Palazzo Vecchio.

115. I rappresentanti dovranno usare l'abito in forma di lucco nero, ed il luogo-tenente rosso, e prenderanno posto nelle sessioni coll' ordine, che sono state nominate sopra le provincie, e nell' istessa forma dovrà procedersi alla pubblicazione, e partito delle respettive commissioni, che avranno portate i rappresentanti predetti.

116. Ciascuno di essi dovrà leggere, o far leggere a chiara notizia di tutti le sue commissioni provinciali, procedendo con l'ordine istesso con cui sono state indicate sopra le respettive città, e terre prescelte per capi di provincia.

117. Letta che sia una commissione, e prima di passare alla pubblicazione dell' altra, il luogo-tenente farà pubblicamente intendere, che qualunque delli rappresentanti, il quale per modo di obiezione, o di addizione volesse perorare, o

subito, o in altra sessione si presenti allora a domandare il posto.

118. E quando veruno delli rappresentanti facesse tal domanda, se ne tenga registro, come di un vero atto dell' assemblea, e si mandi a partito la commissione pubblicata da ballottarsi per i voti delli rappresentanti; e dovranno tenersi per vinte, ed approvate quelle, o parte di esse, che passeranno per i due terzi almeno delli voti favorevoli, praticando per tali partiti i voti neri per favorevoli, ed i bianchi per contrarj, secondo lo stile, ed ordine già usato nelle magistrature fiorentine.

119. Ma quando si presenteranno oppositori nel tempo suddetto, non si dovrà partitare la commissione sino a tanto che non sieno state ascoltate le opposizioni e tenendosi registro delli posti accordati alli oppositori, si passerà con il suddetto ordine e metodo alla pubblicazione della commissione successiva.

Obbligo preciso inoltre delli rappresentanti sarà il sostenere in ogni lecita forma le loro commissioni, e le ragioni che le rendessero degne di approvazione, e farle gustare all' assemblea generale per mezzo di pubblica arringa, o per mezzo di scrittura, e lettura.

Dovrà ogni rappresentante opporre il suo voto a tutte le proposizioni altrui, che offendessero il bene della sua provincia, o di qualche parte di essa con quello stesso zelo, che dovrà seguitarle, e favorirle, quando giovino al vantaggio universale dello Stato, o fossero utili ad altre provincie particolarmente.

I rappresentanti non solo per soddisfare alle loro commissioni provinciali, come anco mossi dal loro zelo particolare, potranno presentare, e respettivamente promuovere all' assemblea ogni lecito ricorso contro le leggi, o ordini emanati, che avessero prodotto cattivi effetti, o contro la maniera colla quale nell' esecuzione delli ordini medesimi fosse accaduta irregolarità, o aggravio.

120. Terminata che sia in una o più sessioni la pubblicazione, e ballottazione di tutte le commissioni provinciali, potrà ciascun rappresentante in proprio promuovere, ed esporre

qualunque altra petizione d'interesse universale dello Stato, o di parte di esso, e dopo fattane la pubblica lettura, ed ascoltate le opposizioni, come è stato detto sopra delle commissioni provinciali, dovranno anche partitarsi similmente tali petizioni per mezzo dei voti delli rappresentanti.

121. In tal forma parimente, e dopo la resoluzione dell'assemblea sulle commissioni provinciali, e sulle petizioni delli rappresentanti dovranno riceversi e partitarsi le petizioni popolari che venissero fatte da qualunque privata persona, secolare, o ecclesiastica, e quantunque stipendiata, o pensionata, purchè sia suddito, e non minore, o sottoposto, e benchè non rappresentante nell' assemblea, senza eccettuazione alcuna.

A tale oggetto il luogo-tenente destinerà pubblicamente i giorni riservati, e le sessioni da tenersi per dare luogo alle petizioni popolari, con dichiarazione che sulle materie già partitate, discusse, ed approvate, non sarà lecito opporre, nè aggiungere altro, che per modo di nuova eccitazione all' assemblea futura.

122. Finita giorno per giorno ogni sessione dovranno rimettersi a Noi e nostri successori per mano del luogo-tenente tutte le commissioni, e petizioni che avranno ottenuto partito favorevole nell' assemblea, acciò senza ritardo possano sulle medesime farsi le opportune considerazioni ed emanare il consenso sovrano a quelle, che ne sieno degne secondo le massime stabilite, e sulle quali viene fondata la presente nuova costituzione, e la forma della sua esecuzione.

123. Terminate che saranno le deliberazioni dell' assemblea sulle proposizioni dei deputati delle provincie, gli verranno presentate per mezzo del luogo-tenente, le proposizioni, richieste e consultazioni del sovrano per tutti quelli affari nei quali, secondo la costituzione, deve intervenire anche il consenso dello Stato, o quelli, i quali si vorranno dal sovrano comunicare alli corpi di rappresentanza pubblica per averne il loro parere, avvertendo che tali commissioni non dovranno essere ricevute, nè attese per qualunque altro canale, o mezzo fuori che direttamente per mezzo del luogo-tenente suddetto.

124. Anche tali proposizioni comunque contengano richieste di consenso dell' assemblea per atti riguardanti le materie alla medesima riservate nella soprascritta costituzione, o consistano in oggetti di provvedimenti a disordini, o abusi conosciuti o temuti contro il bene dello Stato, o parte di esso, o di qualunque altro carattere, o importanza sieno, dovranno leggersi pubblicamente da quella persona che il luogo-tenente destinerà; e queste pure esporsi alle opposizioni, consultazioni, e partito dell' assemblea, e restando vinte per mezzo di detto partito dovranno avere piena esecuzione nella forma, che ciascuna richiede, e quelle che resteranno perdute o rigettate col partito predetto dovranno a tutti gli effetti aversi per non fatte.

125. Ma qualunque di esse esiga la pubblicazione, dovrà in essa farsi sempre esplicita menzione del favorevole partito ottenuto, e così riguardarsi, e trattarsi tali atti, come volontà concordi del sovrano, e del voto pubblico nell' universale dello Stato in tutte quelle materie, che secondo la costituzione esigono la concorrenza, consenso, ed approvazione delli stati, senza il quale qualunque editto, legge, ordine pubblicato in questo genere a nome del governo, anche del sovrano, non avrà nissun valore.

125 1/2. Quando per la qualità delle materie, per la difficoltà di conoscerne i dettagli, e per le lunghe, e voluminose operazioni di verificazione, e collezione di notizie, l'assemblea generale crederà di non potersi determinare a deliberare col suo partito, tanto sulle proposizioni di qualche provincia, quanto sulle petizioni di qualche rappresentante, o popolari, e così anco sulle materie, che per parte del sovrano verranno presentate al voto dell' assemblea, dovrà farsi nell' assemblea medesima un partito distinto, e separato per dichiarare col medesimo, se il respettivo affare di cui si tratterà, sia bastantemente conosciuto per risolversi, e quindi quando il partito resulti favorevole, o sia affermativo, dovrà procedersi alla discussione, ed alla ballottazione a norma di quanto è stato detto sopra, ma se il partito resulterà contrario, o sia per la negativa dovrà rimettersi la deliberazione sul respettivo affare all' assemblea prossima futura.

125 3/4. Ed in tal caso il luogo-tenente dovrà partecipare in copia autenticata dal segretario dell' assemblea l'affare,

che fosse così rimasto sospeso a tutti i presidenti delle province, ed essi dovranno parimente comunicarlo in simil forma alle comunità comprese nella respettiva loro provincia, indirizzandolo al loro respettivo cancelliere comunitativo.

125⁴/₅. Li affari di questa sorta dovranno essere discussi, e partitati nei consigli pubblici delle comunità, come di tutti gli altri affari è stato detto sopra, e le deliberazioni dei consigli predetti, comunque resultino, dovranno essere date in commissione alli respettivi oratori comunitativi, quali saranno obbligati ad esporgli al voto delle respettive adunanze provinciali, prima di ogni altro affare, ed i rappresentanti provinciali dovranno portarli all' assemblea generale, comunque sia stato deliberato sopra di essi nelle adunanze provinciali, e nell' assemblea generale parimente questa sorta di affari dovranno essere discussi, e partitati prima di incominciare a pubblicare e partitare le altre commissioni provinciali.

126. Sebbene nei termini, e modi respettivamente espressi sopra, venga permesso il fare opposizioni, e petizioni tanto nelle adunanze provinciali, come nell' assemblea generale, dovranno peraltro farsi tali atti senza susurro, e fracasso, e specialmente senza disturbo o interrompimento di chi esporrà parlando, o leggendo.

127. E chi mancasse a questo dovere di decenza, possa essere espulso dalla sala a dichiarazione del luogo-tenente, o sul di lui semplice ordine vocale; come ognuno, anche semplice spettatore, che con detti, o fatti, disturbasse la quiete, tranquillità, e rispetto che esige la importanza e la maestà della funzione.

128. In occasione di opposizioni, petizioni, o arringhe tanto parlando che scrivendo non sarà lecito a chiunque attaccare o insultare personalmente in modo alcuno, nè i corpi delle adunanze, nè gli autori degli atti contro di cui alcun volesse opporre, o dire ciò che meglio giudicasse per il bene universale dello Stato, o particolare luogo di esso.

Ma perchè la libertà dei voti, e l'esercizio dello zelo civico non devono tendere ad altro oggetto, che al bene, et al servizio del pubblico; così nelle occasioni predette le proposizioni, le contradizioni, e le opposizioni, le critiche, et il biasimo delle proposizioni, o opinioni altrui, dovranno essere sempre riguardati, come atti diretti alle materie, ed affari, che possano cadere in discussione, e mai come attacchi, insulti, o ingiurie verbali verso gli autori o fautori delle proposizioni, o materie, sulle quali cadesse questione, anzi per massima, e regòla costante in tutte le sessioni dei corpi pubblici dovrà aversi, e tenersi per esclusa ogni privata passione, o riguardo personale, così che ogni individuo sia considerato unicamente nel carattere che respettivamente rappresenterà, o assumerà nelle pubbliche adunanze delle comunità, come delle provincie, e così pure nell' assemblea generale, dove ogni privata qualità, o carattere, deve aversi per non esistente ed attendere unicamente i doveri, et i diritti annessi all' esercizio di chi parla o vota per il pubblico.

129. Nelle scritture, o nelle arringhe di opposizione, o nelle petizioni non si dovranno mai nominare per i loro nomi, o cognomi i rappresentanti, ma solamente indicarli per la provincia che rappresentano, o per la materia della loro arringa.

130. Ma ognuno, che in forma di commissione, o di opposizione, o di addizione, o di petizione, o di qualunque sorta, ed in qualunque materia abbia fatti tali atti all' assemblea, dovrà firmare col suo proprio nome, cognome, e patria e luogo di dove è deputato li atti suddetti da rimanere originalmente insinuati, e registrati nell' archivio dell' assemblea.

132. Per evitare le confusioni che potrebbero insorgere dalla difformità degli atti, e togliere quelle superfluità, che rendono tediosi, e difficili gli affari, saranno mandate alle comunità, ed alle adunanze provinciali, come pure all' assemblea generale le formule da osservarsi in tutti gli atti delli suddetti corpi rappresentanti respettivamente le comunità, le provincie, o l'universale dello Stato.

132¹/₂. Tutti i partiti, e negozi, che nel corso dell' assemblea generale saranno stati resoluti mediante il consenso, ed approvazione del sovrano, o rigettati mediante il suo dissenso verranno di mano in mano rimessi al luogo-tenente, il quale dovrà farne tenere registro nelli atti dell' assemblea, e consegnarli alli respettivi rappresentanti della provincia cui

appartengono muniti della fede del segretario dell' assemblea medesima attestante il registro fatto, ed in seguito a suo tempo dovranno i rappresentanti predetti darne discarico ai respettivi presidenti delle loro provincie, quando si presenteranno a render conto del loro uffizio.

133. Spirato il tempo assegnato sopra per le sessioni dell' assemblea generale, in un giorno da destinarsi dal luogotenente si porterà esso, e tutti i rappresentanti all' udienza del sovrano in forma pubblica per congedarsi, e sentire quanto occorra sopra li affari presentati, e su quelli su i quali si fosse riservato di risolvere.

133 1/2. Le suddette resoluzioni saranno direttamente comunicate al luogo-tenente suddetto, ed esso avrà obbligo di farle registrare fedelmente nelli atti dell' assemblea generale, per mezzo del segretario della medesima, il quale farà fede di tale registro in piè a ciascuna di dette resoluzioni e queste così munite dovrà il luogo-tenente mandare al respettivo presidente di quella adunanza provinciale, d'onde sieno nate le proposizioni, o petizioni, che avranno ottenuta la resoluzione predetta, tanto in caso che la resoluzione sia favorevole, e approbatoria, quanto essendo contraria in tutto, o in parte.

133 3/4. I presidenti provinciali respettivi al ricevere delle suddette resoluzioni dovranno darne riscontro al luogotenente per mezzo di loro risposta, e farle registrare per mezzo del cancelliere dell' adunanza respettiva, e quindi conservare li atti della adunanza medesima, tanto potendo bastare a conservare memorie originali delle materie discusse, giacchè ogni resoluzione che esigesse pubblicazione per mezzo di editti, perorerà con tal mezzo a notizia di tutti, e sarà propalata dai tribunali di tutte le giurisdizioni, come legge da rendersi nota al pubblico.

133 4/5. Terminate tutte le funzioni delli rappresentanti in Firenze, dovrà ciascuno di essi portarsi nuovamente alla sua provincia ed ivi presentarsi al presidente della medesima con le resoluzioni, che gli saranno state consegnate dal suddetto luogo-tenente, e così avrà reso conto del suo intervento all' assemblea.

133 5/6. I presidenti respettivi delle adunanze provinciali dovranno spedire alle comunità comprese nelle respettive provincie le resoluzioni predette autenticate dal cancelliere dell' adunanza, che ne dovrà depositare gli originali nella cancelleria comunitativa della respettiva città, o terra capo di provincia.

134. Tanto l'assemblea generale, quanto le adunanze provinciali, non potranno convocarsi straordinariamente, e fuori delle ricorrenze prescritte dalla costituzione, e dalle presenti ordinazioni altro che per ordine espresso del sovrano da rendersi noto per mezzo di pubblicazione in tutte le giurisdicenze, e non altrimenti.

134 1/2. Ma quando qualche grave urgenza pubblica richiedesse una straordinaria convocazione sarà lecito, e permesso alle comunità con partito delle magistrature loro rappresentanti il domandare al sovrano la convocazione straordinaria, che verrà accordata secondo la importanza delli oggetti, con riguardo all' interesse, che un gran numero di comunità vi avessero.

134 3/4. Anche per il solo caso, ed atto di riconoscere come sovrani i successori alla corona di Toscana non solo sarà permesso, ma si dovrà espressamente convocare li stati tanto nei consigli pubblici delle comunità, come nelle adunanze provinciali, e nell' assemblea generale, ed in tali casi solamente senza bisogno di veruna altra autorità, o approvazione il gonfaloniere pro tempore della comunità di Firenze farà intimare a tutte le comunità, ed a tutti i gonfalonieri delle comunità di città, e terre erette in capo delle respettive province di convocare i respettivi consigli generali pubblici, e così anche le respettive adunanze provinciali, e l'assemblea generale, da unirsi e tenersi respettivamente nei determinati tempi, che esso prescriverà ristretti alla maggiore sollecitudine praticabile, che esige l'importanza, e la premura di rendere compito un atto di tanta conseguenza.

134 5/6. In tutte le sopraindicate straordinarie contingenze in cui occorresse il convocare i corpi suddetti destinati dalla costituzione, e dalle presenti ordinazioni a rappresentare li stati della Toscana, e formare il loro voto pub-

blico dovrà osservarsi quanto sopra viene generalmente, e particolarmente disposto, referendolo congruamente, e senza alterazione della costituzione, e della forma prescritta nelle presenti ordinazioni.

135. Per tutti gli atti delle adunanze provinciali, e per tutti quelli dell' assemblea generale, non abbia legge della carta bollata, e li ordini, che obbligano a farne uso, cui viene adesso, per sempre, e pienamente derogato.

135½. A comodo del pubblico, ed a riguardo di quella onesta libertà, sulla quale è stabilita la costituzione, ed assicurata la lealtà del voto pubblico, tutti li atti di qualunque sorta, che saranno fatti tanto nei consigli pubblici delle comunità, come nelle adunanze provinciali, e così anche nell' assemblea generale potranno darsi alle stampe da chiunque e stamparsi senza bisogno di alcuna permissione, e senza essere sottoposti a revisione o censura di sorte alcuna, salvochè tanto i committenti quanto li stampatori saranno tenuti a render conto soltanto della verità, ed integrità dei documenti stampati sulla autenticità della fede di copia, che ne dovranno dare ad ogni richiesta i cancellieri e respettivamente il segretario.

136. Si avverte, e dichiara, come tutto ciò, che sopra viene detto delle comunità, e provincie, dovrà applicarsi congruamente a Portoferrajo, e Livorno, i quali luoghi sono stati indicati sopra, come capi separati dalle provincie, attesa la loro particolare situazione, e condizione, e perciò le funzioni prescritte alle comunità dovranno farsi in Portoferrajo dal maggior corpo di consiglio, o magistratura rappresentante quella comunità, ed il suo oratore comunitativo dovrà portarsi a Livorno, ed intervenire a votare nel consiglio generale della comunità di Livorno.

137. Ma perchè in essa comunità di Livorno non avrà luogo l'elezione dell' oratore comunitativo, così dal suo consiglio generale dovrà direttamente eleggersi il rappresentante all' assemblea generale, e questo incaricarsi indistintamente di tutte le commissioni comunitative di Portoferrajo, e di tutte quelle di Livorno, applicando in tutto il resto, quanto di congruo, ed opportuno è stato disposto, ed ordinato sopra rispetto alle altre comunità, e provincie.

138. Parimente rispetto a quei comuni, e luoghi della provincia inferiore di Siena, che non hanno peranche ricevuta la forma di magistratura e corpi destinati a rappresentare il loro popolo, ed amministrare i loro interessi, dovranno applicarsi congruamente le disposizioni ed ordinazioni emanate sopra relativamente alle altre comunità dello Stato.

140. Le comunità di Massa Marittima e di Elci, che hanno già ricevuta una forma di rappresentanza, e governo comunitativo, dovranno procedere in tutto e per tutto a similitudine, e parità delle altre già formate comunità dello Stato. E nell' istesso modo dovranno a suo tempo esser riguardati, e trattati quei luoghi, e loro popoli che adesso per la infelicità delle loro circostanze, sono stati, come sopra indicati, per l'estensione delle giusdicenze, che gli comprendono, quando una maggiore prosperità gli renderà capaci di essere eretti in forma di corpi attivi comunitativi, così che ora per allora, che abbiano tutti, o parte di essi, ottenuta la forma predetta dovranno parimente essere riguardati e trattati a similitudine delle altre comunità formate come sopra.

141. In riguardo alli oggetti importanti cui sono destinate le funzioni delle adunanze provinciali, e quelle dell' assemblea generale di Stato non sarà lecito il mancare di intervenirvi respettivamente, nè alli oratori, nè alli rappresentanti senza giusta causa, ma grave da conoscersi, e dichiararsi respettivamente per partito delle adunanze, o dell' assemblea.

142. E chi mancasse di intervenire a qualunque delle funzioni del corpo respettivo di cui sia membro, paghi per ciascuna volta, e per ciascuna mancanza, la somma di scudi dieci da andare a benefizio del respettivo cancelliere delle adunanze provinciali, e così a profitto del segretario dell' assemblea generale, il tutto respettivamente inteso.

143. Ma in tutti i casi di mancanze tanto legittimamente ammissibili, e di fatto ammesse come sopra, quanto trasgressive, benchè pagata la pena suddetta sia peso, e carico respettivamente dei cancellieri, alle adunanze provin-

ciali, e del segretario all' assemblea generale, il raccogliere le commissioni, che il mancante avesse ricevute respettivamente dalle comunità, o dalle provincie, ed il pubblicarle nell' adunanza, e nell' assemblea respettivamente secondo li ordini, acciò siano partitate, riguardate, e trattate in tutto il resto a forma di quanto è stato prescritto sopra, salvo che i cancellieri suddetti, ed il suddetto segretario, non dovranno rendere voto.

144. Finalmente per supplire alle spese occorrenti tanto per tenersi le adunanze provinciali, quanto l'assemblea generale saranno pagate dalla *depositeria generale* sulla firma del luogo-tenente suddetto le respettive partite, e somme espresse nella nota qui appresso pubblicata con dichiarazione, che ogni maggiore spesa occorrente per le funzioni e servizio delle adunanze provinciali dovrà pagarsi dalla respettiva comunità del luogo nominato come capo di provincia, salvo tutto ciò, che sia stipendio, o onorario tanto di cancellieri, o altri inservienti a dette funzioni, come pure l'onorario respettivo dei rappresentanti, su di che non sarà ammessa variazione alcuna dalla somma fissata in detta nota.

145. Tutto quanto viene esposto, stabilito, e prescritto in tutto il presente atto, il quale costa della costituzione, e delle presenti ordinazioni pubblicate nell' istesso tempo dovrà intendersi in puro, e sano senso, ma semplicemente litterale, e congruamente riferito, e non sarà lecita, nè valida interpetrazione di sorta alcuna a qualunque potestà, o autorità, anche suprema, nè potrà avere luogo, nè validità altro che fatta espressamente, e per mezzo di deliberazione concorde tra il sovrano, ed il voto pubblico da ottenersi per mezzo dell' assemblea generale costituita come sopra[1]).

[1]) Auch den Ordinazioni hat Gianni einen Prospetto di osservazioni beigegeben, in dem ſich die Anmerkungen des Großherzogs zu dem Entwurfe vom April 1782 und die Anſicht Giannis über die in Frage kommenden Artikel finden. — Die Meinungsverſchiedenheit zwiſchen Gianni und dem Großherzog über dieſelben iſt, ſoweit ſie von Bedeutung, oben im Text erörtert worden.

Formule.[1])

Conto della corona di Toscana.

Nota dei titoli di entrate generali, destinate al mantenimento e persona del sovrano, in soddisfazione alli titoli delle spese gravate sul presente conto.

Titoli di entrate della Corona.	Entrata generale.
Dall' impresa dei lotti, per riscossione eventuale sulla tangente di profitti spettanti all' interesse di S. A. R. nella detta impresa . . . *L*	. . . . .
Dallo scrittojo delle possessioni, per responsione fissata . . . . . „	. . . . .
Dal suddetto per riscossioni eventuali . . . . „	. . . . .
Dal Monte comune per frutti di Luoghi, spettanti a S. A. R. al libo: . . . . . „	. . . . .
Dal Monte di Pietà come sopra . . . . . „	. . . . .
Da entrate particolari in Vienna . . . . . „	. . . . .
Da frutti delle commande magistrali, godute da S. A. R. nell' Ordine di S. Stefano . . . . „	. . . . .

Titoli di spese per la Corte.	Uscita generale.
Passati alla R. casa di corte annuo assegnam°. alla guardaroba . . . . . *L*	. . . . .
Passati come sopra per annuo assegnam° alle Scuderie . . . . . „	. . . . .
Passati come sopra per annuo assegnam°. al dipartimento della R. casa . . . . . „	. . . . .
Passati come sopra per annui assegnam. al dipartimento del Mag. Mag. . . . . „	. . . . .
Spese di pensioni, ed assegnam[t]. annui ai personaggi della casa di Lorena, ed altri dependenti dalla med[a]. . . . . „	. . . . .
Assegnamento fisso allo scrittojo delle fabbriche per palazzo, e giardini . . . . . „	. . . . .
Per supplemento straordinario alle fabbriche dei suddetti . . . . . „	. . . . .
Pensionati della sorte . . . . . „	. . . . .
Rimesse straordinarie alla casa di corte, fatte per ordine di S. A. R. nell' annata . . . . „	. . . . .
Rimesse straordinarie alla camera di S. A. R. secondo li ordini pervenuti nell' annata . . „	. . . . .

[1]) Dieſe Formulare ſind ebenfalls unſerm Entwurf beigelegt. Gianni hatte ſie auch ſchon am 5. Januar 1780 und 26. November 1781 dem Großherzog überreicht. (Vergl. oben S. 138, Anm.).

Nota delle somme assegnate per le spese et onorarj occorrenti alle adunanze provinciali, et all' assemblea generale.

Nomi delle provincie.	Alli cancellieri di adunanza provinciale.	Alli rappresentanti nell' assemblea generale.
Firenze . . . . . *f.*	20	
San Miniato . . . . . „	20	12
San Giovanni . . . . . „	20	12
Scarperia . . . . . „	20	12
San Casciano . . . . . „	20	12
Marradi . . . . . „	20	12
Poppi . . . . . „	20	12
Pisa . . . . . „	20	30
Pietrasanta . . . . . „	20	30
Pontremoli . . . . . „	20	40
Arezzo . . . . . „	20	30
San Sepolcro . . . . . „	20	30
Pistoja . . . . . „	20	20
Pescia . . . . . „	20	20
Volterra . . . . . „	20	20
Colle . . . . . „	20	20
Siena . . . . . „	20	30
Portoferrajo . . . . . „	20	
Grosseto . . . . . „	20	30
Livorno . . . . . „	20	30
Somma *f.*	400	400
A spese per le funzioni di chiesa in ciascuna provincia a ragione di f. 10 per chiesa, sono . . „		200
Per tutte le altre spese della funzione, che possono occorrere nel preparare il luogo delle adunanze provinciali, mobili, f. 5 par ciascuna provincia, che in tutte sono „		100
Al segretario dell' assemblea generale . . . . . „		100
Allo scrittore dell' assemblea suddetta, con carico di provvedersi gli aiuti necessarj . . . . . „		80
Somma in tutto *f.* 1282.		

Conto regio di Toscana.

Nota dei titoli di entrate generali assegnate al servizio dello Stato, in soddisfazione alli titoli delle spese, gravate sul medesimo.

Titoli di entrata regia.	Entrata generale.
Dalla camera delle comunità, per responsione fissata sopra le sue entrate al netto, e pertinenza della depositeria . . . . . *L*	. . . . .
Dalla suddetta camera per l'importare di riscossioni eventuali . . . . . „	. . . . .
Dalla reg.ª di S. Stef.º per responsione fissata in sussidio alla marina . . . . . „	. . . . .
Dal 1.mo dipartim.º dell' Amministr.ne. Generale, consistente nella dogana, zecca, per responsione fissata sulle sue entrate al netto . . . . . „	. . . . .
Dal suddetto per l'importare di riscossioni eventuali . . . . . „	. . . . .
Dal suddetto dipartim.º per responsione fissata „	. . . . .
Dal suddetto per l'importare di riscossioni eventuali . . . . . „	. . . . .
Dall' impresa dei lotti per canoni . . . . . „	. . . . .
Dall' uffizio generale della posta per responsione fissata . . . . . „	. . . . .
Dal suddetto per riscossioni eventuali . . . . „	. . . . .
Dall' uffizio dei conservadori in Siena per responsione fissata . . . . . „	. . . . .
Dal suddetto per riscossioni eventuali . . . . . „	. . . . .
Da tributi dei feudatarj . . . . . „	. . . . .
Dall' appalto della tonnara di Portoferrajo per canone . . . . . „	. . . . .
Dall' uffizio dei fossi di Grosseto, per responsione fissata . . . . . „	. . . . .
Dal suddetto per riscossioni eventuali . . . . „	. . . . .

Titoli di spesa per lo Stato.	Uscita generale.
Spese per il consiglio, e segreteria di Stato . . *L*	. . . . .
Spese per il consiglio e segreteria di finanza .	
Spese per la segreteria del militare . . . . . „	. . . . .
Spese generali per il servizio militare in terra . „	. . . . .
Spese generali per la marina di guerra . . . . „	. . . . .
Spese per l'amministrazione della depositeria generale . . . . . „	. . . . .
Spese di ministero alle corti estere . . . . . „	. . . . .
Spese di pensioni ai reformati, o giubbilati, tanti civili, che militari . . . . . „	. . . . .
Spese di pensioni, ed assegnamenti personali a diversi impiegati attuali . . . . . „	. . . . .

Riporto:

Titoli di spesa per lo Stato.	Uscita generale.
Spese di pensioni in sussidio caritativo, o titolo gratuito L	. . . . .
Spese di gratificazni: e ricompense eventuali, accordato da S. A. R. nell' anno . . . . . „	. . . . .
Dotazioni, e sussidj fissati a favore di diversi uffizi, et aziende . . . . . „	. . . . .
Spese per il bagno dei forzati di Pisa . . . . „	. . . . .
Spese straordinarie in servizio dello Stato, accadute per ordine di S. A. R. . . . . „	. . . . .
Assegnazione fissa allo scrittojo delle fabbriche, per quelle civili, e militari sottopostegli . . „	. . . . .
Supplemento al detto scrittojo per le occorrenze impreviste, accordate alle fabbriche suddette, e somministrato con ordini di S. A. R. . . „	. . . . .

Formula delle Petizioni.

Petizione.

Con le facoltà della invariabile e grata costituzione leopoldiana io voglio rappresentare alla suprema assemblea . . . .

Che . . . . (qui dicansi chiaramente e senza senso di dubbiezza i fatti, che muovono l'animo alla petizione.)

Che . . . . (i fatti contengano chiari e precisi termini del male dello Stato, o di parte di esso, come del disgusto, o scomodo dei popoli, che sia l'oggetto della petizione.)

Che . . . . (si citino i documenti, e si diano in copia, o in originali, quando sopra alli medesimi si domandi qualche riforma, abolizione, addizione, o metodo di amministrazione.)

Ragionamento.

Qui si portino le ragioni, esami, o critiche, secondo che la materia richieda, per persuadere la ragionevolezza, o l'importanza dell' oggetto, che si espone alla discussione, e ballottazione, come affare interessante l'universale dello Stato.

Proposizione.

In conseguenza delli fatti esposti, e delle ragioni addotte, e con il diritto che me ne compete, domando, e chiedo il voto pubblico, residente nella suprema assemblea, acciò venga ordinato e stabilito:

Che . . . . (Qui, ridotti a capi chiaramente espressi, in forma che si possa col partito accordare, o negare senza equivoco, si dovrà distendere quanto verrà proposto, e richiesto.)

Avvertenza.

In qualunque petizione non si ammetterà che venga trattato di più oggetti insieme, per non confondere le discussioni, ma dovrà trattarsi di un solo oggetto, e si potranno fare tante altre petizioni, quanti nuovi, o altri oggetti muovano lo zelo delli postulanti.

Formula delle Credenziali per i rappresentanti all' assemblea generale.

In . . . a di . . . del mese di . . . dell' anno . . .

Per partito dell' adunanza provinciale di . . . . legittimamente adunata, in ordine all' invariabile costituzione leopoldiana, e con i diritti e facoltà procedenti dalla medesima, e con voti 18 favorevoli, contrarj 2, è stato eletto N. N. per suo rappresentante all' assemblea generale dello Stato, da tenersi in Firenze nel presente anno, ed a lui confidato il voto della provincia suddetta, ed il carico di sostenere le commissioni della medesima, e di promuovere ogni opportuno atto di benefizio pubblico, ed opporsi a tutto ciò, che fosse tentato, o fatto in contrario.

In fede di quanto sopra, che apparisce nel libro dei partiti dell' adunanza predetta.

Io N. N. cancelliere della medesima. Con la presente credenziale viene diretto e raccomandato al venerando luogotenente per S. A. R. all' assemblea generale dello Stato il suddetto N. N. degnissimo rappresentante per la provincia di . . . .

N. N. Presidente all' adunanza provinciale di . . . . tenutasi quest' anno.

Formula delle Commissioni per gli oratori comunitativi all' adunanza provinciale.

Per partito vinto con voti 24 favorevoli, e 6 contrarj, del consiglio generale di . . . . legittimamente, e formalmente adunato, in ordine alla costituzione leopoldiana invariabile, ed a tutti gratissima, fu deliberato questo dì 10 maggio 1782, di commettere per a suo tempo all' oratore da eleggersi, o eletto, con simile partito del dì . . . . per intervenire all' adunanza provinciale nella . . . di . . ., che, per voto pubblico di questa comunità esponga, e con ragioni sostenga:

(Si pone per esempio di ogni altra cosa, che voglia commettersi alli oratori comunitativi.)

Capo 1°. Che il nostro statuto al cap.° . . ., dove si dispone di testamenti, è gravoso, et ingiurioso verso le povere donne, proibendo, che il marito possa testare in favore della moglie, e di lei parenti, sopra alla somma di . . ., e così offende l'amor coniugale, che nelli estremi della vita non può altrimenti attestarsi, e ricompensarsi tra i coniugi.

Che domandi l'uniformità dello statuto predetto in questa parte allo Statuto Fiorentino, come migliore, più utile, e più grato alla comunità, sostenga la proposizione come non offensiva l'interesse di altra comunità, nè dell' universale dello Stato.

Richieda il pieno partito dell' adunanza provinciale, e la commissione nel suo rappresentante, per ottenere all' assemblea generale dello Stato il voto pubblico, per conseguire da S. A. R. il consenso ad una pubblicazione del seguente tenore:

(Qui si distenda quella pubblicazione che si desidera.)

(E qualora si chiedesse in altre materie ordini di qualunque altra forma, distendasi parimente l'ordine desiderato.)

Avvertenza: Ciascuna commissione dovrà contenere un solo oggetto, o affare, acciò non si dia luogo a confusioni, o dubbiezze, e si possa procedere alle discussioni, e partito in termini di pura approvazione, o riprovazione, ma quanti oggetti, o affari occorrano darsi in commissione, dovranno distinguersi, e contenersi in tante separate commissioni.

Ogni commissione sarà firmata dal cancelliere comunitativo in fede del partito.

Formula delle Credenziali per li oratori comunitativi alle adunanze provinciali.

A di . . . . del mese di . . . . 178 . .

La comunità, et uomini di . . . . legittimamente rappresentata dal suo consiglio generale, adunato in tale luogo, in ordine alle facoltà, e diritti della invariabile, ed a tutti grata costituzione leopoldiana, e secondo la forma prescritta dalle ordinazioni contenute nella medesima, ha eletto per suo oratore all' adunanza provinciale da tenersi nel presente anno, o futuro N. N., intendendo di rimettere alla di lui fede, e zelo, e prudenza il voto per l'elezione di un degnissimo rappresentante la provincia di . . . . con tutto quel più, e meglio voluta dalla costituzione, e sue ordinazioni.

Libro di partiti ac 10, vinto con partito di voti 25 favorevoli, 5 contrari, in fede di che

N. N., Cancelliere.

Con la presente credenziale viene diretto, e raccomandato l'onorabile oratore predetto al degnissimo presidente dell' adunanza provinciale nella città di . . . . o nella terra di . . . .

N. N., Gonfaloniere, o per il Gonfaloniere della comunità di . . . .

5.

Punti diversi sugli stati.[1])

Per ristabilire l'ordine in uno Stato bisogna, che non vi sia altro potere assoluto, che quello delle leggi.

Nella società non si può accordare che vi sia veruna parte di autorità, che si pretenda non tenersi dalla società medesima.

Il consenso solo della nazione può legittimare lo stabilimento delle imposizioni.

Se in ogni società tutti gli uomini hanno bisogno di leggi, che li constringhino, come si potrà sperare, che i sovrani medesimi possano stare in freno, se non vi è nessuno, che invigili sopra di loro.

Quale sicurezza può avere il pubblico della saviezza dei consigli, e della stabilità delle massime di amministrazione, o governo formato di ministri, la di cui nomina dipende arbitrariamente dal sovrano, e che per mille secondi fini possono dare pareri contrarj al bene universale. Nei governi che non hanno regola fondamentale, nè costituzione tutto dipende dai capricci, o dai vizj delle persone incaricate della amministrazione. Il popolo non può avere amore per la patria, nè profittare di un regno anche buono perchè sono inquieti delle conseguenze, delle probabilità di un regno futuro incapace, o violento.

Li stati devono avere la facoltà di potersi convocare tra loro senza aspettare l'approvazione, o assenso del governo tanto ordinariamente, che straordinariamente.

Tutte le volte, che si adunano non dovranno accordare imposizioni, che col titolo di sussidj, che dovranno durare quanto dura il bisogno per cui sono state accordate, e tutto

[1]) F. 22, 167, No. 20.

al più per il tempo da un adunanza all' altra. E prima di separarsi dovranno eleggere dei deputati, che invigilino alla esecuzione di quel che avranno stabilito.

Agli stati appartiene di stabilire le imposizioni, la maniera di riscuoterle, accordare nuovi sussidj, proporre la maniera di levare quelli che fossero gravosi, e la maniera di esigerli.

Di stabilire le somme per le spese, sì della corte militare, impiegati, pensioni, gratificazioni, e spese straordinarie.

Proporranno tutte le riforme che crederanno utili, o vantaggiose, i lavori pubblici, strade, canali da costruirsi dovranno prima essere approvati unitamente alla spesa, progetto.

Ogni legislazione da farsi nella legislazione civile, e criminale, quel che può risguardare in materia ecclesiastica, fondazioni di cure, scuole, fondazioni pubbliche, dovrà prima essere approvata.

Ogni comunità eleggerà il suo deputato per l'adunanza della provincia.

Nell' adunanza della provincia si tratterà degli affari della medesima.

E nell' adunanza della provincia si eleggerà il deputato per l'assemblea generale, munito delle istruzioni della provincia.

Nelle adunanze comunitative saranno ammessi a votare non solo tutti quelli, che possedessero per quanto piccole possessioni, ma anche le persone maggiori di anni 25.

Tutte le volte, che si separeranno i deputati degli stati generali dovranno eleggere tra loro liberamente una deputazione, che resterà permanente fino alla nuova adunanza degli stati generali per render conto di quel che sarà seguito, ed invigilare alle operazioni del governo, con facoltà di opporsi, e protestare formalmente a nome dei stati contro ogni innovazione, che il governo volesse introdurre con ordini, o leggi contro quel che è stabilito.

In ogni Stato il potere sovrano risiede unicamente nel corpo della nazione, da lui solo emana ogni autorità legittima; i principi sono stati stabiliti per fare osservare le leggi: vi sono sottoposti loro medesimi.

L'essenziale per ogni individuo è la libertà, che consiste di poter fare della sua persona quel che vuole senza nuocere a quella degli altri; e la proprietà di disporre dei suoi beni, ed entrate come vuole senza nuocere a quella degli altri.

Gli stati nelle loro adunanze devono domandare la correzione di tutti i difetti, o vizj, che avessero veduti nel governo, fare render conto ai ministri della loro amministrazione, e domandare la remozione di quelli, che credessero non vantaggiosi al paese.

Per l'accordare delle imposizioni, o sussidj, non devono regolarsi sulle domande, che gli venissero fatte dal governo; ma fissato i bisogni pubblici in dettaglio, e regolato il quantitativo, deve regolarsi solamente per il puro necessario, esigendo l'ordine, che conoschino chiaramente tutti i bisogni pubblici; e che possino scansare tutto quel che vi è d'inutile, o dannoso.

Il diritto di legislazione non può risiedere, che nei stati.

I pretesi contratti fatti tra i popoli, ed i sovrani con i quali i primi si sono spogliati dei diritti loro a favore degli altri non hanno mai potuto esistere.

Una radunata d'uomini non può ugualmente, che un particolare rinunziare alla facoltà di deliberare, e di volere per il suo interesse nè spogliarsi del diritto originario solo. Quest' autorità non l'hanno mai avuta dalla nazione, e non l'hanno, giacchè la medesima non gli accorda, che l'autorità necessaria per il buon ordine.

Lo Stato non appartiene al sovrano, ma il sovrano appartiene allo Stato.

Il governo non esercita un potere reale, che in quanto è conforme alla costituzione. E non è legale, che in quanto è fedele alle leggi, ed istruzioni stategli imposte dalla volontà nazionale.

La felicità e la quiete dei sovrani consiste nell' avere un' autorità incontestabile; della quale non possa servirsi, che per fare obbedire alle leggi, e di rinunziare a qualunque potestà arbitraria, la quale non aggiungendo niente alla sua

dignità fornisce ai suoi ministri l'occasione di abusare della medesima in pregiudizio suo, e del pubblico.

L'autorità sovrana è stata stabilita dalle nazioni per essere governata con una buona giustizia; ed a questo effetto hanno fatto il sacrifizio di una parte della loro libertà e proprietà possibile, e quanta era indispensabile, e necessaria per ottenere il fine, che è il bene universale.

Il sovrano deve servirsi dell' autorità che gli ha conferito, e servirsene per difendere lo Stato, mantenere il buon ordine, perchè le imposizioni siano puramente necessarie, e le meno possibili, perchè venghino impiegate al fine per cui sono destinate senza spenderle in altri usi; perchè venghino ripartite con la migliora uguaglianza e riscosse colla minor vessazione possibile, e che non se ne possano imporre nuove senza il consenso della nazione; ed è ben naturale, che se l'autorità sovrana si servisse della medesima per estendere la sua autorità fuori dei limiti, che gli sono stati prescritti, e del bisogno, che se ne ha per fare la felicità della società, questa è sempre in diritto di fermarla, e ristringerla nei suoi giusti limiti.

Per la libertà nelle deliberazioni degli stati è necessario, che ogni tre anni debbino esser mutati tutti, e non possino essere confermati per più tempo.

Che non possa mai essere eletto deputato di provincia, nè generale, chiunque sarà, o pensionato, o impiegato, o aderente al governo in qualunque modo.

Che tutte le deliberazioni tanto generali, che particolari debbino farsi in pubblico, ed ammettervi a sentirle e vederle chiunque volesse intervenire. Che tutti i discorsi, e memorie e proposizioni venghino ogni giorno pubblicati colle stampe.

Che venga stabilita per massima la libertà personale, e individuale, cioè che nessuna persona di verun rango, e condizione che sia possa mai essere arrestata per ordine di veruno, e nè anche del sovrano, senza, che dentro le 24 ore sia rimessa la sua causa al suo giudice ordinario, il quale deva decidere formalmente della giustizia del suo arresto, e dei motivi del medesimo.

Che tutte le imposizioni non siano, che sussidj annui sì li ordinarj, che straordinarj, che non se ne possa imporre, mutare, esigere, e fare leggi per mutare il sistema, senza il consenso degli stati, a cui debbe render conto il governo dei motivi, bisogni e necessità dei medesimi, e degli usi in cui sono stati impiegati i sussidj precedenti nel maggior dettaglio.

Che agli stati appartenga di accordarli, o negarli come vogliono, in che somma vogliono, per quanta somma vogliono, e repartirli come vogliono.

6.

Idea sopra il progetto della creazione dei stati.[1)]

I varj autori che hanno scritto diversi libri sopra le formazioni, e costituzioni dei diversi Stati, o sia società d'uomini radunati sotto un governo, hanno sempre considerato le medesime come composte di diversi ceti da loro considerati per stati, e membri di quel medesimo corpo, che ne costituiscono l'essenza, quando sono tutti uniti assieme: E fin qui tutto è vero, non potendo sussistere nessuna società, o Stato senza la coerenza, e la concorrenza dei diversi ceti, che naturalmente lo compongono, e devono comporlo, ma la maggior parte delli autori in queste classi hanno compreso per una classe il sovrano, e suoi ministri, o sia quel corpo, senato etc., che nelle repubbliche rappresenta la sovranità; per un' altra i grandi e nobili; per un' altra li ecclesiastici di tutte le sorti, e finalmente tutti li altri possessori, ed il popolo.

Secondo questa divisione, e classi, si vede, o più, o meno in quasi tutti i Stati, che sono state distribuite le autorità, le facoltà, e le influenze nel governo: In questa divisione però pare, che vi siano molte ingiustizie; primieramente pare che in una ben composta società tutti, e qualunque membro componente la medesima abbino un egual diritto alla felicità, ben essere, sicurezza, e proprietà che consiste nel libero, tranquillo, e sicuro godimento, e dominio dei proprj beni, e per conseguenza anche al potere invigilare alla medesima, ed all' influenza nella legislazione che deve obbligare tutti. Ma siccome l'amministrazione di governo,

[1)] F. 22, 167, No. 21.

come anche la legislazione, non può essere in mano di tutti, è stato necessario in tutti i governi di delegare questa facoltà per contratto, o convenzione di tutti, o liberamente ad un solo senza restrizione veruna, e questa si chiama monarchia assoluta; o ad una famiglia, o ad un solo, con riservarsi li stati varie facoltà ed autorità, che si chiamano leggi fondamentali dello Stato; o a certe famiglie, ed allora è repubblica aristocratica; o a certe persone elette da tutti i ceti ed allora si chiama democrazia.

Da questi principj ne resulta chiaramente che i sovrani di qualunque sorte, anche più dispotici, non lo sono, che in vigore dell' antica espressa concessione, fatta dal popolo, e tutti i ceti dello Stato a favor loro, che per conseguenza i medesimi, ben lontani da poter considerare i paesi a loro sottoposti come un loro patrimonio, e proprietà non hanno verun diritto, nè facoltà, e non possono in nessuna maniera disporre, nè per alienarne, barattarne, o cederne una porzione, nè per mutarli il sistema, e legge fondamentale dello Stato, in cose essenziali, e che risguardano il bene di tutto il paese, senza il consenso dell' universale dei stati medesimi, o del corpo dei deputati che li rappresentano.

In conseguenza non possono fare pace, o guerra, alleanze, nè trattati, mutar l'ordine della successione, o far qualunque mutazione, che toccasse la costituzione di tutto il paese, senza questo consenso, e tutti i contratti, e disposizioni che facessero senza quel consenso sono inutili, ingiusti, e nulli, giacchè la società componente il loro Stato non può mai aver rinunziato, o inteso di rinunziare in mano di un individuo solo la facoltà di disporre delle cose, le quali facessero intieramente mutare la loro costituzione, ed esistenza senza loro consenso, e sopra di questo non si può dare consuetudine, o prescrizione, o uso che faccia stato, non potendosi avere una società, o governo senza leggi, nè leggi senza una persona incaricata a farle eseguire, e ad invigilare all' esecuzione delle medesime, che abbia la necessaria facoltà di poter correggere, e punire, tenere a dovere i subalterni, e mantenere il buon ordine, la quiete, e la sicurezza, ed avere la potestà esecutiva, indi ne è venuta la necessità in tutti i

governi di sottoporsi, e di eleggersi o un sovrano, o una famiglia potente, o più famiglie, o finalmente di incaricare nelle repubbliche un magistrato rivestito di queste autorità per il mantenimento del buon ordine della società medesima, ma nel concedere li individui delle società questa facoltà, e rinunziare in conseguenza, o apertamente, o tacitamente ad una parte dei loro diritti, e libertà, non hanno mai, e non possono mai avere inteso di rinunziare ai loro diritti in quanto a quel che riguarda tutta la società intiera, il suo ben essere, esistenza, e legislazione, e costituzione fondamentale, con averne ceduta una parte necessaria per il bene loro proprio a quelli da loro prescelti per concederli la potestà esecutiva.

Questa è stata l'origine di tutte le società, in tutti li Stati, e se in quasi tutti la medesima è trasfigurata, questo è venuto dall'arbitraria autorità usurpatasi, deviando dalla loro primiera instituzione per mezzo di violenze, ed arbitrj, prepotenze, ed ingiustizie, ed intrighi dei sovrani, e loro ministri nelli Stati monarchici, e delle famiglie grandi, e più potenti, nelle repubbliche, ovvero dalle oppressioni, e violenze, conseguenze delle conquiste fatte dei paesi per via d'armi, o di revoluzioni interne, che quasi sempre sono degenerate in governi arbitrarj, o militari, che sono dispotismi i più forti, e violenti. E benchè nei respettivi Stati quasi tutti fin da molti anni si è pacificamente introdotto, e si conserva questo sistema, questa non dà, e non può mai dare diritto di legittimo possesso a nessuno di esercitarlo, e molto meno di trasmetterlo in altri, giacchè il consenso delle parti interessate, o sia dei membri componenti le società non vi è mai concorso, e solamente è stato estorto per via di violenze, o timore, o spiegato per consenso la tacita paura della parte più debole, di opporvisi, o reclamare, per paura di violenze, o persecuzioni, nè col tempo successivo di reclamar mai i suoi diritti, il che però non serve a formare un legittimo possesso.

Da tutto quel che si è detto fino adesso resulta chiaramente che i sovrani di qualunque natura che siano, non sono, non possono, e non devono mai considerarsi che come magistrati eletti, scelti, e dipendenti dallo Stato, affine di procurare il maggior vantaggio delli individui della società, di

difenderli, mantenervi il buon ordine, la regola, l'uguaglianza, giustizia, sicurezza, e proprietà, amministrando il loro impiego con tutta la sollecitudine, e premura, ed a tenore delle leggi fondamentali, e sistema dello Stato medesimo, nel quale si fonda il contratto fatto dalli stati con i sovrani nell'accordarli i vantaggi, comodi, entrate, rango, ed onori, che gli accorda, ed essendo una specie di contratto di conduzione della natura di quello chiamato in giurisprudenza: Do ut facias.

In conseguenza il sovrano non può far leggi nè sistemi nuovi contrarj alle leggi fondamentali dello Stato, non vi può fare variazioni essenziali, non può amministrarne l'economico, nè disporre delle entrate proprie assegnate alla sua carica dallo Stato, o sia entrate della corona, altrimenti che in conformità delle leggi fondamentali dello Stato per il suo mantenimento, in conseguenza non le può alienare, nè ipotecare, nè disporre delle finanze, o entrate dello Stato, che secondo l'uso statogli destinato, non può fare nè pace, nè alleanze, nè nuovi sistemi, e molto meno nuove imposizioni, diritti a gabelle, che d'approvazione delli stati.

Non può toccare in veruna maniera, nè alterare quelle leggi fondamentali dello Stato, le quali possono essere diverse in tutti li Stati, secondo le loro diverse circostanze locali, e secondo il più o meno di autorità, che i stati hanno giudicato di volere accordare al loro sovrano, o capo, e che li stati soli sono autorizzati a potere liberamente mutare, aumentare, o diminuire.

Non le può violare, nè alterare direttamente, nè indirettamente, nè con violenza apertamente, nè con intrighi, sotto mano corruzioni, e molto meno considerare come un suo proprio patrimonio lo Stato che governa, o disporne a suo proprio talento, e capriccio, e facendolo, viene a mancare alla condizione principale del contratto da lui fatto colli stati, o apertamente, o tacitamente, ed i medesimi non sono anche più obbligati dal canto loro di mantenerli la parola datali di obbedirlo, e mantenerlo, ed accordarli le entrate, ranghi, ed onori concessi al suo posto.

Deve sempre il sovrano, considerato dal pubblico, e considerandosi lui stesso unicamente come il primo ma-

gistrato dello Stato, e non altrimenti, render conto alli stati del modo, e maniera colla quale amministra l'impiego, ed autorità da loro confidatagli, e che uso fa della medesima, tanto per la parte dell' amministrazione della giustizia, ed osservanza delle leggi, che per quella dell' amministrazione economica, e per conseguenza come li altri magistrati devono stare a sindacato avanti di lui, così lui medesimo deve stare a sindacato, e render conto alli stati, ed al pubblico del suo operato, e condotta, ed amministrazione in quella miglior forma da stabilirsi dalli stati medesimi, e qualunque volta, che i stati medesimi lo richiedessero.

Le costituzioni, che contengono le descrizioni, e limiti delle facoltà, tanto dei principi, che dei stati, si chiamano leggi fondamentali dei governi.

Per legge fondamentale dello Stato s'intende il contratto, col quale è stata accordata l'autorità dalli stati, e che limita, e prescrive i doveri, ed obblighi, facoltà, ed autorità dei sudditi, o membri componenti la società verso il loro primo magistrato, o incaricato della potestà esecutiva, o sia un sovrano, o un magistrato, ed i doveri, ed obblighi di questo verso i sudditi.

Queste leggi fondamentali erano diverse secondo i diversi sistemi antichi delli Stati, e le formazioni, e circostanze loro. Anticamente tutti i governi cominciarono così, ed avevano le loro leggi fondamentali, o sia contratto, coll' andar del tempo queste sono state la maggior parte abolite, levate, soppresse, o ridotte in disuso per la volontà, rigiri, e violenze dei governi, e dei sovrani medesimi, e lor ministri, che desideravano di potere impunemente arbitrare, agire, mutare le leggi, e regolamenti, e rendersi dispoticamente padroni delle sostanze, persone, e voleri dei sudditi, senza poter temere alcuna opposizione ai loro arbitrj, e voleri per la temenza, ed oppressione dei sudditi, o per le mutazioni dei governi, per le guerre, conquiste, o mutazioni, nelle quali comunemente la forza ha oppresso la moltitudine, e sono state abolite, o ridotte a poco, o niun valore le leggi fondamentali dei Stati, oppure in ogni, e qualunque specie di Stato, o governo, una legge, e sistema fondamentale, che

faccia concorrere al governo dello Stato medesimo tutti li stati, che ne compongono la società è indispensabile, con che però sieno chiaramente, e diligentemente circoscritte le autorità, e facoltà del sovrano, e dei stati medesimi; affinchè fra i medesimi non vi possa essere mai disputa nè inquietudini, o interpetrazioni, arbitrj, o dissenzioni sempre funeste a quella parte che non ha il potere in mano, e che comunemente ne resta vittima, ed oppressa.

Necessaria è una legge simile fondamentale in tutti i stati al pubblico, ed a tutti i membri componenti la società per la loro quiete, e sicurezza, tanto per le loro persone, che per la possessione, e godimento dei loro beni, e proprietà, perchè limitando le facoltà, o del sovrano, o dei magistrati, siano sicuri di non potere essere vessati nelle lor persone, e nei loro averi arbitrariamente o per capricci, e fuori delle regole di giustizia, di non poterli esser levate le loro sostanze, o aggravati con ingiuste imposizioni, ed inutili, e di non essere esposti ai capricci, stravaganze, arbitrj, o brutalità d'un sovrano, o di magistrati male educati, mal' inclinati, crudeli, stravaganti, e che almeno non possa esser disposto delle loro persone, dei loro averi, e della loro esistenza senza il consenso loro, e senza il vantaggio comune, e per impedire che le leggi, sistemi, e regolamenti fatti da un ceto intiero di persone che vi sono interessate, e conoscono meglio di nessuno i loro interessi, possino essere rovesciate, e mutate dal capriccio, arbitrio, e volontà d'un solo, e spesso dalle sue personalità, e stravaganze, o sue, o dei suoi ministri.

Utile, e comoda è la legge fondamentale al sovrano, ed ai magistrati, ed impiegati, perchè in questa maniera circoscritte le loro facoltà, sa cosa deve, e cosa può fare, e cosa no, gli dà il comodo di poter dar conto di sè, e del suo operato ogni momento a tutto il pubblico, il quale vedendo come lui opera e rende conto del suo operato, ai deputati dei stati, lo mette nel caso di veder sempre le sue operazioni giustificate in faccia a tutto un pubblico, il quale allora non gli può far torto, gli leva tutte le odiosità, ed il mal' umore del pubblico contro le operazioni dei superiori,

sospettandoli sempre o d'arbitrj o personalità, o interesse, benchè spesso male a proposito, e rendendo chiaro il suo operato, gli rende la fiducia del pubblico, che senza questo diffida sempre delle operazioni di governo, e cerca di trovarvi dei secondi fini, e malignare anche sulle operazioni buone, leva al sovrano l'obbligo d'essere responsabile delle proposizioni, e riuscita delle operazioni le più importanti, e gelose, che sono quelle, che involvono mutazioni di sistema, e sono sempre le più delicate, gli dà occasione di negar molte grazie irragionevoli, ed indiscrete, che si domandano, senza averne odiosità, gli dà occasione, e titolo di poter tenere a dovere i suoi ministri, e subalterni con tutto il rigore, rendendo il suo operato aperto, e chiaro, ne leva tutte le odiosità, sospetti, e differenze, gli leva il modo di fare il male, con lasciarli la facoltà di poter fare del bene, e potersi con le sue proposizioni vantaggiose a tutto il pubblico rendersi amato dal medesimo, e far conoscere le sue buone intenzioni, e buon cuore, ricadendo sempre sulli stati la colpa se le sue proposizioni non sono accettate, o seguitate, li procura una gran quiete, sicurezza e tranquillità, li dà il comodo di potersi consigliare coi deputati dei stati, nelle proposizioni, che vorrebbe fare, o mutazioni, di sentirne loro parere, ed essendo egli di quei che vi hanno il maggiore interesse, suol essere il più illuminato, lo mette a portata di cavarne dei lumi, rettificare le sue idee, e li procura il vantaggio, che in vece, che tutte le novità, e mutazioni sogliono essere odiose al pubblico, quelle che fra lui essendo di consenso delli stati, ed approvazione loro saranno sempre gradite, o almeno il pubblico già preparato, e disposto a riceverle, e prestarvisi.

Assicura ad un principe buono la facoltà, ed il modo di farsi onore, e di impiegare i suoi talenti a vantaggio del pubblico, ed un cattivo lo tiene talmente in freno, che gli impedisce di far del male, gliene leva i modi, e le facoltà, lo scuopre al pubblico subito, e l'obbliga a diventar buono, o a parer buono, e raffrenare le sue passioni, e vizj, o gli impedisce almeno di far del male alla società, e di far servire ai capricci suoi, e dei ministri, e quelli che lo circondano, il bene essere, ed averi di tutto un pubblico, ed in fine dà soddisfazione, e quiete a tutte le parti.

Questa legge fondamentale senza la quale nessuna società ha potuto mai formarsi, o sussistere, dunque per tutto, o vi è, o vi è stata esplicita, o tacita per convenzione, ed uso, o vi doveva essere.

In molti paesi la medesima non vi è più che apparentemente, e per un resto di titolo degradata affatto dai primi tempi senza attività nelli stati, e ridotta a semplice formalità, essendo anche in molti luoghi ridotta la qualità di stato ad una funzione, o decorazione ridicola, maniera inventata con malizia dai governi, e dai ministeri per render disprezzata, e ridicola una rappresentanza, che metteva freno ai loro arbitrj, dispotismo, e violenze, che gli era ridotta troppo odiosa, modo infinitamente più sicuro di screditarla, che con sopprimerla affatto, giacchè sopprimendola affatto ci voleva delle violenze, e non essendovi più nulla, questo sempre risvegliava l'idea nel pubblico di dovere una volta riaverla, e riabilitarla con nuovo metodo nelle sue vere facoltà, in vece che rendendola inoperosa, e ridicola, e lasciandola sussistere, potevano addormentare la gente su questa esistenza de' stati, e nel medesimo tempo, o renderli ridicoli, o colle minacce, e corruzioni, o corromperli e farli servire ai loro fini.

Senza legge fondamentale nei Stati, non vi è quiete, nè sicurezza per nissuno; non per il principe perchè passa sempre per arbitrario, e dispotico, si concilia sempre l'autorità di tutti, i quali lo considerano come un oggetto invidiato, ed odioso, e sempre sospettano in lui, e nel ministero dei rigiri, intrighi ed operazioni tendenti ad opprimere il pubblico, a ridurlo in servitù, e ad aggravarlo di imposizioni unicamente per soddisfare ai suoi capricci, e secondi fini, o de' suoi ministri, non persuadendosi delle sue buone intenzioni, anco quando siano vere, giacchè la moltitudine giudica sempre gli altri secondo se stessa, non vi è sicurezza per tutti li individui componenti la società dello Stato, perchè dove non vi è legge fondamentale nei Stati, il sovrano, e suoi ministri, o quel magistrato, o senato, che lo rappre-

senta essendo assoluto padrone di fare e disfare tutto quel che gli piace, da un giorno all' altro, le sue leggi, ordini, e regolamenti senza render conto a nissuno dei motivi, e senza render conto del suo operato a nissuno, potendo disporre delle persone, e dei beni, ed averi dei sudditti a suo capriccio, mutare tutti i sistemi, ordini, principj, e leggi dello Stato, tutte le persone, che compongono il medesimo sono mal sicure delle persone e loro beni, e sempre esposte a diventar la vittima del capriccio di un solo, che oltre ad avere come uomo tutte le altre passioni, e vizj comuni a tutti li uomini, di più guastato dalla vita comoda, dalla fortuna, dall' educazione, grado, e rango, e dall' adulazione di quelli, che lo circondano, ed invidiato da tutti quelli, che per interesse proprio in tutte le maniere lo circondano, e ricercano per farlo cadere in dei vizj, che portano vantaggio a loro, ed oltre a tutto questo, inebriato dalla sua fortuna, sa di non essere obbligato di render conto delle sue azioni a nissuno, e di poter liberamente ed impunemente soddisfare le sue passioni, e capricci, di modo che lo Stato intiero, e suoi individui vengono a dipendere dai capricci di un solo uomo destinato a caso a questo posto dalla nascita, il quale il più delle volte se lo crede destinato per eredità come un patrimonio, senza considerare, e senza essersi mai sentito insegnare, nè rammentare i doveri, obblighi, e pesi del suo stato, d'un uomo che può essere un imbecille, un matto, un furioso, uno scellerato, un vizioso, ambizioso, infingardo, o debole, il quale per lo più, per la depravità degli uomini, che è anche maggiore nelle persone di un alto rango, o è, o diventa tale, o rischia di diventarlo, o dipende omniamente dai capricci d'un ministro, d'un favorito, d'un subalterno, d'una donna, etc., i quali riducono il principe, lo Stato, ed i sudditi nella maggior confusione, disgrazia, e depravazione, unicamente per soddisfare ciecamente alle loro passioni di vanità, interesse, ambizione, e vendetta, e sempre abusando dell' autorità, che un principe debole, e vizioso si lascia prendere sopra il suo spirito: sopra questo punto vi sarebbe da fare delle riflessioni molto dolorose, che per brevità si tralasciano, e che chi conosce li uomini, ed ha visto quanto

pochi sono gli onesti, e virtuosi, in specie quando sono favoriti dalla fortuna, si può figurare, e di cui i tristi effetti si leggono in tutte le antiche, e moderne istorie.

La legge fondamentale adunque è indispensabile in tutti li Stati, ed all' esecuzione ed osservanza della medesima devono invigilare tutti i membri componenti la società, che si chiama Stato, ma siccome tutti non vi possono invigilare in quella medesima maniera, che fu necessario all' individui componenti la società di creare un sovrano, e dei magistrati per invigilare all' osservanza delle leggi, così è necessario, che questi medesimi membri creino i deputati, nei quali trasferendo la loro autorità, invigilino all' osservanza della legge medesima, rappresentante il corpo delli stati, e con tutte le facoltà che avrebbero li stati medesimi. Questi deputati si eleggono diversamente per più, o meno anni, secondo le circostanze dei paesi; pare però che la loro elezione e scelta debba essere intieramente libera senza che il governo sovrano, e ministri possano direttamente, o indirettamente mescolarsene, o avervi qualche relazione, o ispezione in qualunque maniera.

Che i medesimi si debbino dalli stati potere, o confermare, o levare, o gratificare a piacer loro liberamente, affinchè indipendenti dal governo, non possino aver relazione col medesimo.

Questi stati dove il paese è troppo vasto, devono ridursi in stati provinciali, e generali.

Nei primi ogni comunità deve eleggere i suoi rappresentanti per il medesimo, si devono da questi rappresentanti, o deputati deliberare sulle cose della provincia; e da questa sceglierli i deputati generali per trattare delli affari di tutto il paese.

I deputati generali devono invigilare all' osservanza delle leggi, ed in specie della legge fondamentale, ed alla condotta dei ministri del governo provinciale; e quelli dello Stato, all' osservazione della legge fondamentale, ed alla condotta dei ministri del sovrano medesimo nella direzione delli affari, per osservare se restano nei veri limiti stati prescritti alla loro autorità, e vedendo, che il sovrano, o suoi ministri direttamente, o indirettamente tentino di non le osservare

o di ampliare le loro facoltà o autorità, di guadagnare con minacce, promesse etc., i deputati dei stati, o province o tentino a voler mutare la costituzione dello Stato, allora dovranno adunare i stati, ed avvisarli subito di questo.

In certe occasioni più importanti, e relative all' esistenza di tutto lo Stato, dovranno adunarsi li stati generali per deliberarvi.

In molti paesi ove vi sono ancora stati, questi si dividono in ecclesiastici, nobiltà, ed anche, in qualche luogo, le città fanno uno stato da sè; ma questo è tutto erroneo; in nessuno Stato, o società vi può essere più di uno stato, tutt' al più diviso in due classi, cioè di possessori, e non possessori, giacchè chiunque possieda, ed abita nello Stato ha un ugual diritto alla quiete, sicurezza, ed assicurazione delle proprietà, ed ha l'inspezione delli affari dello Stato, senza distinzione di rango, o condizioni.

Li ecclesiastici non possono formare uno stato, giacchè come individui componenti la società vi hanno il medesimo diritto come tutti li altri individui secolari, e la qualità di ecclesiastici, non gli dà altro, che un grado proveniente dalla santità del loro ministero, e certi privilegi personali, i quali essendo affatto spirituali, non hanno nessuna relazione con li affari dello Stato.

Non le città, giacchè li individui tutti che le compongono hanno tutti l'istesso diritto, come li altri abitanti nello Stato, ma la città in se stessa non è una parte integrale dello Stato, che in quanto alli individui che la medesima contiene.

La nobiltà può fare molto meno uno stato a parte; la medesima non è necessaria, e forse nè anche utile all' esistenza dello Stato.

Nel principio delle società questa classe era affatto incognita, e non esisteva, e la nobiltà non è altro, che una classe di possessori più ricchi, l'ambizione dei quali ha voluto con dei titoli ideati e creati dalla loro vanità, distinguersi e separarsi dal resto degli individui della società, ambizione fomentata nel principio della decadenza di tutti li Stati dai sovrani, i quali in questa maniera credevano di

illustrare se stessi, e di attirare a loro, e farsi un partito con vane decorazioni, ed illusioni delle persone, e famiglie più ricche, e più potenti, le quali interessate dalla lor vanità, e lusso alla conservazione ed estensione, aumento delle facoltà, autorità del principato, ed alla soppressione, e diminuzione de' privilegi del popolo, e delle leggi fondamentali del governo, e dei freni, che legavano il principato, giacchè loro più di tutti ne profittavano, occupando le prime cariche del ministero, e del governo, e così li indussero, profittando della vanità, ed interesse, con titoli, ordini, ed onori, a servir d'istrumento alli arbitri, ambizione, e dispotismo de' sovrani, ed all' oppressione, e schiavitù del popolo, ed alla distruzione di ogni legge fondamentale, e per conseguenza della loro propria sicurezza.

La maniera poi di eleggere i deputati delli stati, durata loro, requisiti, etc., può essere diversa secondo l'estensione dei paesi, e circostanze locali, e così in diverse maniere possono essere estese le leggi fondamentali, ma in genere quel che importa è, che la legge fondamentale dello Stato esista, che per questa siano prescritte con chiarezza il modo col quale nel paese, e Stato respettivo debba aver luogo la successione nel governo, o di una, o più famiglie, secondo il sistema che vi è stabilito, ovvero nelle repubbliche la maniera di eleggere i magistrati, le classi, requisiti loro, etc., che siano stabilite esattamente, e circoscritte l'autorità, facoltà del sovrano, e suoi ministri, e che siano in specie riservati alla cognizione, deliberazione, ed approvazione delli stati i seguenti affari, nei quali il sovrano non possa fare nessuna mutazione, variazione, ed innovazione, senza proporlo prima alli stati, ed avere l'approvazione loro.

1°. Che in nessuna maniera il sovrano possa mutar niente della legge fondamentale delli stati approvata, senza il consenso di tutti li stati.

2°. Che non possa mutar niente nel sistema fissato di succedere nel governo delli stati medesimi.

3°. Che non possa nè disporre dello Stato, nè di nessuna delle sue parti con alienarlo, cederlo, venderlo, infeudarlo, e permutarlo, etc.

4°. Che non possa far nè pace, nè guerra, nè alleanza veruna con altre potenze, senza averne prima avuto l'approvazione dei stati, ed espostigliene i motivi.

5°. Che non possa far veruna legge nuova, nè mutare il sistema della legislazione senza averla prima proposta, ed ottenuta per l'approvazione delli stati.

6°. Che non possa imporre veruna somma sotto qualunque titolo, imposizione, gabella, nè ordinaria, nè per i bisogni straordinari, o mutare il sistema introdotto delle finanze, senza l'approvazione dei stati, e senza avergliene dato il motivo, e l'uso che ne vuol fare.

7°. Che non possa alienare nessuno dei beni addetti alla sua persona, e posto, e destinati al suo mantenimento, senza il consenso delli stati.

8°. Che ogni anno il medesimo, e suoi ministri principali debbino residere avanti li stati una specie di sindacato del loro operato, ed amministrazione con rendergli conto di quel che è stato operato in materia di governo, sì di giustizia, che di finanze, dello Stato, delle casse pubbliche, delle entrate, e dell' amministrazione delle finanze, e dell'uso, che è stato fatto delle entrate in vantaggio del pubblico, e delli avanzi che vi sono.

9°. Li stati avranno l'incumbenza per mezzo dei loro deputati di invigilare che la legge fondamentale si osservi esattamente: nel caso che il sovrano, e ministri se ne allontanino, dovranno rappresentarglielo, e metterli in vista il lor dovere.

10°. Dovrà il sovrano proporre alli stati qualunque progetto, o idea che avesse per fare qualche mutazione nel sistema del governo, finanze, per aspettarne la loro approvazione.

11°. Dovranno rappresentare al sovrano tutte le volte che vi fosse qualche regolamento, sistema, o legge, o ordine suo di cui qualche persona, o provincia si sentisse aggravata, o qualche suo ordine.

12°. Potranno fare, e presentare al sovrano qualunque progetto, che avessero in vantaggio dello Stato, o di qualche parte del medesimo, lavoro pubblico, qualche nuovo sistema, mutazione di qualche sistema vecchio, abrogazione di qualche legge, etc.

13°. Potranno portare al sovrano le loro doglianze contro i ministri, e subalterni, ed impiegati nel governo per mala condotta nel loro impiego, deducendone i motivi, e potranno domandare la remozione di quel ministro, o impiegato: Il sovrano dovrà esaminarlo, e dargli sfogo, e rendergli conto se l'avrà verificato, o no, o farlo col concorso delli stati, esaminarlo pubblicamente.

14°. In qualunque tempo saranno autorizzati i stati a domandar conto al sovrano, e suoi ministri, di quelle operazioni, che avessero fatto in materia di governo, e di finanze, tanto lui, che i suoi ministri, ed i motivi delle medesime, o andassero facendo dei motivi loro, e questa comunicazione non li potrà mai essere negata.

Berichtigungen und Zusätze.

Seite 1, Anmerkung 1, lies ſtatt Economià: Economia.
Seite 22, Zeile 2 von unten, lies ſtatt wurde: wurden.
Seite 29, Anmerkung, Zeile 2, lies ſtatt dem Conf.: den Conf.
Seite 36, Anmerkung 2, Zeile 2, und bei mehreren anderen Daten lies ſtatt 16. Maggio: 16 Maggio.
Seite 36, Anmerkung 2, Zeile 3, lies ſtatt de' G. Maggio: de' 9 Maggio.
Seite 39, Anmerkung 6, lies ſtatt sareble: sarebbe.
Seite 40, Anmerkung, Zeile 8 von oben, lies ſtatt delle: delli.
Seite 43, Anmerkung, lies ſtatt November: Novembre.
Seite 43, Anmerkung, lies ſtatt reppresentanza: rappresentanza.
Seite 49, Anmerkung 1, lies ſtatt d'éditto: d'editto.
Seite 51, Anmerkung, lies ſtatt speciè: specie.
Seite 52, Anmerkung 2, lies: ſ. Beilage 4, S. 141 Anm.
Seite 53, Anmerkung 2, lies: (ſ. Beilage 4, S. 123 Anm.).
Seite 53, Anmerkung 3, lies: (vergl. Beilage 4, S. 141 u. 168, Anm.).
Seite 73, Anmerkung 1, lies: (vgl. oben S. 43, Anm.).
Seite 75, Anmerkung, Zeile 8 von oben lies ſtatt pazzi: passi.
Seite 75, Anmerkung, Zeile 6 von unten, lies ſtatt interesarsi: interessarsi.
Seite 75, Anmerkung, Zeile 9 von unten, lies ſtatt piena: pieno.
Seite 79, Zeile 5 von unten, lies ſtatt Analogen: Analogon.

C. F. Winter'sche Buchdruckerei.

END OF
TITLE